

Michael Brie (Hrsg.)

«WENN DAS ALTE STIRBT...»

DIE ORGANISCHE KRISE
DES FINANZMARKTKAPITALISMUS

8

«Wenn das Alte stirbt ...»
Die organische Krise des Finanzmarktkapitalismus

Michael Brie (Hrsg.)

«WENN DAS ALTE STIRBT...»
DIE ORGANISCHE KRISE
DES FINANZMARKTKAPITALISMUS

Zweite Transformationskonferenz
der Rosa-Luxemburg-Stiftung

IMPRESSUM

MANUSKRIPTE – Neue Folge wird herausgegeben
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S. d. P.: Martin Beck

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2194-864X · Redaktionsschluss: Dezember 2013

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

INHALT

Vorwort	7
Wolfgang Küttler Zur Eröffnung	10
Mario Candeias «Wenn das Alte stirbt ...» – Organische Krise bei Antonio Gramsci	14
Günter Krause Zur Debatte um Antonio Gramscis Konzept der «organischen Krise»	29
Anja Moos Gramsci und die Frage des Zukunftsmanagements in der Praxis	37
Klaus Steinitz Am Scheideweg – Die gegenwärtige Krise im Vergleich mit anderen großen Krisen	40
Heinz Engelstädter Worauf beruht die Schwierigkeit im Dialog zwischen Wissenschaft und Politik?	65
Gabriele Winker Zur Bedeutung der Geschlechterverhältnisse in der sozialen Reproduktionskrise	79

Judith Dellheim	
Zur Kritik der Finanzialisierung	
Ein Diskussionsbeitrag aus der Perspektive laufender Arbeit zur sozialökologischen Transformation	95
Joachim Bischoff und Christoph Lieber	
Die Zukunft der bürgerlichen Gesellschaft im 21. Jahrhundert	
Von der «Great Transformation» zum Ende des Laisser-faire und marktkonformer Demokratie	131
Veronika Duma, Martin Konecny und Hanna Lichtenberger	
Autoritärer Etatismus und Ausnahmestaat	
Krisenbearbeitung im historischen Vergleich: Österreich und Griechenland	157
Raul Zelik	
Sozialdemokratie unter radikalen Vorzeichen?	
Südamerikas «Sozialismus des 21. Jahrhunderts»	190
Adrienne Goehler	
Wege und Umwege vom Sozialstaat zur Kulturgesellschaft	198
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	208

Michael Brie

VORWORT

Die Veranstalterinnen und Veranstalter der Zweiten Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung haben die Tragfähigkeit, Reichweite und die möglichen Grenzen des Konzepts der «organischen Krise» (Gramsci) mit Blick auf die gegenwärtige Krise des Finanzmarktkapitalismus und frühere große Krisenperioden des Kapitalismus geprüft. Es wurde davon ausgegangen, dass eine solche organische Krise die gesamte Periode des Übergangs von einer Akkumulations- und Regulationsweise des Kapitalismus zu einer anderen umfasst. Sie ist durch scharfe ökonomische Einbrüche und harte politische Konflikte gekennzeichnet. In dieser Periode wechseln sich Einzelkrisen und Phasen partieller Stabilisierung oder sogar des Aufschwungs ab. Es ist keine Periode des Niedergangs, sondern des Umbruchs, wo die alte Form der Entwicklung noch nicht abgestorben ist und die neue sich noch nicht auf eigener Grundlage entfaltet hat. Sie birgt ungeheure Gefahren und auch große Chancen. Es kann versucht werden, die Krise durch imperiale Politik nach außen zu wenden oder durch soziale Reformen in eine neue Form innerer Entwicklung zu verwandeln bzw. beides miteinander zu verbinden. Es hat autoritäre und faschistische Formen der Bearbeitung solcher Krisen gegeben, aber auch die der Demokratisierung und des Sozialstaats.

Die Zweite Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit Helle Panke Berlin und der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin zielte darauf ab, die Eigenarten derartiger organischer Krisen im historisch-analytischen Vergleich genauer zu verstehen und das begriffliche und methodologische Instrumentarium eingreifender Krisenanalyse weiterzuentwickeln, um davon ausgehend Aussagen über die aktuelle Krise des Finanzmarktkapitalismus, mögliche Szenarien ihres Verlaufs und Möglichkeiten emanzipatorisch-solidarischen Eingreifens treffen zu können.

Die Konferenz hat analytisch-historisch vier organische Krisen der letzten 140 Jahre unter gemeinsamen Fragen verglichen: die Große Depression (1873 ff.), die Große

Weltwirtschaftskrise (1929 ff.), die Krise des fordistisch-sozialstaatlichen Kapitalismus (1973 ff.) und die gegenwärtige Krise des Finanzmarktkapitalismus. Es wurde versucht, Gemeinsamkeiten und Unterschiede dieser Krisen aufzudecken und Potenziale weiterer Forschung zu erschließen. Im Zentrum sollte die Frage der jeweils spezifischen Möglichkeiten transformatorischer Politik der Linken stehen, um Schlussfolgerungen für das Verständnis des Verlaufs der jetzigen Krise, möglicher Szenarien ihrer Lösung und einer eingreifenden radikalen Realpolitik der Linken zu ziehen. Es war ein besonderes Anliegen, zu prüfen, wie der Begriff der organischen Krise auf der Basis der bisherigen Theoriebildung (Marx, Gramsci, Poulantzas, Regulationstheorie etc.) bestimmt werden kann, und zu diskutieren, worin die Potenziale und die Grenzen des Konzepts im Vergleich zu anderen, wo Ansätze seiner Weiterentwicklung bestehen.

Es ging vor allem um die Aufdeckung und Diskussion übergreifender (organischer) Zusammenhänge. Aspekte einer solchen übergreifenden Analyse waren vor allem:

1. Organische Krise als Umbruch des Gesamtzusammenhangs gesellschaftlicher Reproduktion: Inwieweit sind diese Krisen mit der Herausbildung eines neuen Naturverhältnisses (bis hin zur heutigen Ökologie- und Klimafrage), neuer Produktivkräfte und Veränderungen in den Produktionsverhältnissen sowie der (auch) dadurch bedingten Veränderung in der Klassenstruktur, der Möglichkeiten und Grenzen der Akkumulation und den Anforderungen an die Regulation verbunden? Welches Verhältnis haben dabei die streitbar genannte «Realwirtschaft» und «die Finanzmärkte» sowie die Struktur der Einkommen und Vermögen (Problem der Überakkumulation) eingenommen? Wie verändert sich die Rolle staatlicher (welcher?) Institutionen in der Krise gegenüber der vorhergehenden (und nachfolgenden) Periode? Sind organische Krisen mit dem Umbau der Staatlichkeit und der Zivilgesellschaft verbunden? Wie verändern sich der Repressionsapparat des Staates und der Charakter von Repression und Inklusion insgesamt in Zeiten einer organischen Krise?

2. Organische Krise als Scheidewegssituation: Woran zeigte sich, dass das Akkumulationsregime und die Regulationsweise des vorhergehenden Typs von Kapitalismus (national, europäisch wie international bzw. global) an ihre Grenzen stießen? Welche Vorboten solcher Krisen gibt es (als embryonale Phase einer organischen Krise)? Wie wird durch die verschiedenen Akteure auf solche Vorboten reagiert? Welche Phasen haben organische Krisen, wann werden die entscheidenden Weichenstellungen vorgenommen? Wie werden Entwicklungsblockaden aufgebrochen und um welchen Preis? Wie verändert sich die Klassenstruktur, wie werden die Geschlechterverhältnisse und Verhältnisse, die mit Ethnizität und Staatsbürgerschaft verbunden sind, umgebrochen, und wandeln sich die soziokulturellen Milieus? Welche neuen Lebensweisen, neuen Formen der räumlichen und zeitlichen Regime des Lebens entstehen? Wie verändert sich das Verhältnis von «Ökonomie» und «Reproduktionsökonomie»? Welche Szenarien sind im Verlauf der jetzigen Krise unter Berücksichtigung der historischen Erfahrungen wahrscheinlich? Worin bestehen ihre jeweiligen Stärken und

Schwächen? Wie werden dabei die genannten Dimensionen auf neue Weise verknüpft (vom Naturverhältnis über Klassen- und Geschlechterverhältnisse bis hin zur Staatlichkeit und Lebensweise)?

3. Organische Krise als Umbruch der handelnden Akteure: Inwieweit kommt es innerhalb der herrschenden Klassen zu Spaltungen, Neugruppierungen, der Entstehung eines neuen herrschenden Blocks und wie verändern die herrschenden Klassen ihre Strategien gegenüber den subalternen Klassen und Schichten? Wie verändern sich die Artikulations- und Repräsentationsverhältnisse sowie die Organisationsweisen? Welche neuen Formen von Konflikten und Kooperationen innerhalb der herrschenden Klasse sowie zwischen verschiedenen Interessengruppen und Bevölkerungsschichten entstehen?

4. Organische Krise als Veränderungen im kapitalistischen Weltsystem: Welche Veränderungen Europas, des Weltsystems und des Systems der internationalen Arbeitsteilung und Machtausübung sind mit organischen Krisen verbunden (Abstieg alter und Aufstieg neuer Führungsmächte, neue internationale Arbeitsteilung, Imperialismus und Kolonialismus, Nord-Süd-Konflikt, neue Formen der Regierung, Rolle von Rüstung und kalten bzw. heißen Kriegen, neue gesellschaftliche Raum-Zeit-Regime, neue Ressourcen- und Umweltregime)? Welche Bedeutung hat dabei das Verhältnis von Realakkumulation und Finanzakkumulation?

5. Organische Krise als Herausforderung für die Linken: Welche strategischen Antworten haben linke Kräfte in den jeweiligen organischen Krisen entwickelt, und wie wirksam waren diese Antworten? Welche wissenschaftlichen und politischen Annahmen lagen diesen Antworten zugrunde? Wie hat sich das Verständnis von Sozialismus/Kommunismus/solidarischer bzw. gerechter Gesellschaft als alternativer Ordnung dabei verändert? Von welchen Bedingungen hing die Wirksamkeit linker Kräfte ab, und wann waren sie in der Lage, nachhaltige emanzipatorisch-solidarische Antworten zu finden?

Sicherlich konnte die Konferenz nur einen Teil dieser Ziele einlösen. So wie die Krise voranschreitet, so auch die Arbeit an ihrer Analyse und dem Versuch, daraus strategische Schlussfolgerungen für die Linken zu ziehen. Der vorgelegte Konferenzreader dokumentiert einen Beitrag zu diesem Forschungs- und Diskussionsprozess.

Wolfgang Küttler

ZUR ERÖFFNUNG

Zur Eröffnung ist es meine Aufgabe und zugleich mein Anliegen, zunächst für die Leibniz-Sozietät der Wissenschaften als Kooperationspartner auf den hohen Stellenwert hinzuweisen, den das Thema dieser Konferenz, die Transformationsforschung, in deren gesellschaftswissenschaftlicher Projektarbeit einnimmt. Es war Gegenstand eines von Günter Krause herausgegebenen Sammelbandes, der von der Rosa-Luxemburg-Stiftung finanziell und durch Beiträge unterstützt wurde (vgl. Krause 2011). Es ist auch der thematische Schwerpunkt des von Helmut Steiner begründeten und jetzt von Michael Thomas geleiteten Arbeitskreises «Gesellschaftsanalyse» und nun auch des von Günter Krause und Ulrich Busch geleiteten Teilprojekts «Theorieentwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft im Zeichen der Großen Krise» im Rahmen unseres Förderprojektprogramms für 2013 (vgl. Busch 2012). Ich verweise aber auch auf die finanzielle und inhaltliche Zusammenarbeit der Stiftung mit dem anderen von mir mitverantworteten Vorhaben – dem «Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus», dessen Ende 2012 erschienener Band 8/I direkt zum Thema Beiträge von Thomas Sablowski über Krisentheorien und von Mario Candeias über eine der neuartigen Erscheinungen in der Sozialstruktur, das «Kybertariat», enthält (Haug u. a. 2012).

Diese Beispiele erfolgreicher Kooperation sind nur ein kleiner Ausschnitt aus einer Fülle von Veranstaltungen und Publikationen, die – und zwar auf allen Seiten des politischen Spektrums – die große gesellschaftliche Bedeutung und Aktualität der durch die Krisenprozesse seit 2008 dringlich gewordenen Perspektivenfragen zeigen. Die Debatte darüber wirkt interessenbedingt unvermeidlich polarisierend zwischen dem herrschenden neoliberalen Block und allen sozialen Bewegungen, die nachhaltige Veränderungen der Gesellschaft anstreben. In den Kontroversen über Auswege aus der Krise «eine Bestandsaufnahme von Transformationsdiskussionen der akademischen Linken vorzunehmen» (Brie/Candeias 2012: 5) war schon das Anliegen der ersten vom Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung veranstalteten

Konferenz am 13. und 14. Oktober 2011. Sie war primär der allgemeinen Klärung des Begriffs der Transformation und der Bestimmung des Inhalts der im 21. Jahrhundert vor sich gehenden Transformationsprozesse gewidmet. Daran anschließend soll nun die Zweite Transformationskonferenz mehr Wesen und Erscheinungsformen der aktuellen Krise und ihrer Auswirkungen sowie die Formierung von Gegenkräften und Alternativen zum neoliberalen Gesellschaftsmodell, das heißt die Frage konkreter Möglichkeiten und Wege einer sowohl inner- als auch transkapitalistischen Transformation erörtern. Insofern reicht die Zielsetzung über den akademischen Diskurs hinaus in die Ebene der Orientierung linker Politik.

Ohne der Diskussion vorgreifen zu wollen, möchte ich – auch aufgrund der Erfahrungen der bisherigen Debatte und der ersten Konferenz – auf einige meines Erachtens wichtige Aspekte zum Teil noch unzureichend reflektierter Aspekte des Themas hinweisen:

1. Da diese Konferenz in theoretisch-methodologischer Hinsicht unter den Leitaspekt des von Antonio Gramsci entwickelten Konzepts der «organischen Krise» gestellt ist, beginne ich mit der Frage des theoriegeschichtlichen Zusammenhangs, in welchem die aktuelle Debatte unter Linken steht. Da nun bedeutet die Berufung auf Gramscis Begriff der organischen Krise vor allem, dass der Blick auf die große Krise der 1930er Jahre und ihre Folgen gerichtet wird. Gramscis Analyse der Krise als einer organischen, das heißt, das ganze System der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft erfassenden Krise hatte den Zweck, in diesem neuartigen, politisch mit der faschistischen Herrschaft in Italien verbundenen Situation die Voraussetzungen und Möglichkeiten eines breiten Bündnisses als hegemonialen Gegenmacht zu erkunden. Dieses Konzept zielte auf die Entwicklungsbedingungen und Perspektiven in den fortgeschrittenen Industrieländern, auch vor dem Hintergrund sich abzeichnender Fehlentwicklungen im peripher gebliebenen sowjetischen Sozialismus.

So markiert Gramscis Auffassung gewissermaßen eine theoriegeschichtliche Schaltstelle zwischen der Problemsituation, in der Marx und Engels ihre Gesellschaftstheorie und ihr emanzipatorisches Projekt in der Erwartung und starken analytisch begründeten Prognose der sozialen Revolution des modernen Proletariats entwickelten auf der einen und der nach Weltkriegen und Krisen einsetzenden neuen Entwicklungen, die schließlich im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts zur Ausprägung eines neuen Stadiums des Kapitalismus führten, auf der anderen Seite. Auf diesem Wege der Real- und Problemgeschichte gab und gibt es eine Vielzahl restaurativer, reformistischer und revolutionärer Konzepte, die es im Vergleich zur gegenwärtigen Situation einer neuen großen Krise Anfang des 21. Jahrhunderts zu analysieren gilt, um unter tief greifend veränderten Bedingungen wieder Theoriekritik und Prozessanalyse für neue Strategien zu verbinden. Dazu gehört auch die Rückbesinnung auf die marxische Kapitalismusanalyse und ihre Konsequenzen, wenn man sie ohne das Junktum mit der proletarischen Revolution und auch im erfahrungsbedingten kritischen Abstand zur Klassen-, Revolutions- und Formationstheorie aus der Perspektive eines wieder welt-

weit dominierenden und noch weiter expandierenden Kapitalismus betrachtet. Das vor allem stellt uns insgesamt vor die Herausforderung, das theoretische, begriffliche und methodische Instrumentarium der kritischen Analyse dieses Systems, das im linken Diskurs und weit über ihn hinaus nachhaltig mit dem Erbe des marx'schen Werks verbunden ist, prinzipiell zu überprüfen. Transformationsprozesse zu erfassen bedarf auch unter den veränderten Bedingungen der Gegenwart neben konkreten Analysen vielschichtiger Einstiege in gesellschaftliche Veränderungen vor allem auch einer makrohistorisch-globalen Rahmenvorstellung, und dies gerade in einer Situation, in der neoliberale und konservative «Großzählungen» unverändert und massenwirksam die etablierte Medienwelt beherrschen.

2. Wir diskutieren und analysieren die gegenwärtige Krise *zum einen* als tief greifenden Formwandel innerhalb der kapitalistischen Formation, als Einschnitt und auch Triebkraft des Übergangs nach wie vor im Rahmen der sich seit 500 oder – je nach Perspektive – 300 Jahren entwickelnden Produktionsweise. Gegenstand der Untersuchung müssen dabei zunächst vor allem die realen Umwälzungsprozesse sein, die dem neuen Stadium der kapitalistischen Produktionsweise zugrunde liegen. Dabei geht es erstens um das Wesen der aktuellen Krise im gesamten Formierungsprozess kapitalistischer Gesellschaften, das heißt um den historischen Platz des gegenwärtigen Kapitalismus. Das verlangt zweitens dessen Vergleich mit früheren Stadien und innerkapitalistischen Übergängen sowie der Funktion von Krisen dabei, was besonders die entsprechende komparative Betrachtung der ebenfalls als «große Krise» beurteilten Weltwirtschaftskrise von 1929 ff. in Bezug auf die Ausprägung des Fordismus betrifft. Drittens geht es um eine vergleichende Analyse der Produktivkraftentwicklung, der Reproduktions- und Kommunikationsformen. Neben der Dominanz der Finanzmärkte sollten dabei die deren neuartige Funktionsweise erst ermöglichenden präzedenzlosen Veränderungen in Wissenschaft und Technik und die dadurch erst möglich gewordenen neuartigen Kommunikationsformen besondere Beachtung finden. Das betrifft auch die Veränderungen in der Kultur und Lebensweise, im praktischen Alltag. Die kulturelle Seite der Krise und generell der Transformationsprozesse, ihre Auswirkungen auf Weltbilder und Normensysteme spielten in den Beiträgen der ersten Konferenz nur eine marginale Rolle. Besonders im Hinblick auf die Geschlechterverhältnisse und die Kritik des neoliberalen Reproduktionsmodells wird dieser Aspekt auf dieser Konferenz Beachtung finden. Es ist zu wünschen, dass darüber weitere spezielle Diskussionen folgen.

3. *Zum anderen* geht es, überblickt man die Liste der angekündigten Themen, hier wie auch überhaupt in der Perspektive linker Gesellschaftskritik auch um die transitorischen Tendenzen eines Systemwechsels über die Grenzen des Kapitalismus hinaus. Das Konzept der doppelten Transformation (vgl. Reißig 2009; Klein 2013) impliziert, dass die aktuelle Krise nicht nur innerhalb des Kapitalismus Veränderung und Zäsur bedeutet, sondern dass sie mit ihrer neuartigen Komplexität auch über dessen Grenzen hinausweist. Das betrifft wiederum die Veränderungen in der Lebenswelt, in

der Reproduktionsweise, in den Geschlechterverhältnissen. Zugleich erfordert es eine global vergleichende Sicht auf unterschiedliche Entwicklungen in anderen Weltregionen und deren Rückwirkungen auf Europa und Deutschland. Dabei kommt es mir vor allem auch darauf an, jene Tendenzen und Kräfte in den Blick zu nehmen, die progressiven Veränderungen im Kleinen wie im Großen entgegenwirken. Gerade in der Tradition Gramscis wird in diesem Zusammenhang wieder die Frage der Hegemoniebildung im Bewusstsein der Akteure für und gegen die herrschenden Verhältnisse besonders wichtig.

Diskussionsstoff und Anregungen für weitere empirische Analysen wie auch theoretische Anstrengungen sind im Milieu einer sich im Großen wie im Kleinen rapide verändernden Welt mehr als reichlich gegeben. In diesem Sinne wünsche ich der Konferenz viel Erfolg.

Literatur

- Brie, Michael/Candeias, Mario (Hrsg.) (2012): Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus. Beiträge zur Ersten Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, hrsg von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Papers, Berlin.
- Busch, Ulrich (Hrsg.) (2012): Jenseits der Orthodoxie. Ansätze für einen Paradigmenwechsel in der Wirtschaftstheorie (= Berliner Debatte Initial, Heft 3/2012)
- Haug, Wolfgang Fritz u. a. (Hrsg.) (2012): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 8/I, Hamburg.
- Klein, Dieter (2013): Das Morgen tanzt im Heute: Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus, Hamburg.
- Krause, Günter (Hrsg.) (2011): Kapitalismus und Krisen heute Herausforderung für Transformationen, Berlin.
- Reißig, Rolf (2009): Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels, Wiesbaden.

Mario Candeias

«WENN DAS ALTE STIRBT ...» - ORGANISCHE KRISE BEI ANTONIO GRAMSCI

Krisen scheinen allgegenwärtig im Kapitalismus. Endemisch wird der Krisendiskurs in den Krisen selbst. Er wird zur Handlungsbedingung, gerade für die gesellschaftliche Linke. Die Einschätzung, um welche konkrete Krise es sich handelt, ist notwendig, um die gegenwärtige Situation und ihre komplexe Dynamik besser einschätzen zu können, um politische Orientierung und Aktionsfähigkeit zu stärken. Von welcher Krise also ist die Rede in dieser Krise?

Relativ einig ist sich die gesellschaftliche Linke in der Einschätzung einer «großen Krise». Festgemacht wird das in erster Linie an der Heftigkeit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09, an deren Folgen immer noch laboriert wird. Krise ist dann – zugespitzt – tendenziell ökonomisch und quantitativ bestimmt. Dies aber ist unzureichend, wenn es sich um «große Krisen» handelt, die das gesellschaftliche Ganze betreffen. Gramsci gab uns zu bedenken, es könne «ausgeschlossen» werden, «dass die unmittelbaren Wirtschaftskrisen von sich aus fundamentale Ereignisse hervorbringen; sie können nur einen günstigeren Boden» bereiten (Gramsci 1991: 7/1563).¹ Es gibt «keine einzige Ursache» einer «großen» oder «strukturellen» Krise. «Es handelt sich um einen Prozess mit vielfältigen Erscheinungsformen, in dem Ursachen und Wirkung sich verkomplizieren und überkreuzen» (ebd.: 7/1716). Ein ökonomischer Reduktionismus verbietet sich.

Der Begriff der «multiplen Krise» oder auch Vielfachkrise versucht darauf hinzuweisen, dass es keineswegs nur um eine ökonomische Krise geht, sondern vielmehr um eine Häufung von Krisen unterschiedlicher Art, etwa auch der ökologischen Krise, der Krise der Geschlechterverhältnisse und der Reproduktion, der Repräsentation etc. Diese weisen eine «relative Autonomie» auf, sind «nicht aufeinander reduzier-

1 Die Gramsci-Zitate sind seinen «Gefängnisheften» (Gramsci 1991) entnommen und mit Angabe des Bandes und der entsprechenden Seitenzahl versehen.

bar» (Demirović u. a. 2011: 13). Doch bilden sie für Alex Demirović zumindest gegenwärtig noch keinen Zusammenhang, der sich verdichtet. Das entspricht seiner Analyse der spezifischen Form der Herrschaft im Neoliberalismus durch Kontingenz (Demirović: 2009). In einem solchen Fall wird Herrschaft durch permanente Produktion und Organisation von Unsicherheit ausgeübt. Bisher gelingt es den Neoliberalen, die Krisen zu separieren, sogenannte Äquivalenzketten zwischen den Krisen zu verhindern, sie zeitlich oder räumlich zu verschieben, sodass es eigentlich doch nicht zur großen Krise kommt. Das ist in dieser Zuspitzung in sich schlüssig. Gerade für die Bundesrepublik könnte man meinen, passt dieser analytische Zugang gut.

In ihrem Buch zur Vielfachkrise gehen Demirović und seine MitautorInnen konzeptionell von der Verwobenheit der Krisenmomente aus: «Krisen stehen nicht additiv nebeneinander, sie sind keine lose verbundene Pluralität von Krisen.» Sie bilden, so heißt es in der Einleitung, einen «inneren Zusammenhang» (Demirović u. a. 2011: 13). Doch im Weiteren werden die Krisen dann als Einzelphänomene betrachtet. Begrifflich ist das konsistent: «multiple» bedeutet eben vielfältig, mehrfach. Geht es aber um den Zusammenhang des «Vielfältigen», dann trifft Gramscis Begriff «organische Krise» es besser: Er zielt darauf ab, die spezifische Verbindung und Verdichtung molekularer Veränderungen und kleinerer Krisen aufzuzeigen.

Im Mittelpunkt der weiteren Darlegungen stehen jene Elemente, die für Gramscis Verständnis einer organischen Krise zentral sind. Die Ausführungen zur gegenwärtigen Krise sind nur exemplarisch, nicht systematisch, um Gramscis Denken zu verdeutlichen – eine systematische Analyse findet sich bei (Candeias: 2009a, 2009c, 2010 und 2011).

Molekulare Veränderungen, konjunkturelle und organische Krisen

Nicht jede Störung der Regelmäßigkeit gesellschaftlicher Reproduktion ist eine organische Krise: Molekulare, also schleichende Veränderungen, die zunächst kaum als solche sichtbar sind, sind alltäglicher Ausdruck der Bewegungsformen gesellschaftlicher Widersprüche. Solche molekularen Veränderungen sind, auch wenn sie zu Verschiebungen in der Struktur führen, als vereinzelte Phänomene beherrschbar. Selbst wenn sie zu kleineren, *konjunkturellen* Krisen führen und sich weiter fortsetzen.

In Gesellschaften, in denen kapitalistische Produktionsweise herrscht, sind Krisen geradezu eine Normalität. Und es gehört zu den charakteristischsten Merkmalen des Neoliberalismus, dass er als hegemoniales Projekt Krisen absorbiert, indem es diese Krisen organisiert (Demirović: Nicos Poulantzas). Konjunkturell-zyklische oder «generische» Krisen (Poulantzas) – die sich im Neoliberalismus in immer kürzeren Abständen häufen – sind Anlass für Instabilitäten, führen ganze Länder und Regionen an den Rand der Reproduktionsunfähigkeit, produzieren Arbeitslosigkeit, Armut, Hunger für Millionen von Menschen, rütteln an der Legitimität der Regierenden. Gleichzeitig kann ihre «bereinigende Wirkung» nach «produktiver Zerstörung» und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen – verbunden mit der Produktion großer in-

dividueller und sozialer Nöte – technische, ökonomische und gesellschaftliche Innovationen hervorbringen oder beschleunigen, dynamische Impulse auslösen und dazu beitragen, dass kapitalistische Akkumulation und bürgerliche Hegemonie dynamisiert werden. So hart diese Krisen sich auch auf die Lebensverhältnisse vieler Menschen auswirken, vermindert die Vernichtung und Entwertung von Kapital die Tendenz zur Überakkumulation, schafft Bedingungen zur Umverteilung des Mehrwerts zugunsten der Profite, verbessert die Verwertungsbedingungen des Kapitals, zwingt zur Anpassung der gesellschaftlichen Regulation.

Solche Krisen oder auch molekularen Verschiebungen sind verbunden mit wechselnden politischen *Konjunkturen* innerhalb einer spezifischen Periode kapitalistischer Entwicklung, zum Beispiel mit dem Wechsel vom orthodox-konservativen zum sozial-demokratischen und schließlich zum autoritären Neoliberalismus (Candeias 2009b: 404 ff). Entscheidend ist für den Block an der Macht nicht die Stilllegung oder Lösung von Widersprüchen. Es geht darum, sie in einer Weise der Bearbeitung zu unterwerfen, dass sie beherrschbar bleiben (ebd.: 136). Ein solcher Begriff von Hegemonie fragt nach der bestimmenden Entwicklungsrichtung der Bearbeitung von Widersprüchen. Es geht um Herrschaftssicherung in der Veränderung und durch ihre Gestaltung.

Da Verschiebungen und kleine Krisen ständig wirksam sind, also zur Reproduktion kapitalistischer Produktionsweise gehören, so Demirović (1987: 118), ist es weder berechtigt, sie selbst als Krise zu betrachten, noch in ihnen ein teleologisches Prinzip zu sehen, das quasi automatisch zur «wirklichen» Krise hinführt. Doch diese Form von molekularen Veränderungen und von generischen Krisen trägt immer auch die Möglichkeit zur Verschiebung von Widersprüchen und Kräfteverhältnissen und damit zur Verdichtung in «großen», strukturellen Krisen in sich. Sie berührt Fragen der Hegemonie und Legitimität. Molekulare Veränderung wie zyklische Krisen sind letztlich nicht bestandsgefährdend für die bestehende Produktionsweise. Sie produzieren aber gesellschaftliche Konflikte und sind aufgrund der Komplexität gesellschaftlicher Verhältnisse in letzter Konsequenz unkalkulierbar. Ihre Überwindung ist nicht selbstverständlich, insbesondere dann, wenn sich unterschiedliche Krisenelemente verschränken und in einem Ereignis verdichtet werden.

Um diese Prozesse in ihrer Unterschiedlichkeit zu erfassen, ist es daher sinnvoll, zwischen «konjunkturellen oder *gelegenhetsbedingten*» und «*organischen*» oder strukturellen Bewegungen zu unterscheiden (Gramsci 1991: 7/1557). Der erste Typus ist in seiner «Bedeutung nicht von großer historischer Reichweite», erfordert Modifikationen der Regulationsweise, ohne strukturelle Veränderungen nach sich zu ziehen (z. B. die Erhöhung des Kindergeldes, die Senkung des Eingangsteuersatzes, die Erhöhung des Schonvermögens bei Hartz-IV). Der zweite Typus lässt sich innerhalb der gegebenen Regulationsweise nicht ausreichend bearbeiten, obwohl Modifikationen ihre krisenhafte Verdichtung verzögern können. Je nach Verlauf der gesellschaftlichen Auseinandersetzung kann der erste in den zweiten Typus übergehen, wenn «auch die

[relativ] konstanten Elemente davon verändert werden» (ebd.: 5/1069). Es kommt also auf die konkrete Analyse der konkreten Situation an.

Das «rechte Verhältnis zwischen dem Organischen und dem Gelegenheitsbedingten» zu finden, ist schwierig: «in dem einen Fall gibt es ein Übermaß an ‹Ökonomismus: [...], in dem anderen ein Übermaß an ‹Ideologismus›; in dem einen Fall werden die mechanischen Ursachen überschätzt, in dem anderen wird das ‹voluntaristische› und individuelle Element hervorgehoben» (ebd.: 7/1557). «Den dialektischen Zusammenhang zwischen den beiden Arten der Bewegung [...] festzulegen ist schwierig», vor allem «wenn es sich nicht um die Rekonstruktion der vergangenen Geschichte handelt, sondern um die Konstruktion der gegenwärtigen und zukünftigen» (ebd.: 7/1557f.).

Zerfall, Ereignis und Verdichtung

Gramsci versucht, die Spezifik einer organischen Krise einer konkreten Formation des Gesellschaftlichen zu erfassen, indem er verschiedene ihrer Elemente bestimmt. Ausgangspunkt ist der Zusammenhang von Zerfall und Verdichtung: «Wann hat die Krise eingesetzt? [...] Man kann sagen, dass die Krise als solche kein Anfangsdatum hat, sondern nur einige aufsehenerregende ‹Erscheinungsformen›.» (ebd.: 7/1716). In einer ‹organischen Krise› treten ‹unheilbare Widersprüche› (ebd.: 7/1557) in der Struktur der Gesellschaft auf. Zwei gleichzeitige Bewegungen treffen dabei aufeinander: Zerfall und Verdichtung.

Zerfall: In organischen Krisen zerfällt das spezifische Verhältnis der Verhältnisse (Lipietz 1998: 110) zueinander, also das Verhältnis der spezifischen historischen Verbindung (Artikulation) von Verhältnissen, die sich wechselseitig stützen. Dies gilt etwa für die sich in Kämpfen herausgebildete Verbindung fordristischer Massenproduktion mit Massenkonsumtion, einer darauf ausgerichteten Struktur der Kleinfamilie und geschlechtlicher Arbeitsteilung im Sinne unbezahlter Reproduktionsarbeit und Familienernährerlohn, einem Wohlfahrtsstaat, einem passenden internationalen Regime etc. Der Zerfall, mit Gramsci gesprochen, tritt, wenn bestimmte Prozesse und Phänomene sich verstärken, «während andere, die zunächst gleichzeitig mit den ersten, diese immunisierend, auftraten [...], unwirksam geworden [...] sind» (ebd.: 7/1718). Es wird immer schwieriger, das Verhältnis der Verhältnisse aufrechtzuerhalten, da die Prozesse auseinanderlaufen.

Dabei kommt es zum Umschlag von Quantität in Qualität – beispielsweise wenn Disproportionen ein Ausmaß annehmen, dass die spezifische Verbindung von Verhältnissen zerreißt, etwa wenn die Entwicklung der Massenproduktion ohne ausreichend Massenkonsum erfolgt, wie in den 1920er Jahren geschehen, oder eine wachsenden Finanzakkumulation ohne ausreichend Mehrwertproduktion immer größere Ausmaße annimmt, sodass Zahlungsketten reißen und Finanzblasen platzen wie im Jahr 2008. Dann ist es nicht mehr möglich, die ‹Krise zu kontrollieren, [...] gerade wegen ihrer Breite und Tiefe, die ein solches Ausmaß angenommen hat, dass die

Quantität zur Qualität wird, d. h. zu *organischer* und nicht mehr *konjunktureller* Krise» (GEf. 5, H. 9, § 216, S. 1070).

Disproportionen beziehen sich dabei keineswegs nur auf den Bereich von Produktion und Finanzen, sie können auch die Wechselwirkung ganz anderer gesellschaftlicher Zusammenhänge betreffen. Ein Beispiel sind die *Disproportionen zwischen Erwerbs- und Reproduktionsarbeit*. Molekulare Bewegungen im Bereich der Reproduktionsarbeit wirken selbst wieder auf die Ökonomie zurück, die sich während der neoliberalen Periode auf eine Überakkumulationkrise zubewegte. Das männliche Familienernährermodell wurde ersetzt, auch Frauen sollten und wollten dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Die häusliche Reproduktionsarbeit sollte zunächst durch günstige Dienstleistungen auf dem Markt aufgefangen werden, nicht zuletzt durch illegalisierte MigratInnen. Ergänzend wurden die öffentlichen Dienstleistungen umgestaltet: Der Ausbau von Ganztageseschulen, der Anspruch auf einen Kindergartenplatz ab Vollendung des ersten Lebensjahrs, die sogenannte Herdprämie (Betreuungsgeld) oder der Einsatz von mehr Erzieherinnen sollen die Lücke füllen. Dies stieß aber an Grenzen, denn die Intensivierung der Arbeit steigert die Reproduktionserfordernisse; gleichzeitig verkürzen erhöhte zeitliche Ansprüche der Erwerbsarbeit die verfügbare Zeit für die Reproduktion von eigener und neuer Arbeitskraft. Beides muss in immer kürzerer Zeit geleistet werden und setzt die Betroffenen einem gesteigerten zeitlichen Stress aus. Insbesondere bei Frauen geht – trotz häufiger Teilzeitarbeit – die reale Arbeitszeit inklusive der notwendigen Erziehungs- und Hausarbeit häufig deutlich über 70 Stunden in der Woche hinaus. Ihnen wird ein sehr flexibles Zeitmanagement zwischen Job, Schule, Kita, Zuhause und den Großeltern abverlangt, die ab und zu helfen. Die Ausdünnung (und Verteuerung) öffentlicher Dienstleistungen verschärfen das Problem. Die Verdichtung der Arbeit in Bereichen wie Gesundheit oder Bildung führt zudem zu sinkender Qualität der Leistungen. In der Folge wird zuerst die eigene Reproduktion vernachlässigt, dann trifft dies die nötigen Erziehungs- und Sorgearbeiten, und schließlich ist auch die Arbeitsleistung bedroht: Erschöpfungssyndrome sind Allgemeingut geworden.

Diese Tendenzen im Sektor der Reproduktionsarbeit erschweren die Nutzung neuer Produktivkräfte. So wurden in den letzten Jahren neue Formen der selbstorganisierten Arbeit zurückgeschraubt. Von Kapitaleseite erfolgt ein Rückbau von Autonomiespielräumen. Die Kontrollen am Arbeitsplatz werden verschärft, die Arbeit wird intensiviert, die Arbeitsplätze werden prekär. Es erfolgt eine Überausbeutung. Auf der Seite der Lohnabhängigen führt dies zu breiter Demotivierung und Kreativitätssperren, sowohl durch die «Selbstaussbeutung» in flexiblen, enthierarchisierten Arbeitsverhältnissen als auch durch die engen Grenzen der betrieblichen Vorgaben und den Despotismus am Arbeitsplatz (vor allem im Niedriglohnsektor) oder aufgrund von mangelnden Perspektiven. Dies bedeutet in vielen Fällen Erschöpfung, Verunsicherung, Burnout, mangelnde Requalifizierung. Die subjektiven Probleme der Reproduktion schlagen um in ökonomische Probleme: Im Ergebnis liegt die Stei-

gerung der Arbeitsproduktivität in den letzten zehn Jahren – trotz New-Economy-Boom – in Deutschland unter zwei Prozent, oszilliert meist um ein Prozent. In den USA ist das Wachstum der Arbeitsproduktivität von 2000 bis 2007 im Durchschnitt auf ein halbes Prozent gesunken. Erst durch Massenentlassungen in der Krise konnte sie etwas verbessert werden. Die einst mit der Befreiung aus der patriarchalen fordistischen Kleinfamilie, der staatlichen Bevormundung und der einförmigen fordistischen Arbeitsverhältnissen verbundenen Hoffnungen haben ihre Kraft verloren. Das ursprünglich komplementäre Verhältnis von Produktion und Reproduktion, Arbeit und Familie, öffentlichen und privaten Dienstleistungen usw. zerfällt, was zu einer Folge von scheinbar unverbundenen Krisen auf den unterschiedlichsten Feldern führt und Ungleichzeitigkeiten nach sich zieht.

Wenn sich derartige Prozesse häufen, wenn an verschiedenen Stellen das Verhältnis von Verhältnissen unter Druck gerät, sich die Tendenzen nicht mehr wechselseitig verstärken, sondern paralisieren, dann tritt eine Krise als «Ereignis» hinzu, und es kommt zu einer «blitzartigen Bewegung von Elementen, die einander das Gleichgewicht hielten und sich immunisierten» (ebd.: 7/1718). In diesem Ereignis werden die einzelnen latenten Krisen und molekularen Bewegungen zu einer «großen Krise» verdichtet. Ein solches Ereignis war die Finanzkrise 2008. Zuvor scheinbar Unverbundenes erreicht in einem solchen Ereignis eine andere Qualität. Der Zusammenhang zwischen ihnen wird deutlich. Gesellschaftsanalyse und systematische Bildungsarbeit können schon im Vorfeld diese realen Zusammenhänge deutlich machen, können auf die Verbindung der verschiedenen Krisenphänomene hinweisen – meist ist es jedoch ein Ereignis, welches die Sichtbarkeit des Zusammenhangs für die Allgemeinheit herstellt.

Es sei dies an der Krise der Reproduktion dargestellt. Im Moment des Finanzcrashes erhielt der lange Prozess molekularer, an vielen Orten gleichzeitig sich vollziehender, oft nicht unmittelbar sichtbarer Verallgemeinerung prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse eine andere Bedeutung. War es zum Beispiel in den USA zuvor noch möglich, über steigende Verschuldung Probleme der individuellen und familialen Reproduktion zu überbrücken, Hoffnungen zu erhalten, ist dieser Mechanismus mit Ausbruch der Finanzkrise schlagartig unterbrochen – *Zerfall*. Ebenso schlagartig wird die Ursache deutlich: Die Krise der Reproduktion und die Abschöpfung des Reichtums der Gesellschaft über die Finanzmärkte werden als Zusammenhang erkennbar – *Verdichtung*.

In den USA verdichten sich die Probleme der *working poor*, der Millionen ohne ausreichenden Gesundheitsschutz, der Perspektivlosigkeit der hoch ausgebildeten Kinder der bedrohten «Mittelklasse» ohne Jobperspektive und der enormen Ungleichheit mit Ausbruch der Hypothekenkrise: Die Überschuldung bei HausbesitzerInnen, StudentInnen und KonsumentInnen schlägt um in Massenarmut, Zwangsräumungen, Pfändungen. Die individuellen Reproduktionsbedingungen brechen weg. Dies ist der Boden, auf dem Unzufriedenheit und Scham angesichts der skandalösen Rettung der

Finanzinstitute sich zur Wut entwickeln und sich bei Teilen der Bevölkerung in politisches Engagement übersetzen und zur Mobilisierung von Occupy Wall Street führten.

Ähnlich zuvor in Spanien: Dort waren bereits 2003 etwa 90 Prozent aller neu geschaffenen Arbeitsplätze prekäre Jobs. Bezahlbare Mietwohnungen waren vor allem in Großstädten nicht mehr vorhanden – entweder hieß es auch im Alter von 30 Jahren noch zu Hause zu wohnen oder Wohneigentum selbst dann auf Kredit zu erwerben, wenn man über kein höheres Eigenkapital verfügte. Eine rudimentäre Sozialversicherung führt bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit schnell zu enormen Kosten für die Betroffenen. Um überhaupt Zeit für die Arbeit zu finden, müssen Eltern Kosten für die Kindertagesstätte in Höhe von 400 bis 600 Euro pro Monat schultern. Mit dem Platzen der Immobilien- und Finanzblase werden auch die (fiktiven) Werte der Immobilien zerstört. Steigende Zinsen überfordern die überschuldeten Haushalte. Krise und extreme Kürzungspolitiken führen zu Massenarbeitslosigkeit und einer massiven Einschränkung der öffentlichen sozialen Dienstleistungen. Der Zusammenbruch individueller Reproduktionsperspektiven führte zur Mobilisierung der Indignad@as. Vergleichbar entwickelte sich die Lage auch in Griechenland.

Bekanntermaßen zeigte auch die Entwicklung in Nordafrika – obwohl unter gänzlich anderen Bedingungen – durchaus Parallelen: Eine zunehmend höher ausgebildete Klasse junger Lohnabhängiger hatte über moderne Medien und ein vielfältiges Warenangebot Zugang zu anderen Lebens- und Konsumstilen gefunden, ohne diese selbst leben zu können. Ohne Jobs, ohne Perspektiven, ohne demokratische Ausdrucksmöglichkeiten verdichtete sich die Unzufriedenheit, als steigende Lebensmittel- und Benzinpreise auch das sowieso schon niedrige Lebensniveau bedrohten. Die Selbstverbrennung eines akademisch ausgebildeten Gemüsehändlers in Tunesien gab den Anstoß für die Arabellion, die wiederum den Impuls gab für die Indignad@as und Occupy.

Auch in der Bundesrepublik war vor der Krise das Gefühl verbreitet, so könne es nicht weitergehen mit Prekarisierung, Arbeitsintensivierung und Austrocknung der sozialen Infrastrukturen. Hier war vieles in den letzten zehn Jahren vorweggenommen, was in Südeuropa heute mit Verweis auf die Krise durchgesetzt wird. Zudem sind Krisenkorporatismus und -management in Deutschland vergleichsweise erfolgreich. Krise und Angst vor Arbeitslosigkeit wirken disziplinierend (Candeias 2011). Der rasche Wiederanstieg der Exporte (v. a. nach China) stützte die Konjunktur. Nach der Sicherung von Jobs durch Kurzarbeitergeld wurden auch die über 400.000 zuvor entlassenen LeiharbeiterInnen wieder eingestellt. Neue Jobs wurden geschaffen, doch sind zwei Drittel davon prekär. Tarifföhne stiegen wieder, zumeist nur nominal – also reale Stagnation der Lohneinkommen. Die gesellschaftlichen, familiären oder individuellen Reproduktionserfordernisse werden weiterhin systematisch vernachlässigt. Krisenpolitik war vor allem patriarchale Politik: Rettung von Banken und vorwiegend männlichen Industriearbeitsplätzen, nicht aber von Dienstleistungsjobs. Investitionen in öffentliche Leistungen und Sorgearbeit blieben aus. Und die Intensivierung

der Arbeit? Es wird weiter verdichtet, und Beschäftigte versuchen durchzuhalten – alles scheint besser als Arbeitslosigkeit. Krisenproteste blieben in der Bundesrepublik bislang marginal. Die besondere Position der deutschen Ökonomie verhindert eine weitergehende, «blitzartige» Zersetzung der sozialen Reproduktion bislang.

Interregnum

Wenn die Krise «strukturell und nicht konjunkturell ist», kann sie «nur durch den Aufbau einer neuen Struktur überwunden werden» (Gramsci 1991: 7/1680). Die Annahme, dass alles so weitergehen werde wie bisher, mit nur leichten Modifikationen, ist geschichtsvergessen; ebenso wie die Annahme, nun werde sich über Nacht alles ändern. Der Übergang von imperialistischer Globalisierung und Konkurrenz zum Fordismus dauerte in den USA mindestens 13 Jahre, in Europa bis nach dem Zweiten Weltkrieg – darin wird auch die zeit-räumliche Ungleichzeitigkeit und Varianz der Entwicklungen deutlich. Auch von der Krise Ende der 1960er Jahre bis zur wirklichen Durchsetzung des Neoliberalismus – in Etappen, dominiert vom Keynesianismus, aber schon mit einem Wechsel zum Monetarismus und zu freien Wechselkursen – dauerte bis 1980. Freilich ist das kein Automatismus, und die Geschichte der Durchsetzung des Fordismus zeigt, wie heftig solche Übergangskrisen sein können, wie unterschiedlich der Fordismus – wie auch später der Neoliberalismus – sich in unterschiedlichen Kontexten realisierte.

Dies beinhaltet sowohl molekulare Veränderungen als auch eine *Folge von Brüchen* in der Entwicklung. Solche Folgen von Brüchen ereigneten sich beispielsweise 1929, 1933f. und 1945 in der Entstehungszeit des Fordismus sowie mit seiner Krise im Übergang zum Neoliberalismus 1968, 1973/75 und 1980. Dabei zeigt sich bereits, dass es sich zwar in jedem Fall *auch*, aber keineswegs *nur* um ökonomische Widersprüche, sondern um politische Krisen und Ereignisse handelte – etwa New Deal, Faschismus, Weltkrieg bzw. die 68er-Bewegung, Pinochets neoliberaler Gewaltcoup, Thatcherismus und «geistig-moralische Wende» von Helmut Kohl. «Es kommt zu einer Krise, die sich manchmal über Jahrzehnte hinzieht» (ebd.: 3/493). Wir haben es also mit einem langen Transformationsprozess zu tun.

In der Krise des Neoliberalismus werden autoritäre Kürzungspolitiken radikalisiert, während parallel um eine Re-Regulierung der Märkte gerungen und an neuen Projekten wie einer Green Economy gearbeitet wird, die das Potenzial zu einer «passiven Revolution» (ebd.: 6/1329) hat. Die Analyse großer Krisen muss also nicht nur die Zeitlichkeit einzelner Krisenmomente, sondern auch längerfristige Transformationen und Zusammenhänge, Haarrisse und Brüche, Widersprüche im Machtblock und Verschiebungen der Kräfteverhältnisse, Konjunkturen der Krise in den Blick nehmen, um zu umfassenden Einschätzungen zu kommen. Denn natürlich sind die «für die Konservierung und Verteidigung derselben Struktur wirkenden politischen Kräfte trotzdem bemüht [...], sie innerhalb gewisser Grenzen zu heilen». Gramsci spricht «unablässigen und beharrlichen Anstrengungen» der Herrschenden, «denn

keine Gesellschaftsform wird je eingestehen wollen, dass sie überholt ist)» (ebd.: 7/1557).

Gegenwärtig bestätigt sich, dass die (wahrscheinlich) «letzte Konjunktur» des Neoliberalismus (Candeias 2009a) seine autoritäre Wendung ist. Er begegnet der Krise (wie andere vom Verfall bedrohte Vorgängenerprojekte in vorangegangenen großen Krisen) mit einer Intensivierung der alten Regulationsmechanismen (Candeias 2009c; Institut für Gesellschaftsanalyse 2011). Die Krise wird genutzt, durch Kürzungspolitiken und sogenannte Schuldenbremsen die neoliberale Politik noch zu verschärfen und europaweit mit Verfassungsrang festzuschreiben. Das zielt auf die Wiederherstellung des «Vertrauens» der Finanzmärkte und auf die postdemokratische Disziplinierung der Politik. Wenn nötig, werden gewählte Regierungen zum Rücktritt gezwungen und durch vermeintlich «neutrale» Technokraten ersetzt, wie 2011 in Griechenland oder Italien. Hier wird Macht umverteilt: Die Konstruktion supranationaler Sachzwänge wird als Begründung für eine Politik des Abbaus von Sozial- und Arbeitsrechten, der Privatisierung sowie der Enteignung von Schuldner*innen genutzt. Sie dienen der Delegitimierung der Ansprüche jener, die nicht in erster Linie «stabilitätsorientierte» Interessen verfolgen: Beschäftigte, Gewerkschaften, Arbeitslose und sozial Benachteiligte. «Die alte Gesellschaft widersteht und sichert sich eine Zeit der «Atempause»» (Gramsci 1991: 7/1564).

Marx beschrieb zu anderen Zeiten eine postdemokratische Situation wie folgt: Die der kapitalistischen Produktionsweise entsprechende «vollendete» politische Form ist die Demokratie. Die Bourgeoisie lehrt jedoch «der Instinkt», dass die Demokratie «zugleich deren gesellschaftliche Grundlage unterwühlt» und sie daher – insbesondere in Krisenzeiten – «sich nach den unvollständigeren, unterentwickelteren und eben darum gefahrloseren Form derselben [Demokratie] zurücksehnen» (Marx 1852: 140). Für den neoliberalen Vordenker Friedrich Hayek oder Ordoliberaler wie Wilhelm Röpké sind daher Demokratie und Diktatur keine unvereinbaren Gegensätze, nur unterschiedliche Formen der Machtgewinnung (Hayek 1981: 156; Röpké 2009: 107).

Die technokratisch-politische «Lösung» führt keineswegs zu einer Lösung der (organischen) Krise. Sie dient vielmehr der ungleichen Verteilung ihrer Folgen und der Sicherung von Herrschaftsinteressen in Zeiten, in denen der neoliberale Block an der Macht längst seine Fähigkeit zur Führung und Organisation eines aktiven Konsenses verloren hat. Das macht das Interregnum aus. Es ist eine Zeit der Zwischenherrschaft ohne Hegemonie. «Wenn die herrschende Klasse den Konsens verloren hat, das heißt nicht mehr «führend», sondern einzig «herrschend» ist, Inhaberin der reinen Zwangsgewalt, bedeutet das gerade, dass die großen Massen sich von den traditionellen Ideologien entfernt haben, nicht mehr an das glauben, was sie zuvor glaubten usw.» (Gef. 2, H. 3, § 34, S. 354)

Sichtbar wird dies auch in Prozessen zunehmender politischer Instabilitäten vor allem in den Ländern der Eurozone. Zwischen 2009 und 2012 haben in zwölf Ländern

der EU, darunter neun Ländern der Eurozone, vorgezogene Wahlen oder krisenbedingte Regierungsumbildungen wie in Italien stattgefunden. Die Ursachen hierfür sind in allen Fällen (außer in Belgien) Auseinandersetzungen um das Ausmaß der Sozialkürzungen und Reprivatisierungen infolge verordneter Kürzungsmaßnahmen unter dem Diktat der Troika aus EZB, IWF und EU-Kommission gewesen. Aber auch die jetzt im Amt befindlichen Regierungen zum Beispiel in Griechenland, Portugal, Spanien, Slowenien sind nicht stabil, die bulgarische Regierung ist Anfang März 2013 zurückgetreten. Äußerst schwierig gestaltete sich die Regierungsbildung in Italien. Ob Sozialdemokraten oder Konservative – die autoritäre «Austeritätspolitik» wird unabhängig von Massenprotesten gegen die Bevölkerung durchgesetzt – die Parteien verlieren selbst in den eigenen Reihen ihre Legitimationsbasis. 1,5 Millionen Portugiesen (15 Prozent der gesamten Bevölkerung) folgten am ersten Märzwochenende 2013 dem Aufruf der Empörten-Bewegung und forderten – ähnlich wie die Demonstranten in Spanien – den Rücktritt der Regierung und das Ende der zerstörerischen Kürzungspolitik. 78 Milliarden Euro Troika-Kredite bezahlen die BürgerInnen Portugals, 65 Milliarden Euro die SpanierInnen und 31,5 Milliarden Euro (die nächste Kreditrate) die GriechInnen mit Maßnahmen, die noch die letzten Reste europäischer Sozialstaatlichkeit zerstören. Diese Schutzrechte gab es für die Bevölkerung Bulgariens kaum, sodass die drastische Anhebung der Strompreise durch keine sozialen Institutionen aufgefangen werden konnte. Folgerichtig gingen die Menschen Tag für Tag auf die Straße und klagten dort ihr Recht auf eine warme Wohnung ein. Es kam zu schweren Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und den DemonstrantInnen, die den Ministerpräsidenten Bojko Borissow zum Rücktritt veranlassten. Wie lange sich die Regierung Griechenland unter dem Druck der anhaltenden Proteste und Generalstreiks halten kann, ist ebenso offen wie für die Regierung in Slowenien oder Spanien, die in Korruptionsaffären versunken sind und ungehemmt weiter kürzen.

Und dort, wo die politische Linke bedeutungslos geworden ist, wo soziale Bewegungen schwach sind oder keine politischen Partner mehr haben bzw. diese – einschließlich der Linken – als Teil des etablierten Systems unfähig sind, gesellschaftliche Alternativen aufzuzeigen, entwickeln sich «populistische» Anti-Parteien: in Italien die Cinque Stelle (Fünf Sterne) von Beppe Grillo oder in Polen die Palikott-Partei. Problematischer noch: Es gewinnen rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien an Stärke, in Griechenland oder Italien und vor allem in Ungarn, dem ersten EU-Land, in dem mit der letzten Änderung der Verfassung die Gewaltenteilung minimiert wurde, indem sie dem ungarischen Verfassungsgericht die Prüfung von Gesetzen auf Verfassungskonformität entzog. Damit wird die Verteidigung der Demokratie zu einer europaweiten Aufgabe, in der sich das verbreitete Gefühl mangelnder Partizipationsmöglichkeiten und die Kämpfe sozialer Bewegungen und linker Parteien bündeln ließen.

Wenn aber die «Memoranden of Understanding», die von Irland, Griechenland und Portugal unterschrieben werden mussten, um Gelder aus dem europäischen Rettungs-

schirm zu erhalten, als Blaupause für bilaterale Verträge zur Deregulierung nationaler Arbeitsmarktpolitiken und zur Privatisierung durchgesetzt werden, dann wird die Zahl der Proteste auch in den Kernländern der EU zunehmen. Schon jetzt wird in Frankreich gegen die Regierungspolitik der Sozialisten demonstriert, die auf der Grundlage des Gallois-Report in Anlehnung an die Agenda 2010 die Deregulierung des Arbeitsmarktes vorantreiben (Dellheim/Wolf 2013). In Südeuropa verzichten die herrschenden Kreise mittlertwege auf Konsensproduktion. Der Zwang tritt offen zutage.

Die Härte der Austeritätspolitik insbesondere in der Peripherie der Eurozone kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die herrschenden Klassen uneinig sind angesichts der Unwägbarkeiten der Krise und zersplittert mit Blick auf die notwendigen Maßnahmen zur Krisenüberwindung, so Peter Wahl (in: Rosa-Luxemburg-Stiftung 2012): Die Re-Regulierung der Finanzmärkte stockt, der Schuldenabbau misslingt, die finanzielle Überakkumulation wächst (wenn auch etwas langsamer). Aber gleichzeitig sind die Herrschenden imstande, sich mit Blick auf die autoritäre Sicherung und Ausübung der Staatsmacht zu einigen, sich strategisch «auf den Staat als finalen Garanten ihres Überlebens zu fokussieren» (Porcaro 2013: 135). Es wird «auf Sicht gefahren», inkrementelle Politik zur Vernunft in unübersichtlichen Zeiten erhoben. Die Krise zwingt immer wieder zu Anpassungen, feste Prinzipien müssen über Bord geworfen werden: ob Schuldenschnitte, Rettungsfonds, zusätzliche Hilfspakete, Lockerung der Kreditbedingungen, Ankauf von Staatsschulden durch die EZB oder europäische Bankenkontrolle – vor allem die Bundesregierung musste immer wieder ihre Positionen revidieren, oft zu spät, und fachte die Krise damit zusätzlich an.

Die relative Stärke der Herrschenden kann ein Problem nicht verbergen: «Für ein eigenes hegemoniales Projekt ist der Autoritarismus sicher unzureichend, da Attraktivität und ökonomisches Potenzial begrenzt bleiben» (Candeias 2009a: 16; Institut für Gesellschaftsanalyse 2009: 17) Im Ergebnis wird verhindert, «dass die Elemente der Lösung sich mit der nötigen Geschwindigkeit entwickeln; wer herrscht, kann die Krise nicht lösen, hat aber die Macht (zu verhindern), dass andere sie lösen, das heißt hat nur die Macht, die Krise selbst zu verlängern» (Gramsci 1991: 7/1682).

Tatsächlich werden auch dem Kapital immanente Krisenlösungen blockiert: Ohne massive Kapitalvernichtung oder Erschließung neuer Akkumulationsfelder ist keine Bearbeitung der finanziellen Überakkumulation möglich. Der in dieser Hinsicht viel versprechende «Grüne Kapitalismus» (oder Green Economy) wird durch die Beharrungskraft «fossilistischer» Kapitalgruppen und die Beschränkungen der Austeritätspolitik in seiner Dynamik behindert. Seine Potenziale lassen sich unter dem autoritären Neoliberalismus nicht realisieren. Links-keynesianische Bearbeitungsformen haben zurzeit noch weniger Durchsetzungschancen. Vor diesem Hintergrund ist die von Gramsci getroffene Unterscheidung von zwei Formen des Autoritarismus bzw. «Cäsarismus» von Relevanz (ebd.: 7./1592f.): eine Form, die nur eine quantitative Entwicklung des bestehenden gesellschaftlichen Typus erlaubt (die Politik Napoleon III.), und Formen (bezogen auf Cäsar und Napoleon Bonaparte), die tatsächlich

auch zu qualitativen Neuerungen führen. Der neoliberale Autoritarismus ist zu Letzteren nicht in der Lage.

Ein geschichtlicher Block jedoch gewinnt seine besondere Stärke «spontan in den geschichtlichen Phasen», in denen die ihn tragende «gesellschaftliche Gruppe wirklich progressiv ist, das heißt, die ganze Gesellschaft wirklich vorantreibt, indem sie nicht nur ihren existenziellen Erfordernissen nachkommt, sondern ihre eigenen Kader durch eine fortwährende Inbesitznahme neuer produktiv-ökonomischer Tätigkeitsbereiche erweitert» – im Falle des Neoliberalismus konkret durch das Management des Übergangs zur informationstechnologischen Produktionsweise und die Transnationalisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Sobald «die herrschende gesellschaftliche Gruppe ihre Funktion erschöpft hat, neigt der ideologische Block zum Zerfall, und die Spontaneität kann dann ersetzt werden durch den Zwang in immer weniger verhüllten und indirekten Formen bis hin zu regelrechten Polizeimaßnahmen und Staatsstreichen» (ebd.: 8/1949).

Politische Krise – Herrschaft ohne Hegemonie

In seinen Beobachtungen zum Verhalten politischer Parteien in den Zeiten organischer Krisen schreibt Gramsci: «Die Krise schafft gefährliche unmittelbare Situationen, weil die verschiedenen Bevölkerungsschichten nicht dieselbe Fähigkeit besitzen, sich rasch zu orientieren und sich mit der derselben Schnelligkeit zu reorganisieren. Die traditionell führende Klasse, die über ein zahlenmäßig starkes geübtes Personal verfügt, wechselt Menschen und Programme aus und gewinnt die Kontrolle wieder, die ihr mit größerer Geschwindigkeit zu entgleiten im Begriff war, als das bei den subalternen Klassen geschieht» (ebd.: 7/1578).

Die Herrschenden versuchen das Vertrauen zurückzugewinnen. Sie sind bestrebt, den Zusammenhang der Krisen auseinanderzureißen. Sie verschieben die Ursachen der Krise – räumlich wie zeitlich sowie zwischen den sozialen Gruppen. Das Krisenmanagement soll Zeit verschaffen und (potenziell) oppositionelle Gruppen einbinden. Es verhindert den Kollaps, befördert jedoch nur ein Prozessieren der Krise auf anderen Ebenen. Ein Feuer wird gelöscht, zwei neue brechen aus. Die Regierungen sind Getriebene der Krise und treiben sie selbst voran.

Auch in der gegenwärtigen Krise ist Vertrauen geschwunden – offen in den semi-peripheren Krisenländern, noch latent in der Bundesrepublik. Doch auch hier hat eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung, vor allem in der gefährdeten Mittelklasse, immer weniger das Gefühl, Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen zu können (Heitmeyer 2010: 27), was bei vielen zu einem Rückzug ins Private führt. Das Vertrauen in Politiker sinkt kontinuierlich, trotz vergleichsweise stabiler Konjunktur. Die Angst vor dem Übergreifen der Eurokrise erklärt dabei sowohl, warum die Zustimmung zur Regierungspolitik, der passive Konsens, erhalten bleibt, als auch, warum zugleich das Misstrauen wächst. Rainer Rilling beschreibt den Zustand wie folgt: «Eine Stimmung des panischen Kontrollverlustes hat sich tief eingegra-

ben – «ungeachtet des bundesdeutschen Aufschwungs» ist die Situation «von einer starken und weiter zunehmenden Unsicherheit über den Zustand des europäischen und amerikanischen Finanzmarktkapitalismus geprägt» (Rilling 2011: 135). «Vor allem in den Zeiten von Finanzkrise hört man viel von ‹Psychologie›, [...] Es ist ein schamhaftes Feigenblatt» für jene «elementaren, nicht vorherbestimmten, nicht organisierten, nicht offenkundig geführten Massenphänomene, die einen Bruch in der gesellschaftlichen Einheit zwischen Regierenden und Regierten [im geschichtlichen Block; M. C.] ausdrücken» (Gramsci 1991: 4/786).

Gramsci stellt die Frage, was passiert, wenn der «Konsens» zwischen Regierenden und Regierten verloren gegangen ist: «Kann ein derart schwerwiegender Bruch zwischen Volksmassen und herrschenden Ideologien [...] ‹kuriert› werden mit der bloßen Gewaltausübung [...]? Wird das Interregnum, die Krise, [...] zugunsten einer Restauration des Alten gelöst werden?» (ebd.: 2/354 f.) Gramsci schließt eine solche Lösung aus. Da die Bundesrepublik keine Insel im Meer der organischen Krise ist, gilt dies nicht nur für die Krisenländer um sie herum. Damit verändert sich das Verhältnis von Volksmassen und den herrschenden Klassen. Wie Gramsci schreibt: «An einem bestimmten Punkt ihres geschichtlichen Lebens lösen sich die gesellschaftlichen Gruppen von ihren traditionellen Parteien, das heißt, die traditionellen Parteien in dieser gegebenen Organisationsform, mit diesen bestimmten Männern, die sie bilden, sie vertreten oder führen, werden von ihrer Klasse oder Klassenfraktion nicht mehr als ihr Ausdruck anerkannt» (ebd.: 7/1577 f.). Es kommt zu einem Bruch zwischen Repräsentierten und Repräsentanten.

Poulantzas greift diese Figur Gramscis auf und führt eine solche Situation zurück auf Widersprüche innerhalb des herrschenden Machtblocks. Keine seiner Fraktionen sei in der Lage, die anderen Gruppen des Machtblocks unter ihre Führung zu bringen, was «zur charakteristischen Inkohärenz der gegenwärtigen Regierungspolitik [...], zum Fehlen einer deutlichen und langfristigen Strategie des Blocks an der Macht, zur kurzsichtigen Führung und auch zum Mangel an einem globalen politisch-ideologischen Projekt oder einer ‹Gesellschaftsvision›» führt (Poulantzas 1978: 226 f.). Die Verdichtung führt zu Konflikten und Blockierungen innerhalb des Blocks an der Macht. Oben erwähnten wir bereits, wie das autoritäre Krisenmanagement progressive Lösungen der Krise blockiert, die durchaus dem Kapital immanent sein könnten. Vor allem die (einst) führenden Fraktionen innerhalb des Machtblocks sind meist kaum in der Lage, aus den Mechanismen und Denkgebäuden des einst hegemonialen Projekts auszubrechen. Es werden Lösungen gesucht, die auf die Vertiefung überkommener Muster zielten bzw. diese nur leicht anpassen, um am bisherigen Modell festzuhalten. Diese Unfähigkeit ist weniger eine Unfähigkeit herrschender Klassen als eine ihrer führenden Gruppen und wird oft unterschätzt. Sie resultiert nicht nur aus der mangelnden Fähigkeit, grundlegende Veränderungen zu begreifen, sondern auch aus der drohenden Ablösung einer führenden Gruppe durch eine andere. Noch selten wurden die Überwindung organischer Krisen und die Formierung

eines neuen hegemonialen Projekts ohne Neuordnung des Blocks an der Macht und dem Austausch der führenden Gruppe erreicht. Unter diesem Druck kommt es fast immer zur autoritären Wendung der ehemals führenden Gruppe. «Es ist einer der Fälle, in denen man es mit der Funktion der ›Herrschaft‹ und nicht der ›Führung‹ in diesen Gruppen zu tun hat: Diktatur ohne Hegemonie» (Gramsci 1991: 7/1779). Tritt ein solcher Zustand ein, dann zeigt dies an, so Gramsci, «dass ein Organismus krank ist, d. h., dass das gesellschaftliche Ganze nicht mehr in der Lage ist, fähige Führer hervorzubringen. Es handelt sich also um politische, vielmehr politisch-soziale Krisen der führenden Gruppierung» (ebd.: 4/786). Die Blockade mache das «Feld frei für Gewaltlösungen» (ebd.: 7/1578)

Hiermit schließt sich der Kreis. Antonio Gramsci hat in der großen Krise der ausgehenden 1920er und 1930er Jahre eine strategisch eingreifende Form von Theorie und Methodologie entwickelt, die heute gebraucht wird. Konfrontiert mit der anhaltenden Defensive der Linken, dem Aufschwung des Autoritarismus und Faschismus, mit Blick auf neue Formen von Produktivität und Kapitalverwertung, grundlegenden Umbrüchen von Kultur und Lebensweise, globalen Machtverschiebungen hat Gramsci wie niemand sonst zu dieser Zeit Krisenanalyse als komplexe sozialistische Transformationsforschung betrieben. Darauf kann unter veränderten Bedingungen aufgebaut werden. So wird die Philosophie der Praxis erneut zu einer praktisch orientierten sozialwissenschaftlichen Arbeit in unübersichtlichen Zeiten. Gramscis Konzeption der «organischen Krise» kann helfen, gegen den Wind Segel zu setzen – dialektisch und mit großer Ausdauer.

Literatur

- Candeias, Mario (2009a): Die letzte Konjunktur. Organische Krise und «postneoliberale» Tendenzen, in: ders.: Neoliberalismus. Hochtechnologie. Hegemonie, 2. erw. u. überarb. Aufl., Berlin/Hamburg, S. 23–32.
- Candeias, Mario (2009b): Neoliberalismus. Hochtechnologie. Hegemonie, 2. erw. u. überarb. Aufl., Berlin/Hamburg.
- Candeias, Mario (2009c): «This party is so over ...» – Krise, neuer Staatsinterventionismus und grüner New Deal, in: Candeias, Mario/Rilling, Rainer (Hrsg.), Krise. Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat, Berlin, S. 10–37.
- Candeias, Mario (2010): Passive Revolution vs. sozialistische Transformation, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Papers, Berlin, abrufbar unter: www.rosalux.de/publication/35998/passive-revolutionen-vs-sozialistische-transformation.html.
- Candeias, Mario 2011: Interregnum. Molekulare Verdichtung und organische Krise, in: Demirović u. a. 2011, S. 45–61.
- Dellheim, Judith/Wolf, Frieder-Otto (2013): Neoliberale Modernisierung, um globale Konkurrenzfähigkeit und weltweite Einflussnahme zu sichern. Das Beispiel «Pakt für die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Industrie» (Gallois-Bericht), hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Papers, Berlin, abrufbar unter: http://rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Studie_Gallois-Report_Wolf_Dellheim_DE.pdf.
- Demirović, Alex (1987): Nicos Poulantzas: Eine kritische Auseinandersetzung, Berlin.
- Demirović, Alex (2009): Kontinuität und Krise. Die Reorganisation des neoliberalen Kapitalismus, in: Krise: Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Texte, Berlin, S. 38–52.
- Demirović, Alex u. a. (Hrsg.) (2011): Vielfachkrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg.
- Gramsci, Antonio (1991): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, zehn Bände, hrsg. von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug, Hamburg.

- Hayek, Friedrich A. (1981): *Verfassung einer Gesellschaft freier Menschen*, Landsberg am Lech.
- Heitmeyer, Wilhelm (2010): *Deutsche Zustände*, Frankfurt a. M.
- Institut für Gesellschaftsanalyse (2009): *Die Krise des Finanzmarktkapitalismus – Herausforderungen für die Linke*, Berlin, abrufbar unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/kontrovers_01_09.pdf.
- Institut für Gesellschaftsanalyse (2011): *Organische Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus: Szenarien, Konflikte, konkurrierende Projekte*, abrufbar unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_Organische_Krise_web.pdf
- Lipietz, Alain (1998): *Kette, Schuss und die Regulation*, in: ders.: *Nach dem Ende des «Goldenen Zeitalters». Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften*, Berlin.
- Marx, Karl (1852): *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*, in: *Marx-Engels-Werke (MEW)*, Bd. 8, S. 111–207, Berlin.
- Porcaro, Mimmo (2013): *Occupy Lenin*, in: *LuXemburg 1*, S. 132–139.
- Poulantzas, Nikos (1978): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, sozialistische Demokratie*, Hamburg.
- Rilling, Rainer (2011): *Wenn die Hütte brennt ...*, in: *LuXemburg 3*, S. 134–139.
- Röpke, Wilhelm (2009): *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, Düsseldorf.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung (2012): *Game over. Finanzsystem-Wechsel. Für eine Wende im Finanz- und Steuersystem. Reihe «Gesellschaftliche Dialoge» im Rahmen des Dachprojektes «Lasst uns über Alternativen reden»*, Frankfurt a. M.

Günter Krause

ZUR DEBATTE UM ANTONIO GRAMSCIS KONZEPT DER «ORGANISCHEN KRISE»

Einleitung

Mit seinen in jüngerer Zeit präsentierten Untersuchungen und Reflexionen zum Topos «organische Krise» hat Mario Candeias inspirierende Beiträge zum Diskurs über die theoretische Deutung und Einordnung der gegenwärtigen Krisenprozesse des Kapitalismus geliefert (Candeias 2009, 2010 und 2013).

Ganz ohne Frage bietet auch sein am 23. November 2012 präsentiertes, in vielerlei Hinsicht herausforderndes Paper «Wenn das Alte stirbt ...». Einführung zum Begriff der organischen Krise» einen spannenden Einstieg in das Tagungsthema der gemeinsam von Rosa-Luxemburg-Stiftung, Leibniz-Sozietät der Wissenschaften e. V. und Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin-Helle Panke e. V. durchgeführten Zweiten Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse (IfG). Es enthält Betrachtungen über die verschiedenen Krisen und ihre Verschränkung, über Phänomene und Prozesse, die die gegenwärtige Situation des Neoliberalismus als hegemoniales Projekt kennzeichnen. Es steht für den Suchprozess nach einem schlüssigen, nach einem wirksamen analytischen Instrumentarium zum Verständnis der kriseninduzierten Brüche des heutigen Kapitalismus.

Vor allem jedoch: Es wird damit ein attraktives Angebot für den produktiven Umgang mit Ideen und Kategorien unterbreitet, die einen zentralen Platz im gesellschaftstheoretischen wie politischen Denken von Antonio Gramsci besitzen. Dabei beansprucht gerade das Konzept von der «organischen Krise», genauer: seine komparative Verwendung für die Analyse sowie Interpretation verschiedener «großer Krisen» in der Geschichte des Kapitalismus, besonderes Erkenntnisinteresse.

Vier Anmerkungen

In diesem Kontext hat mich das Paper von Mario Candeias in höchst erfreulicher Weise zu einigen Anmerkungen angeregt.

Erste Anmerkung

Im internationalen Diskurs über die Produktivität gramscianischer Analysekonzepte hat in den jüngeren Jahren die Frage «Wie steht es mit «Gramsci global?» erhebliche Aufmerksamkeit erfahren (Borg 2001a und 2001b; McNally/Schwarzmantel 2009; Opratko/Prausmüller 2011a). Worum geht es dabei? Vor allem darum, inwieweit das genuine Denken von Gramsci etwa über Hegemonie, integralen Staat, historischen Block, Zivilgesellschaft oder organische Krisen adäquat auf die Globalisierung, auf die globale Durchsetzung des neoliberalen Projekts, auf die tief greifenden Veränderungen in der Weltwirtschaft übertragbar ist.

Bekanntermaßen haben sich in der im Spektrum der heterodoxen Ökonomie präsenten Forschungsrichtung der Internationalen Politischen Ökonomie in den zurückliegenden Jahren verstärkt neogramscianische Perspektiven als ein doch «vielversprechender Ansatz» (Opratko/Prausmüller 2011b: 13) etabliert. So sind etwa Namen wie Robert W. Cox und Stephen Gill für die «York School», Kees van der Pijl und Henk Overbeek für die «Amsterdam School» ebenso zu nennen wie Christoph Scherrer oder Hans-Jürgen Bieling.

Doch Kritiker dieser neogramscianischen Perspektive wie etwa Randall Germain, Michael Kenny, Joseph Femia oder Craig Berry bezweifeln ernsthaft, dass etwa Gramscis Hegemonietheorie oder sein Konzept von der Zivilgesellschaft, die in ihrem Verständnis im wesentlichen auf den Nationalstaat als Gegenstand wissenschaftlicher Analyse wie als Sphäre politischer Aktivität bezogen sind, unmittelbar auf das Feld der Internationalen Politischen Ökonomie übertragen werden können.

In diesem Zusammenhang stellen sich mir zwei Fragen. *Erstens* habe ich den Eindruck, dass in Mario Candeias' zum Vortrag gekommenen Text – wie wohl auch in einigen anderen Publikationen – diese Problematik inhaltlich nicht aufgenommen, nicht bearbeitet wurde – und warum eigentlich? Denn zweifellos ist das ja eine spannende Angelegenheit, zumal Globalität des Kapitalismus wohl doch nicht gleichbedeutend mit einer Homogenität ist. *Zweitens* ergibt sich die für mich naheliegende Frage, welche Sicht bzw. welchen Ansatz Mario Candeias in dieser Frage präferiert – und mit welcher Begründung?

Zweite Anmerkung

Unübersehbar ist, dass national wie international in der heutigen Krisen-debatte der akademischen Linken die verschiedensten Krisenbegriffe anzutreffen sind. Dabei handelt es sich um Begriffe, die auf die Komplexität der Brüche und Instabilitäten in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft des gegenwärtigen Kapitalismus zielen. Als Stichworte möchte ich hier nur nennen: «Zivilisationskrise», «komplexe Reproduktionskrise», «große Krise», «multiple Krise», «Vielfachkrise», «organische Krise» und – ja auch noch – «allgemeine Krise». Diese Begriffe stehen meist relativ nebeneinander, mehr oder minder jeder für sich. Und jeder Wissenschaftler bzw. jede Wissenschaftlerin entwickelt dabei ein eigenes Referenzsystem, eigene Kriterien und Hauptaspekte,

siedelt die Krise jeweils auf spezifischen Ebenen an und ist fokussiert auf die Auswirkungen der Krise.

Auf diesem Hintergrund drängt sich mir eine Reihe von Fragen auf, so zum Beispiel:

- Wie ordnet sich der Begriff bzw. das Konzept von der «organischen Krise» hier ein?
- Wo weist es substantiell über all die anderen hinaus?
- Worin besteht das Spezifikum dieses Konzepts, gewissermaßen sein prägendes «Alleinstellungsmerkmal»?
- Lassen sich möglicherweise Schnittmengen mit anderen Konzepten ausmachen und wenn ja, in welchen Fragen bzw. Bereichen bestehen diese?
- Lässt sich das Konzept von der «organischen Krise» an wirklich belastbaren, empirisch verifizierbaren, also «harten» Kriterien festmachen und wenn ja, an welchen? Immerhin ist von seiner historischen Entstehungsphase bis heute doch ein größerer Zeitraum für ein mögliches Feintuning vergangen.
- Und schließlich: Gilt es vielleicht unter dem Gesichtspunkt der zwingend notwendigen politischen Operationalisierung des Konzepts ein bestimmtes Kompendium über Grad und Umfang von Betroffenheit der Herrschenden wie der Subalternen, ihrer Lagen und Interessen zu erarbeiten?

Dritte Anmerkung

Die Akteure der Zweiten Transformationskonferenz des IfG fragen aus einer komparativen Perspektive nach der Tragfähigkeit und Reichweite sowie auch nach den möglichen Grenzen des Konzepts der «organischen Krise» für die Bearbeitung recht verschiedener historischer Krisenperioden. Natürlich ist das richtig und macht das auch Sinn. Doch es macht für mich ein Problem sichtbar.

Was meine ich? In den Publikationen des IfG, in dem hier zur Diskussion stehenden Paper von Mario Candeias wie auch in anderen Veröffentlichungen ist meist von «der Krise des Kapitalismus» bzw. «der Krise des Finanzmarktkapitalismus» die Rede. Für mich ist das eine begriffliche Unschärfe, die ich theoretisch wie strategisch für problematisch halte. Anders formuliert: Kann überhaupt von der Krise «des» Kapitalismus bzw. Finanzmarktkapitalismus die Rede sein? Es gibt ihn doch eigentlich gar nicht – den «einen» Kapitalismus, den «einen» Finanzmarktkapitalismus. So hat etwa die internationale Kapitalismusforschung der letzten zwei Jahrzehnte gerade mit dem analytischen Konzept von den «Varieties of Capitalism» empirisch wie theoretisch belegt, dass Kapitalismus im Grunde in verschiedenen Varianten und Typen, in Wegen und Stadien, in sich wandelnden Strukturformen existiert (Hall/Soskice 2001; Hancké/Rhodes/Thatcher 2008; Hancké 2009; Mjoset 2011; Ido 2012). Diese weisen ohne Zweifel eine Reihe von essentiellen Gemeinsamkeiten auf – und insofern liefern sie auf einer bestimmten wissenschaftlichen Abstraktionsebene auch den «Stoff» für die Konstituierung des Begriffs vom Kapitalismus (vgl. Küttler 2008, 2011). Daraus ergeben sich für mich dann un-

mittelbar drei zu beantwortende Fragen. *Erstens*: Auf welcher Abstraktionsebene ist nun das Konzept von der «organischen Krise» des Kapitalismus angesiedelt? *Zweitens*: Wie sind die realgeschichtlichen Veränderungen in der kapitalistischen Gesellschaft, die sich seit Antonio Gramscis Ausarbeitung des Konzepts von der «organischen Krise» vollzogen haben, ernsthaft theoretisch ausgewertet bzw. verarbeitet? *Drittens*: An welchen zentralen Fragen marxistisch inspirierter Krisen- und Kapitalismusanalyse lässt sich dies substantiell festmachen? Kurz: Inwieweit erfuhr dieses Konzept zwischenzeitlich eine systematisch angelegte Bearbeitung, gewissermaßen eine wissenschaftliche «Aufhebung» – jenseits seiner zeithistorisch bedingten Prägungen und bestimmter nationalen Spezifika in Ökonomie, Politik sowie Klassen- und Sozialstruktur?

Vierte Anmerkung

Zu einer wirklich ernsthaften Befragung von Antonio Gramscis Konzept der «organischen Krise», zum Aufspüren seines realen strategischen Potenzials für die Interessenlagen von emanzipatorischen Kräften gehört fraglos auch ein seriöser Blick auf die in ihm enthaltenen Theorietraditionen. Mir ist das wichtig unter dem Blickwinkel seines eben aus unterschiedlichen Quellen geschöpften Ideenreichtums, der Offenheit für produktive Anregungen vielfältiger Provenienz.

Die umfangreichen Forschungen zum Werk von Gramsci, zur Geschichte seiner Rezeption haben in den letzten Jahrzehnten diesbezüglich viel Interessantes zutage gefördert. Hier ist leider nicht der Platz, darauf würdigend einzugehen. Auffällig ist jedoch in diesem Kontext, dass im Vergleich zu seinem Schaffen auf dem Gebiet der Philosophie, Politik, Ideologie und Kultur gerade dem ökonomischen Denken von Antonio Gramsci, seinen Prägungen, seiner Genesis und Spezifik bislang nicht annähernd die gleiche Aufmerksamkeit zuteil wurde (vgl. hierzu etwa auch Krätke 1997).

Diese Feststellung korrespondiert im Übrigen mit einem recht weit verbreiteten, aber grundlegendem Missverständnis – danach hätte sich Gramsci wenig für wirtschaftliche Strukturen, ökonomische Fragen, ökonomische Theorien und verschiedene Theorietypen der ökonomischen Zunft interessiert (vgl. etwa Walzer 1991: 117). Es ist hier nicht der Platz, um die Zahl und Werke von Ökonomen ganz unterschiedlicher Prägung im Detail dokumentieren zu können, die Antonio Gramsci las, auswertete, kommentierte und auch verarbeitete. Zum Beispiel finden sich bei einem Blick in die Bände seiner «Gefängnishefte» die Namen zahlreicher bekannter Ökonomen aufgeführt. Es gibt Verweise auf ihren Schriften und auch zahlreiche Zitate aus denselben. So werden – um hier nur wenige Ökonomen zu nennen – J. M. Keynes, A. Marshall, M. Weber, J. Bodin, P. Sraffa, W. Sombart, V. Pareto, L. Einaudi, G. Agnelli, N. Bucharin, W. St. Jevons, G. Cassel, Ch. Gide, Ch. Rist, H. Grossmann, M. Pantaleoni, L. Robbins, E. Seligman, R. Michels, F. Sternberg, G. Simmel, I. Lapidus, K. Ostrovitianov oder R. Lewinsohn (vgl. Gramsci 1994 div. Stellen) erwähnt. So haben gerade auch Untersuchungen und Abhandlungen von

Henry Grossmann (1929), Fritz Sternberg (1926), Werner Sombart (1902) oder Max Weber (1925) Gramsci in Fragen einer gründlichen ökonomischen Kapitalismus- und Krisenanalyse interessiert. Und natürlich waren Gramsci im Kontext seiner Mitgliedschaft im Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (KI) ebenfalls die von Eugen Varga seit 1921 für die KI angefertigten Konjunkturstudien und weltwirtschaftlichen Analysen bekannt, die zum Teil auch in der Vierteljahresschrift der KI, *Wirtschaft und Wirtschaftspolitik*, veröffentlicht wurden.

Leider kann hier auch nicht näher darauf eingegangen werden, dass Gramsci unter dem Stichwort «Punkte zum Überlegen fürs Studium der Ökonomie» den interessanten Versuch unternimmt, im Kontext kritischer Reflexionen über die zeitgenössische ökonomische Lehre und Forschung bzw. über Standardlehrbücher der Wirtschaftstheorie einen neuen Ansatz zum Studium der Kritik der politischen Ökonomie zu begründen bzw. zu formulieren (vgl. z. B. Gramsci 1994: 1294). So gilt es etwa für ihn ernsthaft darüber «nachzudenken», wie «ein Abriss kritischer Wirtschaftswissenschaft auf moderne Weise gefaßt werden» könnte und müsste (ebd.: 1295).

Auf zwei Ökonomen soll jedoch an dieser Stelle noch ganz kurz besonders aufmerksam gemacht werden, zum einen auf Piero Sraffa und zum anderen auf Nikolai Bucharin. Mit dem jungen Sraffa – in späterer Zeit Mitarbeiter von John M. Keynes und ein herausragender Vertreter der (Neo-)Ricardianischen Ökonomie – verband Gramsci seit ihrer gemeinsamen Studienzeit in Turin, seit ihren frühen gemeinsamen politischen Aktivitäten in den Reihen junger Sozialisten – ungeachtet einer Reihe politischer wie wissenschaftlicher Differenzen – eine enge persönliche Freundschaft. Sie sollte beinahe 20 Jahre andauern und erst mit dem Tod von Gramsci enden (vgl. hierzu auch Naldi 2000 und 2012). Markanten Ausdruck fand sie etwa in Sraffas materieller und finanzieller Unterstützung von Gramsci während seiner Zeit im Gefängnis. Auf Bitte von Gramsci besorgte er ihm Literatur zu David Ricardo, richtete ihm zudem ein unbegrenztes Konto bei einer Mailänder Buchhandlung zum Kauf von Literatur ein. Und Sraffa hatte wesentlichen Anteil am Erhalt der «Gefängnishefte» von Gramsci, im Jahre 1974 schenkte er der Gramsci Foundation seinen gesammelten Briefwechsel mit dem Freund.

Doch was ist vor allem inhaltlich interessant? Es zeigt sich, dass der intensive Gedankenaustausch zwischen Gramsci und Sraffa zu gegenseitigen Anregungen in Fragen von Ökonomie und Politik führte. In Fragen der theoretischen Ökonomie ging es neben

- der kritischen Rezeption von Marx' Kritik der politischen Ökonomie,
- der Rezeption und Interpretation der Lehren von David Ricardo, insbesondere seiner Arbeitswerttheorie,
- der kritischen Auseinandersetzung mit den methodologischen Fundamenten der «marginalistischen Revolution» sowie der auch an italienischen Universitäten weitverbreiteten Pure Economics von Alfred Marshall,

– der notwendigen Rückbesinnung auf eine an Marx' orientierte politische Ökonomie (vgl. u. a. auch Roncaglia 1983).

auch um verschiedene Aspekte der «großen Krise» von 1929/32, um Fragen der theoretischen Bewertung und Einordnung dieser Krise und ihrer Phänomene. Während der Inhaftierung Gramscis vollzog sich ihre Kommunikation über Sraffas Besuche im Gefängnis, über den direkten Briefwechsel sowie via Korrespondenz zwischen Tatjana Schucht und Sraffa. Die Schwägerin Gramscis übernahm die Rolle der Vermittlerin des Diskurses der beiden über diverse Facetten der Krise von Wirtschaft und Gesellschaft des zeitgenössischen Kapitalismus (vgl. hier u. a. Sraffa 1991; Gramsci 2008; Natoli 1993).

Mit Nikolai Bucharin verband Antonio Gramsci zweifellos eine sehr spezifische Beziehung. Und warum? Beide waren

– vielseitig gebildete marxistische Intellektuelle in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts,

– zeitweilig leitend in ihrer Kommunistischen Parteien tätig und dort von beträchtlichem geistigen wie politischen Einfluss,

– in den 1920er Jahren zeitweilig innerhalb des Präsidiums des Exekutivkomitees der KI aktiv,

– mit der gesellschaftlichen Lebenswelt des jeweils anderen recht gut vertraut,

– jeweils in ihren letzten Lebensjahren in ihren Ländern inhaftiert und verfassten im Gefängnis politik- und ideologiegeschichtlich bedeutsame Tagebücher.

Also: Viele Gemeinsamkeiten zwischen ihnen, doch zugleich eine Beziehung mit ernsthaften Problemen. Mark McNally (2011) sucht die Spezifik dieser Beziehung mit dem Terminus «Neglected Symmetries» zu charakterisieren. Worum geht es hier? Kern des Problems ist, dass Gramscis seine substantielle, in vielem sehr berechtigte Kritik an den Axiomen des historischen Materialismus insbesondere an Bucharins Schrift «Theorie des historischen Materialismus. Gemeinverständliches Lehrbuch der marxistischen Soziologie» (Bucharin 1922) entwickelt hat. Dieser kritische Fokus auf Bucharin und seine Schrift sollte allerdings dann dazu führen, dass andere, durchaus wichtige Erkenntnisse Bucharins zu Ökonomie und Politik, denen Gramsci durchaus folgte, sie akzeptierte und in seine Reflexionen und Abhandlungen teils auch einfließen ließ ohne hier jedoch ausdrücklich auf Bucharin aufmerksam zu machen, unterbelichtet blieben. Daher verharrte in dieser Beziehung Nikolai Bucharin gewissermaßen als der theoretische «bad boy».

Immerhin: Aus der Feder von Bucharin stammen diverse seriöse ökonomische Betrachtungen zur Genesis und zu den Wandlungen der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft. Nur als Stichworte: «Das Elend der subjektiven Wertlehre. Die Politische Ökonomie des Rentiers», «Imperialismus und Weltwirtschaft», «Die Ökonomik der Transformationsperiode», «Der Imperialismus und die Akkumulation des Kapitals». Und weiterhin: Es waren Bucharin sowie Eugen Varga, die Mitte der 1920er Jahre aufgrund ihrer Analysen die These von der «relativen Stabilisierung des Welt-

kapitalismus» formulierten und nachhaltig in die konzeptionell-strategische Arbeit der Kommunistischen Internationale einbrachten (vgl. u. a. Weitz 1990). Gerade diese Erkenntnis bzw. Aussage zur Wiedererlangung des «Gleichgewichts» der kapitalistischen Länder hatte politische Konsequenzen sowohl für Sowjetrußland und die Kommunisten in Westeuropa. Angesichts eines ökonomisch und politisch wieder erstarkenden Gegners und des Abbruchs der Welle revolutionärer Umbrüche im Westen galt es, Abschied zu nehmen von den Ideen des raschen Kollaps eines degenerierten Kapitalismus und vielmehr die Strategie und Taktik des revolutionären Kampfes an die neuen Gegebenheiten anzupassen.

Literatur

- Borg, Erik (2001a): Projekt Globalisierung: soziale Kräfte im Konflikt um Hegemonie, Hannover.
- Borg, Erik (2001b): Steinbruch Gramsci: Hegemonie im internationalen politischen System, in: Blätter des iz3w, Nr. 256, 16–19. abrufbar unter: www.sopos.org/aufsaetze/3bbdcd9ea0c9f1.phtml.
- Bucharin, Nikolaj Ivanovič (Hrsg.) (1922): Theorie des historischen Materialismus. Gemeinverständliches Lehrbuch der Marxistischen Soziologie, St. Petersburg.
- Candeias, Mario: Die letzte Konjunktur. Organische Krise und «postneoliberale» Tendenzen, in: ders. (2003): Hochtechnologie. Hegemonie, S. 23–32. Berlin/Hamburg.
- Candeias, Mario (2010): Passive Revolution vs. sozialistische Transformation, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Papers, Berlin.
- Candeias, Mario: Zuviel und zu wenig: Moment organischer Krise, abrufbar unter: www.freitag.de/autoren/zuviel-und-zu-wenig-moment-organischer-krise.
- Gramsci, Antonio (2008): Gefängnisbriefe, Kritische Ausgabe in 4 Bd., Hamburg.
- Gramsci, Antonio (1994): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, hrsg von Wolfgang Fritz Haug, Hamburg.
- Grossmann, Henryk (1929): Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems (zugleich eine Krisentheorie), Leipzig (Schriften des Instituts für Sozialforschung an der Universität Frankfurt a. M.; 1).
- Hall, Peter A./Soskice, David (Hrsg.) (2001): Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage, Oxford.
- Hancké, Bob/Rhodes, Martin/Thatcher, Mark (Hrsg.) (2008): Beyond Varieties of Capitalism. Conflict, Contradictions, and Complementarities in the European Economy, Oxford u. a.
- Hancké, Bob (Hrsg.) (2009): Debating Varieties of Capitalism. A Reader, Oxford.
- Ido, Masanobu (2012): Varieties of Capitalism, Types of Democracy and Globalization, Hoboken.
- Krätké, Michael (1997): Antonio Gramscis Beiträge zu einer Kritischen Ökonomie, in: Glasnost-Archiv, abrufbar unter: www.glasnost.de/autoren/kraetke/gramsci.html.
- Küttler, Wolfgang (2000): Kapitalismus, in: Haug, Wolfgang Fritz (Hrsg.): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 7.1, Hamburg, S. 238–272.
- Küttler, Wolfgang (2011): Perspektiven und Grenzen des Kapitalismus als Gesellschaftsformation. Historisch-kritische Bemerkungen zur Kapitalismustheorie von Marx, in: Krause, Günter (Hrsg.): Kapitalismus und Krisen heute. Herausforderung für Transformationen, Berlin, S. 11–26.
- McNally, Mark (2011): Revisiting the Gramsci-Bukharin Relationship: Neglected symmetries, in: History of European Ideas, S. 365–375.
- McNally, Mark/Schwarzmantel, J. J. (Hrsg.) (2009): Gramsci and Global Politics: Hegemony and Resistance, London/New York.
- Mjoser, Lars (2011): The Nordic Varieties of Capitalism, Bradford (Comparative Social Research; 28).
- Naldi, Nerio (1927): The Friendship between Piero Sraffa and Antonio Gramsci in the Years 1919–1927, in: European Journal of History of Economic Thought, Spring, S. 79–114.
- Naldi, Nerio (2012): Two Notes on Piero Sraffa and Antonio Gramsci, in: Cambridge Journal of Economics 6, S. 1401–1415.
- Natoli, Aldo (1993): Tanja Schucht und Antonio Gramsci. Eine moderne Antigone, Frankfurt a. M.
- Opratto, Benjamin/Prausmüller, Oliver (Hrsg.) (2011a): Gramsci global. Neogramscianische Perspektiven in der internationalen politischen Ökonomie, Hamburg (Argument Sonderband)

- Opratko, Benjamin/Prausmüller, Oliver (2011b): Neogramscianische Perspektiven in der IPÖ: Eine Einführung, in: dies. (Hrsg.): Gramsci global. Neogramscianische Perspektiven in der internationalen politischen Ökonomie, Hamburg, (Argument Sonderband), S. 11–38.
- Roncaglia, Alessandro (1983): Piero Sraffa and the Reconstruction of Political Economy, in: Banca Nazionale del Lavoro Rom: Quarterly Review 147, S. 337–350.
- Sombart, Werner (1902): Der moderne Kapitalismus, Leipzig.
- Sraffa, Piero (Hrsg.) (1991): Lettere a Tania per Gramsci, Roma.
- Sternberg, Fritz (1926): Imperialismus, Berlin.
- Walzer, Michael (1991): Zweifel und Einmischung. Gesellschaftskritik im 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M.
- Weber, Max (Hrsg.) (1925): Wirtschaft und Gesellschaft, 2., verm. Aufl., Tübingen.
- Weitz, Eric D. (1990): Bukharin and «Bukharinism» in the Comintern, 1919–29, in: Nikolai Ivanovich Bukharin: A Centenary Appraisal, ed. by Nicholas N. Kozlov and Eric D. Weitz, New York, S. 59–91.

Anja Moos

GRAMSCI UND DIE FRAGE DES ZUKUNFTS- MANAGEMENTS IN DER PRAXIS

Was sagt Gramsci uns über das Zukunftsmanagement? Diese Frage ergibt sich mir als Gramsci-Neuling aus Candeias' Eröffnungsbeitrag.

Zukunftsmanagement

Zukunftsmanagement ist die Verzahnung von Zukunft und Strategie, also zielgerichtete Transformation. Als unternehmensbezogenes Zukunftsmanagement wird in der Ökonomie seit etwa 25 Jahren das Führen mit Visionen betrieben (vgl. Simon 2011; Fink/Siebe 2011). Hans-Olaf Henkel, ehemaliger Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), soll einmal gesagt haben: «Visionen zu haben bedeutet, die Anstrengungen der Menschen zu bündeln und ihre Tatkraft langfristig auf ein gemeinsames Ziel zu verpflichten. Dadurch gewinnen Visionen ihre besondere Bedeutung als vielleicht wichtigster Motor des Fortschritts.» Sicher, mit Altbundeskanzler *Helmut Schmidt ließe sich entgegenhalten: «Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen.»* So gesehen teilt «Vision» Kraft und Schicksal eines viel älteren Begriffs:

Die Utopie ist tot – es lebe die Utopie!

Kurz nach dem Fall der Berliner Mauer 1989, mit dem «triumphalen Sieg» des Kapitalismus über den real existierenden Sozialismus, erklärte Joachim Fest das «Ende des utopischen Zeitalters» (Fest 1991). Dies, wie auch Konnotationen des Absurden, der Träumerei oder des inakzeptablen Fantastischen, hat der Utopie schweres Leid zugefügt, aber sie aus dem europäischen Denken nicht gänzlich ausrotten können: In mehr oder minder regelmäßigen Abständen bricht Richard Saage für die politische Utopie eine Lanze (Saage 2007, 2010). Herb Buchlowski und Andreas Friedrich Halle setzen mit ihrem utopischen Reisebericht «Zeit für Zeit» die Tradition des utopischen Romans fort (Buchlowski/Halle 2012). Horst Müller integriert das utopische Denken in marxscher und blochscher Tradition in die aktuelle Praxisphilosophie (Müller 2010).

«Wenn das Leben keine Vision hat, nach der man strebt, nach der man sich sehnt, die man verwirklichen möchte, dann gibt es auch kein Motiv, sich anzustrengen», so Erich Fromm (1980). Hat die Partei DIE LINKE oder die europäische Linke eine konkrete Alternative für die Menschen? Sieht Gramsci ein solch motivierendes Moment wie die Vision bzw. Utopie vor?

Transformation voran!

Zukunftsmanagement à la Gramsci wirft noch weitere Fragen auf: Welche praktischen Lösungen bietet Gramsci mir als einzelнем Subjekt in der organischen Krise? Wie kann ich die Zukunft managen, also den Transformationsprozess einer Gesellschaft vorantreiben?

Konkret: Ich persönlich bin als Mitglied des Fördervereines ehrenamtliche Begleiterin im Tierpark Berlin-Friedrichsfelde – also mit den Worten Candeias' «eine gute Stütze des Systems»: Die Zuschüsse des Berliner Senates für den Tierpark sinken/sanken innerhalb von drei Jahren um 1,2 Millionen Euro auf 5,2 Millionen Euro im Jahr 2013. Bisher wird der Tierpark nicht kostendeckend betrieben (Kögl 2012) – ob dies einer kulturellen Einrichtung je möglich ist, sei dahin gestellt. Laut Jahresbericht 2010 leistet der Förderverein wöchentlich über 550 Stunden ehrenamtliches Engagement für Tierpark und Zoo (Fördergemeinschaft von Tierpark Berlin und Zoo Berlin e. V. 2011). In Anbetracht solcher Zahlen wird hinsichtlich des Vorantreibens der Transformation Folgendes fraglich: Erhalten nach Gramsci ehrenamtliche Arbeiten nur das bestehende System, und sind sie daher einzustellen – auch wenn der Verlust einer solchen Institution wie der des Tierparks in Kauf genommen werden muss?

Wie weit sollte Widerstand gehen?

Ein anderes Beispiel: Im Rahmen von sogenannten Maßnahmen vermittelte ich letztlich im Auftrag eines Jobcenters Erwerbslose in Arbeit. Für mich ist Arbeit Teilhabe am sozialen Leben und Teil der eigenen Identität. Die These solcher Werte stützen meines Erachtens lachende Gesichter oder Dankeschreiben nach erfolgreicher Vermittlung. Vor dem Hintergrund von Hartz IV und einer akuten Lohnspirale abwärts, der ich als Personalberaterin selbst zum Opfer falle (vgl. Kaluza 2009; Skubsch 2012 oder www.netzwerk-weiterbildung.info), bin ich wiederum eine wertvolle Stütze des Systems. Sollte ich nach Gramsci nicht besser die Seite wechseln, meine Autonomie und mein Selbstwertgefühl zurückstellen? Als Erwerbslose trage ich zwar passiv zum Erhalt des Systems bei, aber ich produziere auch Kosten. Wäre so eine Transformation voranzutreiben?

Sicher, in meiner Arbeit mit Interessenvertretungen und angehenden Führungskräften ist eine andere Form des Widerstandes denkbar: «Bewusstsein schaffen» – aber reicht das, um eine organische Krise zu überwinden?

Literatur

- Buchlowski, Herb/Halle, Andreas Friedrich (2012): *Zeit für Zeit. Ein utopischer Reisebericht mit Internetanschluss*, Hamburg.
- Fest, Joachim (1991): *Der zerstörte Traum. Vom Ende des utopischen Zeitalters*, Berlin.
- Fink, Alexander/Siebe, Andreas (2011): *Handbuch Zukunftsmanagement. Werkzeuge der strategischen Planung und Früherkennung*, 2. akt. und erw. Aufl., Frankfurt a. M.
- Fromm, Erich (1980): «Ich habe die Hoffnung, dass die Menschen ihr Leiden erkennen: den Mangel an Liebe». Interview mit Heinrich Jänecke, in: *Der Stern*, Nr. 14 (27.3.1980), S. 306–309.
- Kaluza, Martin (2009): *Deutschlands heimliche Mega-Branche*, in: *Magazin Mitbestimmung* 7+8.
- Kögl, Annette (2012): *Sorgenkind Tierpark*, in: *Der Tagesspiegel*, 9. Juli 2012, abrufbar unter: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/gruene-fordern-umgestaltung-sorgenkind-tierpark/6853640.html>.
- Müller, Horst (2010): *Zur wert- und reproduktionstheoretischen Grundlegung und Transformation zu einer Ökonomie des Gemeinwesens*, in: ders. (Hrsg.): *Von der Systemkritik zur gesellschaftlichen Transformation*, Nordstedt, S. 157–228.
- Saage, Richard (2007): *Renaissance der Utopie?*, in: *Utopie kreativ*, Juli/August, S. 605–617.
- Saage, Richard (2010): *Ist die Zeit der politischen Utopie vorbei? Drei Fragen an Richard Saage*, in: *Goethe-Institut e. V.*, abrufbar unter: <http://www.goethe.de/ges/pok/pan/de5657176.htm>.
- Simon, Walter (2011): *Visionsmanagement*, in: ders. (Hrsg.): *GABALS großer Methodenkoffer. Zukunft. Konzepte, Methoden, Instrumente*, Bd. 2, Offenbach, S. 45–51.
- Skubusch, Sabine (2012): *Knallharter Wettbewerb. Folgen für die Beschäftigten*, in: *prekär Info* 1, S. 3–5.

Klaus Steinitz

AM SCHEIDEWEG - DIE GEGENWÄRTIGE KRISE IM VERGLEICH MIT ANDEREN GROSSEN KRISEN

I Ausgangsüberlegungen zum Problem der Scheidewege¹

Die gesellschaftliche Entwicklung steht gegenwärtig wieder einmal vor einem *Scheideweg*. Entweder wird die neoliberal determinierte Entwicklung der letzten Jahrzehnte im Wesentlichen fortgesetzt, oder es gelingt, eine Richtungsänderung der Entwicklung, hin zu einer sozialökologischen Zukunftsfähigkeit, einzuleiten. Wenn man dies in aller Konsequenz anstreben will, muss man über einen «grünen Kapitalismus» oder einen «Green New Deal» hinausgehen und auf einen grundlegenden Politikwechsel orientieren, der über die vom Kapitalismus gesetzten Schranken hinausweist. Dessen Ziel wäre ein grundlegender sozialökologischer Umbau im nationalen, europäischen und globalen Maßstab, der die Bedingungen für ein friedliches Zusammenleben aller Völker verbessert. Er muss mit der Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft und mit der Überwindung der sozialen Polarisierung und Exklusion großer Bevölkerungsteile im nationalen Maßstab und der Nord-Süd-Kluft im internationalen Maßstab einhergehen. Ein solcher neuer Entwicklungsweg muss das Ziel haben, in allen Lebenssituationen Armut zu überwinden, eine hohe Lebensqualität und gute Arbeit zu erreichen sowie die Bedingungen für Selbstbestimmung und Entfaltung der Individualität für alle Menschen zu verbessern.

Der grundlegende Inhalt eines Gesellschaftsprojekts, das diesen Anforderungen entspricht, wurde auf der Ersten Transformationskonferenz von Dieter Klein mit vier Leitideen (Viereck), auch bekannt als die «vier U», charakterisiert (Klein 2011). Diese

1 Für Anregungen und kritische Hinweise zum Entwurf des Beitrages bedanke ich mich bei Michael Brie, Judith Dellheim, Steffen Lehdorff und Christoff Lieber. Um den Zusammenhang zwischen der Ersten und der Zweiten Transformationskonferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung deutlich zu machen, stütze ich mich soweit dies möglich ist, bei Hinweisen auf Literaturquellen auf die Publikation der Beiträge zur Ersten Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Oktober 2011.

vier Leitideen müssten jedoch unbedingt um eine grundlegende fünfte als Bestandteil eines linken Transformationsprojekts ergänzt werden: die Veränderung der Lohnarbeit im Zusammenhang mit der Transformation der produktiven Wertschöpfung, die Einschränkung und schließlich Aufhebung der Entfremdung und der Ausbeutung der Arbeit (Detje 2012). Diese Leitidee findet ihren aktuellen, konkreten Niederschlag im Konzept gute Arbeit, das darauf gerichtet ist, nicht schlechthin neue Jobs, sondern zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen und eine Arbeit anzustreben, deren Entlohnung für alle ein menschenwürdiges Leben sichert, die Arbeitszeit verkürzt, die Gesundheit schützt, selbstbestimmte und schöpferische Tätigkeiten fördert, auf eine umweltfreundliche Entwicklung der Produktion gerichtet ist und auf Rüstungsproduktion verzichtet.

Scheidewege sind in der jüngeren Geschichte Ausdruck für Gabelungen, die in der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft auftreten. Sie sind vor allem Ergebnis zugespitzter Widersprüche, deren Lösung oder Bewegungsmöglichkeit auf Veränderungen in der bisherigen Entwicklung drängt. Sie sind damit eng mit Prozessen der Transformation und der Diskussion zu diesen Problemen verbunden (vgl. hierzu die Beiträge auf der Ersten Transformationskonferenz u. a. von Brand, Candeias, Demirović, Klein, Reißig, Rilling, Thomas in Brie/Candeias 2012). Die konkreten Inhalte der jeweiligen Scheidewege, das Ausmaß der mit ihnen verbundenen Brüche mit der bisherigen Entwicklung und die ihnen immanenten Konflikte unterliegen starken Veränderungen in der Zeit. Sie sind auch nicht streng determiniert. Auf sie wirken mannigfaltige, auch zufällige, Ereignisse und Zusammenhänge ein.

Die möglichen Alternativen, vor denen man an einem Scheideweg steht, könnten in drei Grundtypen eingeteilt werden:

1. Anpassungen an veränderte Bedingungen der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft durch kleinere Reformen oder «Reparaturen», die im Wesentlichen als ein «Weiter so», ohne dass sich das Wesen der kapitalistischen Entwicklungsprozesse verändert, gekennzeichnet werden könnten. Als Beispiel hierfür könnten die gegenwärtigen Reformen in der Finanzmarktregulierung angesehen werden, die die schlimmsten Auswirkungen einer fast schrankenlosen Deregulierung einschränken sollen.

2. Tiefer greifende Veränderungen im Entwicklungsmuster des Kapitalismus, die aber im Rahmen kapitalistischer Grundstrukturen bleiben. Als Beispiele hierfür könnte der Übergang zum Fordismus in den Jahrzehnten nach der großen Weltwirtschaftskrise 1929 ff. und die aktuellen Vorschläge für einen «Green New Deal» angesehen werden.

3. Grundlegende Veränderungen, die mit Reformen im Rahmen des Kapitalismus beginnen, aber über diesen hinausweisen und auf eine Große Transformation hin zu einer solidarischen, gerechten demokratischen sozialistischen Gesellschaft gerichtet sind. Ein Beispiel hierfür ist das Konzept der LINKEN, der Plan B für einen sozial-ökologischen Umbau.

Je tiefer die Veränderungen sind, die insbesondere in der gerechten Verteilung von Lebenschancen und in den gesellschaftlichen Naturverhältnissen auf den alternativen Wegen erfolgen müssen, desto stärker sind auch Veränderungen in den Eigentums- und Machtverhältnissen notwendig (Klein 2012: 121). Charakteristisch für die gegenwärtige Situation ist das weitgehende Zusammenfallen des konsequentesten und am meisten zukunftsfähigen Wegs mit den Erfordernissen einer Großen Transformation (vgl. hierzu auch Reißig 2012a: 11).

Innerhalb dieser drei Grundtypen kann es eine Vielzahl von mehr oder weniger ausgeprägten Untervarianten oder Gabelungen geben, wie zwischen mehr oder weniger autoritären Lösungen, die mit Demokratieabbau verbunden sind, oder zwischen realen oder nur scheinbaren Lösungen von Krisenprozessen, wie z. B. bei der Eurokrise.

Ein Charakteristikum der zu analysierenden Scheidewege der letzten rund 80 Jahre besteht in ihren sehr engen und spezifischen Verflechtungen mit den drei großen Krisen dieser Zeit – 1929 ff., 1973/74 ff. und 2007/08 ff. Das Auftreten von Scheidewegsituationen und die mit einem alternativen Entwicklungsweg zu lösenden Probleme werden in hohem Grade durch den jeweiligen Inhalt dieser Krisen, ihren konkreten Verlauf und die möglichen Auswege bestimmt.

Zwischen den zu vergleichenden großen Krisen bestehen sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede, die in ihrem Zusammenwirken die konkreten Scheidewege wesentlich beeinflussen. Als *Gemeinsamkeiten dieser Scheidewege* bzw. der notwendigen Pfadwechsel können folgende Merkmale hervorgehoben werden.

1. Sie werden durch die *Zuspitzung von Widersprüchen und ungelösten Problemen hervorgerufen*, die sich in der vorangegangenen Entwicklung herausgebildet haben, in den großen Krisen ihren Ausdruck finden und auf Lösungen drängen. In allen großen Krisen bzw. den Schritten zu deren Überwindung sind auch Chancen für den Übergang zu einer neuen Entwicklung enthalten.

2. Sie *umfassen alle Ebenen der Existenz und Entwicklung der Gesellschaft*, die Kommunen und Regionen, die nationalstaatliche Ebene und die transnationalen Beziehungen. In der gegenwärtigen Krise spielen die transnationalen regionalen Zusammenschlüsse wie Europäische Union und Eurozone (Eurokrise) und die globalen Verflechtungen und Krisenprozesse, darunter insbesondere die weitere Polarisierung zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden, eine im historischen Vergleich herausragende Rolle. Die Krisen- und Differenzierungsprozesse sowie die Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedsstaaten der EU und speziell den Euroländern haben dramatisch zugenommen und wirken vielfältig auf alle EU-Länder zurück.

3. Sie beziehen sich *auf alle wichtigen Bereiche und Sphären der gesellschaftlichen Entwicklung*. Betroffen sind nicht nur die wirtschaftlichen und sozialen Bereiche und Beziehungen sowie die Politik sondern auch die kulturellen Lebenswelten. Dabei bedingen sich ökonomischer, sozialer und kultureller Wandel gegenseitig. In den großen Krisen breiten sich Sinn- und Wertekrisen aus. Die Exklusion großer Teile der Bevölkerung von der gesellschaftlichen Teilhabe nimmt zu.

4. Sie sind mit politischen Veränderungen verknüpft, darunter in den *Beziehungen Staat und Wirtschaft und in den Bedingungen wirtschaftsdemokratischer Teilhabe*. Der Staat greift zu Krisenzeiten verstärkt in die Wirtschaft ein. Zwischen den großen Krisen bestehen wesentliche Unterschiede im Charakter, Umfang und in den Richtungen staatlicher Eingriffe. Entscheidend sind dabei die Unterschiede zwischen einem ausgeprägt autoritären Charakter staatlicher Eingriffe und demokratisch stark beeinflussten staatlichen Eingriffen, wobei es zahlreiche Zwischenstufen gibt. Eine Besonderheit der gegenwärtigen Krise ergibt sich auch aus der *größeren Bedeutung der Gremien der EU bzw. der Eurozone für die nationale Politik* und einer damit verknüpften Einschränkung nationaler Souveränitätsrechte, während sich die Demokratieforderungen stärker auch auf die europäische Ebene ausdehnen.

5. Die großen Krisen sind durch starke gegenseitige und auch widersprüchliche Abhängigkeiten zwischen den verschiedenen Bereichen der menschlichen Tätigkeit gekennzeichnet. Hervorzuheben sind insbesondere die engen Verflechtungen zwischen Wirtschaftsentwicklung, Konsumtionsweise und den gesellschaftlichen Naturverhältnissen, zwischen Wirtschaft und Politik sowie zwischen sozialer Gleichheit und den Bedingungen demokratischer und auch kultureller Partizipation. Diese *Komplexität ist in der jetzigen Krise noch stärker ausgeprägt als in den vorangegangenen Krisen*.

6. In allen großen Krisen und den mit ihnen verbundenen Entscheidungssituationen spielt der *Zeitfaktor eine wichtige Rolle*. Dabei sind insbesondere zwei Aspekte hervorzuheben. Der eine besteht in den zeitlichen Zusammenhängen zwischen verschiedenen konkreten Scheidewegsituationen. Ungelöste Probleme oder hinausgeschobene Problemlösungen spiegeln sich zum Beispiel häufig in der Verschärfung und größeren Komplexität der an späteren Scheidewegen zu lösenden Probleme wider. (Hierüber sprach Thomas Kuczynski auf der Zweiten Transformationskonferenz). Zum anderen nimmt die Bedeutung des Zeitfaktors für die Reaktion auf die Herausforderungen gegenwärtig tendenziell zu. Wenn es zum Beispiel nicht gelingt, im Verlaufe der nächsten 15 bis 20 Jahre Veränderungen der Produktions- und Konsumtionsweise und im Wirtschaftswachstum durchzusetzen, mit denen sich die Klimaveränderungen und die Ressourcenknappheit bewältigen lassen, werden irreversible Schäden für die Zukunft der Menschheit eintreten.

7. Die großen Krisen sind durch *hohe Unsicherheit, Offenheit und Unbestimmtheit der weiteren Entwicklung und möglicher Alternativen charakterisiert*. In der gegenwärtigen Krise scheint dieser Zug besonders ausgeprägt zu sein. Es stehen sich verschiedene Optionen gegenüber, deren Realisierungswahrscheinlichkeit nicht eindeutig bestimmbar ist. Einerseits sind die gesellschaftlichen Kräfte, die Träger eines Pfadwechsels zu einer wirtschaftlich und sozialökologisch nachhaltigen, solidarischen und emanzipativen Entwicklung sind, gegenwärtig noch zu schwach und obendrein zu

stark fragmentiert, um diesen zukunftsorientierten Weg durchzusetzen.² Andererseits ist der konkrete Inhalt dieses neuen Wegs noch mit einigen offenen, auch unter den Linken kontrovers diskutierten Fragen verbunden. Hierzu gehört die grundsätzliche Frage nach der realen Transformationsfähigkeit des existierenden Kapitalismus.

Aus all dem folgt, dass sich am Scheideweg im Gefolge der Krise 2007/08 ff. auch für die Linke die Bedingungen zur Ausarbeitung und Durchsetzung strategischer Konzepte einer alternativen Entwicklung wesentlich verändert haben und weiter verändern. Linke Alternativen für einen zukunftsfähigen Paradigmenwechsel müssten die höhere Komplexität, die stärkere Widersprüchlichkeit und den weitgehend offenen Charakter der Entwicklungsprozesse eines wünschenswerten und vorstellbaren zukünftigen Scheidewegs beachten.

Um den Inhalt und die Besonderheit der gegenwärtigen Scheidewegssituation näher zu bestimmen, werde ich im Folgenden die gegenwärtige Krise mit den beiden anderen großen Krisen vergleichen. Dazu werden zunächst die für unsere Frage nach den Scheidewegen wesentlichen Merkmale der drei großen Krisen bestimmt. Danach werden diese Unterschiede konkreter nach wichtigen Kriterien spezifiziert.

II Qualitative Veränderungen in der Scheidewegssituation der gegenwärtigen Krise im Vergleich zu den anderen großen Krisen des 20. Jahrhunderts³

Um die wesentlichen Unterschiede der Scheidewegssituationen der drei zu vergleichenden großen Krisen (1929 ff., 1973/74 ff., 2007/08 ff.) zusammenfassend zu kennzeichnen, sind insbesondere drei Fragestellungen relevant (Reißig 2012a; Demirović 2012; Brand 2012).

1. *Worin bestehen Zielstellung und wesentlicher Inhalt der möglichen Alternativen?* Dazu gehören einerseits Inhalt und Begrenztheit möglicher Schritte zur Verbesserung sozialer, kultureller, politischer, ökologischer und ökonomischer Entwicklungsbedingungen innerhalb der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung und andererseits Wege für eine Zweite Große Transformation zur Aufhebung der grundlegenden Widersprüche durch Überwindung des kapitalistischen Systems sowie die engen Verflechtungen zwischen beiden.

2. *Was sind die objektive Voraussetzungen und Notwendigkeiten für die Realisierung der verschiedenen Alternativen?* Für die Linke sind solche Schritte und Projekte be-

2 Reißig schreibt hierzu: «Noch treffen dieser Transformationsdiskurs und die damit vorgeschlagenen Alternativen nicht wirklich die Lebenswelten, die Hoffnungen und Vorstellungen einer breiteren gesellschaftlichen Mehrheit. Und noch zeigt sich in der gesellschaftlichen Realität kein anderer wirtschaftlicher und kultureller Pfad als überzeugende Alternative und begehrenswertes Beispiel. Auch deshalb dominiert gerade in der gegenwärtigen Krisensituation in der Bevölkerung Angst vor Wandel, vor Experimenten gegenüber Bereitschaft zur Veränderung» (Reißig 2012a: 20).

3 «Die neue Situation des Übergangs und Umbruchs [...] hat die Debatte um den Zustand der Gesellschaft, der Weltgesellschaft, um ihre Stabilität und Brüchigkeit, um ihre Zukunftsfähigkeit neu belebt. Themen, die in den 1970er Jahren und den folgenden Jahrzehnten eher am Rande der Gesellschaft diskutiert wurden, rücken nun ins Zentrum der Gesellschaft» (Reißig 2012b: 17).

sonders wichtig, die auf die Durchsetzung einer Alternative gerichtet sind, die auf Zukunftsfähigkeit, Solidarität, soziale Gleichheit, Wohlstand für alle und Emanzipation gerichtet sind.

3. Wie entwickeln sich die *gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse sowie die sozialen Träger und Akteure* der Auseinandersetzungen um die Durchsetzung der verschiedenen Alternativen, insbesondere einer linken sozialistischen Alternative?

Die Besonderheiten der drei großen Krisen und die grundlegenden Veränderungen, die sie jeweils eingeleitet haben, können zusammenfassend wie folgt charakterisiert werden.

Die *Weltwirtschaftskrise 1929ff.* war in den meisten kapitalistischen Ländern durch sehr tiefe Einbrüche in der Produktion, besonders in der Industrieproduktion, und im Außenhandel, durch einen sprunghaften Anstieg der Massenarbeitslosigkeit sowie durch eine auf die Krise folgende längere wirtschaftliche Depressionsphase gekennzeichnet. In Deutschland betrug in der Krise 1929 ff. der Einbruch der Gesamtproduktion im Jahr des Tiefpunkts (1933) gegenüber dem Vorkrisenniveau etwas über ein Drittel, in der Krise 2007/08 ff. rund fünf Prozent. Der Außenhandelsumsatz ging in der Weltwirtschaftskrise im Jahr 1933 gegenüber dem Vorkrisenstand in effektiven Preisen sogar um zwei Drittel zurück und blieb bis 1939 auf einem Niveau von unter 50 Prozent des Vorkrisenstands. In der gegenwärtigen Krise lag der Außenhandelsumsatz 2009 um 18 Prozent unter dem Vorkrisenstand 2008 und übertraf schon im Folgejahr 2010 das Niveau von 2008 (Forstmeister 2012: 320 f. u. 414). Diese Daten sind nicht eins zu eins vergleichbar, können aber dennoch als Ausdruck der beträchtlichen Unterschiede in den Ausmaßen der Einbrüche in diesen zwei Krisen angesehen werden.

Der nach dem Ersten Weltkrieg weitgehend vorherrschende Wirtschaftsliberalismus, der auf den Vorstellungen eines freien, die Wirtschaft regulierenden Markts beruhte, wurde durch eine stärkere staatliche Regulierung zurückgedrängt. Der bürgerliche Staat wurde hierdurch enger und vielfältiger mit dem kapitalistischen Reproduktionsprozess verflochten, ja selbst zu seinem «integralen Bestandteil» (Leibiger 2012: 13). Der entscheidende Richtungswechsel am Scheideweg dieser Krise war der sich über mehrere Jahrzehnte vollziehende Übergang zum Fordismus.

Für die tief greifenden Veränderungen in der Entwicklung des Kapitalismus nach der *Krise 1973/74* waren mehrere untereinander verflochtene vorwiegend objektive ökonomische Prozesse bestimmend, die sich größtenteils schon in den Jahren vor der Krise herausgebildet hatten. Sie betrafen insbesondere die Krise des Fordismus, die sich vor allem in der Erosion seiner Produktivitäts- und Effizienzpotenziale äußerte, die Flexibilisierung der Produktionsprozesse im Ergebnis vor allem der mikroelektronischen Revolution, die Globalisierung der Weltwirtschaft und den Übergang zum Finanzmarktkapitalismus, die Zurückdrängung des Keynesianismus durch die Hegemonie der marktradikalen Ideologie des Neoliberalismus und eine damit verbundene Politik der Angebotsorientierung, der Deregulierung, der Privatisierung

und der Aushöhlung des Sozialstaats (Land/Busch 2012). Diese objektiven Prozesse wirkten gemeinsam mit politisch-ideologischen Faktoren. Wesentlich für diese Krise war auch das Ende des Bretton-Woods-Systems – der 1944 geschaffenen Nachkriegswährungsordnung mit seinen auf den Dollar bezogenen festen Wechselkursen und dem Goldstandard der Währungen – Anfang der 1970er Jahre. Diese Etablierung der Nachkriegswährungsordnung ebenso wie ihr Ende waren Ausdruck sowohl objektiver Probleme und Widersprüche in den internationalen Wirtschafts- und Währungsbeziehungen als auch Ergebnis der Interessenpolitik vor allem der USA als Hegemonialmacht nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die gegenwärtige Krise lässt sich im Vergleich zu den beiden anderen großen Krisen durch folgende Spezifika charakterisieren: Erstmalig fällt eine große Wirtschaftskrise mit einer tiefen Umweltkrise zusammen. Eine weitere Besonderheit besteht im engen Zusammenhang der Krise mit der Finanzialisierung aller Produktionsbereiche und zunehmend auch der sozialen Daseinsvorsorge einschließlich Bildung und Kultur. Diese Finanzialisierung setzte schon viele Jahre vor Ausbruch der Krise ein. Die Finanzsphäre wurde immer mehr dereguliert und löste sich auch zunehmend von der Realwirtschaft. Sie spielt im Vergleich zu den anderen großen Krisen eine noch größere Rolle sowohl für den Ausbruch als auch für den gesamten Verlauf der Wirtschaftskrise sowie für die Schaffung von Bedingungen zu ihrer Überwindung. Eine sozial-strukturelle Besonderheit dieser Krise besteht in der dauerhaften Prekarität größerer Bevölkerungsteile als eine neuartige Qualität der sozialen Spaltung der Gesellschaft (Detje 2012: 152). All dies trägt dazu bei, dass die gegenwärtige Krise noch *stärker als in der Vergangenheit als multiple und das gesamte kapitalistische System umfassende Krise wirksam wird.*

Im Zusammenhang mit den engeren und äußerst konfliktreichen Verflechtungen von Wirtschaft und Umwelt, Finanzsphäre und Realwirtschaft, ökonomischer und sozialer Entwicklung könnte die gegenwärtige Krise als eine tiefe gesellschaftliche Reproduktionskrise bestimmt werden, in deren Gefolge die Bedingungen einer nachhaltigen Reproduktion, insbesondere der erweiterten, aber auch der einfachen Reproduktion gefährdet werden. Hierzu gehören auch die Probleme und Widersprüche in der auf die Reproduktion des Lebens gerichteten Reproduktionsarbeit. Die Widersprüche der objektiven Krise werden noch dadurch verschärft, dass sie mit einer Entscheidungskrise der Politik zusammenfallen. Fehlende, falsche oder repressive und undemokratische oder einer Verlagerung der Probleme auf andere Länder bewirkende Entscheidungen führen zur Nichtlösung bzw. zu nicht zukunftsfähigen Lösungen der aufgestauten Probleme der gesellschaftlichen Reproduktion. Die Probleme zeigen sich besonders deutlich in den widersprüchlichen und völlig unzureichenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Eurokrise.

Als eine wichtige Spezifik dieser Krise muss noch genannt werden, dass sie als eine große Krise zum ersten Mal seit dem Sieg der Oktoberrevolution vor fast 100 Jahren ohne die Existenz eines Gegenmodells zum Kapitalismus ausbrach. Diese Spezifik

bleibt häufig unerwähnt. Die hiermit verbundenen Probleme und Konsequenzen werden in fast allen Betrachtungen zur Transformation des Kapitalismus meines Erachtens ungenügend berücksichtigt. Auf einige werde ich später kurz eingehen.

Schließlich muss noch hervorgehoben werden, dass die für die beiden anderen großen Krisen der letzten 100 Jahre typische Durchsetzung eines neuen Entwicklungsparadigmas auch gegenwärtig auf der Tagesordnung steht. Diesmal ist jedoch die Wahrscheinlichkeit recht hoch, dass diese Veränderung des Entwicklungsweges ausbleiben bzw. nur sehr fragmentarisch und unvollständig realisiert wird. Warum ist das so? Es gibt meines Erachtens drei wichtige Faktoren dafür, ob und inwieweit ein neues Entwicklungsparadigma, das durch die zugespitzten Entwicklungswidersprüche auf die Tagesordnung gesetzt wurde, durchgesetzt wird oder ob im Wesentlichen das alte bestehen bleibt. Der Erste ist die Frage, inwieweit dieses mehr als das bisherige mit den Interessen der jeweils ökonomisch und politisch herrschenden, bestimmenden Kräfte übereinstimmt. Der Zweite wird durch die Stärke und Durchsetzungsfähigkeit der an einer Änderung des Entwicklungsparadigmas interessierten gesellschaftlichen Kräfte bestimmt. An dritter Stelle stehen die voraussichtlichen Möglichkeiten, die bestehende Akkumulations- und Regulationsweise durch kleinere Reformen an die veränderten Bedingungen anzupassen, ohne sie grundsätzlich umzugestalten. Bei allen drei Faktoren unterscheidet sich die heutige Scheidewegsituation von den vorangegangenen: Das Interesse der ökonomisch und politisch dominierenden Eliten ist eindeutig darauf gerichtet, eine in den Grundzügen neoliberale Politik beizubehalten. Die an progressiven Änderungen des Entwicklungsparadigmas interessierten Kräfte sind gegenwärtig zu schwach und zersplittert, um ihre alternativen Konzepte umzusetzen. Der Glaube an die Möglichkeit, durch kleinere Reformen das gegenwärtige neoliberale System an die veränderten Bedingungen anzupassen, ist bisher noch dominant.

III Analyse wichtiger Komplexe bzw. Kriterien im Hinblick auf ihre Einflüsse auf die Scheidewege in den drei großen Krisen

Nach dieser zusammenfassenden Bestimmung der Spezifik der jeweiligen Scheidewegsituation in den drei großen Krisen soll jetzt anhand der wichtigsten Komplexe bzw. spezifischen Kriterien die Analyse der Scheidewege in diesen Krisen weitergeführt und konkretisiert werden. Es werden folgende Komplexe bzw. Kriterien betrachtet:

- die Dominanz des Neoliberalismus und einer marktradikalen Regulierungsweise;
- die Verschärfung der Widersprüche in den gesellschaftlichen Naturverhältnissen und die damit verbundene Umwelt- und Klimakrise;
- die veränderten Entwicklungsbedingungen infolge der Globalisierung, der europäischen Integration und des Untergangs des sozialistischen Lagers;
- die Erosion wichtiger Elemente des Sozialstaats und die Ausbreitung prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse;
- die qualitativ veränderte Rolle der Finanzmärkte im gesamten wirtschaftlichen und sozialen Leben;

- die zunehmende Bedeutung der sozialen Bewegungen bei stärkerer Differenziertheit und teilweiser Fragmentierung der Akteure und Akteursgruppen.

1 Die Dominanz des Neoliberalismus und einer marktradikalen Regulierungsweise

Ein Vergleich des «Schicksals» der die herrschende Ideologie und Wirtschaftspolitik beeinflussenden ökonomischen Theorien und wirtschaftspolitischen Konzepte in der gegenwärtigen Krise mit den Krisen 1929/33 und 1973/74 ff. zeigt einige interessante Unterschiede. Sie sind vor allem für unsere Fragestellung nach Ziel, Inhalt und Bedingungen eines Paradigmen- bzw. Pfadwechsels in einer Scheidewegsituation wichtig.

Im Gefolge der zugespitzten politischen und sozialen Konflikte in der Weltwirtschaftskrise 1929/33 erfolgte die Ablösung bzw. Zurückdrängung des Liberalismus durch den Keynesianismus. Dieser Prozess begann in den USA in den 1930er Jahren und setzte sich nach dem Zweiten Weltkrieg – mit teilweise beträchtlichen zeitlichen Verzögerungen – in den westeuropäischen Ländern fort.

In den 1970er Jahren, insbesondere mit der Krise 1973/74 ff., spitzten sich die Widersprüche der kapitalistischen Reproduktion und der keynesianischen Wirtschaftspolitik zu. Steigende Arbeitslosigkeit, nachlassendes Wirtschaftswachstum und vor allem der Rückgang der Profitraten verstärkten die Widersprüche zwischen den Kapitalinteressen und den Ergebnissen der praktizierten Wirtschaftspolitik. Zugleich nahm besonders in den angelsächsischen Ländern die Kritik des wirtschaftstheoretischen Mainstreams an den auf Keynes beruhenden staatlichen Interventionen in die Wirtschaft zu. In den 1970er Jahren geriet der Fordismus in eine tiefe Krise. All dies führte zur Ablösung des Keynesianismus als vorherrschenden Wirtschaftsdoktrin durch den Neoliberalismus. Für den hiermit verbundenen Paradigmenwechsel spielten, wie bereits erwähnt, sowohl objektive Faktoren – u. a. rückläufige Profitraten, weitgehende Erschöpfung der Entwicklungspotenziale des Fordismus, Instabilität der Währungen und des Geldwerts durch steigende Inflation, Ölpreisschock – als auch politische und subjektive Gründe eine Rolle. Es lagen auch kaum überzeugende linke Alternativen vor, die den veränderten Entwicklungsbedingungen entsprachen. Die linken Parteien und sozialen Bewegungen waren zudem zu schwach, um eine wirksame Gegenmacht zum Neoliberalismus zu schaffen.

Seit Mitte der 1970er Jahre wurde der Neoliberalismus in den USA und Großbritannien, in der Bundesrepublik erst beträchtlich später, hegemonial und bestimmte die Wirtschaftspolitik in den kapitalistischen Ländern. Zum Sieg des Neoliberalismus in Deutschland hat die Schröder-Regierung (ab 1997) mit der Agenda 2010 und den Steuersenkungen für Spitzenverdiener und Vermögende sowie durch die Zulassung hoch spekulativer Finanzgeschäfte entscheidend beigetragen.

Der Zusammenhang zwischen Wirtschaftskrise und vorherrschender Wirtschaftsdoktrin unterscheidet sich in der gegenwärtigen Krise wesentlich von den hier knapp charakterisierten Krisen 1929/33 und 1974/76, in denen die Krise jeweils eng mit der Etablierung einer neuen Wirtschaftsdoktrin verflochten war. Heute herrscht der Neo-

liberalismus, fünf Jahre nach Krisenausbruch, trotz gewisser Modifikationen nach wie vor. Einige Maßnahmen zur Eindämmung der eskalierenden Finanzspekulationen wurden durchgeführt. Es gab auch eine gewisse Flexibilität hinsichtlich staatlicher Interventionen zur Stabilisierung der Wirtschaft, zur Überwindung der Produktionseinbrüche durch Konjunkturpakete und zur Verhinderung eines übermäßigen Anstiegs der Arbeitslosigkeit insbesondere durch die erweiterten Kurzarbeiterregelungen. Charakteristisch war jedoch für fast alle Maßnahmen einer etwas aktiveren staatlichen Wirtschaftspolitik, dass sie nur vorübergehend waren, möglichst bald wieder durch die «normale» marktwirtschaftliche Regulierung ersetzt wurden, dass sie unter anderem über Subventionen für die Banken – Bankenrettungsfonds – von den Steuerzahlern finanziert wurden, zugunsten der großen Vermögensbesitzer erfolgten, und nicht zu den Ursachen der Krisenprozesse vordrangen, sondern bei Symptomen stehen blieben. Diese Problematik zeigt sich auch in der zögerlichen und widersprüchlichen Politik der Bundesregierung für eine Energiewende.

Insgesamt hat sich die Vordringlichkeit tief greifender Veränderungen in der Regulationsweise und im Akkumulationsregime, insbesondere in der Verteilung der Einkommen und Vermögen, im letzten Jahrzehnt stark erhöht. Auf der anderen Seite war und ist die Macht der ökonomisch bestimmenden Kapitalfraktionen, die auf die Fortsetzung und sogar Verschärfung der unsozialen Aspekte der neoliberalen Politik fixiert sind, nach wie vor äußerst stark. Zugleich sind die Linken, die Gewerkschaften und andere alternative Kräfte, die sich für eine Änderung der unsozialen, die Zukunft untergrabenden Politik einsetzen, geschwächt. Deshalb sind die Aussichten dafür, dass der dringend notwendige, auf der Agenda ganz oben stehende Paradigmen- bzw. Pfadwechsel hin zu einer sozialökologisch zukunftsfähigen Entwicklung in absehbarer Zeit durchgesetzt werden kann, zurzeit recht gering. Diese Situation wird von Colin Crouch mit den Worten vom «seltsamen Nicht-Tod des Neoliberalismus» charakterisiert, während Paul Krugman einen «seltsamen Triumph gescheiterter Ideen» feststellt (zit. nach: Lehndorff 2012: 8).

2 Die Verschärfung der Widersprüche in den gesellschaftlichen Naturverhältnissen und die damit verbundene Umwelt- und Klimakrise

Im Fordismus wurden die gesellschaftlichen Naturverhältnisse entscheidend durch die hoch mechanisierte und automatisierte Massenproduktion und die fossile Energiewirtschaft bestimmt. Die Massenproduktion und die Massenkonsumtion führten zu tief greifenden Veränderungen in den Produktionsstrukturen vor allem in den Zweigen der verarbeitenden Industrie, die auf neuen Technologien beruhten. All dies bewirkte einen großen Sprung in der Produktivität. Diese Umwälzung in den Produktivkräften und den Produktionsstrukturen war mit einem hohen Energieeinsatz auf Basis fossiler Energieträger und einem rasch ansteigenden Verbrauch der für den Materialeinsatz erforderlichen Naturressourcen verbunden. Der vorwiegend quantitative Mehreinsatz natürlicher Ressourcen führte zu einer wachsenden Kluft zwischen

der schnell zunehmenden Effektivität der lebendigen Arbeit (Arbeitsproduktivität) und der zurückbleibenden Effektivität der vergegenständlichten Arbeit. Dadurch wurden die gesellschaftlichen Naturverhältnisse zunehmend belastet.

Die Krise 1973/74 ff. fiel mit einer beginnenden Ressourcen- und Klimakrise und einem stärkeren öffentlichen Bewusstsein darüber zusammen, dass eine gesicherte Zukunft der Menschheit tief greifende Änderungen der gesellschaftlichen Naturverhältnisse verlangt, die bisher durch eine rücksichtslose extensive Inanspruchnahme der Naturbedingungen gekennzeichnet waren. Es dauerte jedoch eine längere Zeit, bis begonnen wurde, die hiermit verbundenen Probleme öffentlich zu diskutieren und vor allem die notwendigen Konsequenzen zur Umstellung der Energiebasis hin zu den erneuerbaren Energien, für eine höhere Effizienz des Energie- und Materialeinsatzes, für die Ausweitung und technologische Weiterentwicklung des Recyclings im größeren Umfang sich durchzusetzen (vgl. Brand 2012: 57 u. 61 ff.).

Im Zusammenhang mit der Scheidewegproblematik in der gegenwärtigen Krise spielen vor allem folgende Anforderungen an die Gestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse eine zunehmend wichtige Rolle: (1) Der globale Charakter der Umweltprobleme hat sich weiter verstärkt. Deshalb muss man die Erfordernisse zur Veränderung und Gestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse mehr unter globalen Aspekten untersuchen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen zielstrebig und wirksamer umsetzen. (2) Die notwendige Weiterentwicklung der Naturverhältnisse ist in der Einheit und wechselseitigen Verflechtung von Naturentnahme – Aneignung von Naturressourcen – und Naturbelastung durch Produktions- und Konsumtionsabfälle speziell unter dem Aspekt der Klimakrise durchzusetzen. (3) Die gegenseitig engeren Verflechtungen zwischen den gesellschaftlichen Naturverhältnissen und den sozialen Verhältnissen sind stets im Auge zu behalten und zukünftigen Maßnahmen zugrunde zu legen.

Ein Vergleich der großen Krisen des 20. und 21. Jahrhunderts macht deutlich, dass sich in den Beziehungen zwischen Inhalt und Verlauf dieser Krisen und den Naturverhältnissen im Hinblick auf einen notwendigen Pfadwechsel die wohl tief greifendsten Veränderungen vollzogen haben.

In der Zeit vor, während und nach der Krise 1929/33 spielten Umweltprobleme als gesellschaftliche Probleme der weiteren Entwicklung der menschlichen Gesellschaft faktisch keine Rolle. In der Krise 1973/74 ff. hatten sich zwar die Widersprüche zwischen den Naturbedingungen, ihrer extensiven und rücksichtslosen Inanspruchnahme und der damit verbundenen zunehmenden Zerstörung der natürlichen Umwelt, weiter zugespitzt. In der Krise selbst und in den Einschätzungen der wichtigsten Erscheinungsformen der Krise spielten die Umweltprobleme jedoch keine wesentliche Rolle.

Die Scheidewegsituation im Verhältnis Mensch und Umwelt hat sich in den Jahren vor der großen Krise 2007/08 ff. und auch nach ihrem Ausbruch weiter zugespitzt. Im Vergleich zu den Krisen 1929/33 und 1974/76 haben sich in der gegenwärtigen

Krise einige wichtige Veränderungen vollzogen: *Erstmals ist die Umweltkrise ein bestimmender Bestandteil der komplexen, multiplen Krise, insbesondere im Hinblick auf ihren Charakter als Reproduktionskrise.* Zugleich hat sich das öffentliche Bewusstsein für die Umweltprobleme, sowohl für das Wahrnehmen der Umweltbedrohungen und ihres globalen Charakters als auch für notwendige Veränderungen in den Mensch-Natur-Verhältnissen, deutlich verändert.

In der gegenwärtigen Scheidewegsituation kommt qualitativen Änderungen in den gesellschaftlichen Naturverhältnissen eine außerordentlich hohe Priorität und Dringlichkeit zu. Die Notwendigkeit, zu einem postfossilen und postatomaren Zeitalter und einer anderen, die Naturressourcen schonenden Produktions- und Konsumtionsweise überzugehen, wird nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. Es gibt jedoch verschiedene Möglichkeiten für die angestrebten Veränderungen. Sie unterscheiden sich voneinander insbesondere in der Konsequenz und dem Tempo ihrer voraussichtlichen Realisierung, in ihren sozialen Wirkungen und in ihrer Verbindung mit Eingriffen in die kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse.

Danach könnten drei verschiedene strategische Konzepte unterschieden werden, die sich in mehrere Untervarianten untergliedern lassen. Sie werden in der linken Literatur ausführlich behandelt (vgl. Adler/Schachtschneider 2010; Candeias 2012): 1. das Konzept eines grünen, ökologisch modernisierten Kapitalismus, 2. das Konzept eines «Green New Deal», das im Rahmen kapitalistischer Grundstrukturen unter Berücksichtigung sozialer Erfordernisse und mit einer stärkeren staatlichen Regulierung faktisch auf einen ökologischen Kapitalismus orientiert ist, 3. das linke Umbaukonzept, der «Plan B – Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau» (vgl. Die Fraktion DIE LINKE 2012). Es beruht auf der engen inhaltlichen und zeitlichen Verflechtung ökologischer und sozialer Erfordernisse und geht davon aus, dass eine sozialökologische Nachhaltigkeit grundlegende Änderungen in der Regulierungsweise erfordert und auch Eingriffe in die kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse voraussetzt. Seine Durchsetzung verlangt den Bruch mit dem bisherigen Wachstumsmodell, das seine sozialökonomische Grundlage im kapitalistischen Profitstreben hat und zu irreversiblen Schäden an Natur und Menschen führt.

Die jeweiligen Ziele und Akteure dieser drei Szenarien zur Lösung der Umweltprobleme unterscheiden sich grundlegend voneinander (vgl. Adler/Schachtschneider 2010; Candeias 2012). Am gegenwärtigen Scheideweg gibt es in diesem Zusammenhang vier herausragende Anforderungen an eine zukunftsorientierte und -fähige Entwicklung im 21. Jahrhundert. Sie muss (1) nachhaltig sein, das heißt die gesellschaftlichen Naturverhältnisse in Übereinstimmung mit den Umweltbedingungen verbessern und zukunftsfähig sichern, (2) sozial sein, im Interesse der Menschen und der Befriedigung ihrer Bedürfnisse liegen, das heißt ein menschenwürdiges und glückliches Leben in sozialer Sicherheit gewährleisten, (3) den globalen Charakter der Umweltprobleme berücksichtigen und auf dem gleichen Grundrecht zur Nutzung der natürlichen Umwelt für alle Menschen und für alle Regionen der Erde beruhen,

und (4) ein Leben in Frieden für alle Völker der Erde ermöglichen, kriegerische Konflikte im Kampf um den Zugriff auf die knapperen Naturressourcen verhindern.

3 Neoliberale Globalisierung und europäische Integration, Veränderung der internationalen Kräfteverhältnisse und Ende der Systemkonkurrenz

Alle großen Krisen des 20. und 21. Jahrhunderts waren nicht auf einzelne Staaten beschränkt, sondern erfassten aufgrund des entwickelten kapitalistischen Weltmarkts und der vielfältigen ökonomischen Verflechtungen und gegenseitigen Abhängigkeiten alle kapitalistischen Länder und trugen den Charakter internationaler Krisen. Dabei gibt es in Bezug auf Scheidewege wesentliche Unterschiede.

Nach der Krise 1973/74 ff. gab es eine Weichenstellung zu Veränderungen in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen, die als Globalisierung die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft bestimmen sollte. Sie war verbunden mit einer Vertiefung der Kluft zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden, der Herausbildung transnationaler regionaler Wirtschaftsblöcke, die Verschiebung der weltwirtschaftlichen Gewichte zwischen den Staaten und Regionen. Die Globalisierung und die europäische Integration beeinflussten zunehmend auch die innere Entwicklung aller Staaten.

Die Globalisierung war durch ihren engen Zusammenhang mit der neoliberalen Deregulierung internationaler Wirtschaftsbeziehungen sowie vor allem durch die sukzessive Beseitigung aller Hemmnisse für die globale und schrankenlose Ausweitung der Finanz- und Kapitalmärkte bestimmt.

Für den Ausbruch der Krise 2007/08 ff. in Deutschland und in Europa und für deren konkreten Verlauf spielen neben der Globalisierung die europäische Integration mit der Herausbildung des europäischen Binnenmarkts seit 1993 – des größten gemeinsamen Markts der Welt – und der europäischen Währungsunion seit 1999 eine wichtige Rolle. Hierauf sind wichtige Unterschiede im Ausbruch, im Verlauf und in den Maßnahmen zur Eindämmung und Überwindung der jüngsten Krise im Vergleich zu den vorausgegangenen großen Krisen zurückzuführen.

In der Krise 2007/08 ff. ist die Scheidewegssituation hinsichtlich Globalisierung und europäischer Integration anders und vor allem wesentlich schärfer als in der Krise 1974/76. Es geht nicht um eine Entscheidung für oder gegen Globalisierung bzw. europäischen Binnenmarkt oder Währungsunion, sondern um eine notwendige Änderung ihrer Qualität, die bisher von Neoliberalismus, Marktfundamentalismus und der damit verbundenen Austeritätspolitik zum Schuldenabbau zulasten der sozial Schwächeren und der Zukunft bestimmt wird.

Der Scheideweg in der heutigen Krise zeichnet sich im Zusammenhang mit Globalisierung und europäischer Integration durch folgende Alternativen aus: Die eine besteht darin, dass es den herrschenden Eliten gelingt, die neoliberale Globalisierung und Europäisierung zum Nachteil der Völker und der Menschen im Wesentlichen in der bisherigen Art und Weise fortzuführen. Die Konsequenz hieraus wären eine wei-

tere drastische Verschärfung der sozialen Situation insbesondere in den europäischen Krisenländern die Fortführung und sogar weitere Ausprägung ihres undemokratischen, autoritären Charakters und schließlich die Gefahr eines Scheiterns nicht nur der europäischen Währungsunion, sondern des gesamten europäischen Projekts. Die andere Alternative besteht in einer Entwicklung hin zu einer qualitativen Änderung des Inhalts und der Wirkungen der Globalisierung und Europäisierung im Interesse der Menschen und der Zukunft. Die Alternative für die EU könnte in aller Kürze als Scheideweg zwischen deutschem Spardiktat auf der einen Seite und solidarischer Integration (Axel Troost) oder Weg zu einer solidarischen, sozialen und demokratischen Neuorientierung der EU andererseits gekennzeichnet werden.

Die gegenwärtigen Prozesse der Globalisierung und der weiteren europäischen Integration sind eng mit Veränderungen in den internationalen Kräfteverhältnissen verflochten, die in der Literatur umfassend analysiert worden sind. Herausragend waren dabei die Veränderungen in den letzten Jahrzehnten in der weltwirtschaftlichen Rolle der USA und Chinas sowie der anderen BRIC-Staaten, die gegenwärtig und in der nächsten Zeit die Scheidewegsituation beeinflussen. Dies sollte bei der Analyse der ökonomischen Entwicklungsprozesse und bei der Ausarbeitung davon abgeleiteter und auf die reale Lösung von Problemen gerichteter Alternativen beachtet werden.

Heute steht auch die Frage nach Alternativen auf der Tagesordnung, die sich aus der Erosion der Führungsrolle der USA ergeben. Wird es ein Ende der unipolaren Welt und den Übergang zu einer multipolaren Welt geben? Wird es in einer solchen multipolaren Welt besser gelingen, die Rolle der internationalen Institutionen so zu stärken und zu demokratisieren, dass mithilfe koordinierter, gemeinsamer Anstrengungen der Weltgemeinschaft die dringendsten Probleme zielstrebig in Angriff genommen werden sowie vorhandene und neu entstehende Konflikte mit friedlichen Mitteln gelöst werden? Oder wird das Gegenteil geschehen: Zunahme unkontrollierter, auch chaotischer Prozesse, die eine friedliche und zukunftsfähige Welt noch stärker als heute gefährden.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen den großen Krisen 1929 ff. und 1973/74 ff. und der gegenwärtigen Krise besteht darin, dass die Krisen des 20. Jahrhunderts auch durch die Gegensätzlichkeit der beiden Gesellschaftssysteme, des staatssozialistischen und des kapitalistischen, gekennzeichnet waren, während die Krise 2008 ausbrach, als der Realsozialismus in Europa und das sozialistische Lager seit fast 20 Jahren nicht mehr existierten. Dies hatte natürlich auch bestimmte Konsequenzen für die Scheidewegsituationen im Gefolge dieser Krisen. Vom Staatssozialismus gingen widersprüchliche und in den verschiedenen Krisen unterschiedliche Signale für die gesellschaftlichen Akteure in den kapitalistischen Ländern sowie für mögliche alternative Entwicklungen in diesen Ländern aus. Es gibt nach meinen Kenntnissen keine aussagekräftigen Analysen darüber, wie und in welchem Ausmaß Einflüsse des Staatssozialismus in der Bundesrepublik und in anderen kapitalistischen Ländern wirksam wurden. Generell könnte gesagt werden, dass eine Systemalternative zum

Kapitalismus als politischem Faktor immer als Hintergrund bei den sozialen Auseinandersetzungen vorhanden war. Allein ihre reale Existenz war eine Hemmschwelle für die Durchsetzung unsozialer Maßnahmen. Sie wirkte sich auch unterstützend aus auf die Kämpfe der westdeutschen Gewerkschaften um höhere Löhne und die Verkürzung der Arbeitszeit.

Die möglichen positiven Einflüsse aus der Tatsache, dass in der Sowjetunion zur Zeit der Weltwirtschaftskrise der erste Fünfjahrplan mit hohen Zuwachsraten vor allem der Industrieproduktion erfüllt wurde und es keine Arbeitslosigkeit gab, wurden vor allem dadurch eingeschränkt und teilweise ins Gegenteil gekehrt, dass es dort nicht gelang, eine demokratische Planung der Wirtschaft und eine effektive und innovative Wirtschaftsentwicklung zu erreichen. Rund 30 Jahre nach der Weltwirtschaftskrise wurden in einigen Mitgliedsländern des RGW Elemente für ein modernes, leistungsfähigeres Wirtschaftsmodell zur Erhöhung der Selbstständigkeit der Unternehmen und insbesondere zur Förderung von Innovationen und Effektivität eingeführt, die jedoch nach wenigen Jahren – Ende der 1960er Jahre – wieder zurückgenommen wurden. In der DDR ging es um das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung (NÖS), in der ČSSR stand während des «Prager Frühlings» eine tief greifende Wirtschaftsreform im Vordergrund, die unter anderem auf dem sogenannten Richta-Report und dem Konzept zur Wirtschaftsreform von Ota Šik beruhte. In der DDR wurde das NÖS nicht zuletzt infolge eines starken politischen Drucks der Sowjetunion aufgegeben, bevor es wirklich erprobt werden konnte. Im Zusammenhang damit erfolgte auch die Ablösung von Walter Ulbricht als Generalsekretär der SED durch Erich Honecker. In der ČSSR wurde der «Prager Frühling» und mit ihm die Wirtschaftsreform durch den Einmarsch von Truppen der Warschauer Vertragsstaaten im August 1968 beendet. In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre, das heißt zur Zeit der Wirtschaftskrise der kapitalistischen Länder 1973/74 ff. und in der Folgezeit traten in der Sowjetunion und in den anderen staatssozialistischen Ländern verstärkt Stagnationstendenzen auf.

Die gegenwärtige große Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist die erste seit über 80 Jahren, die ohne das realsozialistische Gegengewicht zum kapitalistischen Weltssystem stattfindet. Dies macht sich darin bemerkbar, dass der Abbau des Sozialstaats und die fortgeführte Umverteilung von unten nach oben ohne äußere Hemmschwellen durchgesetzt wurden. Die Schwächen und grundlegenden strukturellen Deformationen des Realsozialismus haben zu seinem Scheitern geführt und zugleich bewirkt, dass der Sozialismus als Alternative bei großen Teilen der Bevölkerung diskreditiert worden ist und seine Anziehungskraft weitgehend verloren hat. Dies wird noch lange fortwirken. Dazu tragen auch die einseitigen, nur auf die negativen Seiten gerichteten Berichte und Darstellungen der realsozialistischen Vergangenheit, insbesondere des Lebens und der Arbeit der Menschen in dieser Zeit, bei.

4 Erosion wichtiger Elemente des Sozialstaats, Polarisierung zwischen Reich und Arm sowie Prekarisierung der Arbeit und der Lebensverhältnisse

Die Weltwirtschaftskrise 1929/33 war mit einer rapiden Verschlechterung der sozialen Lage der abhängig Beschäftigten, der Bauern sowie großer Teile des Mittelstands in den kapitalistischen Ländern verbunden. In Deutschland kletterte die Zahl der Arbeitslosen während des Höhepunkts der Krise auf 6,1 Millionen. Die Arbeitslosenunterstützung wurde auf das physische Existenzminimum gekürzt. Die Unternehmer nutzten diese Situation, um den Lohndruck zu erhöhen und die Tarifverträge weitgehend außer Kraft zu setzen. Infolgedessen gingen die Löhne und Gehälter drastisch zurück. Die Brüning'sche Sparpolitik führte zu radikalen Kürzungen für die Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge und erhöhte das Elend großer Teile der Bevölkerung.

Die Scheidewegsituation bei der Überwindung der Krise konnte von den progressiven Kräften in Deutschland nicht für eine Politik in Richtung eines Wohlfahrtsstaates wie in Schweden oder des später in den USA wirksamen New Deal genutzt werden. Mit der Machtergreifung der Nazis wurden in großem Stil Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durchgeführt, die über Autobahnbau zur Kriegsvorbereitung und staatlich finanzierte Rüstungsaufträge eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit auf 2,2 Millionen Arbeitslose 1935 bewirken konnten. Die restriktive Lohnpolitik wurde nicht nur fortgeführt, sondern durch das autoritäre Regime in den Betrieben weiter verschärft. Die vorhandenen spärlichen Momente einer betrieblichen Mitbestimmung wurden beseitigt. Die Arbeit wurde zunehmend unfreier. Auch die Gewerkschaften wurden aufgelöst.

Resümee: Am Scheideweg wurde in Deutschland eine in der Konsequenz für die Menschen nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt katastrophale Richtung eingeschlagen, die zum Abbau der Rechte der Beschäftigten und schließlich zum verbrecherischen Überfall des faschistischen Deutschlands auf andere Länder im Zweiten Weltkrieg führte.

Vor dem Ausbruch der Krise 1973/74 ff. lagen zwei Jahrzehnte des Auf- und Ausbaus des Sozialstaats, verbunden mit einer relativ starken Lohnsteigerung. Die Arbeitslosigkeit war gering. Die Lohnquote hat sich von 1960 bis Anfang der 1980er Jahre relativ kontinuierlich erhöht, von 60 Prozent 1960 auf 74 Prozent im Durchschnitt der Jahre 1981 bis 1985 und ging danach wieder auf ein Niveau von rund 71 Prozent im Durchschnitt der 1990er Jahre zurück. Dieser rückläufige Trend der Lohnquote setzte sich nach der Jahrtausendwende verstärkt fort mit dem vorläufigen Tiefpunkt von 64 Prozent im Jahr 2007.

Die wichtigsten Sozialgesetze zum Aufbau des Sozialstaats und zur Gestaltung der betrieblichen Mitbestimmung wurden in der Bundesrepublik in den 1950er und 1960er Jahren eingeführt. Es gab auch in der Zeit nach der Krise 1973/74 ff. keine direkten Angriffe auf den Sozialstaat. Diese begannen erst später in den 1990er Jahren und nach 2000 vor allem mit der Agenda 2010 und den Hartz-Reformen für eine aktive Arbeitsmarktpolitik des «Förderns und Forderns».

Für unsere Problematik des Scheidewegs kann daraus die Schlussfolgerung gezogen werden, dass es zur Zeit der Krise 1973/74 ff. und unmittelbar danach in der Bundesrepublik im Unterschied zu den USA und zu Großbritannien keinen starken Druck der politischen Klasse gab, die sozialstaatlichen Regelungen zurückzunehmen. Es bestand aber doch ein Zusammenhang zu den später einsetzenden Veränderungen auf diesen Gebieten durch die Weichenstellung zur Ablösung des Keynesianismus durch die Neoklassik und den darauf beruhenden Neoliberalismus. Die Folgen dieses später wirksamen Paradigmenwechsels zur angebotsorientierten Wirtschaftspolitik und insgesamt zum Neoliberalismus hatten – unter Beachtung der zeitlichen Verzögerung im Vergleich zu den USA und Großbritannien (Reaganomics und Thatcherismus) – wesentlichen Einfluss auf den Sozialstaatsabbau und die Prekarisierung.

Die Forcierung sozialer Polarisierung und größerer sozialer Ungerechtigkeit bedeuten eine Missachtung der Menschenwürde und eine Verschlechterung der Bedingungen für gute Arbeit und soziale Sicherheit in allen Lebensphasen. Sie äußert sich auch darin, dass die Scheidewegssituation in der gegenwärtigen großen Krise in Bezug auf Arbeit und soziale Lebensbedingungen weit schärfer und auch komplexer ausgeprägt ist als in der Krise 1973/74 ff.

Am gegenwärtigen Scheideweg geht es um zwei grundlegend verschiedene Wege der Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen und eines aktiven Handelns des Staates. Der eine Weg bedeutet weitere Dominanz des Neoliberalismus, weiteres Setzen auf die «segensreichen» Wirkungen des Markts, auf Standortwettbewerb, Sozialabbau und eine vorrangig auf die Profitsicherung gerichtete staatliche Tätigkeit.

Die Alternative hierzu verlangt, Schritte in Richtung eines neuen Entwicklungsparadigmas zu gehen, dessen vorrangige Aufgabe darin bestehen muss, allmählich die grundlegenden Bedingungen zu schaffen, damit alle Menschen, ein freies, selbstbestimmtes Leben in Würde führen können, in dem sie ihre Fähigkeiten ausbilden und nutzen können, und keine Angst vor einer ungewissen Zukunft, insbesondere vor Arbeitslosigkeit und Armut, haben.

Im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Krise ist die anzustrebende Alternative doppelt bestimmt. Einerseits ergeben sich Anforderungen, die zunehmende Erosion des Sozialstaats, den fortschreitenden Rückzug des Staates aus seiner sozialen Verantwortung und die Ausdehnung prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse wieder zurückzudrängen. Andererseits sind neue Bedingungen und Herausforderungen für den Sozialstaat, für soziale Gerechtigkeit und Gleichheit erwachsen. Es geht nicht um eine Rückkehr zum alten Sozialstaat, sondern um seine Neugründung. Unter den Linken gibt es eine breit gefächerte Diskussionen zur «neuen sozialen Idee» sowie zu den aus ihr erwachsenden Konsequenzen.

Das notwendige neue Entwicklungsparadigma für gute, emanzipative Arbeit, soziale Gleichheit und Gerechtigkeit kann nicht auf einzelne Maßnahmen reduziert werden, sondern setzt ein komplexes und konsistentes Reformkonzept für diese tief greifenden Veränderungen voraus, die mit den Lebensbedürfnissen und Interessen

der Menschen und den neuen oder veränderten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts übereinstimmen. Die Herausforderung an die Linke besteht darin, diese Leitidee durch eine Vielzahl konkreter Einzelmaßnahmen zu untersetzen, die offen sind für Präzisierungen und auch Veränderungen in Übereinstimmung mit neuen Erkenntnissen und praktischen Erfahrungen.

5 Übergang zum Finanzmarktkapitalismus – zunehmende Dominanz der Finanzmärkte gegenüber der realen Wirtschaft

Eng verflochten mit dem Vordringen des Neoliberalismus hat sich in den letzten Jahrzehnten der Finanzmarktkapitalismus als bestimmende Existenz- und Entwicklungsweise des heutigen Kapitalismus herausgebildet (vgl. Institut für Gesellschaftsanalyse 2011: 3 u. 10 f.; Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2012: 36–44, Abschnitte 4–6; Lehndorff 2012: 89 ff.). Obgleich auch bei den Krisen 1929 ff. und 1973/74 ff. das Platzen von Spekulationsblasen und der Sturz von Börsenkursen wichtige Auslöser waren, war die Krise 2007 ff. die erste große Krise, die unter den Bedingungen des Finanzmarktkapitalismus ausbrach. Der gesamte Verlauf dieser Krise wurde hiervon bestimmt. Die relative Loslösung der Finanzmärkte von der Realwirtschaft und ihre unkontrollierte Expansion führten zu einer gewaltigen, fast explosiven Ausdehnung der Finanzanlagen, darunter vor allem in spekulative, intransparente Derivate und Fonds, die mit einer verschärften Einkommens- und Vermögenspolarisierung verknüpft war. Die Dimensionen dieser Entwicklung vor dem Ausbruch der Krise 2007/08 ff. überstiegen bei Weitem die Dimensionen vor den Ausbrüchen der vorangegangenen großen Krisen.

Die gegenwärtige Krise unterscheidet sich von den beiden anderen großen Krisen des 20. Jahrhunderts auch in diesem Zusammenhang in mehrerlei Hinsicht, darunter:

- Die Dimensionen der Überakkumulation und das Ausmaß der Loslösung der Finanzsphäre von der Realwirtschaft waren insgesamt in der gegenwärtigen Krise entschieden größer als in den vorangegangenen, infolgedessen auch das Ausmaß der Vernichtung von Vermögenswerten. Die zeitlichen Beziehungen zwischen Finanzkrisen und Krisen der Realwirtschaft wiesen im Krisenverlauf einige Unterschiede auf. Die Bankenkrise stand am Beginn der gegenwärtigen Krise, in deren Folge sich die Wirtschaftskrise entfaltete. Im Unterschied dazu gab es in der Krise 1929 ff. zunächst Einbrüche in der Produktion, in deren Folge eine Bankenkrise eintrat.
- Zur Eindämmung der Krisen gab es entgegengesetzte Maßnahmen in der Geldpolitik. Gegenüber einer restriktiven Geldpolitik mit hohen Kreditzinsen sowohl 1929 ff. als auch 1973/74 ff. wurde in der gegenwärtigen Krise insbesondere in den USA aber auch in Deutschland und anderen Ländern im Wesentlichen eine expansive Geldpolitik betrieben – Erhöhung der Liquidität durch Zuflüsse von frischem Geld von den Zentralbanken und Festlegung niedriger Leitzinsen.
- Die gegenwärtige Krise ist im Vergleich zu den anderen auch durch die enge Verflechtung der Finanz- und Bankenkrise mit der öffentlichen Verschuldung gekennzeichnet.

Am gegenwärtigen Scheideweg stehen sich auch hier zwei entgegengesetzte Richtungen gegenüber. Einmal geht es im Wesentlichen um ein «Weiter so», das durchaus mit einzelnen, aber nicht grundlegenden Reformen verbunden sein kann. Hier gibt es eine Vielzahl von möglichen Modifikationen zur Anpassung des Kapitalismus an die veränderten Bedingungen. Die andere Grundrichtung besteht in einer Alternative, die darauf gerichtet ist, den Finanzmarktkapitalismus als dominierende Erscheinungsweise des Kapitalismus zurückzudrängen und schließlich zu überwinden. Dies erfordert nicht nur eine grundlegende Re-Regulierung der Finanzmärkte und der Finanzströme im nationalen, EU-weiten und globalen Maßstab und eine engere Verflechtung zwischen der Finanzsphäre und der Realwirtschaft, bei der es vorwiegend um eine sinnvolle, rationelle Förderung der Realwirtschaft gehen muss. Notwendig sind vor allem auch reale Änderungen in den Macht- und Eigentumsverhältnissen, um strukturelle Reformen in Richtung des sozialökologischen Umbaus. Hierzu gehören auch die Vergesellschaftung großer systemrelevanter Banken sowie eine starke öffentliche und demokratische Kontrolle und Aufsicht über die Banken und andere Finanzinstitutionen. Die Chancen für eine reale Zurückdrängung des Finanzmarktkapitalismus sind gegenwärtig jedoch nicht allzu groß.

6 Wachsende Rolle der sozialen Bewegungen – stärkere Differenzierung der Akteure und ihrer Interessen

An einem Scheideweg ist der Übergang zu einem neuen Entwicklungspfad natürlich nicht nur abhängig von der Ausarbeitung einer realistischen Strategie, die den veränderten objektiven Bedingungen und Herausforderungen gerecht wird und mit den Interessen der abhängig Beschäftigten und sozial Schwächeren übereinstimmt. Sie setzt auch Veränderungen im politischen Kräfteverhältnis und in der Akteurs- und Bündniskonstellation voraus, die es ermöglichen, die notwendige Bewegung hin zu bzw. auf diesem neuen Entwicklungspfad durchzusetzen.

In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass die linken Parteien in der gegenwärtigen Krise in den meisten europäischen Ländern geschwächt sind, größtenteils schwächer sind als in den Krisenzeiten des vergangenen Jahrhunderts. Hinzu kommt, dass es kaum Fortschritte zu gemeinsamen politischen Initiativen und Aktionen mit den anderen im weiten Sinne linken Parteien (Sozialdemokraten, Grüne u. Ä.) gibt, die an einem Richtungswechsel der Politik interessiert sein müssten (Institut für Gesellschaftsanalyse 2011: 20f.).

Im Vergleich zur Krise 1929 ff. und zur Entwicklung bis Ende der 1960er Jahre gibt es gegenwärtig im Hinblick auf die Akteure gesellschaftlicher Veränderungen einige Unterschiede, die mit der wesentlich größeren Rolle der sozialen Bewegungen, vor allem der neuen sozialen Bewegungen, im Verhältnis zu den linken politischen Parteien und auch zu den Gewerkschaften zusammenhängen. Es gibt heute wohl kaum ein relevantes gesellschaftliches Problem, das unabhängig von den neuen sozialen Bewegungen gelöst werden kann. Die Schwächung der traditionellen Organisations- und

Kampfformen der Lohnabhängigen zeigt sich auch in der Rolle der Gewerkschaften heute im Vergleich zu den Nachkriegsjahrzehnten bis etwa Mitte der 1980er Jahre. In dieser Zeit hatten sie einen entscheidenden Anteil am Ausbau des Sozialstaats und an der Erweiterung der Mitbestimmung. Die IG Metall führte noch in den 1980er Jahren erfolgreiche Kämpfe um die Verkürzung der gesetzlichen wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden. Unabhängig von Tendenzen der Schwächung der Gewerkschaften behalten sie ihre Rolle als wichtigste, größte und traditionsreichste Organisation der Lohnabhängigen, insbesondere in den Kämpfen gegen die Massenarbeitslosigkeit, die Ausbreitung prekärer Arbeitsverhältnisse und für höhere Löhne sowie insgesamt für gute Arbeit.

Im Zusammenhang mit der Akteursproblematik kommt auch dem Staat eine entscheidende Rolle zu, die an den verschiedenen Scheidewegen auch stärkeren Veränderungen unterliegt, zum Beispiel in den Nachkriegsjahren in der Bundesrepublik, beim Ausbau des Sozialstaats und der betrieblichen Mitbestimmung im Vergleich zum Übergang zur neoliberalen Wirtschaftspolitik und der umfassenden marktmäßigen Deregulierung aller gesellschaftlichen Bereiche, insbesondere der Finanzsphäre (Brangsch 2012: 195 ff.).

Wichtige Kennzeichen mehrerer sozialer Bewegungen sind seit einiger Zeit ihre verstärkten europäischen und internationalen Verflechtungen und gemeinsame Aktionsformen, wie sie insbesondere bei Attac ausgeprägt sind und die zu einigen von den Gewerkschaften aktiv unterstützten europaweiten Aktionen gegen eine unsoziale Sparpolitik führten. Diese müssten jedoch noch wesentlich verstärkt werden, um ihre Potenziale für notwendige gesellschaftliche Veränderungen zu entfalten.

Die Tendenz, das relative Gewicht zwischen den sozialen Bewegungen und den Parteien zugunsten der Ersteren zu verschieben, ist kein vorübergehendes Merkmal für das Austragen gesellschaftlicher Konflikte. Sie wird in Zukunft weiterhin typisch sein und voraussichtlich noch größere Bedeutung erhalten. Gegenwärtig gewinnen Eigenschaften der sozialen Bewegungen, wie ihre Spontaneität und ihre rasche, durch die modernen Kommunikationsformen unterstützte Ausbreitung, die stärkere Betonung emanzipativer Forderungen und die Ausprägung ihres kämpferischen Charakters, weiter an Bedeutung.

Dabei gilt es insbesondere zwei Besonderheiten der aktuellen sozialen Bewegungen zu beachten: Einmal die häufige Orientierung auf spezifische Interessen einzelner Gruppen – «Ein-Punkt-Bewegungen» – und zum anderen ihre Konzentration auf Protest und Widerstand gegen etwas Vorhandenes – charakteristisch für große Teile der Occupy-Bewegung –, ohne dass dies mit klaren Vorstellungen verbunden ist, was an dessen Stelle treten müsste.

In der gegenwärtigen Situation erwächst daraus für die LINKE die Verpflichtung, eng mit den sozialen Bewegungen zusammenzuarbeiten. Dafür ist ein offener, toleranter Meinungs austausch unverzichtbar, der frei von Ansprüchen der Linken ist, im Besitz der Wahrheit zu sein. Linke Parteien sollten ihre Kräfte, ohne Führungsan-

sprüche zu stellen, noch mehr darauf ausrichten, die gemeinsamen, übergreifenden Interessen in den Vordergrund zu stellen. Ein neuer Entwicklungspfad wird nur dann zur Realität, wenn es gelingt, die Aktivitäten der sozialen Bewegungen zu verstärken, zu bündeln und nachhaltiger zu gestalten. Dies hängt wiederum maßgeblich davon ab, inwieweit es gelingt, die gemeinsamen, übergreifenden Interessen zu betonen und ihre internationale Vernetzung und Koordinierung zu verbessern. Durch die neuen Möglichkeiten des Internets und der Vernetzung haben sich die Rahmenbedingungen und Möglichkeiten für das politische Handeln entscheidend verändert.

IV Schlussfolgerungen für ein linkes Transformationskonzept am gegenwärtigen Scheideweg

Betrachtet man die knapp 80 Jahre umfassende Zeitspanne von der Weltwirtschaftskrise 1929 ff. bis zur gegenwärtigen Krise, so könnte man zu der Schlussfolgerung kommen, dass sich ein bestimmter Zyklus wirtschaftlicher und sozialer Herausforderungen bzw. Alternativen vollendet hat und jetzt wieder von Neuem beginnt. Ging es in den Jahren nach der Krise 1929, die die Nachkriegsentwicklung bis in die 1960er Jahre einschloss, um eine stärkere staatliche Regulierung der Entwicklung, vor allem in Richtung eines Sozial- oder Wohlfahrtsstaates, so geht es heute wieder um die Zurückdrängung des auf die Selbstregulierung und Radikalisierung der Marktkräfte setzenden Wirtschaftsliberalismus in Gestalt des dominierenden Neoliberalismus durch eine wirksame und demokratisch kontrollierte staatliche Regulierung sowie eine sozial und ökologisch nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung.

Daran wird schon deutlich, dass es sich nicht um einen einfachen Kreislauf handelt, nach dessen Vollendung wieder dieselben Herausforderungen nach keynesianischer Wirtschaftssteuerung und Sozialstaat stehen wie in der Zwischenkriegszeit, sondern vielmehr um neue Herausforderungen nach der vollzogenen «Umdrehung» *auf einer scharf nach unten gerichteten Spirale*. Heute haben sich die Widersprüche der kapitalistischen Reproduktion im Vergleich zur Zeit der Weltwirtschaftskrise 1929 ff. äußerst verschärft, neue tiefe Widersprüche sind hinzugekommen, ergänzen die alten. Der gegenwärtige Scheideweg enthält Herausforderungen neuer Qualität und Komplexität. Sie hängen insbesondere mit tief greifenden Veränderungen gegenüber der Situation von vor 80 Jahren zusammen: (1) mit der Umweltkrise sowohl durch Überschreiten der Begrenzungen beim Verbrauch von Naturressourcen als auch durch die übermäßige Belastung der natürlichen Senken für die Aufnahme von Schadstoffen und Abfällen und die damit verbundene Klimakrise, (2) mit den Tendenzen zu einer *Marktgeseellschaft* und *marktförmigen Demokratie*, (3) dem Übergang zum Finanzmarktkapitalismus mit der Dominanz der *Finanzmarktregulierung*, (4) der neuen Stufe der Internationalisierung des Kapitalismus – der kapitalistischen Globalisierung und der europäischen Integration und (5) den sozialen Veränderungen infolge vor allem sozial-struktureller Verschiebungen, umfassender Prekarisierungs- und Fragmentierungsprozesse in der Arbeit und in den Lebensverhältnissen.

Daraus ergeben sich Herausforderungen neuer Qualität und Komplexität. Hier sollen vier genannt werden: (1) Es geht nicht nur um die Erhaltung des Sozialstaats, sondern um *seine zukunftsorientierte Neugründung* und zugleich um seine Ergänzung durch ein ebenso *zukunftsorientiertes nichtautoritäres, demokratisches staatlich-zivilgesellschaftliches Umweltregime*, das die wechselseitige und feste Verknüpfung sozialer und ökologischer Erfordernisse gewährleisten kann. Hiermit verbunden gilt es eine soziale und ökologische Verpflichtung des Eigentums durchzusetzen. (2) Lösungen der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme sind noch viel weniger als früher im nationalen Maßstab möglich, sondern verlangen *ein gemeinsames, global koordiniertes Herangehen – global governance*. (3) Der *Kampf um Wirtschaftsdemokratie* gewinnt eine noch größere Bedeutung und muss auf gesamtwirtschaftliche Probleme der Investitionen, der Strukturentwicklung, der Verteilung und der Kontrolle der Finanzmärkte ausgedehnt werden. (4) Die gegenwärtige Krise wird durch eine Vielzahl von Teilkrisen und krisenhaften Erscheinungen auf vielen Gebieten – der Wirtschaft, der Arbeit, der Umwelt, der Demokratie, der Moral, der kulturellen Werte – charakterisiert. Die Wirtschaft bleibt jedoch der eigentliche Kern, die Hauptsphäre der krisenhaften Entwicklung im Kapitalismus. Daher müssen auch Alternativen zum bisherigen Wirtschaftswachstum, zur wertschöpfenden Arbeit, zur Struktur- und Effektivitätsentwicklung, zur Partizipation und Demokratie in der Wirtschaft, zur weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung und damit insgesamt zur Wirtschaftspolitik, gemeinsam mit sozialen und ökologischen Erfordernissen, im Zentrum linker Überlegungen stehen.

Aus den veränderten Bedingungen in der gegenwärtigen Krise und ihrer Spezifik in Deutschland sollen abschließend einige Konsequenzen für eine linke Transformationsstrategie abgeleitet werden.⁴ Sie betreffen insbesondere folgende Aspekte:

1. Überlegungen für eine linke Transformationsstrategie in Deutschland müssen weit stärker als bisher *von den globalen und europäischen Dimensionen, Verflechtungen und direkten Abhängigkeiten der weiteren Entwicklung ausgehen*. Es gilt, die verschiedenen linken Handlungsalternativen stärker *auch* auf eine globale und EU-weite Handlungsebene zu übersetzen. Dies betrifft besonderes international realisierbare Vorschläge zur Regulierung der global agierenden Finanzmärkte, Banken und Konzerne, Verständigung über den grundlegenden Inhalt eines zukunftsfähigen gesellschaftlichen sozialökologischen Entwicklungsmodells und daraus abzuleitende Konsequenzen im nationalstaatlichen, europäischen und globalen Maßstab.

2. Erfolgreiche Arbeiten an linken Alternativen setzt voraus, dass diese stärker als bisher als *diskursive Such- und Lernprozesse mit einer großen Offenheit der Lösungswege* für die vielen komplizierten und bisher noch nicht ausreichend geklärten Probleme

⁴ Zur Problematik einer linken Transformationsstrategie ist eine umfangreiche Literatur erschienen, vgl. Literaturliste am Ende, darunter insbesondere IFG 2011 und Reißig 2009, 2012a und 2012b, sowie Beiträge in diesem Heft.

betrachtet und gestaltet werden. Dazu gehören insbesondere auch die Beziehungen zwischen Reformen im Kapitalismus, die im unmittelbaren Interesse der Menschen liegen, und solchen Veränderungen, die über den Kapitalismus hinausweisen bzw. -gehen.

3. In aktuellen Transformationskonzepten müssen die Erfordernisse zur Lösung der Umweltkrise und des Umlenkens der gesamten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung auf einen neuen sozialökologischen und solidarisch-emanzipativen Entwicklungspfad eine herausragende, weit größere Rolle als bisher spielen. Dafür ist die kritische Bewertung der verschiedenen Alternativen nach ihrer Realitätstauglichkeit und ihrem Transformationspotenzial wichtig. In alternativen Vorschlägen gilt es eine größere Komplexität anzustreben, indem die ökonomischen Entwicklungsvorstellungen von vornherein mit sozialen und ökologischen Fragen, mit Geschlechterfragen und Fragen der Demokratisierung verflochten werden.

4. In einer linken Strategie kommt Vorstellungen zur Lösung der Probleme auf den verschiedenen Handlungsebenen – von der Kommune und der Region über den Nationalstaat bis zu den transnationalen Blöcken und Vereinigungen und der globalen Ebene sowie den Verflechtung zwischen ihnen – eine zunehmende Bedeutung zu. Gewissermaßen als eine Gegentendenz zur Globalisierung gewinnen regionale Wirtschaftsmöglichkeiten und die stärkere Herausbildung regionaler Wirtschaftskreisläufe an Bedeutung. Sie sind vor allem wichtig für wirksamere Schritte in Richtung des sozialökologischen Umbaus und für eine wirksamere Partizipation der Menschen an den Weichenstellungen für eine zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung (Dellheim 2008).

5. In der Krise ist wieder deutlich geworden, dass Schlussfolgerungen für die Veränderung der Eigentumsstrukturen und -verhältnisse einen wichtigen Platz in einem linken Transformationsprojekt einnehmen müssen. Dies betrifft ebenso neue Anforderungen wie auch neue Möglichkeiten für Fortschritte zur Lösung der Eigentumsproblematik. Im Vordergrund stehen Fragen der demokratischen Kontrolle und Vergesellschaftung von Großbanken und Einrichtungen der Infrastruktur, eine zunehmende Rolle der Gemeingüter, der Commons, und insgesamt des öffentlichen Eigentums an den Grundbedingungen der Daseinsvorsorge sowie verschiedene Formen einer solidarischen Ökonomie und neue Regelungen geistiger Eigentumsrechte im Zusammenhang mit der digitalen Umwälzung der Informations- und Kommunikationstechnik. Dabei geht es insbesondere um die innere Ausgestaltung der Eigentumsverhältnisse im Interesse des Gemeinwohls und die Sicherung demokratischer Verfügung über das Eigentum, den realen Einfluss auf die Gestaltung der Arbeit und der Produktion, auf die Verteilung und die Verwendung der Ergebnisse der Produktion. Hierfür bildet die umfassende Durchsetzung der Wirtschaftsdemokratie eine unerlässliche Voraussetzung.

6. Bestandteil linker alternativer Politik am gegenwärtigen Scheideweg muss die Veränderung des Verhältnisses zwischen Markt und Gesellschaft, speziell zwischen den Finanzmärkten und der Gesellschaft sein: Es geht darum, eine Entwicklung in

Richtung einer Marktgesellschaft und ihrer extremen Form einer Finanzmarktgesellschaft zu verhindern und eine entgegengesetzte Entwicklungsrichtung einzuschlagen, in der eine demokratisch verfasste Gesellschaft den Rahmen für Marktregulierung und die Wirksamkeit der Finanzmärkte bestimmt.

7. Heute hat die *Veränderung der Regulierungsweise* eine entscheidende, im Vergleich zum vergangenen Jahrhundert noch größere Bedeutung. Im Kern geht es um ein neues Verhältnis zwischen der Marktregulierung, heute wesentlich einer Finanzmarktregulierung, und einer gesellschaftlichen Regulierung, in der der Staat eine wichtige Rolle spielt, die aber nicht auf eine staatliche Regulierung reduziert werden darf (vgl. Steinitz 2012). Ohne auf die Vorteile einer Marktregulierung zu verzichten, gilt es, die Bedingungen für eine qualitativ neue, weit größere Rolle der gesellschaftlichen Regulierung/Planung zu schaffen. Die Auswege aus der Krise der Eurostaaten sowie aus den globalen Krisenprozessen werden nur gelingen, wenn eine grundlegende Erweiterung und demokratische Ausgestaltung der gesellschaftlichen Regulierung im europäischen und globalen Maßstab erreicht wird.

Literatur

- Adler, Frank/Schachtschneider, Ulrich (2010): Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise, München.
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2012): Memorandum 2012. Europa am Scheideweg. Solidarische Integration oder deutsches Spardiktat, Köln.
- Brand, Ulrich (2012): Transition und Transformation, in: Brie, Michael/Candeias, Mario (Hrsg.): Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus. Beiträge zur Ersten Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Papers, Berlin, S. 49–70.
- Brangsch, Lutz (2012): Staat in der Transformation – Transformation des Staates. Ein Problemaufriss, in: Brie, Michael/Candeias, Mario (Hrsg.): Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus. Beiträge zur Ersten Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Papers, Berlin, S. 195–215.
- Brie, Michael/Candeias, Mario (Hrsg.) (2012): Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus. Beiträge zur Ersten Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Papers, Berlin.
- Candeias, Mario (2012): Szenarien grüner Transformation, in: Brie, Michael/Candeias, Mario (Hrsg.): Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus. Beiträge zur Ersten Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Papers, Berlin, S. 135–150.
- Dellheim, Judith (2008): Solidarische Ökonomie. Ein Thema für sozialistische Politik, in: Standpunkte, abrufbar unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte_0828.pdf.
- Demirović, Alex (2012): Reform, Revolution, Transformation, in: Brie, Michael/Candeias, Mario (Hrsg.): Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus. Beiträge zur Ersten Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Papers, Berlin, S. 33–48.
- Detje, Richard (2012): Zwischen Ohnmachtserfahrung und Systemkritik. Linke Politik in der neuen »großen Transformation«, in: Brie, Michael/Candeias, Mario (Hrsg.): Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus. Beiträge zur Ersten Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Papers, Berlin, S. 151–154.
- Die Fraktion DIE LINKE (Hrsg.) (2012): PLAN B – Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau, abrufbar unter: <https://www.plan-b-mitmachen.de/>.
- Forstmeister, Friedrich (2012): Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des II. Weltkrieges, in: Statistisches Bundesamt/Volkman, Hans-Erich (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch, Deutschland und Internationales. Wiesbaden.

- Institut für Gesellschaftsanalyse (2011): Organische Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus. Szenarien, Konflikte, konkurrierende Projekte, abrufbar unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_Organische_Krise_web.pdf.
- Klein, Dieter (2011): Das Viereck. Nachdenken über eine zeitgemäße Erzählung der Linken, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 34/2011.
- Klein, Dieter (2012): Das Viereck. Nachdenken über eine zeitgemäße Erzählung der Linken Über den möglichen Nutzen des Begriffs Erzählung für ein alternatives Gesellschaftsprojekt der Linken, in: Brie, Michael/Candeias, Mario (Hrsg.): Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus. Beiträge zur Ersten Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Papers, Berlin, S. 119–134.
- Land, Rainer/Busch, Ulrich (2012): Fordistische Wirtschaftsentwicklung und Umbruch in Deutschland 1950 bis 2009, in: Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Teilhabe im Umbruch. Zweiter Bericht, Wiesbaden:, abrufbar unter: <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-94197-4>.
- Lehndorff, Steffen (Hrsg.) (2012): Ein Triumph gescheiterter Ideen: Warum Europa tief in der Krise steckt. Zehn Länder-Fallstudien, Hamburg.
- Leibiger, Jürgen: Hamlet und der Untergang der «Titanic». Über die Krisen und die Krise des Kapitalismus, in: Berliner Debatte Initial 3/2012, S. 4–17.
- Reißig, Rolf: Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels, 1. Aufl., Wiesbaden 2009.
- Reißig, Rolf (2012a): Die neue «Große Transformation». Eine Erklärung und Deutung, in: Brie, Michael/Candeias, Mario (Hrsg.): Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus. Beiträge zur Ersten Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Papers, Berlin, S. 11–24.
- Reißig, Rolf (2012b): Die «Zweite Große Transformation», abrufbar unter: www.helle-panke.de/article/998.heft-169-die-zweite-grosse-transformation.html, letzter Zugriff am 17.5.2013.
- Steinitz, Klaus (2012): Sozialistische Wirtschaft und Markt. Probleme in der Transformationsdiskussion, in: Sozialismus, 5.

Heinz Engelstädter

WORAUF BERUHT DIE SCHWIERIGKEIT IM DIALOG ZWISCHEN WISSENSCHAFT UND POLITIK?

«Daran erkenn ich den gelehrten Herrn!
Was ihr nicht tastet, steht euch meilenfern,
Was ihr nicht fasst, das fehlt euch ganz und gar,
Was ihr nicht rechnet, glaubt ihr, sei nicht wahr,
Was ihr nicht wägt, hat für euch kein Gewicht,
Was ihr nicht münzt, das, meint ihr, gelte nicht!»
Mephisto, Faust II, Kaiserliche Pfalz

Die elementare Bedeutung dieser Einsicht ist evident für den Dialog und die Theorie von Transformationen. Denn eigentlich dürfte es für einen vernünftigen Dialog zwischen Wissenschaft und Politik keine Schwierigkeit geben. Gehen beide ihrem humanen Wesen nach, dann erleichtern sie das Leben der Menschen, verbessern und veredeln es in ihren Verhältnissen kulturell.

Dem aber stehen mächtige konfrontative Interessen entgegen. Und persönlich kommt hinzu: Der Wissenschaftler strebt nach größerer Wahrheit, der Politiker nach mehr politischer Macht. Viele Wissenschaftler kümmern sich nur en passant um Politik, und in Bezug auf Wissenschaft ist es bei Politikern nicht anders. Im Extrem geht es bis zur Missachtung von Politikern, und umgekehrt werden Wissenschaftler in ihrer Tätigkeit eingeschränkt und sogar verfolgt.

Unterschiedliche Motive und Charaktere erklären natürlich Schwierigkeiten im Dialog zwischen Wissenschaft und Politik, sofern er überhaupt zustande kommt. Denn Fakten und Trends können ganz verschieden interpretiert werden. Kreativer Dialog zwischen Wissenschaftlern und Politikern kommt dann überhaupt nicht oder nur selten zustande. Der wissenschaftlichen Einsicht, die langfristig orientiert ist, steht eiliges politisches Entscheiden in einem kurz- oder mittelfristigen Denkraum gegenüber.

Dieses Dilemma ist jedoch lösbar, ebenso wie die Schwierigkeit, die im Dialog zwischen Wissenschaftlern und Politikern besteht – und nicht nur zwischen ihnen. Wenn man sich über diese Schwierigkeit verständigt, werden Aufgaben erkennbar, die im Dialog vordringlich sind, weil sie in Theorie und Praxis bald gemeinsame Lösungen erfordern. Darauf soll näher eingegangen werden.

Die eigentliche Schwierigkeit im Dialog

Gegenwärtig verfügt die Menschheit noch nicht über eine möglichst ganzheitliche Theorie und Praxis ihrer globalen Evolution. Denn die Wahrnehmung von Fakten und Trends allein trägt uns, solange die wirklichen Verhältnisse nicht bekannt sind. Irrtum, Manipulation und Schlimmeres greifen Platz.

Wie lange brauchte es zum Beispiel, bis das wirkliche Verhältnis von Sonne und Erde akzeptiert wurde? Scheinbar kreist die Sonne um die Erde, und was mussten Menschen deshalb erleiden. Doch schon der Grieche Archytas hatte das Gegenteil vermutet. Kepler fand dann in der Gravitation das universelle Verhältnis von Massen bzw. Energien. Die unmittelbare Realität wurde mit der Wirklichkeit ihrer Verhältnisse verbunden, die nicht direkt erkennbar ist.

Infolgedessen können wir Verhältnisse nur vermuten und bestenfalls theoretisch erschließen. Dann ist das Wesentliche eines Ereignisses begriffen, sein eigendynamisches Werden in der Geschichte und seine Wirkungen in der natürlichen und gesellschaftlichen Evolution.

Diese innere widersprüchliche Wirklichkeit eines Ereignisses lässt sich aus seiner faktischen Realität allein nicht ermitteln. Eine weitere geistige Anstrengung ist vonnöten: Denken im inneren Widerspruch eines Ereignisses und damit in seiner spezifischen historischen Eigendynamik. Dieses dialektische Denken ist völlig ungewohnt, und das gilt auch für die meisten Partner in Dialogen. Nicht einmal an den Universitäten und Hochschulen wird es vermittelt, weil es vom sogenannten dialektischen Materialismus entstellt wurde.

In der globalen Wirklichkeit der Menschen wird es jedoch unerlässlich, im inneren Widerspruch der Ereignisse zu denken und zu handeln, nicht nur in ihren äußerlichen Unterschieden und Konflikten. Erst auf diese Weise kann eine tendenziell gewaltfreie Konfliktbearbeitung entstehen, bei der sich jedes beteiligte Individuum in die emotionale und gedankliche Situation aller anderen hineinversetzt, um gemeinsam zu entscheiden und zu handeln.

Kein übertriebenes Psychologisieren ist hier angebracht, das vom realen Handeln der Menschen absieht. Handeln ist das elementare Ereignis gesellschaftlicher Evolution und kommunikativer Übereinstimmung – ohne das Wirken von Ideen und Absichten zu unterschätzen. Doch die besten Vorsätze taugen nichts, wenn entsprechendes Handeln ausbleibt.

Handeln setzt den praktischen Anfangs- und Schlusspunkt des Verhaltens. Von vornherein erweist es sich als in sich widersprüchlich. Wir begegnen ihm einerseits

als konkret wahrnehmbar Tat bzw. Aktion. Das aber ist nur die eine Seite. Denn jedes Handeln bringt zugleich Verhältnisse zwischen Menschen und rückwirkend zum Handelnden selbst hervor. Dessen ist man sich jedoch nicht unmittelbar bewusst, weil Verhältnisse nicht direkt wahrzunehmen sind. Deswegen täuscht man sich in den verschiedenen gesellschaftlichen Situationen leicht über die Wirkungen des eigenen Handelns und auch dem der anderen.

In dieser Komplexität und eigendynamischen Widersprüchlichkeit menschlichen Handelns und Erkennens besteht die Schwierigkeit jedes Dialogs, auch dem in Wissenschaft sowie Politik und zwischen beiden.

Wir haben es mit einer gedanklichen Erkenntnisranke zu tun, die der herrschende Zeitgeist noch nicht überwindet. Noch immer ist er der Geist von Herrschenden, denen es schwer fällt, eine innere Widersprüchlichkeit ihres Handelns zuzugeben und in Rechnung zu stellen. Deshalb halten äußere Widersprüche und Gegensätze das intellektuelle und praktische Terrain der Medienöffentlichkeit besetzt.

Unsere Konferenzen über Transformationen wenden sich daher zu Recht der widersprüchlichen Eigendynamik des Kapitalismus und anderer Ordnungen zu. Für jeden gesellschaftlichen Akteur ist dieser Schritt vonnöten, wenn er die globale Wirklichkeit und ihre Übergänge besser verstehen und allmählich menschenwürdig gestalten will.

Die geistig-kulturellen Voraussetzungen dafür hat die Menschheit längst hervorgebracht. Sie heben die Schwierigkeit im Dialog zwischen Wissenschaft und Politik auf. Naturwissenschaften und Technologien nutzen erfolgreich die wahren Verhältnisse von Ereignissen und führen darüber hinaus zu politischen und finanziellen Gewinnen.

Sozial- und Geisteswissenschaften haben es schwerer, aber auch sie tragen ihren Teil zu einer ganzheitlichen Wissenschaft vom Menschen bei. Allmählich schält sich eine Situation heraus, in der Fakten und Verhältnisse ganzheitlich verstanden werden.

Im Ergebnis verlieren ideologisierte Menschenbilder an Wirkung, die der spezifisch menschlichen Fähigkeit nicht genügen, faktische Realität und Verhältnisse der Wirklichkeit von Ereignissen zugunsten jedes Menschen zu reflektieren.

Darauf ist humaner Fortschritt im Dialog von Wissenschaft und Politik angewiesen. Denn von ihrer gemeinsamen Wahrheitssuche hängt es ab, ob und wie sich Menschen auf neue Inhalte ihres Denkens und Handelns einstellen. So hat Sokrates den intelligenten Dialog in die Menschwerdung eingebracht – einen europäischen Beitrag zur Weltkultur. Noch aber musste er zum Schierlingsbecher greifen, denn angeblich versuchte er die Jugend.

Schon vorher hatte Heraklit die Welt und das Leben in steter Veränderung begriffen, wie ein Feuer ewig zündend und vergehend. Platon unterschied dann in seinem Höhlengleichnis exakt zwischen den Möglichkeiten sinnlicher Wahrnehmung und wahrer Erkenntnis. Er wählte diese Metapher, um die Differenz verständlich zu machen, die zwischen der faktischen Realität und ihren wirklichen Verhältnissen besteht – eben die Schwierigkeit in unserem Dialog: Wir Menschen sitzen in einer Höhle so gefesselt, dass wir nur ihre Rückwand erblicken. In dieser Realität erkennen

wir jedoch lediglich Schatten des Wesentlichen, von Ideen, die sich vor der Höhle befinden. Ein Feuer wirft ihre wahrnehmbaren Formen als Schatten an die Wand.

Im Unterschied zu diesem Denken im Widerspruch von Realität und Wirklichkeit akzentuiert Aristoteles das logisch folgerichtige Denken und Handeln – eine deduktive Linearität, die stets im Rahmen gegebener Fakten verbleiben muss. Dieser Denkstil wurde von der kapitalistischen Konkurrenz vorangetrieben, und gegenwärtig beherrscht er nahezu alle Ereignisfelder des Lebens.

Gewiss, wir Menschen brauchen diesen Denkstil und nutzen ihn mithilfe logischen Denkens, über das jeder Mensch normalerweise verfügt. Es hilft, unseren Alltag auch in seinen globalen Sachverhalten zu verstehen und danach zu handeln. Da sich Fakten jedoch schnell ändern, genügt dieser Gedankenhorizont lediglich kurz- und mittelfristigen Entscheidungen.

Für längerfristige Wahrheitsfindung ist jedoch Denken, Fühlen und Wollen im inneren Widerspruch der wahrnehmbaren Ereignisse ausschlaggebend. Für menschenwürdige Globalisierung ist diese Einsicht unerlässlich. Wissenschaften und Politik erschließen sich so einen gemeinsamen Gegenstandsbereich, eben den weltweiter gesellschaftlicher Verhältnisse.

Kreativer Dialog wird möglich, ob und wie eine bessere energetische Organisiertheit in der Welt zu erreichen ist und welche Übergänge, sogenannte dissipative Strukturen, aus den gegenwärtigen Ereignissen heraus dahin führen. Dieser energetische Aspekt sozialer Potenziale wird in der Theorie und Praxis von Transformationen bisher nicht beachtet, entscheidet aber über deren Erfolg oder Nichterfolg.

Hierfür vermittelt die gescheiterte Evolution der Sowjetunion und ihrer Verbündeten jedem Dialog Erkenntnisse, die auch für jeden Antikommunisten bedenkenswert sind. Denn stets waren Wissenschaftler und Politiker dort auf der Suche nach dem richtigen historischen Standort und nach geeigneten Übergängen. Derselbe Sachverhalt tritt auch im Kapitalismus der heutigen Krise deutlich hervor. Historische Zeitbestimmung und weiterer Weg sind ungewiss geworden.

In der Sowjetunion wählte man sich 1936 bereits im Sozialismus. Doch nach dem Sieg im Zweiten Weltkrieg wurden neue innen- und außenpolitische Übergänge prekär. Es genügte nicht, hauptsächlich auf politische Macht und Gemeineigentum an Produktionsmitteln zu setzen. Partielle Erfolge wurden zwar erreicht, aber ihr menschenwürdiges Potenzial blieb unausgeschöpft.

Eine ganzheitliche, alle Verhältnisse der Menschen umfassende Begründung des weiteren Wegs blieb aus. Nur in isolierten Einzelschritten suchte man eine Annäherung. In den 1950er Jahren wurde versucht, für Basis-, Überbau- und Kulturprobleme eine treffendere Sicht zu gewinnen, ohne die Verhältnisse aber wirklich zu verändern. Ein vernünftiger wissenschaftlich-politischer und geistig-kultureller Dialog kam nicht zustande.

Anfang der 1960er Jahre glaubte man sich im Vorfeld des Kommunismus, einigte sich dann aber auf das Konstrukt eines entwickelten Sozialismus. Komplexe, in sich

widersprüchliche Sichtweisen wurden nicht zugelassen und auch bei den beiden Versuchen einer Perestroika von 1964 und 1994/95 nicht erreicht.

Das Menetekel des menschenwürdigen Scheiterns in Politik, Wirtschaft, Moral und Bildung stand trotz aller Fortschritte in leuchtenden Lettern an der «Mauer». Denn auch die DDR befand sich in einem ständigen Dilemma zwischen einem besonderen Weg des Sozialismus, einer Neutralisierung Deutschlands unter Aufgabe der DDR oder dem Festhalten an gewohnten Konfrontationen.

Für die sogenannte Wende gab es kein theoretisches Konzept, auch bei keiner der oppositionellen Richtungen. Alles wurde an der Beseitigung der politischen Führung gemessen, die längst keine mehr war.

In allen Fällen entfalteten reale Ereignisse soziale Energien, doch offen blieb, wohin sie in Wirklichkeit führten. Nicht nur der Denkraum von Fakten ist wichtig, entscheidend sind die Übergänge der wirklichen Verhältnisse mit allen ihren Folgen.

Stattdessen erweitern ideologische Doktrinen ihre vermeintliche «Macht». Denn in der ganzen Welt richtet sich die wissenschaftliche und politische Aufmerksamkeit noch immer nicht auf die globale soziale Evolution als widersprüchliches gesellschaftliches Ereignis, das nach seiner überlebensfähigen Variante sucht, so wie jede andere Evolution.

Wird sie nicht gefunden und vereinfachenden «Alternativen» nachgejagt, scheitern alle Versuche von Transformation. Überlebensfähigkeit geht nicht aus Macht und Gewalt hervor, sondern aus gewaltfreien energetischen Potenzialen, die menschenwürdiges Denken und Handeln erreichen.

Globaler Fortschritt ist so markiert, wird aber von Wissenschaft und Politik außer Lippenbekenntnissen noch nicht komplex durchgesetzt. Von daher ergibt sich als Problem, inwieweit die globale soziale Evolution neue soziale Energien weckt, die für friedlichen Umgang von Menschen und Gemeinschaften im Dialog rechtzeitig erkannt und politisch umsetzbar werden.

Infolgedessen ist zunächst der historische Standort von Globalisierung genauer zu bestimmen, um danach auf ihre vordringlichen Entscheidungsfelder einzugehen.

Globalisierung in Wirklichkeit

Globalisierung ist historisch offen. In wissenschaftlich-politischer Hinsicht ist daher zuerst Übereinstimmung hinsichtlich ihres historischen Ausgangspunktes erforderlich. Dort müssen in Keimform bereits ihre künftigen Fakten und Verhältnisse angelegt sein. Manche verlegen diesen Anfang in die Mitte des 19. Jahrhunderts, andere in die 1960er und 1970er Jahre, wieder andere in die Zeit nach dem sogenannten Realen Sozialismus.

Doch um 1900 kündigte sich ein grundlegender Wandel der kapitalistischen Evolution an, der ihren weiteren Verlauf bestimmt. Carl Friedrich von Weizsäcker, der bekannte Physiker und Friedensforscher, schrieb schon in den 1960er Jahren, nach dem Kalten Krieg werde an die Stelle zweier Großmächte ein fünfpoliges Weltssystem treten. 2010 befindet sich die globale Wirklichkeit mitten in diesem Vorgang.

Gekennzeichnet ist er von neuartigen sozialen Aufgaben, die wie Frieden, Weltarbeit, Ökologie oder Migration und Bildung nur gemeinschaftlich zu bewältigen sind. Das belegen die Erfahrungen der jüngsten Geschichte.

Dieser qualitativ neuen Situation in der gesellschaftlichen Entwicklung der Menschheit liegt ein völlig neues ökonomisches Verhältnis zugrunde. Nicht mehr nur die erweiterte Reproduktion einer bestimmten Gesellschaft ist zu gewährleisten, sondern die der Menschheit, das heißt jedes einzelnen Menschen. Das ist ein langwieriger Prozess, in dem bisherige Konfrontationen allmählich ihre Wirksamkeit einbüßen.

In Wissenschaft und Politik wird diesem Einschnitt noch nicht die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt. Die gemeinsamen globalen Aufgaben stoßen im Dialog noch auf beträchtlichen Widerstand vieler Seiten. Zahlreiche politische Fehlentscheidungen haben hier ihren wirklichen Ausgangspunkt, nicht in hochstilisierten Gegensätzen und Vernichtungsorgien. Frieden ist die elementare Voraussetzung, um dem entgegenzuwirken.

Friede – ein gesellschaftliches Verhältnis

Als konkretes Ereignis ist Friede das Schweigen von Waffen. Waffenstillstand ist aber zunächst sogenannter negativer Frieden. Positiv wird er erst, wenn alle Beteiligten wirkliche Friedensverhältnisse miteinander gestalten. Geschieht dies nicht, brechen bisherige Konfrontationen wieder auf und neue kommen hinzu. Auch hier ergibt sich erst aus veränderten Verhältnissen fester Friede. Das ist das Dilemma unüberlegter Militäraktionen, die auf schnellen militärischen Erfolg setzen, sozial aber scheitern.

Asymmetrische Konflikte wie gegenwärtig in Nahost bereiten besondere Schwierigkeiten. Schon Waffenstillstand ist nur zu erreichen, wenn ihn die augenblicklich stärkere Seite der anderen vorschlägt und diese ihn akzeptieren kann. Punkt eins ist der Verzicht auf Rache, wie das nach 30 Jahren Religionskrieg auf deutschem Boden im Westfälischen Frieden 1649 festgelegt wurde, ebenso Religionsfreiheit und Recht auf Auswanderung. Zumindest für eine bestimmte Zeit war Frieden gesichert.

Heute muss Friede dauerhaft werden. Das atomare Patt zwischen den USA und der Sowjetunion hat dazu beigetragen, ebenso die Bewegung von Blockfreien mit Indien und China, die Europäische Gemeinschaft und nicht zuletzt der Befreiungskampf früherer Kolonien, der mehr und mehr gewaltfrei geführt wurde. Friedliche innenpolitische Regelungen konnten zum Beispiel in Südafrika erreicht werden.

Welch ein Vergleich mit der Zeit um 1900. Der Erste Weltkrieg drohte, aber dagegen wirkten hauptsächlich Intellektuelle in den ersten Friedens- und Frauenbewegungen. Professoren gründeten eine «Deutsche Gesellschaft für moralische Kultur», die im August 1893 folgenden Programmentwurf erörterte:

1. Vorträge und Besprechungen über Gegenstände der ethischen Erziehung;
2. Vorträge und Besprechungen über die ethische Läuterung und Stärkung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung;

3. Vorberatung über die Begründung eines alle Kulturländer umfassenden ethischen Bundes;
 4. Vorberatung über die Begründung einer völkerverbindenden Akademie der ethischen Kultur als eines ersten Mittelpunkts der Forschung und der Lehrwirksamkeit auf den unter 1 und 2 behandelten Gebieten;
 5. Beratung über die Förderung völkerverbindender Organisationen der gemeinsamen Arbeit und Verwaltung auf wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Gebieten.
- Erstaunlich, was konzipiert wurde. Kein Chauvinismus oder Eurozentrismus, sondern globale Aufgaben, verbunden in der Hoffnung, jeden Menschen für eine friedliche Kultur zu gewinnen.

Organisatorisch reichte die Gesellschaft bald bis in die lokale Ebene, analog der «Urania». Regelmäßig erschien eine Wochenschrift, in der aktuelle Themen wie Frieden, Militarismus, Religionen und Frauenbewegungen auch theoretisch erörtert wurden.

August Bebel, den man gern gewonnen hätte, hielt sich fern. Pazifismus sah er als ideologische Gefahr für die Arbeiterbewegung an. So blieb eine mächtige und erfolgreiche politische Energie außerhalb der Friedensbewegung. Karl Liebknecht war später der einzige Sozialdemokrat, der im Reichstag gegen die Kriegskredite stimmte. Alle anderen politischen Kräfte der damaligen Zeit sahen keinerlei Grund für eine Strategie und Taktik des Friedens als gemeinschaftlicher Aufgabe.

Die Schicksale von Menschen und Gemeinschaften des 20. Jahrhunderts bestätigen das Gegenteil. Frieden wird nur gemeinschaftlich stabil, nicht in militanten Konfrontationen. Eine Erkenntnis, die Denken und Handeln nicht auf sektiererischen Klassenkampf begrenzt.

Gegenwärtig ist der Weltfrieden wieder bedroht. Die USA legten sich schon Mitte der 1960er Jahre insgeheim auf endgültige Vorherrschaft in der Welt fest. Kurz davor, 1964, war in der Sowjetunion der erste Versuch einer Perestroika gescheitert, deren Inhalt schon die Forderungen waren, die Gorbatschow beim zweiten Versuch wieder aufgriff: Wirtschaftsreform, Demokratisierung, die Partei konzentriert sich auf die politische Führung, Öffnung zum Weltmarkt und das Wichtigste, sofortige Beendigung des sinnlosen Wettrüstens. Keine dieser Forderungen wurde erfüllt.

Präsident Kennedy hatte kurz nach seinem Machtantritt in einer Erklärung zur Lage der Nation festgestellt, man werde bei den Raketen aufholen. Im Übrigen brauche man sich wegen der Russen keine übermäßig großen Sorgen zu machen. Eines aber sei unbedingt zu gewährleisten: In der Militärtechnik müsse man ihnen immer ein kleines Stück voraus sein.

1983 wurde das prekär. Die USA drohten mit dem Raketenabwehrsystem SDI, das aus dem Weltraum Raketen kurz nach dem Start zerstören konnte. Präsident Reagan bot Moskau an, es gemeinsam gegen die Chinesen und mögliche andere Atomkräfte zu bauen. Das wurde nach Geheimverhandlungen abgelehnt. Möglicherweise wollte man sich nicht näher in die Karten blicken lassen und außerdem war man gerade dabei, die Beziehungen mit China positiv zu regeln.

Nach dem Ende der Sowjetunion behielten die USA ihren Kurs auf endgültige Vorherrschaft in der Welt bei, für den sie sich Mitte der 1960er Jahre entschieden hatten. Kurz bevor die aktuelle Krise ausbrach, schrieb Z. Brzezinski, bewährter Präsidentenberater, in seinem Buch «Die zweite Chance», unter zwei Bedingungen sei das möglich: China von Energie und Rohstoffen abschneiden und es mit Russland in einen Krieg um die Reichtümer Sibiriens verwickeln. Beide Staaten wirken dem bereits entgegen.

Die zweite Bedingung ist realistischer: Die überall aufkeimende Bewegung junger Menschen für besseres Leben auf die Bahn der USA lenken und dafür die Forderung nach Menschenwürde in allen ihren Attributen nutzen. Also nicht mehr allein die Forderung nach Menschenrechten, denn schon das Recht auf Arbeit ist auch in der Bundesrepublik nicht im Grundgesetz festgelegt, dafür rechtsstaatliche Grundwerte, die bei all ihrer Bedeutung für den Menschen sich vor allem auf die Zirkulation beziehen, statt sie in Produktion und daher auch in der Finanzwelt durchzusetzen.

Der Sturz von offenen Diktaturen, kürzlich erst in Nordafrika, läuft genau in diese Richtung, wobei sich die USA jetzt etwas zurückhalten. Die Verhältnisse in Syrien, Israel und ganz Südwestasien sind jetzt so eskaliert, dass sogar Brzezinski vor der Zündung eines Dritten Weltkrieges in diesem Raum warnte.

Verhärtete Fronten stehen sich gegenüber und zumindest vereinbarter Waffenstillstand ist dringend geboten. Herbeigeführt werden kann er auf Dauer jedoch nur von den inneren Kräften der Gemeinschaften in dieser Region.

Das gilt auch für die Großmächte, bei denen die Produktion neuer Waffensysteme auf Hochtouren läuft. Den wirklichen Ausweg gehen Staaten wie Kasachstan, das freiwillig seine 1.400 Atomraketen unschädlich machte, die mit dem Zerfall der Sowjetunion ihr Eigentum wurden. Damit entstand in einem möglichen Krisenherd eine atomwaffenfreie Zone von der Größe der EU.

Friedensfakten und wirkliche Friedensverhältnisse im Inneren und nach außen gelangten weitgehend in Einklang. Weitere solche Zonen, die von Atom- und neueren Waffensystemen frei bleiben und auch nicht erreicht werden können, wären wichtige Basen für konsequente Abrüstung und den Einsatz der enormen Mittel für Frieden als gesellschaftliches Verhältnis in der Welt.

Charakter der gegenwärtigen Wirtschaftskrise

Während das Finanzimperium in früheren Jahren durch Kriegsvorbereitung und Krieg einen Weg aus Wirtschafts- und Finanzkrisen fand, ist das heute nicht mehr so einfach. Wegen des Weltkriegsrisikos sind selbst Großmächte nicht so schnell zu Waffengängen bereit. Aber möglichst hohe Geldgewinne sollen weiter fließen. Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise bietet diese Möglichkeit.

Doch das Wirtschaften in der Welt muss eine höhere energetische Organisiertheit erreichen, um die wirklichen Lebensbedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Welch geistiges Chaos hier noch herrscht, zeigen die Versuche, die Finanzkrise hauptsächlich

mit finanziellen Mitteln zu beheben. Die Realität der Zirkulation soll mit Geld reguliert werden? Auch das ist erforderlich sowie eine Kontrolle, die wirklich eingreift.

Die wirkliche Lösung kann jedoch erst in der Realproduktion gefunden werden. Dann wirkt sie auch langfristig. Erinnern wir uns an Aristoteles. Schon er hatte Sorge, statt «künstlicher» Finanzwirtschaft wieder «natürlich» zu wirtschaften, hielt es aber möglicherweise schon für zu spät.

Eben das steht bevor, wenn man sich nicht auf die Wirklichkeit des Ökonomischen in der Realproduktion konzentriert. Denn lediglich die Zirkulation des Wirtschaftens wird vom sekundären Tauschwert gelenkt. Märkte regulieren aber nicht alles.

Im Unterschied zu diesem Schein-Wirtschaften und seiner Politik wird das Wirtschaftliche in Wirklichkeit vom ökonomischen Wertverhältnis zwischen arbeitenden Menschen in der Realproduktion bestimmt. Dieser wirkliche ökonomische Wert entsteht im Akt der Produktion aller Gemeinwesen, das heißt ehe die Erzeugnisse Tauschwert tragen und Geldmärkten verfallen. Hinter diesem Vorgang stehen in Wirklichkeit immer Personen und Personengruppen, die sich bereichern, sobald die Geschichte es zulässt.

So konnte sich das Finanzimperium vor der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise mit den Derivaten ein neues Aktionsfeld erschließen: Aus Geldwetten mehr Geld zu ziehen, ohne dass es in die Realproduktion fließt. Das ist möglich, weil Produktion und Zirkulation zwei verschiedene Wirtschaftssphären sind. Diese Chance ergreifen geldgierige Reiche ohne Rücksicht auf das Volk und mit den heute superschnellen Kommunikationsmitteln. Finanzielle «Krisenrettung» kann das nicht wirklich beheben.

Außerdem gibt es einen zweiten Grund für diese fiktiven Finanzaktionen, der bisher überhaupt nicht beachtet wird. Obwohl die Masse des Profits in westlichen Wirtschaften weiter zunimmt, ist die Profitrate durch die aufstrebenden Entwicklungsnationen weiter gesunken, das heißt das Verhältnis der Produktionskosten zum erzeugten Mehrwert.

Letzterer, und das ist seine Besonderheit, entsteht ausschließlich in der Arbeitstätigkeit der Menschen, nicht aus Technik und Technologien oder Geld. Infolgedessen konnten Wirtschaften mit fortgeschrittener Wissenschaft und Technik viele Jahrzehnte lang über die «freien» Märkte Mehrwert aus den weniger entwickelten Ländern abziehen.

Dieser «Vorteil» verringert sich durch Entwicklungsnationen, wie vor allem China, in denen die Masse des Mehrwerts der Welt durch billige Arbeit erzeugt wird. Der bisher für den Westen so vorteilhafte Ausgleich zum Durchschnittsprofit auf den Weltmärkten, für den ein Unternehmen überhaupt Geld anlegt, funktioniert nicht mehr wie gewohnt. Die Verwertungsbedingungen des vorhandenen Geldes verschlechtern sich. Es geht vermehrt dahin, wo es die billigsten Produktionskosten findet. Mit anderen Worten, die Profitrate sinkt tendenziell weiter ab.

Wie selbstverschuldet dieser Vorgang ist, erleben wir gegenwärtig. Mit dem technologischen Fortschritt und seiner normalen Freisetzung von Arbeitskräften in ent-

wickelten Ländern kommt zugleich der bisherige Geldgewinn ins Wanken, der aus Entwicklungsländern über den Ausgleich der Profitraten auf dem Weltmarkt bezogen wird.

Was lag für das Finanzimperium daher näher, als Milliarden auch ohne Realproduktion einzustreichen? Mit Derivaten, nichts als Wetten, wurde eine weltweit fiktive Geldzirkulation arrangiert, die bald auf Hochtouren lief – nichts als ein Verbrechen gegen Wirtschaften, das dem Volke dient.

Von Anfang an war der Schwindel zum Scheitern verurteilt, aber erst die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise brachte ihn an den Tag. Banken krachten. Aber Bank- und Staatsschulden werden systematisch auf Bürger abgewälzt. Ein Ende ist auf Jahre nicht abzusehen und das herrschende Zins- und Zinseszins-Imperium ist daran auch nicht interessiert.

In dieser menschenfeindlichen Form bewirkt die fallende Profitrate jedoch einen bedeutenden welthistorischen Vorgang der globalen Evolution: Unter großen sozialen Schwierigkeiten nähern sich die Lebensniveaus der Menschen in schwächeren sowie in stärker entwickelten Ländern allmählich an. Zweifellos ein historisch progressiver Prozess. Er vollzieht den Gedanken von Friedrich Engels, dass die fallende Profitrate in den Verfall der ausbeuterischen Profitwirtschaft führt. Auch Rudolf Hilferding schrieb 1909, das Finanzkapital würde den Kapitalismus in seiner wichtigsten inneren Triebkraft scheitern lassen – der Konkurrenz.

Der neue Charakter der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise macht das augenscheinlich. Erstmals in der Geschichte untergräbt sie die sozialen Grundlagen des Kapitalismus als einer offener Gesellschaft! Bemerkenswert: Konservative Theoretiker wie L. Bossle, G. Radnitzky und andere hatten schon in den 1980er Jahren über die «Selbstgefährdung der offenen Gesellschaft» publiziert.

Vor 100 Jahren konnte man allerdings noch nicht wissen, dass dieser Vorgang politisch in Formen des Staatsmonopolismus erscheint. Dazu bedurfte es der Erfahrungen jüngster Geschichte, und es zeigt sich, dass staatliche Monopole eine lebenswichtige Transformationsfunktion ausüben können.

Staatsmonopole als Transformation

Das Super-Monopol des transnationalen Finanzimperiums beherrscht letztlich alle kapitalistischen Staaten. Seine begrenzten Gewinninteressen lassen lediglich zu, in diesem Rahmen das soziale Verhältnis Menschenwürde partiell zu realisieren.

Mit anderen sozialen Inhalten treten Staatsmonopole nach der Oktoberrevolution 1917 auf. Aber auch sie realisieren Menschenwürde erst partiell. Sie beseitigen jedoch die Vorherrschaft des Finanzimperiums und versuchen neue Wege. Als Entwicklungsdiktaturen erreichen sie in historisch kurzer Zeit beachtliche gesellschaftliche Fortschritte, sofern sie nicht verspielt werden.

Derart gegensätzliche Staatsmonopolismen wirkten im Zweiten Weltkrieg erstmals zusammen. Wenn auch bewaffnet, wurde Weltfrieden gemeinsam erhalten. Gegen-

wärtig deuten sich menschenwürdige Lösungen in kleinen Schritten auch bei anderen globalen Aufgaben an.

Die politischen Formen von Staatsmonopolismus haben demnach begonnen, Länder und Gesellschaftssysteme zu überschreiten. Heute kann man sagen: Transnationaler Staatsmonopolismus ist ein Ereignis globaler Evolution, das globale soziale Aufgaben einer weltweit gemeinschaftlichen Lösung zuführen kann. Bessere energetische Organisiertheit wird möglich. Von einem Ende der politischen, wirtschaftlich-organisatorischen und kulturellen Funktion von Staaten und Staatengemeinschaften kann deshalb keine Rede sein. Stattdessen bildet sich die Transformationsfunktion von Staatsmonopolen heraus, und zwar sowohl innerhalb von Gesellschaftssystemen als auch zwischen ihnen.

Die globale soziale Evolution nimmt damit ihren eigenen Gang, anders als es oft vorgestellt wurde. Aus der widersprüchlichen historischen Eigendynamik des Kapitalismus bilden sich in Gestalt von Staatsmonopolismen Übergänge zu einer sozial gerechteren Weltgemeinschaft aus.

Damit nehmen Verhältnisse eines «natürlichen» Wirtschaftens, auf das Aristoteles verwies, in der globalen Wirklichkeit der Menschen allmählich Gestalt an. Kulturelle Voraussetzung dafür ist, allen Versuchen antidemokratischer Faschisierung rechtzeitig zu begegnen. Dem wirklichen ökonomischen Wert des Wirtschaftens muss endlich die gebührende Aufmerksamkeit gewidmet werden, denn er ist das weltweit ökonomische Fundament humaner Kultur jeder Gesellschaftsordnung und menschenwürdiger Transformationen.

Wirklicher ökonomischer Wert

Es ist kaum zu verstehen, dass Wissenschaften, Politik und Moral die jahrtausendealte Wirkung des wirklichen ökonomischen Werts als Fundament kultureller Menschheitsentwicklung nicht beachten. Kapitalistisches Wirtschaften hat es anscheinend nicht nötig. Außerdem fußt die marxische Ökonomie darauf. Angeblich ist sie gescheitert, aber die globale soziale Evolution bestätigt ihre Richtigkeit. Bei Marx ist es eben politische Ökonomie, die nicht Geld, sondern das Wesen des Menschen, das heißt seine wirklichen Verhältnisse zum theoretischen und praktischen Ausgangspunkt hat. Antikommunistisch vereinfachende Ideologien klammern politische Ökonomie aus.

So ist kaum bekannt, dass Marx kurz vor seinem Tode sich nochmals dem ökonomischen Wert zuwandte – nicht etwa nächsten Wahlkämpfen oder erhofften Umstürzen. Jede subjektive Wertung des Wirtschaftlichen verwirft er. Selbstkritisch hebt er hervor, dass in «Das Kapital» die Begriffe ökonomischer Wert und Tauschwert nicht immer deutlich getrennt wurden.

Es heißt dort: «Von vorn herein gehe ich nicht aus von ‚Begriffen‘, also auch nicht vom ‚Wertbegriff‘, und habe diesen daher auch in keiner Weise ‚einzuteilen‘. Wovon ich ausgehe, ist die einfachste gesellschaftliche Form, worin sich das Arbeitsprodukt in der jetzigen Gesellschaft darstellt, und dies ist die ‚Ware‘. Sie analysiere ich, und zwar

zunächst in der *Form, worin sie erscheint*. Hier finde ich nun, daß sie einerseits in ihrer Naturalform ein *Gebrauchsding*, alias *Gebrauchswert* ist; andererseits *Träger von Tauschwert*, und unter diesem Gesichtspunkt selbst «Tauschwert». Weitere Analyse des Letzteren zeigt mir, daß der Tauschwert nur eine «Erscheinungsform», selbständige Darstellungsweise des in der Ware enthaltenen *Werts* ist, und dann gehe ich an die Analyse des letzteren. Es heißt daher ausdrücklich [im «Kapital»; d. Verf.]: «Wenn es im Eingang dieses Kapitels in der gang und gäben Manier hieß: Die Ware ist Gebrauchswert und Tauschwert, so war dies, genau gesprochen, falsch. Die Ware ist Gebrauchswert oder Gebrauchsgegenstand und «Wert». Sie stellt sich dar als dies Doppelte was sie ist, sobald *ihr Wert* eine eigne, von ihrer Naturalform *verschiedene Erscheinungsform* besitzt, die des *Tauschwertes*» etc. Ich teile also nicht *den Wert* in Gebrauchswert und Tauschwert als Gegensätze, worin sich das Abstrakte, «der Wert» spaltet, sondern die *konkrete gesellschaftliche Gestalt* des Arbeitsprodukts; «Ware» ist einerseits Gebrauchswert und andererseits «Wert», nicht Tauschwert, da die bloße Erscheinungsform nicht ihr eigener *Inhalt* ist» (Marx 1973: 368 f.).

Und weiter heißt es: «In primitiven Gemeinwesen, worin z. B. die Lebensmittel gemeinschaftlich produziert und verteilt werden unter den Gemeindegossen, befriedigt das gemeinsame Produkt direkt die Lebensbedürfnisse jedes Gemeindegossen, jedes Produzenten, der gesellschaftliche Charakter des Produkts, des Gebrauchswerts, liegt hier in *seinem (gemeinsamen) gemeinschaftlichen Charakter*» (Marx 1973: 370).

Als Wissenschaftler zeigt Marx demnach keinerlei Scheu vor Selbstkritik, nicht einmal im Kernpunkt seiner Theorie, dem wirklichen ökonomischen Wertverhältnis arbeitender Menschen in der Welt.

Heute ist das brennend aktuell, stößt aber auf eine scheinbar unendliche Schwierigkeit. Auch das wirkliche ökonomische Wertverhältnis ist in den Ereignissen der Realproduktion nicht unmittelbar wahrzunehmen. Aber schon dort bindet es arbeitende Menschen aneinander. Das erfolgt mit jedem Akt ihrer Produktion, noch ehe Tauschwert, Märkte, Geld oder subjektive Wertungen, zum Beispiel Ratingagenturen, dazwischentreten. Dieses wirkliche ökonomische Wertverhältnis ist in jeder Gesellschaft anzutreffen und wirkt als das elementare wirtschaftliche Fundament ihrer Kultur.

Denn in jeder Kultur muss gearbeitet werden, auch in der globalen Weltwirtschaft. In ihren gesellschaftlichen Arbeitsteilungen findet das ökonomische Wertverhältnis seinen wahrnehmbaren Ausdruck, nach dem oft gefragt wird. Denn ein Arbeiter oder Intellektueller, der momentan Informationstechnik herstellt, steht weltweit mit jedem anderen der gleichen Branche in diesem Verhältnis des Wirtschaftlichen, ohne dass er es unmittelbar bemerkt. Solange Produktion und Absatz gut laufen, ist der ökonomische Wert auch nicht negativ spürbar. Das ändert sich, wenn Konkurrenz und andere Schwierigkeiten den Arbeitsplatz gefährden. Als Folge von Arbeitsteilung kann diese Realität noch begriffen werden. Wer aber versteht diese auch als Wirken des elementaren ökonomischen Wertverhältnisses in der Welt?

Es ist völlig ungewohnt, sich das vorzustellen. Aber Konsequenzen für Lebensweise, Wissenschaften und Bildung deuten sich an. Umso mehr, als auch die moderne Elementarphysik – noch nicht die Teilchenphysik – sich der Einsicht nähert, die Wirklichkeit sei ein instabiler Zustand, der sich als unsere dreidimensionale Wahrnehmung und Zeitvorstellung eigendynamisch strukturiert. Also in Kulturen und Zeitgeist labile Zustände, die in verschiedene Richtungen fallen können. Begrenzt wird das durch das ökonomische Wertverhältnis, das beständige ökonomische Fundament kultureller Evolution des Menschen.

Wissenschaftlich und politisch hängt davon der Aufbau einer weltweit menschenwürdigen Produktion und Kooperation ab. Halten wir deshalb fest:

Auch das ökonomische Wertverhältnis ist anhand seiner konkreten Erscheinungsformen vorstellbar, ebenso wie die Gravitation in der Natur. Hier sind es jedoch die Arbeitsteilungen von Menschen und Gemeinschaften in allen Generationen. Sie sind letztlich bestimmt durch das ökonomische Wertverhältnis in der Realproduktion, das in den gesellschaftlichen Arbeitsteilungen zutage tritt. In der Realität dieser jeweiligen Kooperation wird die Wirklichkeit des Wirtschaftens in der Welt wirksam.

Darüber hinaus bestimmt dieses Verhältnis als Wertgesetz die Zirkulation, Märkte und Geld. Negative Auswirkungen des ökonomischen Werts werden spürbar, wenn Produkte nicht mehr absetzbar sind und Menschen ihre Arbeit verlieren. Der weitere Weg des Wirtschaftens in der Welt besteht daher im Aufbau menschenwürdiger Arbeitsteilungen in allen Regionen, nicht in Zins, Zinseszins und vermeintlichen Rettungsschirmen.

Auf diese Weise kann das verfügbare Arbeitsvermögen der Menschheit vorausschauend in neue, energetisch hochwirksame Arbeitsteilungen eingeordnet werden – langfristig und zwischen allen Generationen in der Welt. Dann zählt jede gemeinnützige Arbeit zum gesellschaftlichen Arbeitsvermögen, nicht nur Lohnarbeit!

Das Denken und Handeln in den immanenten Widersprüchen von Ereignissen sollte davor bewahren, dass Finanz- und Realwirtschaft «künstlich» auseinanderfallen. Augenblicklich untergräbt dieser Zustand jede offene Gesellschaft und die für Menschenwürde unerlässliche Balance freiheitlicher und gerechter Verhältnisse. Sie im Zeitgeist auszulösen ist bleibende kulturelle Aufgabe von Wissenschaft, Politik und ihrem Dialog.

Die EU und die Bundesrepublik haben allen Grund, die Durchsetzung des humanen Werts Menschenwürde in der Welt nach besten Kräften zu fördern und keinerlei Missbrauch zuzulassen.

Die gegenwärtige historische Wahrheit des Handelns wird in Folgendem erkennbar:

1. Gestaltung eines positiven Friedens als arbeitsteiliges System der Weltpolitik. Es bestätigt sich immer wieder, dass Waffenruhe nur ein hoffnungsvoller erster Schritt ist. Danach entscheidet sich, ob es gelingt, Wertverhältnisse anhaltenden Friedens zu gestalten. Wird dies nicht erreicht, erwachen alte Konfrontationen und neue gesellen

sich hinzu. Initiativen zur Begrenzung moderner Vernichtungsmittel können atomwaffenfreie Zonen wie in Kasachstan schaffen. Als viertgrößter Atomwaffenbesitzer hat es dieses Potenzial aus eigenem Entschluss abgerüstet und betreibt eine aktive Friedenspolitik.

2. Kooperative Gestaltung der Weltwirtschaft und Weltfinanz nach dem realen ökonomischen Wertverhältnis, das in gerechter Arbeitsteilung seinen Ausdruck findet und verhindert, dass Mehrprodukt aus weniger entwickelten Ländern abgeschöpft wird, statt weltweit menschenwürdige ökonomische und soziale Reproduktion zu gewährleisten

3. Da der technische Fortschritt ständig Arbeitskräfte freisetzt, wird eine humane Lösung des Weltarbeitsproblems unabdingbar. Sie bezieht sich nicht nur auf Lohnarbeit, sondern muss alle elementaren Lebensbedürfnisse der Generationen befriedigen.

4. Förderung entwickelten dialektischen Denk- und Handlungsvermögens in den Kulturen der Welt. Mathematisierte Modelle erfassen nicht die Eigendynamik menschlichen Handelns. Ein Konzept entwickelter Dialektik ist unerlässlich, das dem Widerspruch im eigenen Denken und Handeln wie in dem anderer nachgeht. Für die ethische Erziehung entstehen enorme Herausforderungen, um menschenwürdige Kreativität gegen Abbau von Demokratie und Faschisierungen zu sichern.

5. Notwendige Bildungsreformen sind keineswegs nur Reform organisatorischer Strukturen oder sogenannte Curricula. Es wird erforderlich, die Inhalte lebenslangen Lernens auf Bildung zu konzentrieren, das heißt auf Verhältnisse von Menschen, die mit Faktendaten einhergehen. Die Vermittlung von Fakten wird weitgehend moderner Kommunikationstechnik zufallen. Die Bildung der Lehrer und Betreuer auf allen Stufen der Bildungssysteme und in allen Kulturen kann allmählich solchen ganzheitlichen Inhalt annehmen.

Wissen ist endlich, Bildung für menschenwürdige Verhältnisse unendlich! Mit ihr entsteht die wichtigste subjektive Voraussetzung, um die Schwierigkeit im Dialog von Wissenschaft und Politik immer wieder aufs Neue zu bestehen.

Literatur

Marx, Karl (1973): Randglossen zu Adolph Wagners «Lehrbuch der Politischen Ökonomie», in: MEW, Bd. 19, Berlin, S. 355–383.

Gabriele Winker

ZUR BEDEUTUNG DER GESCHLECHTER- VERHÄLTNISSE IN DER SOZIALEN REPRODUKTIONSKRISE

Mit diesem Vortrag verfolge ich das Ziel, die derzeitige Krise sozialer Reproduktion, worunter ich den zugespitzten Widerspruch zwischen ökonomischer Profitmaximierung einerseits und Reproduktion der Arbeitskraft andererseits verstehe, zu analysieren. Dabei möchte ich verdeutlichen, dass nicht nur die Auswirkungen dieser sozialen Reproduktionskrise geschlechtsspezifisch sind, sondern bereits die Krisenursachen eng mit der zunehmenden Bedeutung von Lohnarbeit für alle Erwerbspersonen und der Doppelbelastung durch Reproduktionsarbeit vor allem für Frauen zusammenhängen. Ausgehend von dieser Analyse geht es mir darum, mit dem Konzept der Care-Revolution eine feministische Perspektive für eine gesellschaftliche Transformation darzustellen.

Diesen Zielstellungen möchte ich mich wie folgt nähern: Zunächst geht es mir darum zu verdeutlichen, dass der von Nina Degele und mir 2009 vorgelegte Intersektionalitätsansatz eine Analyse der heutigen kapitalistischen Gesellschaft ermöglicht, welche die Verwobenheit von verschiedenen Herrschaftsverhältnissen einbezieht. Danach beschreibe ich zweitens die Veränderungen im Bereich der Reproduktionsarbeit und der Care Work und den damit einhergehenden Wandel in den Geschlechterverhältnissen konkret-historisch für die BRD und verdeutliche damit die Krise sozialer Reproduktion. Drittens plädiere ich in einem abschließenden Teil für einen grundlegenden Perspektivenwechsel, für eine Care-Revolution.

1 Kapitalismusanalyse aus intersektionaler Perspektive

Zur Analyse der Reproduktionsarbeit und deren Bedeutung für Geschlechterverhältnisse im kapitalistischen System der Bundesrepublik Deutschland beziehe ich mich auf den intersektionalen Mehrebenenansatz von Nina Degele und mir (Winker/Degele 2009: 25–62). Unter Intersektionalität wird die Verwobenheit von ungleichheitsgenerierenden Dimensionen wie Geschlecht, Klasse und Ethnizität verstanden,

die sich wechselseitig beeinflussen. Dadurch kommen die Vielschichtigkeit und die Widersprüchlichkeit von Ungleichheitsverhältnissen in den Blick. Wegen dieser analytischen Stärken hat der aus der feministischen Theorie und Praxis kommende Ansatz heute bereits auf vielfältige Art in den Sozial- und Kulturwissenschaften an Bedeutung gewonnen und ist auf dem besten Weg, sich zu einem neuen Paradigma zu entwickeln. Nina Degele und mir geht es mit unserem Intersektionalitätsansatz unter anderem darum deutlich zu machen, dass neben dem Blick auf verschiedene Differenzierungskategorien auch die unterschiedlichen Analyseebenen zu beachten sind. Wir unterscheiden dementsprechend die Analyseebenen der sozialen Strukturen, der symbolischen Repräsentationen und der Identitätskonstruktionen. Inzwischen argumentieren auch andere AutorInnen (vgl. u. a. Riegel/Scherr/Stauber 2010) mit ähnlichen Mehrebenenkonzepten. Was unseren Ansatz von diesen abhebt, ist die Einordnung dieser Analyseebenen, dieser unterschiedlichen Perspektiven in ein gesellschaftliches System, das heute beinahe flächendeckend ein kapitalistisches ist. Erst mit diesem Bezug auf den Kapitalismus lassen sich die Wechselwirkungen zwischen der Struktur-, Symbol- und Identitätsebene sinnvoll herausarbeiten. Gleichzeitig lassen sich auf der Strukturebene, die für die hier gestellte Frage von besonderer Bedeutung ist und auf die ich meine Argumentation in diesem Vortrag begrenze, die Wechselwirkungen zwischen den vier von uns genannten Herrschaftsverhältnissen – Klassismen, Heteronormativismen, Rassismen, Bodyismen – und deren Wandel in einem kapitalistischen System analysieren. Der Ansatz ermöglicht so eine feministisch-intersektionale Gesellschaftsanalyse.

Dieses Herangehen, den Kapitalismus als Bezugspunkt für die drei Analyseebenen und in diesem Vortrag insbesondere für die vier genannten strukturellen Herrschaftsverhältnisse zu setzen, ist allerdings nicht voraussetzungslos und hat Konsequenzen. Es widerspricht nämlich der gerade in der feministischen Theorie und Praxis häufig anzutreffenden Vorstellung, dass wir es mit zumindest zwei Großsystemen zu tun haben, nämlich Kapitalismus und Patriarchat. Entsprechend hat sich die zweite Frauenbewegung bereits in den 1980er Jahren mit der Frage nach der Verknüpfung dieser zwei Großsysteme – Kapitalismus und Patriarchat – beschäftigt. Damals sahen die als Dual-System-Theorie bekannt gewordenen Ansätze (Delphy 1985) im Patriarchat – als für die soziale Reproduktion zuständig – analog zum Kapitalismus eine eigenständige Grundstruktur. Diese Ansätze haben wesentlich zur feministischen Theorieentwicklung beigetragen. Allerdings ist es nicht gelungen, ein eigenständiges patriarchales Herrschaftssystem herauszuarbeiten.

Nina Degele und ich plädieren deswegen dafür, die Gegenüberstellung von Kapitalismus und Patriarchat ad acta zu legen und stattdessen innerhalb des inzwischen weltweit herrschenden kapitalistischen Systems konkrete Herrschaftsverhältnisse und deren Verwobenheit im Bereich der Lohn- und Reproduktionsarbeit zu analysieren. So begreift der von uns erarbeitete intersektionale Mehrebenenansatz Klassismen und Heteronormativismen, aber auch Rassismen und Bodyismen als strukturelle

Herrschaftsverhältnisse innerhalb der kapitalistischen Gegenwartsgesellschaft, statt Kapitalismus und Patriarchat als zwei Herrschaftssysteme gegenüberzustellen. Damit gehen wir von einer kapitalistisch strukturierten Gesellschaft mit der grundlegenden Dynamik ökonomischer Profitmaximierung aus. Dieses System beruht auf dem Verkauf der Ware Arbeitskraft, die als einzige Ware Mehrwert erwirtschaften kann, durch Lohnabhängige sowie der Aneignung dieses Mehrwerts durch Produktionsmittelbesitzende. Voraussetzung für die strukturelle Aufrechterhaltung kapitalistischer Gesellschaften ist neben der Sicherung der sozioökonomischen Produktionsverhältnisse und der Wiederherstellung der Produktionsmittel auch die möglichst kostengünstige Reproduktion der Arbeitskräfte. Erforderlich ist dazu der kurzfristige Zugriff auf geeignete, passend qualifizierte und flexible Arbeitskräfte zu möglichst geringen Löhnen, ohne dass für deren Reproduktion und Bereitstellung zu hohe Kosten entstehen. Letzteres erfolgt vor allem über die Auslagerung von Reproduktionsarbeit an Frauen in Familien – möglichst zusätzlich zur ihrer Erwerbsarbeit – und damit über die Differenzierungskategorie Geschlecht. Gleichzeitig wird über asymmetrische Geschlechterverhältnisse mit der sogenannten stillen Reserve der Zugang zum Arbeitsmarkt reguliert und eine Lohndifferenz aufrechterhalten. Doch nicht nur Heteronormativismen, sondern auch Klassismen, Rassismen und Bodyismen differenzieren und regeln den Zugang zum Erwerbsarbeitsmarkt, die ungleiche Verteilung von Löhnen und Gehältern sowie die Wiederherstellung der Arbeitskraft. Entlang der vier Herrschaftsverhältnisse lässt sich also gesellschaftlich notwendige Arbeit sowohl in der Produktions- als auch in der Reproduktionssphäre ungleich zuordnen. Mit einem solchen Herangehen kann herausgearbeitet werden, dass die Produktions- und Reproduktionssphäre auf der Ebene sozialer Strukturen nicht unverbunden nebeneinander, sondern über ihre Bedeutung in dem kapitalistischen Prozess der Profitrealisierung in Beziehung zueinander stehen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Wir gehen von einer kapitalistisch strukturierten Gesellschaft mit der grundlegenden Dynamik ökonomischer Profitmaximierung aus, welche die konkrete Form der Lohn- und Reproduktionsarbeit beeinflusst. Mit einer feministisch-intersektionalen Gesellschaftsanalyse lässt sich jeweils konkret-historisch analysieren, wie gesellschaftlich notwendige Arbeit entlang klassistischer, vergeschlechtlicher, rassistischer und körperbezogener sozialer Ungleichheiten sowohl in der Produktions- als auch der Reproduktionssphäre ungleich zugeordnet wird und wie sich die Bedeutung und Verwobenheit dieser sozialen Ungleichheiten je nach den konkreten Bedingungen der Kapitalverwertung und unter anderem nach den feministischen Kämpfen verschieben. Diese konzeptionelle Entscheidung für den Kapitalismus als Bezugssystem ist ein entscheidender Vorteil des hier vorgestellten intersektionalen Ansatzes, auch wenn gerade dieser Zusammenhang nur selten rezi-

piert wird.¹ Denn mit dem Bezug auf kapitalistische Gesellschaften und ihre grundlegenden polit-ökonomischen Prinzipien der Ausbeutung und der Profitmaximierung erhalten all die großen mit Intersektionalität verbundenen Erwartungen an einen kritischen Umgang mit Differenz und Ungleichheit eine Perspektive. Die konkret-historische Form von sozialen Ungleichheiten ist allerdings aus dieser theoretischen Positionierung nicht ableitbar, sondern muss analysiert werden.

Zunächst werde ich im Folgenden auf der Folie des aufgezeigten theoretischen Rahmens die sich veränderte Form der Lohn- und Reproduktionsarbeit für die BRD in der Phase des Fordismus sowie des Übergangs zum Post-Fordismus bis hin zu der derzeitigen Krise sozialer Reproduktion darstellen. Dabei werde ich mich auf die strukturellen Veränderungen insbesondere der Geschlechter- und Klassenverhältnisse konzentrieren und damit sowohl Identitätskonstruktionen als auch Veränderungen symbolischer Repräsentationen weitgehend ausklammern (vgl. Winker/Degele 2011: 25–53).

2 Zur Reproduktion der Arbeitskraft

Im Folgenden geht es mir darum, die gesellschaftlich abgewertete Reproduktionsarbeit zu analysieren, die im hegemonialen Diskurs als typische Frauenarbeit oft unsichtbar bleibt. Diese zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendige Arbeit wird nicht warenförmig, sondern am Gebrauchswert orientiert in familiären und zivilgesellschaftlichen Bereichen realisiert. Zunächst gehe ich darauf ein, wie die Realisierung dieser Reproduktionsarbeit, auch Haus- und Sorgearbeit genannt, sich von den Aufgaben der Hausfrau im Fordismus zu einem System der ArbeitskraftmanagerInnen verschiebt und sich daraus eine Reproduktionslücke ergibt (2.1). Danach verdeutliche ich, wie auf diese Reproduktionslücke mit staatlichen und privatwirtschaftlichen Care-Angeboten reagiert bzw. nicht reagiert wird und welche Auswirkungen dies für das Handeln der Reproduktionsarbeitenden hat (2.2). Abschließend konkretisiere ich theoretisch-abstrakt, was ich als Krise sozialer Reproduktion begreife und benenne (2.3).

2.1 Von Familienernährern und Hausfrauen zu ArbeitskraftmanagerInnen

In einem kapitalistischen System findet Sorge für Menschen systematisch nur insoweit Berücksichtigung, als es für das ökonomische Ziel, möglichst hohe Profite zu erzielen, von Bedeutung ist. Benötigt werden hoch kompetente, mobile Arbeitskräfte zu möglichst geringen Löhnen und Gehältern, ohne dass für deren Reproduktion und

1 Dort, wo auf die kapitalistische Klammer eingegangen wird, erfolgt dies mit erfreulich großer Klarheit. So verweist Andreas Kemper in einem Interview mit Nina Degele und mir mit darauf, dass wir «mit einer feministischen Logik den Kapitalismus zum Ausgangspunkt der intersektionalen Forschung machen» (vgl. Winker/Degele 2009: 7–10). Und Sonja Buckel (2012) spricht vor dem Hintergrund unseres Vorschlags, die kapitalistische Grundstruktur als theoretische Klammer zu begreifen, von einer «intersektionalen Kapitalismusanalyse» als sinnvolle und notwendige Herausforderung.

Bereitstellung zu hohe Kosten entstehen. In der fordistischen Hochphase der BRD (1960er Jahre bis Mitte der 1970er Jahre) übernahmen nicht- oder teilzeitbeschäftigte Ehefrauen die Reproduktionsarbeit in familialen Bezügen unter nicht warenför-migen Bedingungen. Im Gegenzug erhielten die meist männlichen Ernährer einen sogenannten Familienlohn, der aus heutiger Sicht verhältnismäßig hoch war und die Alimentation der Ehefrau und die finanzielle Versorgung von Kindern erlaubte. So konnte sich damals die Mehrzahl der männlichen Beschäftigten bis in Kreise der Facharbeiterschaft hinein den freiwilligen oder erzwungenen Verzicht von Frauen auf Berufstätigkeit im wahrsten Sinne des Wortes leisten. Individuelle und soziale Risiken wie Krankheit, Berufsunfähigkeit, Erwerbslosigkeit und Altersversorgung waren weitgehend durch beitragsfinanzierte Sicherungssysteme und damit verbundene staatliche Sozialleistungen abgesichert.

Allerdings führten die in dieser Zeit steigenden Reallöhne, dies zeigt Stephan Krüger (2010: 465), zu sinkenden Mehrwertraten und trugen in der Folge auch zu fallenden Profitraten bei. Mit den sich seit Mitte der 1970er Jahre verschärfenden ökonomischen Wirtschaftskrisen zeigte sich, dass der Familienlohn sowie die damit für die Absicherung aller Familienmitglieder verbundenen Sozialausgaben für die Kapitalverwertung mit verhältnismäßig hohen Kosten verbunden waren. Das Ernährermodell wurde für die Kapitalverwertung in Zeiten der Globalisierung der Kapitalmärkte zu teuer. So wurde das Reproduktionsmodell des Familienernährers nicht nur von der Zweiten Frauenbewegung wegen patriarchaler Unterdrückung und Diskriminierung bekämpft, sondern verliert seit den 1980er Jahren insbesondere aufgrund seiner hohen ökonomischen Kosten schrittweise an Bedeutung.

Folgerichtig gilt im Postfordismus die gesellschaftspolitische Zielvorgabe, dass sich jede erwachsene Person eigenständig um die eigene Existenzsicherung zu kümmern, sprich ihre Arbeitskraft zu verkaufen hat. Dies wird mit dem neoliberalen Konzept der Eigenverantwortung und Selbsttätigkeit verknüpft. Zusammen mit den Emanzipationsbestrebungen vieler Frauen führt dies seit den 1970er Jahren zu einem kontinuierlichen Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit. Auch können sich immer mehr, nicht nur einkommensschwache, sondern auch viele Mitglieder der sogenannten sozialen Mitte die fordistische Lebensform des Ernährermodells wegen sinkender Reallöhne und der Durchlöcherung des Sozialsystems nicht mehr leisten. Heute steht das Zwei-VerdienerInnen-Modell (*adult-worker-model*) im Zentrum, bei dem alle erwerbsfähigen Personen – unabhängig von ihrem Geschlecht, dem Familienstatus sowie der Anzahl der zu betreuenden Kinder und Angehörigen – durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft für ihren eigenen Lebensunterhalt aufzukommen haben.

Mit dieser Entwicklung verliert das traditionelle Konzept der Hausfrau an Bedeutung. Viele Frauen stehen – zumal bei hoch flexiblen Arbeitszeitanforderungen – nicht mehr umfassend für die Reproduktionsarbeiten zugunsten aller Familienmitglieder zur Verfügung. Dies lässt sich auch als später Erfolg der Zweiten Frauenbewegung lesen, für die die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen durch einen eigenstän-

digen Zugang zur Erwerbsarbeit wesentlich war (vgl. Soiland 2009: 412). Für viele Frauen wird allerdings die Abhängigkeit vom Familienernährer durch eine Pflicht zur Vermarktung der eigenen Arbeitskraft unter prekären Bedingungen oder durch ein Leben unter den rigiden Einschränkungen und Zwängen des SGB II ersetzt. Nancy Fraser stellt hierzu treffend fest, dass »der Traum von der Frauenemanzipation in den Dienst der kapitalistischen Akkumulationsmaschine gestellt« (Fraser 2009: 52) wird.

Parallel zur Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt steigen die inhaltlichen und zeitlichen Anforderungen an die Reproduktionsarbeit. Familien werden zu Schaltstellen eines umfassenden und komplexen Managements. Wegen der nicht gesicherten Ganztagesbetreuung von Kindern ist es die Aufgabe von Eltern, primär von Müttern, mobil und flexibel für das warme Mittagessen, die Hausaufgabenbetreuung oder Fahrdienste zu Sport- oder Musikaktivitäten zur Verfügung zu stehen. Dazu kommt die aufgrund staatlicher Deregulierung und demografischer Entwicklung gleichermaßen wachsende Verantwortung für kranke und unterstützungsbedürftige Angehörige. Ferner wird auch die Selbstsorge immer aufwendiger, da es gilt, die eigene Qualifikation fortwährend zu verbessern sowie einen eigenverantwortlichen Umgang mit permanenten Überforderungen und Gesundheitsrisiken zu erlernen. Insbesondere Frauen müssen die unterschiedlichen, durch die steigenden Anforderungen immer dichter werdenden Zeitpläne der Familienmitglieder synchronisieren und leiden selbst unter permanenter Zeitnot bzw. Stress. Zusammen mit Tanja Carstensen habe ich deswegen das Konzept des Arbeitskraftunternehmers (Voß/Pongratz 1998) um die steigenden Anforderungen an Eigenverantwortung im Bereich der Reproduktionsarbeit ergänzt. Wir sprechen von ArbeitskraftmanagerInnen und betonen damit die aktive Koordinierung und Synchronisation von Tätigkeiten ganz verschiedener Art in allen Lebensbereichen (Winker/Carstensen 2007). Wir beziehen die drei Eigenschaften des Arbeitskraftunternehmers somit auch auf die Reproduktionsarbeit. Die Selbst-Kontrolle als verstärkte selbstständige Planung, Steuerung und Überwachung der eigenen Tätigkeiten gilt als Prinzip sowohl für den Bereich der Lohnarbeit als auch für die Organisation der Reproduktionsarbeit – sei es in Bezug auf Schwangerschaft, Kindererziehung oder Altenpflege; auch hier nehmen Orientierungen an Leistung und Effizienz zu. Einer Selbst-Ökonomisierung als Produktion und Vermarktung der eigenen Fähigkeiten im beruflichen Bereich kann eine Orientierung an familienbiografischen Planungen im Sinne einer Selbst-Sozialisierung gegenübergestellt werden. Familienplanungen und die Frage nach dem »richtigen« Zeitpunkt für Kinder unterliegen ebenfalls einem strategischen Kalkül, das von Individuen Entscheidungen erfordert, für die sie dann auch die Verantwortung zu tragen haben. Schließlich sind unter der bei Günter G. Voß und Hans J. Pongratz (1998) als Selbst-Rationalisierung bezeichneten Orientierung zur bewussten umfassenden Organisation des Alltags auch die Reproduktionstätigkeiten und nicht nur die sogenannte Freizeit zu berücksichtigen.

Mit der zunehmenden Frauenerwerbsarbeit und gleichzeitig steigenden Reproduktionsanforderungen sind ArbeitskraftmanagerInnen jedoch in steigendem Maße

überbeansprucht. Offen bleibt, wer in dieser Situation die Reproduktionsarbeit übernehmen soll, die bei der letzten statistischen Messung im Jahr 2001 in der BRD um das 1,7-fache zeitlich umfangreicher war als die Lohnarbeit. Um diese Frage zu beantworten, verdeutliche ich im Folgenden, inwiefern staatliche und privatwirtschaftliche Konzepte die Reproduktionslücke schließen können bzw. welche familiären Reproduktionsmodelle zur Verfügung stehen.

2.2 Zum staatlichen, privatwirtschaftlichen und familiären Umgang mit der Reproduktionslücke

Während mit dem Begriff der Reproduktionsarbeit als Pendant zur Lohnarbeit auf die Bedeutung der Haus- und Sorgearbeit für das kapitalistische Prinzip der Profitmaximierung fokussiert wird, kommt mit der seit den 1980er Jahren einsetzenden Care-Debatte die Gesamtheit der bezahlten und unbezahlten Sorgearbeit in den Blick. Wie Margrit Brückner (2010) und ähnlich Mascha Madörin (2006) verstehe ich unter Care sowohl die Gesamtheit der familiären Sorgearbeit als auch Erziehungs- und Betreuungstätigkeiten in Institutionen wie Kindergärten, Schulen und Altersheimen. Auch in dieser Debatte wird darauf verwiesen, dass es überwiegend Frauen sind, die diese Care-Tätigkeiten ausführen. Da familiäre Care Work keine gesellschaftliche Anerkennung erfährt, werden entsprechend auch personennahe Tätigkeiten wie Betreuung und Pflege in staatlichen oder privatwirtschaftlichen Dienstleistungsbereichen gering entlohnt. In der international geführten Diskussion um den Begriff Care stehen die konkreten inhaltlichen Tätigkeiten des Sorgens, deren Besonderheiten und die dafür notwendigen Kompetenzen im Vordergrund des Interesses. Gleichzeitig wird hier ebenfalls betont, welche hohe ökonomische Bedeutung dem großen Wirtschaftssektor der Care-Tätigkeiten zukommt.

Care-Tätigkeiten können in einer kapitalistischen Gesellschaft unterschiedlich realisiert werden. In der Regel werden sie mit einem Mix aus unbezahlten bzw. gering entlohnten Tätigkeiten innerhalb von Familien einerseits sowie staatlichen und privatwirtschaftlichen Dienstleistungen andererseits ausgeführt. Im Folgenden gehe ich zunächst auf die geringen staatlichen Unterstützungsleistungen ein, verdeutliche dann, dass der Übernahme von staatlichen Funktionen durch Unternehmen enge Grenzen gesetzt sind, und frage abschließend danach, wie Menschen mit den steigenden familiären Sorgeverpflichtungen umgehen.

2.2.1 Abbau staatlicher Unterstützungsmaßnahmen

Die derzeitige Familienpolitik unterstützt und finanziert Care nur dort, wo dies dem Wirtschaftswachstum zuträglich ist. Das Bundesfamilienministerium leitet daraus für sich die beiden Ziele Erhöhung der Geburtenrate sowie Steigerung der Frauenerwerbsbeteiligung ab (vgl. Rürup/Gruescu 2003: 57). Entsprechend sollen staatliche Sozialausgaben nur dort mit möglichst geringen Kosten realisiert werden, wo ansonsten die Frauenerwerbsquote in Gefahr ist bzw. die Geburtenrate zu sinken droht.

So wird im Bereich der Familienpolitik häufig zwischen LeistungsträgerInnen und LeistungsempfängerInnen unterschieden. Während beispielsweise gut verdienende Eltern für 12 bzw. 14 Monate bis zu 1.800 Euro pro Monat Elterngeld als Lohnersatzleistung beziehen können, werden bei Hartz-IV-EmpfängerInnen selbst die ihnen zustehenden 300 Euro mit dem ALG II verrechnet. Das entspricht faktisch einer Streichung. Es geht also mit dem Elterngeld explizit nicht um eine allgemeine finanzielle Unterstützung von Reproduktionsarbeit.

Auch der schrittweise Ausbau der Kindertagesstätten ist primär für die Absicherung der Berufstätigkeit von Eltern gedacht. So sieht das am 1. Januar 2005 in Kraft getretene Tagesbetreuungsausbaugesetz vor, bis zum August 2013 für ein Drittel der Kinder bis zu drei Jahren einen Betreuungsplatz (in Krippen oder durch Tagesmütter) zur Verfügung zu stellen, verbunden mit einem Rechtsanspruch auf öffentlich unterstützte Betreuung. Nach SGB VIII, § 24 haben jedoch Kinder von berufstätigen Eltern Vorrang. Das Kindeswohl bleibt zweitrangig. Und selbst diese Kinderbetreuungskosten werden, soweit es nur irgendwie geht, zu drücken versucht. LeiharbeiterInnen sowie un- bzw. schnell ausgebildetes Betreuungspersonal werden bereits eingesetzt – dies soll systematisch ausgeweitet werden.

Auch die am 1. Januar 2009 in Kraft getretene Unterhaltsreform zielt darauf, Erwerbstätigkeit von Kindererziehenden (in der Regel Frauen) zu forcieren. Alle Kinderunterhaltspflichtiger Partner und Partnerinnen erhalten Vorrang vor dem Unterhalt für geschiedene Frauen (oder auch Männer); deren Unterhalt wird entsprechend eingeschränkt oder entfällt ganz. Das zwingt Frauen nach der Scheidung, ihren Lebensunterhalt selbstständig zu bestreiten, auch wenn sie Kinder zu versorgen haben. Ausgenommen von der Erwerbspflicht sind Frauen mit Kindern unter drei Jahren. Da Frauen nach wie vor deutlich weniger verdienen als Männer und vor allem nach einer Familienphase schlechtere Einstiegsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt haben, werden sich mit diesem neuen Recht viele Reproduktionsarbeit leistende Frauen nach einer Scheidung in prekären Lebensverhältnissen wiederfinden.

Bei der Betreuung pflege- und unterstützungsbedürftiger älterer Menschen ist die staatliche Unterstützung noch deutlich geringer, werden diese ja im Gegensatz zu Kindern nicht mehr als Arbeitskräfte benötigt. Dort konnte eine bezahlte Freistellung zur Pflege – vergleichbar mit dem Elterngeld – nicht durchgesetzt werden. Nach dem Pflegezeitgesetz können sich pflegende Angehörige zwar bis zu sechs Monate von der Erwerbsarbeit freistellen lassen oder nach dem Familienpflegezeitgesetz, das am 1. Januar 2012 in Kraft getreten ist, ihre Arbeitszeit während zwei Jahren reduzieren, allerdings bei beiden Formen ohne jeglichen Ausgleich für die entfallenen Löhne und Gehälter. So wird bei der Pflege auf das große Engagement der Angehörigen gesetzt, die mit einem, wenn überhaupt, nur geringen Pflegegeld die Sorge für Eltern und Verwandte übernehmen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Familien werden nur unterstützt, wenn ansonsten das ökonomische Wachstum beeinträchtigt wird. Familienpolitik ist damit im Kern Wirtschaftspolitik.

2.2.2 Privatisierung profitträchtiger staatlicher Funktionen

Die Privatisierung von Staatsfunktionen, zum Beispiel im Bereich der Übernahme von öffentlichen Krankenhäusern, findet nur dort statt, wo sich das Kapital Profite erwartet. So reduzieren privatisierte Krankenhäuser Liegezeiten und spezialisieren sich beispielsweise auf Knie- oder Hüftoperationen, da diese wie am Fließband profitabel abzuwickeln sind. Eine Gesamtversorgung ist damit ebenso wenig gewährleistet wie die Pflege nach einem operativen Eingriff. Ferner konzentrieren sich privatwirtschaftliche Konzepte aus Gründen der Profitmaximierung auf Gutverdienende bzw. Privatversicherte, was bei elitären Bildungsstätten, Wellness-Oasen oder De-luxe-Seniorenresidenzen sichtbar wird.

Damit wird deutlich, dass Care-Unternehmen in bestimmten Bereichen profitabel für das jeweilige Einzelkapital sein können. Auch entspricht dieses Vorgehen zunächst dem neoliberalen Credo, möglichst alle Bereiche profitorientiert über den Markt abzuwickeln. Doch gleichzeitig steigert ein hoher Prozentsatz von über die Warenwirtschaft abgewickelten Care-Dienstleistungen die durchschnittlichen Reproduktionskosten, erhöht damit den durchschnittlichen Wert der Arbeitskraft und senkt die Mehrwertrate. Damit ist die Ökonomisierung von Sorgearbeit durch privatwirtschaftliche und damit warenförmig organisierte Care-Angebote teuer in dem Sinne, dass sie die Profitrealisierung für die meisten Kapitalfraktionen tendenziell einschränkt.

Ein weiterer ökonomischer Aspekt, der aus der Perspektive der kapitalistischen Akkumulationslogik «die Care-Ökonomie heute in eine Krise» treibt (Madörin 2006: 286), besteht im Problem divergierender Produktivitäten: Care-Tätigkeiten haben die Eigenheit, dass sie sich durch technische Innovationen oder effizientere organisatorische Gestaltung von Arbeitsabläufen nicht in dem Maße rationalisieren lassen, wie das in der Güterproduktion der Fall ist. Insbesondere Sorge- und Pflegearbeit lässt sich nicht schneller und effizienter gestalten, sondern erfordert Zeit. Die damit verbundenen geringeren Produktivitätsfortschritte verteuern Care Work gegenüber der Güterproduktion. Die Gesamtausgaben dafür steigen bei gleichen oder sogar verminderten Leistungen kontinuierlich an. Dies ist nicht nur der Grund, warum staatliche Dienstleistungen für Care immer mehr in den Fokus neoliberaler Sparpolitik geraten, sondern auch, warum privatwirtschaftliches Care profitable Umgänge mit diesem Problem finden muss. Das geschieht durch Rationalisierungsstrategien, die einerseits durch Abwertung der geschlechtlich konnotierten Arbeit das Lohndumping forcieren und andererseits mit einem «subjektivierten Taylorismus» (Matuschek/Kleemann/Voß 2008) Arbeitsverdichtung und minutengetaktete Vorgaben für die zu erbringenden Leistungen vorantreiben.

2.2.3 Familiäre Reproduktionsstrategien

Da es bisher keine umfassende Politik zur sozialen und finanziellen Unterstützung für alltäglich anfallende Sorgearbeit gibt, stehen die meisten Menschen mit Sorgeverpflichtungen vor der schwierigen Aufgabe, den Balanceakt zwischen Lohn- und

Reproduktionsarbeit individuell zu meistern. Die Konsequenz: Viele Frauen befinden sich heute in einer Art Reproduktionsfalle. In ihrer Erwerbsarbeit sind sie mit zunehmenden Flexibilitätsansprüchen der Unternehmen, kontinuierlich steigendem Leistungsdruck, Arbeitszeitverlängerung sowie Reallohnsenkung konfrontiert. Entsprechend des neoliberalen Credos der Eigenverantwortung setzen sie gleichzeitig alles daran, diese beruflichen Anforderungen mit den zunehmenden Aufgaben der Selbstorganisation und den gestiegenen Leistungsansprüchen in der Reproduktionsarbeit zu vereinbaren. In aller Regel führt dies zu Überbeanspruchung und Überlastung. Dabei sind Familien höchst unterschiedlich in der Lage, mit diesem Dilemma umzugehen. Diese unterschiedlichen Umgangsformen in Familien stelle ich idealtypisch anhand von vier Reproduktionsmodellen dar.

Nur wenige finanziell besser gestellte Erwerbstätige, die meist hoch qualifiziert und karriereorientiert sind und häufig auch auf Kinder verzichten, können sich ein *ökonomisiertes Reproduktionsmodell* leisten: Sie vermindern ihre Doppelbelastung dadurch, dass sie Care Work weitgehend an Haushaltsarbeiterinnen delegieren. Dies sind häufig Migrantinnen, die mit einem Niedriglohn und sozial nicht abgesichert arbeiten. Sie schließen eine Versorgungslücke zwischen globalisierter Ökonomie, neoliberaler Politik und ökonomisierten Familien.

Viele Menschen leben in einem *paarzentrierten Reproduktionsmodell*, in dem meist der Mann einer Normalarbeit nachgeht und die zweite Person, meist die Frau, einer Teilzeitbeschäftigung. Hier wird Care Work nur für bestimmte Aufgaben oder für eine bestimmte Zeitspanne an Haushaltsarbeiterinnen übergeben. Der große Teil der Reproduktionsarbeit wird primär von Frauen in Doppelbelastung geleistet. Dieses Modell ist sehr häufig, da mit der steigenden Frauenerwerbstätigkeit nicht die Normalarbeitsverhältnisse für Frauen ausgebaut wurden, sondern Teilzeitarbeitsplätze und Minijobs. Dieses Modell unterscheidet sich von der fordistischen Kleinfamilie dadurch, dass die Absicherung bei Arbeitsplatzverlust, Scheidung, Krankheit deutlich prekärer ist als früher.

Andere wiederum leben im *prekären Reproduktionsmodell*, in dem zumindest eine Person nicht in der Lage ist, sich über Erwerbsarbeit eine existenzsichernde Perspektive zu erarbeiten. Aufgrund ihrer Reproduktionsverpflichtungen sind es meist Frauen, die vom Haupternährer abhängig bleiben. Dieser ist in der Regel allerdings auch nicht in der Lage, eine Familie mit Kindern auf einem durchschnittlichen Lebensstandard zu versorgen. In solchermaßen unsicheren Verhältnissen sind Frauen einer enormen Doppelbelastung ausgesetzt. Sie versuchen über Teilzeit-, Mini- oder Midijobs möglichst viel zum Familieneinkommen beizutragen, bleiben aber für den Großteil der Reproduktionsarbeit zuständig, da sie Sorge- und Pflegearbeit aus finanziellen Gründen nicht an bezahlte Dritte weitergeben können. Was dabei oft deutlich zu kurz kommt, ist die Selbstsorge (vgl. Nowak/Hauotter/Winker 2012).

Im *subsistenzorientierten Reproduktionsmodell* finden sich diejenigen wieder, die auf die staatliche Grundsicherung angewiesen sind. Sie sind wegen Reproduktionsver-

pflichtungen oder wegen ihrer nicht nachgefragten Qualifikationen nicht in der Lage, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, und werden in einer Gesellschaft, in der nur Lohnarbeit zählt, abgewertet und stigmatisiert. Und dennoch unternehmen auch sie vielfältige Aktivitäten zur Absicherung ihrer Existenz und kommen damit den Appellen zur «Selbstführung» nach, ohne allerdings über entsprechende Handlungsmöglichkeiten zu verfügen.

Anhand dieser typisierten Reproduktionsmodelle lässt sich zeigen, dass weiterhin vor allem Frauen die anfallende Reproduktionsarbeit erledigen, die konkrete Arbeitsteilung stellt sich jedoch je nach finanziellen Ressourcen und damit je nach Klassenlage unterschiedlich dar. Der ungleiche Zugang zu der Erwerbssphäre führt zu unterschiedlichen familiären Arbeitsteilungen und Handlungsmöglichkeiten in Bezug auf die Realisierung notwendiger Reproduktionstätigkeiten. Gleichzeitig hat das Ausmaß der Sorgeverpflichtungen wiederum Auswirkungen auf die Chance, die eigene Arbeitskraft überhaupt verkaufen zu können. So wird Eltern- und primär Mutterschaft zu einer wichtigen Kategorie sozialer Ungleichheit (Lenze 2008). Deutlich wird, dass viele Menschen, primär Frauen, sich unter prekären Bedingungen und sinkenden Reallöhnen um ihre Daseinsvorsorge und die ihrer Kinder und Angehörigen kümmern und dabei die wegfallenden staatlichen Aufgaben in Bildung und Erziehung, Gesundheit und Pflege in familiären Zusammenhängen auffangen. Damit übernehmen derzeit meist Frauen Care Work am Rande der Erschöpfung zusätzlich zu ihrer Lohnarbeit im Verbund mit Personen, die vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen oder nur am Rande integriert sind, wie RentnerInnen oder MigrantInnen.

Diese Reproduktionsmodelle erscheinen zunächst für die Kapitalverwertung als die derzeit kostengünstigste Variante. Allerdings gilt zu beachten, dass Arbeitskraft, die für die Mehrwertproduktion notwendig ist, nur in lebendigen Menschen existiert und damit mit der Existenzsicherung unlösbar verknüpft ist (vgl. Kontos/Walser 1979: 64). Aus diesem Grund ist Care Work für die Verwirklichung menschlicher Lebensinteressen, aber auch für das kapitalistische System von grundlegender Bedeutung. Es kommt zu einer Krise sozialer Reproduktion, wenn die Reproduktion der Arbeitskraft nicht mehr umfassend gesichert ist, was ich im Folgenden verdeutlichen möchte.

2.3 Krise sozialer Reproduktion

Wir befinden uns seit Mitte der 1970er Jahre in einer tiefen Überakkumulationskrise. Die Gründe für solche Verwertungskrisen des Kapitals sieht Karl Marx in inneren Widersprüchen des Kapitalismus, die er unter anderem im Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate verdeutlicht (Marx 1973: 221 ff.). In solchen Situationen der Überakkumulation reagiert das Kapital in vielfältiger Weise: Die Unternehmen schränken die Realinvestitionen ein und legen ihr Kapital auf dem Geldmarkt an. Unterstützt durch Deregulierungen des Finanzsektors fließen in bisher unbekanntem Ausmaß Kapitalströme in Aktien, in den Devisen-, Derivate- oder Anleihenmarkt oder in an-

dere Formen fiktiven Kapitals. Die Finanzspekulationen haben eine neue Quantität wie Qualität angenommen.

Eine weitere Strategie ist das Ausweichen in Niedriglohnländer, wo unter anderem wegen des niedrigeren technologischen Niveaus mit billigeren Arbeitskräften höhere Profitraten erzielt werden können. Gleichzeitig versuchen in technologisch hoch entwickelten Ländern wie Deutschland Unternehmen und Staat im Verbund den Lohn für Teile der Beschäftigten beispielsweise mit der Drohung der Standortverlagerungen oder dem Druck der Jobcenter unter den Wert der Arbeitskraft zu drücken.

Ferner werden zur Kostensenkung Sozialversicherungssysteme und staatliche Institutionen zurückgefahren, die für die Reproduktion der Arbeitskraft notwendig sind. So werden Aufgaben im Bereich der Erziehung und Bildung sowie der Gesundheit und Pflege in die Familien verlagert. Sie werden zusätzlicher Teil einer eh schon umfangreichen familiär und zivilgesellschaftlich organisierten Reproduktionsarbeit, die für die Reproduktion der eigenen Arbeitskraft wie auch der Erziehung von Kindern sowie der Unterstützung von pflegebedürftigen Personen unabdingbar ist. Dieser Bereich bleibt häufig – auch im Krisendiskurs – unsichtbar, da diese gesellschaftlich notwendige Arbeit nicht warenförmig, sondern ausschließlich am Gebrauchswert orientiert primär von Frauen realisiert wird. Vor allem Beschäftigte, die neben ihrer Lohnarbeit Sorgeverpflichtungen für Kinder oder pflegebedürftige Angehörige übernommen haben, kommen bei längeren und flexibilisierten beruflichen Arbeitszeiten, eingeschränkten staatlichen Betreuungsangeboten sowie der Durchlöcherung der Sozialsysteme an die Grenzen ihrer Kräfte. Dies gilt insbesondere für Frauen, deren Erwerbsquote seit den 1970er Jahren kontinuierlich angestiegen ist und die heute in einer zweiten Arbeitsschicht die zunehmenden Reproduktionsarbeiten ausführen.

Mit all diesen Maßnahmen gelingt es zwar, den Ausbeutungsgrad der Lohnabhängigen zu erhöhen, die damit einhergehende Umverteilung der Einkommen zugunsten von Kapitalbesitzenden und Besserverdienenden bewirkt allerdings einen weiter wachsenden Überschuss an Kapital, das Anlagemöglichkeiten sucht. Um die Entwertung von Kapital zu vermeiden, nehmen staatliche Interventionen zur Absicherung des Finanz- und Währungssektors weiter zu. Die durch die Rettungsmaßnahmen verursachte Überschuldung des Staates vergrößert den Druck auf die staatlichen Leistungen, die zur Daseinsvorsorge oder anders ausgedrückt zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendig sind, sich aber aus Kostengründen nicht mehr realisieren lassen. Die Maßnahmen zur Krisenbewältigung bringen auf diese Weise neue Probleme hervor und wirken selbst krisenverschärfend.

Während sich viele Krisenanalysen intensiv mit den spekulativen Blasen auf den Finanzmärkten auseinandersetzen, werden die Maßnahmen des Kapitals, die zu großen Schwierigkeiten bei der Reproduktion von Arbeitskraft führen, viel zu wenig beachtet. Das kapitalistische System ist in einem Land wie der BRD, das einen Teil seiner Überakkumulation durch Handelsüberschüsse auf andere Länder überträgt, nicht mehr in der Lage, für alle Menschen die Befriedigung der grundlegenden Le-

bedürfnisse zu gewährleisten. Diese Situation bringt für Menschen mit geringen finanziellen und zeitlichen Ressourcen vielfältiges soziales Leid hervor. Gleichzeitig steht damit ein Teil der Arbeitskräfte nicht mehr mit der notwendigen Qualifikation und Leistungsbereitschaft als Produktivkräfte zur Verfügung. Der kapitalistische Widerspruch zwischen Senkung der Lohnkosten zur Profitmaximierung und der Notwendigkeit der Reproduktion von einsatzfähigen, breit ausgebildeten Arbeitskräften hat sich krisenhaft zugespitzt. Aus dem Versuch des Kapitals, mit Reallohnsenkungen und Sozialabbau der Überakkumulationskrise zu begegnen, entwickelt sich eine soziale Reproduktionskrise, die in der Folge die Kapitalverwertungsprobleme verschärft. So tragen veränderte Geschlechterverhältnisse, die Adult-Worker-Reproduktionsmodelle, die Probleme der Profitmaximierung positiv beeinflussen sollten, mit der damit verbundenen Reproduktionslücke zu einer weiteren Krisenverschärfung bei.

Während in den Analysen zur Finanzkrise Menschen kaum mehr vorkommen und Geschlechterverhältnisse maximal mit Bezug auf das Geschlecht der Bankiers behandelt werden, ist in der Auseinandersetzung mit der sozialen Reproduktionskrise auch analytisch der Bezug zur Lohn- und Reproduktionsarbeit mitgedacht. So kommen die asymmetrischen Geschlechterverhältnisse mit der patriarchalen Arbeitsteilung in der Produktions- und Reproduktionssphäre in den Blick. Dies ist notwendig, um nicht nur das soziale Leid umfassend zu erfassen, sondern beispielsweise mit der Perspektive einer Care-Revolution auch politische Perspektiven jenseits des Mainstreams und im Interesse aller Menschen zu entwickeln.

3 Care-Revolution

Care-Revolution ist ein politisches Konzept, das die grundlegende Bedeutung der sorgenden und pflegenden Tätigkeiten, auch Care Work genannt, für alle Menschen hervorhebt (Winker 2012). Es knüpft an die Erkenntnisse feministischer Ökonomie an, wonach die lebensnotwendigen Arbeiten sozialer Reproduktion im hegemonialen Diskurs kaum Bedeutung erlangen.

Mit der Care-Revolution wird für einen grundlegenden Perspektivenwechsel plädiert. Dabei geht es um nicht weniger als die Forderung, dass nicht Profitmaximierung, sondern die Verwirklichung menschlicher Lebensinteressen im Zentrum politischen Handelns stehen sollte. Ausgehend von der Care Work geht es um die Verwirklichung all derjenigen Aufgaben, die zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse und für die individuelle und generative Reproduktion notwendig sind, die auf den Gebrauchswert abheben und nicht der kapitalistischen Verwertungslogik folgen. So werden Zeit für Reproduktionsarbeit, Zeit für die Produktion der gesellschaftlich notwendigen Güter und Dienstleistungen, Zeit für politisches und zivilgesellschaftliches Engagement sowie Zeit für Muße – bei gleichzeitiger sozialer Absicherung – zum Ziel gesellschaftlicher Transformation.

Was bedeutet Care-Revolution politisch? Erstens müssen gesellschaftliche Bedingungen realisiert werden, in denen sich Reproduktionsarbeit mit Zeit und bei Ab-

sicherung der Existenz realisieren lässt. Daher ist eine verbindliche und drastische zeitliche Reduktion der individuellen Erwerbsarbeit notwendig. Die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit hat mit Lohn- und Personalausgleich zu erfolgen, wobei Mindestlöhne realisiert werden müssen. So kann den sinkenden Reallöhnen und der zunehmenden Arbeitsintensivierung entgegengewirkt werden. Darüber hinaus ist insbesondere für Menschen mit Sorgeverpflichtungen eine grundlegende soziale Absicherung auch jenseits der Erwerbsarbeit notwendig. Hier bietet sich das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens an, das ohne Bedarfsprüfung an jedes Individuum gezahlt wird und in der Höhe so ausgestattet ist, dass es die Existenz sichert und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.

Zweitens gilt es, die auf Freiwilligkeit beruhende, individuell geleistete Reproduktionsarbeit mit einem deutlich ausgebauten Netz staatlich oder genossenschaftlich angebotener Dienstleistungen zu verbinden. Notwendig ist der Ausbau von vergemeinschafteten, staatlichen oder genossenschaftlichen Angeboten im Bereich der Kinderbetreuung sowie der Altenpflege, die überall dort zum Einsatz kommen sollten, wo Tätigkeiten innerhalb von Familien nicht realisierbar sind oder gemeinschaftliche Care Work mehr Qualität hervorbringt. Auch qualitativ hochwertige Bildungsangebote und umfassende Gesundheitsversorgung würden viele familiäre Reproduktionstätigkeiten erleichtern. Der gesellschaftlich vorhandene Reichtum macht es möglich, diese Dienstleistungen von professionell ausgebildetem Personal steuerfinanziert anzubieten und damit allen Menschen zur Verfügung zu stellen. Ferner gilt es darüber nachzudenken, wie auch die Debatte um Commons oder Allmende, die sich ebenfalls der kapitalistischen Warenwirtschaft entziehen und den Gebrauchswert betonen, im Sinne einer Care-Revolution erweitert werden kann. Zwar beziehen sich noch viele dieser Initiativen auf Güter wie beispielsweise Lebensmittel. Bei Projekten zum generationenübergreifenden Wohnen jedoch sind bereits die Stärken dieser auf Gemeinschaft orientierten Care-Aktivitäten zu erkennen.

Gleichzeitig ist drittens eine gesellschaftliche Aufwertung von Care-Arbeit wichtig. Zunächst sind personennahe Dienstleistungen deutlich höher zu entlohnen. Dies würde für alle Menschen, vor allem die vielen Frauen, die in diesem Bereich tätig sind, endlich existenzsichernde Löhne bedeuten. Es ist völlig unangemessen, dass der Umgang mit Maschinen weiterhin besser bezahlt wird als die Betreuung und Pflege von Menschen. Mit der Aufwertung von Care-Arbeit, verbunden mit humanen Aufenthaltsgesetzen, ließen sich auch die finanziellen und rechtlichen Arbeitsbedingungen von migrantischen Angestellten in der häuslichen, aber auch in der privatwirtschaftlichen und staatlichen Betreuungs- und Pflegearbeit verbessern und legalisieren. Mit der zeitlichen Reduktion von Erwerbsarbeit bei gleichzeitig finanzieller Existenzsicherung und einem Ausbau und einer Aufwertung von personennahen Dienstleistungen lässt sich Arbeit im ganz umfassenden Sinne, also inklusive der Reproduktionsarbeit, auch zwischen den Geschlechtern umverteilen.

Die dargestellten Maßnahmen einer Care-Revolution, die für eine ökonomisch hoch entwickelte Gesellschaft als Selbstverständlichkeit gelten müssten, sind nicht einfach zu realisieren, da sie kostenintensiv sind und Profitraten beeinträchtigen. Notwendig ist daher eine gesellschaftliche Mobilisierung von unten. Ausgangspunkt für Widersetzungspraxen und die Gestaltung eines selbstbestimmten Lebens sind kollektive Selbstreflexionsprozesse, die an alltäglichen Erfahrungen anknüpfen. Dabei wird deutlich, dass persönliche Einschränkungen der Lebensperspektiven keine individuelle Angelegenheit sind, sondern auf strukturelle, veränderbare Bedingungen zurückzuführen sind. Hier sind die geforderten Zeitressourcen gleichzeitig wiederum die Voraussetzung für zivilgesellschaftliches Engagement, bei dem sich Menschen klar darüber werden, dass sie in ihren vielfältigen Auseinandersetzungen auch gemeinsame Ziele verfolgen. Vielen geht es jenseits von bipolaren Geschlechterzuordnungen um ein selbstbestimmtes Leben, in dem neben Arbeit – Lohn- und Reproduktionsarbeit – Zeiten der Muße wichtig sind. Hier ergeben sich zahlreiche inhaltliche Anschlüsse an Initiativen und Netzwerke, die sich mit sozialen, aber auch ökologischen Transformationsprozessen auseinandersetzen. Verbindend könnte die radikale Erkenntnis sein, dass menschliche Lebensinteressen nicht über profitorientierte Kapitalakkumulation zu verwirklichen sind, sondern nur durch gemeinschaftliches Handeln und Solidarität. Insofern verstärken an der Care-Revolution orientierte politische Aktivitäten antikapitalistische Politiken und eröffnen neu gewendete Debatten um sozialistische Visionen.

Literatur

- Brückner, Margrit (2010): Entwicklungen der Care-Debatte. Wurzeln und Begrifflichkeiten, in: Schmidbaur, Marianne/Apitzsch, Ursula (Hrsg.): Care und Migration. Die Ent-Sorgung menschlicher Reproduktionsarbeit entlang von Geschlechter- und Armutsgrenzen, Leverkusen/Opladen, S. 43–58.
- Buckel, Sonja (2012): «Managing Migration». Eine intersektionale Kapitalismusanalyse am Beispiel der Europäischen Migrationspolitik, in: Berliner Journal für Soziologie 22, S. 79–100.
- Delphy, Christine (1985): Der Hauptfeind, in: Schwarzer, Alice (Hrsg.): Lohn, Liebe. Zum Wert der Frauennarbeit, Frankfurt a. M., S. 149–172.
- Fraser, Nancy (2009): Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 54, S. 43–57.
- Kontos, Silvia/Walser, Karin (1979): Weil nur zählt, was Geld einbringt. Probleme der Hausfrauenarbeit, Gelnhausen.
- Lenze, Anne (2008): In schlechter Verfassung. Familienpolitik in Deutschland, in: vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik 47, S.15–22.
- Krüger, Stephan: Allgemeine Theorie der Kapitalakkumulation. Konjunkturzyklus und langfristige Entwicklungstendenzen, Hamburg 2010.
- Madörin, Mascha (2006): Plädoyer für eine eigenständige Theorie der Care-Ökonomie, in: Niechoj, Thorsten/Tullney, Marco (Hrsg.): Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie, Marburg, S. 277–297.
- Marx, Karl (1973): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band, Berlin.
- Matuschek, Ingo/Kleemann, Frank/Voß, G. Günther (2008): Subjektivierete Taylorisierung als Beherrschung der Arbeitsperson, in: Prokla 38, S. 49–64.
- Nowak, Iris/Hausotter, Jette/Winker, Gabriele (2012): Entgrenzung in Industrie und Altenpflege. Perspektiven erweiterter Handlungsfähigkeit der Beschäftigten, in: WSI Mitteilungen 4/2012, S. 272–280.
- Riegel, Christine/Scherr, Albert/Stauber, Barbara (2010): Transdisziplinäre Jugendforschung. Grundlagen und Forschungskonzepte 2010, Wiesbaden.

- Rürup, Bert/Gruescu, Sandra (2003): Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin.
- Soiland, Tove: Gender oder Von der Passförmigkeit des Subversiven über die Konvergenz von Kritik und Sozialtechnologie – Sowiport, in: Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften 2009, S. 409–419.
- Voß, Günther/Pongratz, Hans (1998): Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der «Ware Arbeitskraft», in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 50, S. 131–158.
- Winker, Gabriele (2012): Care Revolution, in: ABC der Alternativen 2.0. Von Alltagskultur bis Zivilgesellschaft, Hamburg, S. 48 f., abrufbar unter: www.vsa-verlag.de/nc/buecher/detail/artikel/abc-der-alternativen-20/ (Stand 4.4.2013).
- Winker, Gabriele/Carstensen, Tanja (2007): Eigenverantwortung in Beruf und Familie. Vom Arbeitskraftunternehmer zur ArbeitskraftmanagerIn, in: Feministische Studien 25, S. 277–288.
- Winker, Gabriele/Degele, Nina (2009): Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten, Bielefeld.
- Winker, Gabriele/Degele, Nina (2011): «Leistung muss sich wieder lohnen». Zur intersektionalen Analyse kultureller Symbole, in: Knüttel, Katharina/Fretschner, Rainer/Seeliger, Martin (Hrsg.): Intersektionalität und Kulturindustrie. Zum Verhältnis sozialer Kategorien und kultureller Repräsentationen, Bielefeld, S. 25–53.

Judith Dellheim

ZUR KRITIK DER FINANZIALISIERUNG

EIN DISKUSSIONSBEITRAG AUS DER PERSPEKTIVE LAUFENDER ARBEIT ZUR SOZIALÖKOLOGISCHEN TRANSFORMATION

Die Ergebnisform «Konferenz-Reader» erlaubt Skizzen, ermutigt dazu, Fragen zu formulieren und Arbeitspläne zu entwickeln. So wird die Aufgabe, den Konferenzbeitrag weiter auszuführen, zum Anlass genommen, um die eigene Arbeit zum sozialökologischen Umbau zu reflektieren und Impulse für den Austausch zu gesellschaftlichen Entwicklungen und Suchprozessen sozialistischer Kräfte vorzubereiten. Kurz zum Aufbau des Beitrages: «Vorbemerkungen» stellen zentrale Fragen vor und begründen das Vorgehen, was mit «wenigen Anmerkungen zu viel zitierten Schriften» fortgesetzt wird. Dies führt zu «einem Zwischenfazit, um weiter zu fragen» und «in kurze Krisenreflexionen». Davon werden «einige Schlussfolgerungen und Herausforderungen» abgeleitet.

Vorbemerkungen

In den Debatten von gesellschaftskritischen Intellektuellen wie in den Diskussionen der Linken kommt – mehr oder weniger direkt und begrifflich gefasst – der Finanzialisierung ein hoher Stellenwert zu. Das ist leicht erklärbar, denn es geht um die Ursachen der Wirtschafts- und Finanzkrise, um Möglichkeiten und Grenzen, sie und zugleich die Ernährungs-, Klima/Umwelt-, Energie/Ressourcenkrisen sowie die komplexe Reproduktionskrise nachhaltig zu mildern und zu lösen. Viele aus den sozialistischen, linkssozialdemokratischen und linksliberalen Spektren beziehen sich auf Rosa Luxemburg, Antonio Gramsci und Elinor Ostrom. Auch das ist kaum verwunderlich, denn in diesen Milieus wird Finanzialisierung mehr oder weniger komplex im Kontext mit kapitalistischer Landnahme, Hegemoniekämpfen und Commons- bzw. Gemeingüterproblematik diskutiert. In Deutschland wird ferner häufig auf Burkart Lutz und Klaus Dörre verwiesen, in der stark italienisch geprägten europäischen Debatte um die Bewegungslinken auf Giovanni Arrighi und David Harvey. Zur Illustration nur zwei Beispiele: Gut zwei Wochen nach der Transformationskonferenz der

Rosa-Luxemburg-Stiftung stritten namhafte WissenschaftlerInnen und Studierende am Beispiel der Wirtschaftswissenschaften über den «Beitrag der Wissenschaft zur Lösung großer Zukunftsfragen» (TransformWissen 2012). Der kontroverse Austausch fand im Rahmen der Tagung «Schafft Wissenschaft die große Transformation?» statt. In der Gesprächsrunde wurden zumindest drei bzw. vier Forderungen artikuliert, die nicht zuletzt sozialistische TransformationsforscherInnen herausfordern: die «großen Krisen des Kapitalismus» – insbesondere die jüngste – und die eigene Auseinandersetzung mit ihnen reflektieren: (1) das transformative Potenzial im Erbe von Elinor und Vincent Ostrom erschließen: die Debatte zum Menschenbild führen und dabei auf das Lernen und Handeln von Akteuren fokussieren; die soziale Bedeutung der Commons bzw. der Gemeingüter erschließen; (2) von Schumpeter lernend die Wirtschaftswissenschaften an den gesellschaftlichen Problemen orientieren; und (3) wirtschaftswissenschaftlich wie praktisch an der «Großen Transformation» mitwirken.

Dabei wurde das 1989 von Burkhart Lutz herausgegebene Buch «Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts» (Lutz 1989) gewürdigt. Linke wissenschaftliche Kapitalismus- und WachstumskritikerInnen in Deutschland, insbesondere um Klaus Dörre (z. B. Dörre 2011; Dörre/Lessenich/Rosa 2009), beziehen sich stark auf diese Schrift, in der wiederum Luxemburgs Landnahme-Erzählung zentral ist.

Das zweite Beispiel betrifft die beiden an der Rosa-Luxemburg-Stiftung in den Monaten November und Dezember 2012 stattgefundenen internationalen Workshops zur Schuldenproblematik (Dellheim 2012b; Rosa-Luxemburg-Stiftung 2012). Dort wurde insbesondere durch den renommierten Wirtschaftswissenschaftler Jan Toporowski, gestützt auf Rosa Luxemburg, und den italienischen Bewegungsaktivisten Antonio Tricarico, der sich auf Giovanni Arrighi und David Harvey bezog, herausgearbeitet, dass die fortschreitende Finanzialisierung dazu führen könnte, sozialökologische Transformation als sozialistisches Projekt unmöglich zu machen: Ihre Hauptakteure bewirken und forcieren die verheerende Tendenz, die sozialen und natürlichen Lebensbedingungen der Menschen über Finanzmarktategorien zu bewerten, über Finanzmarktakteure Lebensnotwendiges zu kommerzialisieren, umzuverteilen, sich anzueignen, zu reproduzieren bzw. zu zerstören. Sie setzen, erneuern und erweitern sozial wie ökologisch destruktive Produktions- und Konsumtionsstrukturen, sie militarisieren und organisieren Gewalt, machen schließlich selbst Naturverschmutzung und Naturzerstörung zum Gegenstand von Finanzialisierung und damit von Kapitalakkumulation.

Beide Redner haben mit den Workshop-TeilnehmerInnen beraten, wie die Linken in ihrer anhaltenden politischen Defensive diese Tendenz verlangsamen und stoppen, wie sie den Verursachern Widerstand entgegensetzen und sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklungen organisieren können. Sie beteiligten sich an der globalen Aktionswoche gegen die «Finanzialisierung der Commons und des Lebens» vom 23. bis 27. Januar 2013 (Firenze 2012) und haben für das Jahr 2013 drei Verabredungen

getroffen. Erstens werden sie die Analyse zum Komplex Schulden/Austeritätspolitik/Finanzialisierung/kapitalistische Oligarchien/Produktions- und Konsumtionsstrukturen/Hegemonie/sozialökologischer Umbau bzw. sozialökologische Transformation unter besonderer Berücksichtigung des «Falls Griechenland» fortsetzen. Zweitens wollen sie zu Commons, Gemeingütern und dem Öffentlichen weiterarbeiten und das Transformatorische wie die Grenzen im Erbe von Elinor und Vincent Ostrom diskutieren. Drittens werden sie im Kontext der ersten beiden Fragen und darüber hinaus über Methoden transformativer Wirtschaftswissenschaft und wirtschaftswissenschaftlicher Lehre debattieren (Dellheim 2012b).

Der hier vorgelegte Diskussionsbeitrag soll helfen, die Verabredungen einzulösen und die Teilnahme sozialistischer WissenschaftlerInnen an gesellschaftskritischen Debatten zu qualifizieren. Zugleich soll er Anregungen für linke Strategiediskussionen geben. Er soll, indem er an Gedanken von Toporowski und Tricarico anknüpft und punktuell Schriften von Luxemburg, Gramsci, Lutz, Arrighi, Harvey, Dörre sowie eigene bisherige Arbeiten fortsetzt, zeigen: Die Geschichte der großen Krisen ist nicht zuletzt eine Geschichte des Finanzkapitals und der Kapitaloligarchien und der von ihnen vorangetriebenen Finanzialisierung. Vor allem Kapitaloligarchien haben bewirkt, dass die Zirkulation von Geld und Geldkapital zunehmend über Finanzmärkte erfolgt, die von institutionellen Finanzmarktakteuren dominiert werden. Dabei wurden und werden Kapitalakkumulation, kapitalistische Produktionsweise und gesellschaftliche Reproduktion transformiert. Das Leitbild neoliberaler Gesellschaftsentwicklung – der/die UnternehmerIn der eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge – wird erlebbar mit dem Attribut «nach liquiden, auf Finanzmärkten einsetzbaren Geldmitteln suchend» präzisiert.

Unter «Kapitaloligarchien» werden hier – anknüpfend an Arbeiten aus den Jahren 2011/2012 (Dellheim u. a. 2012) – verstanden: Gruppen bzw. Netzwerke von RepräsentantInnen (EigentümerInnen, ManagerInnen) hoch konzentrierten Kapitals in den Zentren bzw. an den Knotenpunkten des Wirtschaftslebens – insbesondere in den Bereichen Energie, Transport, Agrobusiness, militärisch-industrieller Komplex bzw. «Sicherheit», Hochtechnologien und Finanzen – und in den wichtigsten über die Wirtschaft hinausgehenden Sphären des gesellschaftlichen Lebens: «der» Politik, Wissenschaft, Kultur und Medien, «dem» Recht und der «öffentlichen Ordnung». Sie verfügen über das Potenzial, zur Durchsetzung ihrer Interessen anderen Akteuren einen Tribut abzuwingen, Bedingungen zu diktieren, Ressourcen, Einkommen, Vermögen umzuverteilen, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung relevant zu beeinflussen bzw. zu bestimmen. Die Kapitaloligarchien akkumulieren (Finanz-) Kapital.

Energie, Transport, Agrobusiness und «militärisch-industrieller Komplex sind in ihrer wechselseitigen Verquickung die größten Ressourcenverbraucher und Klima-/Naturverschmutzer bzw. -zerstörer. Ihre Dynamik wird immer wieder neu angetrieben durch Hochtechnologien und Finanzbewegungen. Dieses «zerstörerische

Quartett» sowie der Hightech-Bereich und der Finanzbereich (4+2) bestimmen die gesamten Produktions- und Konsumtionsstrukturen, die Produktions- und Lebensweisen der Gesellschaft (Dellheim u. a. 2012: 69–73; Dellheim 2012a). Sie bilden die materielle Basis kapitalistischer Landnahme. Deren Verlangsamung und Stopp sind Grundbedingungen für den Beginn sozialökologischer Transformation. Sie verlangen strukturelle Zurückdrängung und Überwindung von Finanzialisierung. Aber dies kann nur erreicht werden, wenn Menschen sich gegen Fremdbestimmung und Gewalt wehren – Menschen, die selbstbestimmt, solidarisch und ökologisch leben wollen. Heute bedeutet dies vor allem zu erreichen, dass die Lebensbedingungen «nicht noch mehr» über Finanzmarktakteure bestimmt werden, dass also unter dem «Schuldendruck» nicht noch mehr Öffentliches privatisiert und direkt zum Objekt der Finanzialisierung wird. Privatisierung vereinzelt, senkt soziale Standards, peitscht Finanzmärkte an und damit das Natur zerstörende «Quartett». Enger denn je hängen armutsfeste soziale Mindeststandards, Verteidigung, Demokratisierung und Aneignung des Öffentlichen bzw. von Gemeingütern sowie sozialer Zusammenhalt und Bedingungen für ökologischen Umbau zusammen. Die Linken in Deutschland und in der EU sollten daher die Kämpfe um armutsfeste soziale Mindeststandards, Gemeingüter, sozialen Zusammenhang und Ökologie bewusst organisieren und damit (endlich) bewusst und konsequent für emanzipativ-solidarische und daher ökologische Lebensweisen streiten. Dafür kann «Stopp der Landnahmen» ein konstruktiver Kampfbegriff werden, der zugleich Solidarität mit den Kämpfen der global Armen um Böden, Wälder, Gewässer, Naturressourcen kommuniziert.

Wenige Anmerkungen zu viel zitierten Schriften

Rosa Luxemburgs «Akkumulation des Kapitals» kann ausgehend von folgender Überlegung (neu) gelesen und so ihre Landnahme-These angeeignet werden: Die Hauptakteure kapitalistischer Produktionsweise bringen in ihrem Streben nach maximaler Kapitalverwertung Vergesellschaftungstendenzen hervor, die die natürlichen und sozialen Lebensbedingungen zerstören und größere soziale Gruppen und ganze Völker von ihrer Aneignung ausgrenzen. Sie erweitern, mehren und intensivieren kapitaldominierte Ausbeutungs- und Konkurrenzverhältnisse, unterwerfen sich menschliche Schöpfer- und Arbeitskraft und die Natur. Sie deformieren und ruinieren Menschen, verschwenden und vernichten Ressourcen in Raum und Zeit. Das schließt nicht aus, dass für große Teile moderner Gesellschaften neue Möglichkeiten individueller Selbstverwirklichung entstehen.

Die Expansion der Räume und Dimensionen konkreter Kapitalverwertung, Raub, Krieg und Kolonialismus, Übernahmen, Konkurrenz, Gewalt, Fremdbestimmung, Übernutzung der Natur und Korruption sind zugleich Ausdruck der Strategie der Kapitaloligarchien, ihre eigene Stabilität zu sichern und Planbarkeit herzustellen. Ein wesentliches Mittel ist Finanzialisierung. Dabei zirkulieren Geld, Schuldscheine,

Wertpapiere und Finanzen; finden Verteilung, Umverteilung und Enteignung von Einkommen, Vermögen, Ressourcen statt, wird spekuliert.

Sinn und Zweck der konkreten sozialen Analysen ist es, die Wirklichkeit zu verstehen und zu verändern. Schließlich soll es jenen, die in Gleichheit frei leben wollen, gelingen, die Unterdrückten, Fremdbestimmten, die Ausgebeuteten und Korruptierten zu ermutigen, zu befähigen und zu organisieren, um sich, den Kindern und Enkeln, jeder und jedem ein gutes Leben zu ermöglichen.

Luxemburgs «Landnahme», die die vollständige Realisierung des neu geschaffenen Mehrwerts an die Existenz und Eroberung vorkapitalistischer sozialökonomischer Milieus bindet, kann ausgehend von den obigen Überlegungen kritisiert und korrigiert werden. Die Korrektur ist möglich, weil Luxemburg die kapitalistische Produktionsweise radikal analysiert und die marxische Akkumulationstheorie qualifizieren will. Auf einer solchen Grundlage können ihre Aussagen so reflektiert werden, dass der Wachstums- und Expansionsdrang des Kapitals und seine Tendenz, in konkreten Räumen und Zeiten Überakkumulation zu produzieren, komplexer gefasst werden, als sie dies tut.

Luxemburgs «Landnahme» kann als Ressourcenbeschaffung, Erschließung von neuen Möglichkeiten und Räumen für die Verwertung konkreten Kapitals und als Sicherung von gesellschaftlichen bzw. gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen für die Kapitalakkumulation, für die kapitalistische Produktionsweise insgesamt interpretiert werden. Eignet man sich zugleich Rosa Luxemburgs Verständnis von sozialistischer Politik an, muss mit der theoretischen Arbeit unentwegt nach Handlungsmöglichkeiten für die emanzipativ-solidarischen Kräfte und den daraus zu ziehenden strategischen Konsequenzen gefragt werden.

Antonio Gramsci hat Rosa Luxemburgs Anspruch geteilt und ein Verständnis von Gesetzmäßigkeiten gesellschaftlicher Entwicklung, das menschliches Handeln nur als Vollzug dieser Gesetzmäßigkeiten versteht, als Ansatz des mechanischen Marxismus kritisiert. Man müsse «gegen den Ökonomismus nicht nur in der Theorie der Geschichtsschreibung kämpfen», «sondern auch in der politischen Theorie und Praxis. Auf diesem Feld muss die Gegenreaktion auf dem Terrain des Hegemoniebegriffs [den Gramsci explizit mit Lenin verband; J. D.] zurückgeführt werden, so wie sie praktisch bei der Entwicklung der Theorie der politischen Partei und bei der praktischen Entwicklung des Lebens bestimmter politischer Parteien geführt worden ist» (Gramsci 1992).

In Gramscis reichem Erbe findet sich der Begriff «organisch» häufig und in vielfältiger Verwendung. Er steht für die Entwicklung von Individuen, für hoch komplizierte, hochgradig differenzierte soziale Komplexe, und er fordert auf, an die Diskussion sozialer, ökologischer und politischer Fragen konkret-historisch heranzugehen. «Das Individuum tritt nicht durch Aneinanderreihung in Verhältnisse mit den anderen Menschen ein, sondern organisch, also indem es eine Teilnahme an Organismen eingeht, von ganz einfachen bis zu sehr komplexen. Ebenso tritt der Mensch nicht

einfach aufgrund der Tatsache, dass er selbst Natur ist, ins Verhältnis zur Natur, sondern tätig, mittels der Arbeit und der Technik. Mehr noch. Diese Verhältnisse sind nicht mechanisch. [...] sie entsprechen einem größeren oder geringeren Grad des Verständnisses, das der Einzelmensch von ihnen hat. Daher kann man sagen, dass jeder in dem Maße selbst anders wird, sich verändert, in dem er die Gesamtheit der Verhältnisse, deren Verknüpfungszentrum er ist, anders werden lässt und verändert» (Gramsci 1992 ff.: 1348)

Mit dem Terminus «organisch» kritisiert Gramsci Versuche, komplizierte und komplexe Entwicklungen allzu einfach zu erklären. Dies gilt erst recht für eine «organische Krise» bzw. für eine «Hegemoniekrise oder die Krise des Staates in seiner Gesamtheit» (Gramsci 1992 ff.: 1578).

Bei Burkart Lutz' «Klassiker» von 1989, «Der kurze Traum immerwährender Prosperität», gibt es keine direkten (wohl aber inhaltliche) Bezüge auf Antonio Gramsci. Lutz macht zum einen bei Luxemburg einen «Mechanismus industriell-marktwirtschaftlicher Expansion mit der ihm eigentümlichen Janusgestalt von Wohlstandsmehrung [...] im expandierenden Sektor einerseits und völliger Gleichgültigkeit gegenüber den zerstörerischen Folgen dieser Expansion in den in Besitz genommenen Feldern traditioneller Wirtschaftstätigkeit und Lebensweise andererseits» aus. Zum anderen zeigt er «eine Fülle von Berührungspunkten mit aktuellen Erfahrungen, Diskussionen und Analysen» (Lutz 1989: 61) auf. Schließlich könnte «jeder Wachstumsschub als eine Phase je spezifischer «Landnahme» durch den expandierenden industriell-marktwirtschaftlichen Teil der Volks- bzw. Weltwirtschaft» (ebd.: 62) beschrieben werden. Dieser «Teil» wird jedoch bei Lutz nur begrenzt analysiert. Kritisch sei vermerkt, dass es bei Lutz nur eine begrenzte, keineswegs radikale Auseinandersetzung mit den Hauptakteuren der kapitalistischen Akkumulation bzw. Produktionsweise gibt. Folglich gibt es auch keine explizite kritisch-solidarische Parteinahme für ihre emanzipativen Gegner.

Lutz' Umgang mit Luxemburgs Landnahme mündet insbesondere in die Erklärung des «zentralen Dilemmas von Weimar» (ebd.: 184): «Erfolgreiche wohlfahrtsstaatliche Politik ist nur bei einem politischen Basiskonsens möglich, der in der Weimarer Republik deshalb nicht erreicht werden konnte, weil eine solche Politik mit den aktuell dominanten Interessen sowohl der Industrie wie des traditionellen Sektors unvereinbar war. [...] Nur auf dem Hintergrund dieser Problemlage [...] ist z. B. zu verstehen, warum das Zentrum, das [...] zunächst im Bündnis mit der Sozialdemokratie wohlfahrtsstaatliche Politik selbst entwickelt und vorangetrieben hatte, sich unter dem Druck seiner [...] stark im traditionellen Sektor beheimateten Wählerklientel in der [...] großen Depression weitgehend von dieser Politik distanzierte» (ebd.: 184f.).

Damit ist die Frage gestellt, ob im herrschenden Block jene Kräfte dominieren, die im engen Interesse der Kapitaloligarchien der Gesellschaft und vor allem ihren schwächsten Gruppen einen Tribut durch Landnahme abverlangen, ihre Profite vor allem durch gesteigerte Ausbeutung der Arbeitskräfte, durch Inbesitznahme und Aus-

plünderung des Öffentlichen wie der Natur mehrten wollen, oder aber jene, die Kapitalakkumulation mit verbesserten Lebensbedingungen für gesellschaftliche Mehrheiten zu verbinden suchen.

Im klaren Unterschied zur Marginalisierung des Finanzbereiches durch Lutz interessiert sich Giovanni Arrighi stark für Bewegungen des Finanzkapitals. Er hat Gramscis Hegemoniebegriff erneut auf internationale Beziehungen angewandt und die These entwickelt, dass finanzielle Expansion einem Hegemoniewechsel in den zwischenstaatlichen Verhältnissen vorausgeht. «Die Vorstellung war die, dass die führenden kapitalistischen Organisationen der jeweiligen Epoche auch die führenden Kräfte der finanziellen Expansion sein würden, die immer auftritt, wenn die materielle Ausweitung der Produktivkräfte ihre Grenzen erreicht hat. Die innere Logik dieses Prozesses [...] besteht darin, dass mit der Verschärfung der Konkurrenz Investitionen in die materielle Ökonomie immer riskanter werden. Das verstärkt die Liquiditätspräferenz des akkumulierenden Kapitals und erzeugt so auf der Angebotsseite die Voraussetzungen der finanziellen Expansion. Daran schließt sich natürlich die Frage an, wie auf der Nachfrageseite die Bedingungen für eine finanzielle Expansion geschaffen werden. Hier habe ich auf den Gedanken von Max Weber zurückgegriffen, dass die zwischenstaatliche Konkurrenz um mobiles Kapital eine welthistorische Besonderheit der modernen Zeit ist. Mein Argument ist, dass diese Konkurrenz die für die finanzielle Expansion erforderliche Nachfrage erzeugt» (Arrighi 1994: 21 f.). Produktiv sind der aufgezeigte widersprüchliche Zusammenhang zwischen Finanzialisierung und Ringen um Hegemonie und die Frage nach dabei stattfindender Veränderung von Staaten und Staat. Zu eng scheint dagegen die Fokussierung dieser spezifischen Form kapitalistischer Landnahme durch Finanzialisierung auf zwischenstaatliche Beziehungen.

In «The Long Twentieth Century» hatte Arrighi die aufeinanderfolgenden Etappen erst räumlicher und territorialer, dann finanzieller Expansion der Kapitalakkumulation von internationalen Hegemonialmächten aufgezeigt. Die finanzielle Expansion geht mit einer Schwächung der bisherigen Hegemonialmacht einher, was zu Verwerfungen in der internationalen Arena, zur Störung der globalen Ordnung führt. Diese wird erst wieder durch eine neue Hegemonialkraft hergestellt, die sich auf einen neuen sozialen Block stützt. Derartige Hegemonialmächte waren, so Arrighi, nacheinander Genua, die Niederlande, Großbritannien und schließlich die Vereinigten Staaten (ebd.: 14 u. 20 ff.). «Wer in der besten Position ist, einen neuen *spatial fix* [dieser Begriff stammt von Harvey und meint die beste ausländische Anlage des überakkumulierten Kapitals; J. D.] zu finden, wird ihn umsetzen – jedes Mal in einem noch größeren «container». [...] Jetzt (d. h. im 21. Jahrhundert; J. D.) kann sich dieser Prozess nicht in gleicher Weise fortsetzen, weil es keinen neuen, noch größeren Container gibt, der die Vereinigten Staaten ersetzen könnte» (ebd.: 46).

Die USA, für die Arrighi mit den Finanzkrisen der 1970er Jahre trotz erfolgreicher «monetaristischer Konterrevolution» (ebd.: 33) «eine Signalkrise» (ebd.: 42) final

schwindender Hegemonialmacht ausmache, wehren sich aggressiv dagegen, nicht mehr der global entscheidende Raum für die globalisierte Kapitalakkumulation zu sein. Zugleich schwindet auch das Gewicht der Europäischen Union in der Weltwirtschaft, die gleichfalls Gegenstrategien entwickelt: Für die Realisierung hegemonialer Interessen sind Ressourcenverknappung, Migration, Klimawandel und andere globale «Unsicherheiten» bzw. «Gefährdungen» Probleme, auf die es angesichts eines rückläufigen Anteils der EU an der Weltbevölkerung und Weltwirtschaft schwieriger wird, offensive Antworten zu finden.

Arrighis Kollege David Harvey versuchte dessen These von der Landnahme durch Finanzialisierung aufzunehmen. Transformation der Kapitalakkumulation sei möglich, weil der «Kapitalismus entweder ein bereits bestehendes «Außen» nutzen (nichtkapitalistische Gesellschaften oder ein bestimmtes Gebiet innerhalb des Kapitalismus – wie etwa die Bildung –, das noch nicht proletarisiert worden ist) oder ein solches aktiv herstellen [kann]» (Harvey 2005: 140). «Ein solches aktiv herstellen» bedeutet, Landnahme organisieren. Harvey hat erklärt, dass bei der Kapitalakkumulation, die ständig Räume produziere und zerstöre, den Investitionen ein besonderer Stellenwert zukomme. Sie würden zunächst konkreten Kapitalkreisläufen entzogen und zur Organisation neuer Kreisläufe gebraucht. So können Investitionen in die kommerzialisierte, privatisierte, finanzialisierte Bildung, Gesundheit und Pflege usw. zeitweise Überakkumulation mildern. Harvey spricht hier von «Akkumulation durch Enteignung» (Harvey 2007:147). Wo dies zu massenhafter Zerstörung führe, entstehe ein neues Außen, in das der Staat später «Reparaturinvestitionen» tätigen oder solche honorieren könne, um neue Überakkumulation zu mildern (ebd.: 147 f.).

«Ein Schlüsselement zur Erweiterung der kapitalistischen Klassenherrschaft funktionierte über die Finanzialisierung» (Harvey 2009: 105). Harvey stellt eine mit Finanzialisierung einhergehende Machtzentralisierung der kapitalistischen Klasse und eine Machtzunahme der «verbliebenen Banken und Finanzinstitutionen» fest und fragt nach Veränderungen von Akteuren der Kapitalakkumulation: «Wir erleben eine Machterweiterung dieses Wirtschaftssegments. [...] Tatsächlich bewegen wir uns mit der ganzen Ökonomie auf eine Diktatur der Welt-Zentralbanken zu. Innerhalb des Staatsapparates existiert ein «Staat-Finanz-Nexus» [...], so dass nicht wirklich unterschieden werden kann, ob man es mit dem Staat oder der Finanzwirtschaft zu tun hat» (ebd.: 107).

Begriffe wie «das Kapital», «der Staat», «der Kapitalismus» sind abstrakt. Sie können Probleme und Tendenzen beschreiben wie: «Der Kapitalismus behandelt viele fundamentale Elemente im Netz des Lebens als Waren, obwohl sie nicht wie Waren hergestellt werden. Dies trifft auf die Arbeit zu, auf all das, was wir oft als «Natur» bezeichnen, wie auch auf spezifische Formen unserer sozialen Existenz (am offensichtlichsten auf Geld, aber auch auf solche Aspekte wie Kultur, Tradition, Intelligenz, Gedächtnis, wie auch die physische Reproduktion der Gattung)» (Harvey 2007: 120). Derartige Begriffe sind jedoch nur begrenzt geeignet, um den Mechanismus konkreter Finanzialisierung als organischer Landnahme zu erklären.

Finanzkrisen bewirken «den Übergang von Eigentum und Macht auf diejenigen, die ihre eigenen Vermögenswerte schützen können» (Harvey 2005: 145). Klaus Dörre spricht von gegenwärtiger «(finanz-)marktgetriebener Landnahme» (Dörre 2011), deren «Humus» Überakkumulation und «Überliquidität auf den Finanzmärkten» (ebd.) sei. Er erklärt «die Aufwertung des fiktiven Kapitals» als den «Modus operandi kapitalistischer Landnahmen» und «Verschuldung, Kredit und Zinseinkommen [...] als eigentlichen Motor einer Dynamik, die die Grenzen kapitalistischer Akkumulation zu überwinden sucht, indem sie genau dort ansetzt, wo die fordistische Landnahme mit «Landpreisgabe», also mit De-Kommodifizierung verbunden war. Nunmehr wird «Land genommen», indem marktbegrenzende Institutionen geschwächt, die ökologischen Krisen mittels Technologie und Auspreisung der Atmosphäre zur profitablen Anlagensphäre umfunktioniert und mehr oder minder alle gesellschaftlichen Funktionsbereiche dem Leitprinzip schöpferischer Zerstörung unterworfen werden» (Dörre 2011). Dörre erklärt diese Landnahmen aus dem Wirken «einer Super-Struktur» transnational agierender Konzerne (weniger als 0,5 Prozent von diesen), ihrem Einfluss unter den «marktbeherrschenden Unternehmen» und aus der neoliberalen Ideologie, die das Privatunternehmerische zur einzig legitimen und effizienten Form wirtschaftlichen Handelns erklärt. Dabei käme «marktbeherrschenden Unternehmen im Finanzmarktkapitalismus eine ähnliche Rolle» zu «wie sie in früheren Epochen allein Staaten innehatten. Mehr noch, die Staaten setzen offenbar alles daran, den Wettbewerb zwischen den internationalen Konzernen zu beeinflussen» (Dörre 2011). «Beeinflussen» meint hier, gezielt forcieren, um marktradikale Hegemonie bzw. Hegemonie in einer konkreten Weltwirtschaftsregion zu organisieren bzw. zu verteidigen.

Beim «Staat» bleibt Dörre abstrakt: Der Zusammenhang zwischen dem Staat als konzentrierter Zusammenfassung von gesellschaftlichen Machtverhältnissen und den «marktbeherrschenden Unternehmen» bleibt vage. Über diese Unternehmen verwirklichen aber sehr konkrete Akteure ihre Interessen, die sich in sehr konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen, insbesondere Produktionsverhältnissen, bewegen und diese – und damit auch «den Staat» – folgeschwer verändern. Es sind Kapitaloligarchien, die hier weiter analysiert werden sollen. Da erweisen sich das «Verdichtungskonzept» von Nicos Poulantzas und seine Weiterführung durch Bob Jessop als hilfreich bzw. unverzichtbar.

Dörre deutet Landnahme als spezifische – sekundäre – «Ausbeutungsordnung», in der «die Rationalität des Äquivalentenaustauschs» nur bedingt gilt. Er unterscheidet «Landnahmen erster und zweiter Ordnung»: «Landnahmen erster Ordnung folgen dem von Marx und Luxemburg skizzierten Muster naiver Akkumulation, der Kommodifizierung mittels Disziplinierung und gewaltsamer Enteignung. Landnahmen zweiter Ordnung okkupieren hingegen Territorien, Institutionen, Milieus und soziale Gruppen, die bereits Objekte oder Resultat ursprünglicher Landnahmen waren und nun für die aktive Herstellung eines nichtkapitalistischen Andern genutzt werden. Die finanzkapitalistische Landnahme folgt einem solchen Muster, weil sie Lohnab-

hängigenmacht zersetzt und Sozialbürger enteignet. Im globalen Maßstab interagieren Landnahmen erster und zweiter Ordnung jedoch in vielfältigen Austauschbeziehungen» (Dörre 2011).

Warum aber haben die Akteure der Landnahmen sich zumeist durchgesetzt, können «Lohnabhängigenmacht» zersetzen und «Sozialbürger» enteignen? Es reicht offenbar nicht, von «Unternehmen und Staaten bzw. ihren führenden Repräsentanten» zu sprechen, von «Eigentümern, Managern, Finanziers, Regierungen etc.», denen über die «Innen-Außen-Dialektik kapitalistischer Landnahmen» ein «Möglichkeitsraum» für die Nutzung «sekundärer Ausbeutungsmechanismen» erschlossen wird. Dörre arbeitet heraus, dass «Akkumulation durch Enteignung» bzw. der Modus operandi von Landnahmen immer staatliche Intervention verlangt.

«Die Überlebensfähigkeit des finanzkapitalistischen Modus operandi beruht geradezu auf einer Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen, auf einer Okkupation von Institutionen, Produktionsformen, Arbeitssystemen, Handlungs- und Denkschemata, die ihren Ursprung teilweise in früheren historischen Phasen, im sozialen Kapitalismus oder wie im Osten Deutschlands auch im staatsbürokratischen Sozialismus haben» (Dörre 2011). Eine solche «Okkupation» als Dauerzustand kann aber nur gelingen, wenn die Okkupanten mit Teilen der Bevölkerung eine Interessenübereinstimmung zu ihren Konditionen organisieren, wenn sie führen und Zwang gebrauchen können. Landnahmen und Hegemonie gehören zusammen. Sie gehen mit konkreten Produktions- und Konsumtionsstrukturen zusammen, mit dem «zerstörerischen Quartett», dem Hightech-Bereich und der Finanzsphäre. Hinter diesem «4+2» stehen konkrete Kapitalkreisläufe, Finanzkapitalkreisläufe, Finanzbewegungen. Sie produzieren den Drang nach neuen Landnahmen, die sehr verschieden sein können.

«Differenziert man zwischen Landnahmen erster und zweiter Ordnung, so wird indessen sichtbar, dass es sich bei der Doppelkrise [Dörre meint die Ökonomie- und Ökologiekrise der 2008/2009 «zutage getretenen Krise»; J.D.] um eine zeitliche Synchronisation unterschiedlicher Ursachenkomplexe und Krisentreiber handelt. Die derzeit akuten klimaschädlichen Treibhausgasemissionen stammen teilweise noch aus der Epoche des fordistischen Industriekapitalismus. In Gegenwart und Zukunft werden die Emissionen wohl in hohem Maße von Landnahmen erster Ordnung verursacht, die den Schwellenländern ein Aufholen ermöglichen. Zweifellos bedeutet die Integration von China wie der anderen BRICS-Staaten in die Weltwirtschaft eine spezifische Landnahme. Das Problem besteht nicht pauschal darin, sondern dass diese Integration in einer Art und Weise und in einem globalen Zusammen- und Gegenspiel erfolgt, dass Landnahme Zerstörung sozialer und ökologischer Lebensbedingungen forciert, Konkurrenz um neue Landnahmen anpeitscht. So bewirken Prekarisierung und zunehmende soziale Ungleichheiten, dass ökologische Nachhaltigkeitsziele auch im globalen Norden ins Hintertreffen geraten. Je größer die Ungleichheit zwischen Klassen und Schichten, je ausgeprägter die soziale Unsicherheit und je härter der Wettbewerb um positionale Güter (Güter, die

den sozialen Status ihrer Besitzer/innen charakterisieren) und sozialen Status, desto schwerer wird es, ökologische Präferenzen politisch mehrheitsfähig und durchsetzbar zu machen. [...] Das gilt gleichermaßen im nationalen wie im internationalen Maßstab. Das europäische Management der Finanz-, Währungs- und Fiskalkrise stellt die Weichen gegenwärtig jedoch in die entgegengesetzte Richtung. Dass es in einigen Staaten auch nach 2009 zu teilweise dramatischen Wachstumseinbrüchen gekommen ist, verdankt sich ironischerweise einer europäischen Politik, die den Modus operandi finanzkapitalistischer Landnahmen zu stabilisieren sucht. [...] Es gehört zu den unbequemen Wahrheiten, dass die Energien politischer Eliten von dieser Art Krisenmanagement [...] für ein ökologisches Umsteuern kaum Spielräume lassen» (Dörre 2011).

Damit ist der Komplex Kapitalakkumulation/große Krisen/Finanzialisierung/Kapitaloligarchien/ökologische Transformation ansatzweise thematisiert.

Ein Zwischenfazit, um weiter zu fragen

Finanzialisierung kann als spezifische Landnahme erklärt werden. Finanzialisierung erfolgt als

- Expansion von Finanzbeziehungen im Kontext fortschreitender Kapitalakkumulation;
- Verwandlung von liquidem Geld in Kapital, das seinem Eigentümer bzw. seiner Eigentümerin dank unbezahlter gesellschaftlicher Arbeit und Umverteilung von Einkommen wie Vermögen Rendite bringt. Es nimmt die Form von Wertpapieren oder auch anderer Symbole an und fungiert als fiktives Kapital. Es wird durch Finanzinstitutionen konzentriert, zirkuliert, zentralisiert;
- Durchdringung der gesellschaftlichen Produktion und der Wirtschaft durch Finanzmarktakteure und die von ihnen ausgehenden Formen der Wirtschaftskoordination und Kontrolle, wodurch auch das gesamte gesellschaftliche Leben geprägt wird;
- stabile bzw. zunehmende Beeinflussung individueller Denk-, Handlungs- und Verhaltensweisen durch Finanzmarktakteure.

Wird also Finanzialisierung mit Kapitalakkumulation in Beziehung gesetzt – und anders ist sie historisch nicht erklärbar –, dann muss die Entwicklung des Kapitalverhältnisses in seiner Ganzheit analysiert werden. Es geht um die Aneignung der gesellschaftlichen Arbeit in ihrer Komplexität.

Die Auflistung der Finanzialisierungsformen reflektiert zum einen Entwicklung, Transformation von Kapitalverhältnissen, kapitalistischer Produktionsweise und von durch sie geprägten gesellschaftlichen Lebensweisen. Zum anderen spiegelt sie ein mehr oder weniger unterschiedliches Verständnis von Finanzialisierung. Die damit verbundene mehr oder weniger verschiedene Begriffsverwendung hat in der Diskussion zu manchem Missverständnis geführt. Bei der im nächsten Abschnitt folgenden kurzen Behandlung der vier großen Krisen wird Finanzialisierung dreifach gefasst:

1) als – zeitweise dramatische – Expansion von Finanzoperationen zwecks Neuorganisation konkreter Kapitalakkumulation durch Landnahme, 2) als Entwicklungstendenz, die ausgehend von der zeitweisen spezifischen Gestaltung einzelner Prozesse und Angelegenheiten mittels Finanzmarktoperationen und -akteuren immer mehr zur Realität im individuellen und gesellschaftlichen Alltag wird und 3) als stabile und umfassende Reproduktion gesellschaftlicher Zustände, da die Produktions- und Lebensweisen von Finanzmarktoperationen und -akteuren relevant beeinflusst bzw. bestimmt werden.

Damit dominieren zeitweise tendenziell bzw. stabil Akteure der Finanzinstitutionen bzw. der Finanzmärkte wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie Stoffwechselprozesse mit der Natur. Die mächtigsten Akteure der Finanzinstitutionen gehören zu den Kapitaloligarchien.

Wenn hier zugleich von Finanzmarktoperationen und Finanzmarktakteuren gesprochen wird, so deshalb, weil es eine Tendenz gibt, Finanzmärkte als anonyme Übermächtige darzustellen. Es ist aber dringend erforderlich, konkret nach den Akteuren der Finanzialisierung, ihrer Bedeutung für Finanzkapitalakkumulation, deren Opfer und Gegner zu fragen.

Das «Finanzkapital» entwickelte sich im 19. Jahrhundert mit den Aktiengesellschaften, die wiederum aus dem Interesse von Unternehmern und Geldbesitzern herrühren, mit der Entwicklung der Produktivkräfte steigende Mindestkapitalerfordernisse zu managen, neue Kapitalverwertungsmöglichkeiten zu erschließen und zu realisieren. Rudolf Hilferding hatte ausgehend von Dritten Band des marxschen «Kapital» formuliert: «Ein immer wachsender Teil des Kapitals der Industrie gehört nicht den Industriellen, die es anwenden. Sie erhalten die Verfügung über das Kapital nur durch die Bank, die ihnen gegenüber den Eigentümer vertritt. Andererseits muss die Bank einen immer wachsenden Teil ihrer Kapitalien in der Industrie fixieren. Sie wird damit in immer größerem Umfang industrieller Kapitalist. – *Ich nenne das Bankkapital, also Kapital in Geldform, das auf diese Weise in Wirklichkeit in industrielles Kapital verwandelt ist, das Finanzkapital.* Den Eigentümern gegenüber behält es stets Geldform, ist von ihnen in Form von Geldkapital, zinstragendem Kapital, angelegt und kann von ihnen stets in Geldform zurückgezogen werden.– In Wirklichkeit aber ist der größte Teil des so bei den Banken angelegten Kapitals in industrielles, produktives Kapital (Produktionsmittel und Arbeitskraft) verwandelt und im Produktionsprozess fixiert. Ein immer größerer Teil des in der Industrie verwendeten Kapitals ist Finanzkapital, Kapital in der Verfügung der Banken und in der Verwendung der Industriellen» (Hilferding 1947: 305 f.).

Es kann also weitergehend gefragt werden:

- Welche Zusammenhänge bestehen zwischen der Finanzialisierung, der Bewegung von Finanzkapital und den großen Krisen? Was bedeutet dies für die Entwicklung von Kapitaloligarchien als Akteuren des Finanzkapitals für gesellschaftliche Entwicklung?

- Was signalisieren die großen internationalen Weltwirtschaftskrisen, die 1873, 1929, 1973 und 2008 auch in Deutschland angekommen waren? Worin besteht der spezifisch deutsche Kontext?
- Welche Konsequenzen resultieren aus den Analysen für sozialistische Akteure bzw. für Akteure der sozialökologischen Transformation? Welche Schlussfolgerungen und weitere Forschungsfragen ergeben sich für sozialistische WirtschaftswissenschaftlerInnen?

Kurze Krisenreflexion

Die internationalen Wirtschaftskrisen 1873, 1929, 1973 und 2008 und ihre Spezifik in Deutschland haben mit der Akkumulation von Finanzkapital zu tun, sie fanden aber immer auch im Zusammenhang mit Kriegen statt – ein Zusammenhang, der in der gegenwärtigen Situation oft übersehen wird. Die Krisen 1873, 1929 und 2008 werden in der Literatur vielfach im Kontext mit Bankenkrisen diskutiert. Die besonderen Bankenprobleme in Deutschland waren 1873 ihre hohen Anlagen in Aktien und Immobilien, 1931 die hohe Nettoauslandsverschuldung von Banken, Firmen und Regierung, 2008 die hohen Bankanlagen in Derivaten. Die Krise 1973 gehört nicht in die Reihe der Bankenkrisen, weshalb sie in der Literatur vielfach nicht als große internationale Wirtschaftskrise, sondern als «Erdölkrise» behandelt wird. Die großen Krisen sind ferner unterschiedlich mit zyklischen Wirtschaftsbewegungen und Strukturkrisen verbunden.

Im Rahmen dieses Textes können nur wenige Ausführungen gemacht werden. Es werden vor allem die Fragen des Zusammenhangs von Finanzialisierung und den großen Krisen gerade mit Blick auf Deutschland thematisiert.

Zur Krise 1873: Nachdem Deutschland den Krieg gegen Frankreich gewonnen hatte, musste Frankreich Reparationen zahlen, die in die Staatshaushalte und an die Börse flossen. Deutsche Linke engagierten sich für die Pariser Kommune, die mit aktiver Unterstützung der deutschen Eliten brutal niedergeschlagen wurde. Nach der Großen Depression (1873–1896) waren in Deutschland die Produktivkräfte, die Kapitalorganisation und die Sozialstrukturen, die Produktions- und Lebensweisen durch industrielle Großproduktion, Netzwerkbildung von Kapitaleliten und Kapitaloligarchien gegenüber der Ausgangssituation Anfang der 1870er Jahre grundlegend umgewandelt. Dazu gehörte auch, dass die Lohnabhängigen in größerem Maße in sozialen und politischen Zusammenschlüssen organisiert waren.

1870 wurde das Konzessionssystem für Aktiengesellschaften abgeschafft und das Normativsystem eingeführt.¹ Eine Gesetzesänderung begünstigte die Gründung von ca. 938 Aktiengesellschaften allein im Zeitraum 1871 bis 1873. Die Gründungen

¹ Beim Konzessionssystem bedurfte es einer behördlichen Genehmigung, um als Aktiengesellschaft agieren zu dürfen. Beim Normativsystem mussten besondere juristische Mindestanforderungen erfüllt sein. War das der Fall, war keine staatliche Mitwirkung für die Etablierung einer Aktiengesellschaft erforderlich.

waren vielfach nicht Unternehmensneugründungen, sondern eine Umwandlung bestehender Unternehmen in Aktiengesellschaften, um an der haussierenden Börse Zeichnungsgewinne zu erzielen. Die Bankakteure waren ebenso daran interessiert, sahen aber auch die Risiken. Sie gründeten Investmentbanken, die diese Risiken übernahmen.

So wurden 1871 bis 1873 ca. 140 neue Aktienbanken gegründet, deren Sinn und Zweck es war, Aktiengesellschaften an die Börse zu bringen und eigenes Kapital zu mehren. In dieser Zeit vervierfachte sich das Bankenskapital. Mit dem Kreditgeschäft wurde die Boden- und Bauspekulation enorm ausgedehnt. Der wachsende Markt für innovative Finanzprodukte hatte noch eine zweite Quelle: Im Verlauf von zwei Jahren flossen französische Reparationen in Höhe von ca. 15 Prozent des deutschen Sozialprodukts. Sie landeten zum großen Teil an den Börsen. Als dritte Quelle kam hinzu, dass mit der Einführung der Goldwährung und damit von neuen Goldmünzen die Silbermünzen nicht entsprechend eingezogen wurden.

Dies und die zusätzliche Giralgeldschöpfung² bewirkten innerhalb von drei Jahren eine Erhöhung der Geldmenge M2 (des laufenden Bargelds – ohne Kassenbestände der monetären Finanzinstitute und der täglich fälligen Zahlungen bei den monetären Finanzinstituten plus der Einlagen mit relativ kurzer Laufzeit bzw. kurzer Kündigungsfrist) um 45 Prozent.

Nach den Banken in Österreich und den USA krachte in Berlin die Quistorische Vereinsbank, die besonders mit Immobilien- und Bauspekulationen verquickt war. Börsen-, Aktien- und Spekulationsunternehmen gingen in den Ruin. Von den 938 Neugründungen von Aktiengesellschaften waren zur Jahreswende 1873/74 ca. 700 zahlungsunfähig. Mit dem Krisenbeginn kam es zu Zusammenschlüssen von Unternehmen, um dem Preisverfall entgegenzuwirken. An dem dem erneuten wirtschaftlichen Aufschwung ab Mitte der 1890er Jahre hatten derartige Zusammenschlüsse einen wichtigen Anteil, insbesondere in der Grundstoff-, Schwer- und Elektroindustrie sowie im Verkehr. Mit der Gründung bzw. Weiterentwicklung von Holdings bzw. Kapitalgruppen entwickelten sich in Deutschland und Großbritannien wie in den USA besondere Wirtschaftseinheiten zur Kapitalmehrung, zum Management von Ansprüchen und Rechten. Sie waren hochgradig mit Finanzgeschäften und der Kolonialpolitik verknüpft.

Die erfolgreichen Unternehmen erlitten insgesamt keinen Schaden durch die staatliche Regulierung bzw. die Gesetze von 1876 bis 1896, die ihre wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen stabilisierten und insbesondere die Bedingungen für ihre Ressourcenversorgung absicherten. Sie gewannen mit der deutschen Kriegsvorbereitung, der herrschenden Landnahmepolitik bis 1914 (Burhop 2011; Grabas 2009; Plumpe 2009).

2 Auf der Grundlage freier Liquiditätsreserven können Geschäftsbanken durch Kreditvergabe Buch- bzw. Giralgeld schaffen. Vgl. auch <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/6295/giralgeldschoepfung-v8.html>.

Im Rahmen eines Forschungsprojekts an der Universität Trier wurden für den Zeitraum von 1896 bis 1938 über 300 Unternehmen in Deutschland, den USA und Frankreich auf ihre wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen untersucht (siehe zu diesem Projekt Windolf 2003). Es konnte empirisch belegt werden, dass die Direktoren der großen Aktiengesellschaften in Reaktion auf die Krise, die Große Depression und das drastisch gestiegene notwendige Mindestkapital der Großunternehmen ein «relativ dichtes Netzwerk» (Windolf 2006: 191) aufspannten. «Der Aufsichtsrat, in dem sich die Direktoren der Banken und anderer Großunternehmen trafen, war nicht nur ein passives Kontrollorgan, sondern wirkte häufig aktiv an wichtigen Unternehmensentscheidungen mit. Die im Aufsichtsrat vertretenen Bankdirektoren fungierten als Makler für große Aufträge und vermittelten Verhandlungen über Fusionen oder Unternehmenskäufe. Im Netzwerk wurden wichtige Informationen verbreitet, von denen Außenseiter ausgeschlossen waren. Manager erwarben hier *tacit knowledge* über ihre Kollegen in anderen Unternehmen, an die sie Kredite oder Aufträge vergaben» (ebd.: 191) Die Bankdirektoren und Manager spielten eine große Rolle bei der Besetzung der Aufsichtsräte (ebd.: 193). In der Unternehmensverflechtung als «Teil eines umfassenden Koordinations- und Kontrollsystems» repräsentierten die Banken eine unternehmensübergreifende Rationalität, die sie versuchten, in den «Kontrollorganen der Aktiengesellschaften durchzusetzen» (ebd.: 194). Es ging um Berechenbarkeit bei der Eigenkapitalentwicklung, bei Krediten und Anleihen, bei technischer Innovation, kapitalintensiver Massenproduktion und wirtschaftlicher Expansion. In diesem Kontext wird in der Studie von «Gelegenheitsstrukturen» (ebd.: 215) gesprochen.

Die deutschen Banken sahen sich wegen ihres hohen Kreditengagements «gezwungen, die Industrieunternehmen zu kontrollieren» (ebd.: 216). Das versuchten sie über Repräsentanz und Schlüsselrollen in den Aufsichtsräten und über Koordinierung im Netzwerk der Großbanken (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Kontrolle der Banken in Netzwerken in Deutschland

Beziehungen im Netzwerk	1896 (1)	1914 (2)	1928 (3)	1933 (4)	1938 (5)
von Bank zu Bank	10	41	123	94	68
Beziehungen pro Bank	0,33	0,87	2,1	1,6	1,4
von Banken zu Industrieunternehmen	76	207	426	296	252
Beziehungen pro Bank	2,5	4,4	7,2	5,2	5,4
Industrie zu Banken	12	30	114	67	77
Beziehungen pro Bank	0,4	0,06	1,9	1,2	1,6
indegree/outdegree (in Prozent)	15,8	14,5	26,8	22,6	30,6
Anteil Unternehmen mit Banker im Aufsichtsrat (in Prozent)	25,3	40,9	59,4	47,4	48,4
Anteil Unternehmen mit mehr als drei Banker im Aufsichtsrat (in Prozent)	3,8	7,2	18,9	9,5	7,6
Anteil von Unternehmen mit Banker als Aufsichtsratsvorsitzender	13,7	14,5	23	22	24,8
Anzahl der Banken	30	47	59	57	47

Quelle: Windolf 2006: 213.

«Zusammenfassend können wir sagen, dass die intrasektorale Verflechtung in Deutschland relativ hoch war und zwischen 1896 und 1938 kontinuierlich anstieg. [...] Die relativ hohe intersektorale Verflechtung in Deutschland zwischen einigen Wirtschaftszweigen der Schwerindustrie (Kohle, Stahl, Chemie, Maschinenbau) verweist darauf, dass das Netz als Substitut für vertikale Integration genutzt wurde bzw. Vorläufer für einen vertikalen Konzern war. Die deutschen Banken waren mit den Sektoren der Schwerindustrie relativ stark verflochten, hatten aber – im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen – nicht die höchste durchschnittliche Verflechtungsdichte» (ebd.: 220).

Daraus hat das Forschungskollektiv allerdings nicht gefolgert, dass eine neue Qualität von Kapitalbeziehungen entstanden war, die sowohl die Ausbeutung der Arbeitskräfte verschärfte, kleinere Unternehmen verschiedenen Zwangs- und Umverteilungsverhältnissen unterwarf, die Konkurrenzverhältnisse auf verschiedenen Ebenen anpeitschte und Expansionsbestrebungen produzierte. Hilferding hatte festgestellt: «Es ist klar, dass mit zunehmender Konzentration des Eigentums die Besitzer des fiktiven Kapitals, das die Macht über die Banken, und desjenigen, das die Macht über die Industrie gibt, immer mehr identisch werden. Dies umso mehr, als [...] die Großbank immer mehr auch die Verfügungsgewalt über das fiktive Kapital gewinnt. – Hatten wir bisher gesehen, wie die Industrie immer mehr in Abhängigkeit gerät vom Bankkapital, so bedeutet das durchaus nicht, dass auch die Industriemagnaten abhängig

werden von Bankmagnaten. Wie vielmehr das Kapital selbst auf seiner höchsten Stufe zum Finanzkapital wird, so vereinigt der Kapitalmagnat, der Finanzkapitalist, immer mehr die Verfügung über das gesamte nationale Kapital in der Form gleichermaßen der Beherrschung des Industrie- wie des Bankkapitals. Auch hier spielt die Personalunion eine wichtige Rolle» (Hilferding 1947: 306).

Die Personalunion ist die Grundform der Kapitaloligarchie. Diese interessierte das genannte Forschungskollektiv eher indirekt. Deshalb hat es der Frage, wie mit den intra- und intersektorialen Verflechtungen Produktions- und Konsumtionsstrukturen verändert wurden, nur geringe Aufmerksamkeit geschenkt.

Gegen 1910 hatte Deutschland das britische Arbeitsproduktivitätsniveau erreicht. In der Eisen- und Stahlindustrie, in der elektrotechnischen und der chemischen Industrie war Deutschland international führend.

Die Krise 1929ff.: Deutschland war nach verlorenem Ersten Weltkrieg, Kolonien- und Gebietsabtretung wie drastischen Reparationszahlungen 1928 in die Rezession gerutscht, wesentlich verstärkt durch die Regierungspolitik; Kapitaloligarchien bestimmten zunehmend das Wirtschaftsleben. In den USA mündeten soziale Kämpfe und eine Neuorientierung im herrschenden Block in den New Deal. «Als die USA in den 1930er Jahren hegemonial wurden, waren sie zugleich ein führendes Zentrum der Arbeiterkämpfe» (Arrighi 2009: 31). Der New Deal erleichterte die Umstellung der Wirtschaft auf den Krieg und wurde zugleich durch diesen Krieg beendet, das heißt, der New Deal zielte auf eine Gesellschaftsreform, die jedoch mit dem Zweiten Weltkrieg abgebrochen wurde.

Die Zerschlagung der faschistischen Militärmaschinerie durch kämpfende Volksmassen, gestützt auf die umgestellte Wirtschaft, hat wahrlich «die Welt verändert». Das Finanzkapital erfuhr eine gewisse Kontrolle.

Um die Exporte zur Zahlung von Reparationen – wozu zeitweise hohe Inflation organisiert wurde – zu stimulieren, baute die deutsche Regierung bis 1930 die Zölle ab bzw. setzte sie aus. Mit dem Dawes-Abkommen von 1924 wurde den Zins- und Tilgungszahlungen an private ausländische Investoren der Vorrang gegenüber Reparationszahlungen eingeräumt, um ausländische Investoren anzulocken. Diese blieben hingegen selbst nach Rückkehr zum Goldstandard zurückhaltend und liehen ausschließlich kurzfristige Darlehen an deutsche Großbanken. Die Großbanken transformierten Guthaben in ausländischer Währung in Reichsmark, kreditierten die öffentlichen Hände und die private Industrie. Die war insbesondere in der Chemie-, der Automobil- und der Elektrobranche innovativ. Die Großbanken hielten zwei Fünftel ihrer Depositen als Auslandsgelder. Sie waren objektiv mit gravierenden Nachkriegsproblemen konfrontiert: Bei erbittert umkämpftem Bankenmarkt waren die Profitmagen niedrig und die Kapitalausstattung der Banken schwach (Burhop 2011: 10f.).

Nach dem Schwarzen Freitag an der Wall Street von 1929 versiegten die Kapitalströme aus den USA und die amerikanische Nachfrage nach deutschen Waren. Dem

US-amerikanischen Börsenkrach waren spekulative Aufschwünge einerseits, Krisen in der Rohstoffproduktion, in der Landwirtschaft und im Immobilienbereich andererseits vorausgegangen.

Erst hatte eine kleine reiche Oberschicht, dann hatten zahlreiche BürgerInnen mit liquiden Geldmitteln spekuliert und die Aktienkurse hochgetrieben. Besonders beliebt war die Spekulation mit Investment Trusts. Die Folge war, dass die Firmenanteile «mehr wert» waren als die Firmen selbst.

Seit 1929 sind Krisen in Deutschland nicht mehr ohne die Zusammenhänge mit US-amerikanischen Wirtschaftsentwicklungen zu verstehen. Dort gewann das *holding building* bzw. der *securisation process* an Intensität, womit Grundlagen für spätere Landnahme-Strategien von Transnationalen Unternehmen (TNC) geschaffen wurden.

Die deutsche Regierung wollte mittels Inflation die Staatsfinanzen stärken. Brünnings Reparationsmoratorium vom Juni 1930 führte zum Run aus der deutschen Währung und zum Run auf die Kreditinstitute, um Guthaben abzuheben. Fremdwährungsdepositen wurden von den Banken abgezogen. Das gekrachte Großtextilunternehmen Bremer Nordwolle – es war das größte in Kontinentaleuropa – riss seine Kreditgeber Dresdner Bank und Darmstädter Nationalbank mit in den Strudel. Der Stützungsfonds aus 43 Banken spielte keine entscheidende Rolle bei der Bankenrettung, aber die reichsbankeigene Golddiskontbank setzte enorme Finanzmittel ein.

Mitte Juli 1930 erwirkte Reichsfinanzminister Dietrich, dass erste Maßnahmen zur Bankenstabilisierung mittels der Reichskreditgesellschaft eingeleitet wurden. Das kam zuerst und vor allem der Dresdner Bank als Refinanzierer von 1.300 Kreditgenossenschaften und Finanzier von Ländern und Kommunen zugute. Private Banken, der Bankensektor insgesamt, wurden staatlich gerettet (Burhop 2011; Wixforth 2011). «Staatliches Handeln manifestierte sich [...] bei verschiedenen Akteuren, wie etwa einzelnen Ministerien, [...] der Reichsbank und eben der Reichskreditgesellschaft. Risiken staatlichen Handelns ließen sich so auf verschiedene Akteure verteilen. Andererseits war auch ein abgestimmter und situationsadäquater Einsatz der einzelnen staatlichen Organe möglich» (Wixforth 2011: 93). Damit wuchs die Rolle staatlicher Akteure für den Finanzbereich und in den Kapitaloligarchien.

Der Bankensektor fiel dem Nazi-Staat fast vollständig in die Hände: Dazu gehörten die «öffentlichen» Banken, die Sparkassen, die Reichskreditgesellschaft sowie die direkt oder vermittelt staatlichen Anteile an den geretteten Banken. Nachdem im Frühjahr 1936 die staatlich gestützten Banken Deutsche Bank, Commerzbank und Dresdner Bank wirtschaftlich erstarbt waren, begann die Reprivatisierung. Dabei wurde die volle Zahlung der an den Staat zu leistenden Verbindlichkeiten, insbesondere die Rückzahlungen von Anleihen, weitgehend hinfällig. So verzichtete der Nazi-Staat bei der Reprivatisierung zum Beispiel der Commerzbank auf 38,7, der Dresdner und Danat-Bank auf 556,6 Millionen Reichsmark (Ziegler 2011: 67 u. 70). Vor allem aber verzichtete er auf Regulierungsmöglichkeiten, weil er sie nicht brauchte; weil es

keine relevanten Interessenkonflikte in Sachen Landnahme, hier im Sinne von totalitärer Kriegsvorbereitung, gab. Diese Interessenübereinstimmung machte sich nicht zuletzt daran fest, dass den Reprivatisierungen nur relativ geringe Veränderungen in den Bankenaufsichtsräten folgten, wenngleich Nazi-Repräsentanten in die Aufsichtsräte kooptiert wurden (ebd.: 92).

Betrachtet man die Anleihen der Banken an den Staat und ihre Rolle in den erwähnten Netzwerken, kann trotz eines rückläufigen Verhältnisses der Anlagenmärkte zum Bruttoinlandsprodukt von 44 Prozent im Jahr 1913 auf 35 Prozent im Jahr 1929 und 18 Prozent im Jahr 1938 kein Bedeutungsverlust der Banken ausgemacht werden. Mit der Staatsschuld und den Kriegsvorbereitungen festigten die Bankeliten ihre Positionen in den Kapitaloligarchien und in den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Machtstrukturen insgesamt. Die Herrschenden richteten die Wirtschaftsstrukturen ander «Bedürfnissen der Kriegsführung» als einer besonderen «Landnahme» aus: an spezifischer Energie-, Grundstoff- und Waffen-, Verkehrs- und Kommunikationsindustrie.

Mit dem New Deal und im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges wurde das Finanzkapital weitgehend nach keynesianischen Prinzipien staatlich kontrolliert (Serfati 2009: 10). Das war insbesondere deshalb möglich, weil die Schaffung und Reproduktion großer Wirtschaftseinheiten und Infrastrukturen die Kooperation von führenden Industrie-, Bank- und Staatskreisen verlangte. Staatliche Akteure/der Staat waren relevante Eigentümer von Betrieben und Einrichtungen, von Aktienpaketen und gewichtigen Aktienanteilen. Dies beförderte den gesellschaftlichen Interessenausgleich und die Kooperation staatlicher Akteure/des Staats mit den Akteuren des Finanzkapitals, der Kapitaloligarchien, zu denen ja immer konkrete politische und staatliche Akteure gehörten. Die Kontrolle störte nicht, sondern ermöglichte Stabilität, um Kapitalakkumulation zu realisieren und neue Landnahmen zu organisieren.

Zur Krise 1973: Sie brach aus, nachdem die USA den Krieg in Vietnam verloren und in der Weltwirtschaft neue Akteure ihre gewonnene politische und wirtschaftliche Macht bewiesen hatten; nachdem die emanzipativen Bewegungen in den 1960er Jahren individuelle Freiheiten im sozialen Leben aufgewertet hatten. Mit gewaltigen Umbrüchen in den Produktivkräften in sich wandelnder kapitaldominierter sozialer Form beginnt die Globalisierung. Sie ist durch das wachsende Gewicht transnationaler Unternehmen, entgrenzte Betriebsabläufe, intensive Investitionstätigkeit im Ausland, relativ verselbstständigte Finanzmärkte und eine neue Betriebsweise gekennzeichnet.

Drei Begriffe genügen, um die Dramatik des Jahres 1973 zu illustrieren: «Erdölpreisanstieg», überraschende «Wechselkursfreigabe» des Dollar durch Nixon im August 1973, der mit US-Hilfe organisierte faschistische Putsch in Chile. Die Niederlage der USA im Vietnamkrieg mündete in eine dramatische Haushalts- und Dollarkrise, in den Verlust des Dollar als Leitwährung und nicht zuletzt in eine tiefe gesellschaftspolitische und Wirtschaftskrise. Anfang der 1970er Jahre wur-

den im militärisch-industriellen Komplex der USA, dessen Geschichte mit dem Zweiten Weltkrieg begann, entwickelte Technologien in die zivile Wirtschaft eingeführt. Große Banken und Kreditinstitute setzten zunehmend neue elektronische Zahlungssysteme und computerisierte Datenabfragesysteme zur Einzahlung und Kreditvergabe ein. Renten- und Investmentfonds sowie Versicherungsgesellschaften folgten. Zeitgleich begannen Wertpapiertransaktionen dank liquider Geldmittel zu expandieren.

Das Ölembargo der OPEC vom Oktober 1973 verschärfte die Inflation und erhöhte die Arbeitslosigkeit in den westlichen Industrieländern. Preiserhöhungen wurden von Unternehmern und ihren Interessenvertretungen mit Lohndruck, Forderungen nach Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und Deregulierung zwecks «Effektivierung» und Kostenreduzierung beantwortet. Es gab heftige Abwehrkämpfe der Gewerkschaften. Die Fähigkeit zu einer kohärenten Wirtschaftspolitik sank. Die Krisenauswirkungen im Verkehrssektor wurden von den Herrschenden genutzt, um die Außen- und Entwicklungs- und Sicherheitspolitik noch stärker auf «Versorgungssicherheit» auszurichten.

Zwei Tatsachen, die zeitlich mit tief gehenden technologischen und sozialen Wandlungen zusammenfielen, waren von besonderer wirtschaftspolitischer und wirtschaftlicher Relevanz:

- Der Liquiditätsgewinn der Erdöl- und Rohstoffproduzenten bzw. der Staaten in den Förderländern floss in die Banken der westlichen Industriestaaten und erhöhte deren Liquidität erheblich. Die Banken dehnten ihre Geschäfte aus. Die Rohstoffproduzenten nahmen Kredite auf. Sie spekulierten auf anhaltend hohe bzw. steigende Rohstoffpreise. Da diese jedoch Anfang der 1980er Jahre drastisch sanken, wurde 1982 Mexiko zahlungsunfähig. Argentinien und Brasilien gerieten ebenfalls in den Strudel. Die Forderungen ihnen gegenüber wurden vielfach verbrieft und gegen hohe Abschläge weiterverkauft. Es wurde mit Staatsschulden spekuliert und an Landnahmen «gearbeitet».
- Ab 1971 wurde es in den USA allgemeine Praxis, dass nicht mehr die Anleger, sondern die Verkäufer der Wertpapiere – also vor allem die Banken – für Ratings zahlen. Seit Mitte der 1970er Jahre ist in den USA gesetzlich geregelt, dass Börsenmakler ihre Kapitalrückstellungen danach richten müssen, ob sie von Ratingagenturen als «investment grade» oder «non investment grade» bewertet werden. So wurden Standard & Poor's, Moody's und Fitch zu Beratern und Partnern von Regierenden, ParlamentarierInnen, staatlichen und staatsnahen öffentlichen und privaten Institutionen. Der US-amerikanische Employee Retirement Income Security Act von 1974 gestattete es den Pensions- und Versicherungsgesellschaften nun auch am Aktienmarkt zu agieren. Aus Sparern wurden Anleger mit anderen Interessen: Wer spart, will langfristig planbaren Gewinn, wer anlegt, hofft bzw. spekuliert auf kurzfristigen Gewinn. Die skizzierten Entwicklungen hatten auch Auswirkungen auf die Bundesrepublik (Dellheim 2012b: 7 ff.; Reich 2008).

War in Westdeutschland die «konjunkturelle Delle» von 1967 noch mithilfe staatlicher Konjunkturprogramme schnell und wirksam bekämpft worden, so erwies sich die Globalsteuerung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes für die Auseinandersetzung mit der Krise 1973 und den Wirtschaftsproblemen in den Folgejahren als wenig erfolgreich. Es wurde immer deutlicher, dass Wachstumsschwäche, Inflation, Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung, soziale Konflikte nicht mit Methoden beantwortet werden konnten, die auf einen gesellschaftlichen Konsens dank prosperierender Volkswirtschaft, wachsendem Bevölkerungswohlstand und erhöhtem internationalen Ansehen der Bundesrepublik zielten. Die weltwirtschaftlichen Bedingungen hatten sich verändert, die stärksten Wirtschaftsakteure wollten ein verändertes Außenwirtschaftsregime und mehr Spielraum, um international konkurrenzfähig zu sein.

Mit dem Übergang der Bundesbank zur Hochzinspolitik, den Bundestagsbeschlüssen zu den Steuersenkungen 1977 und 1978 sowie den Aktivitäten zur Regelung der Wechselkurse in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wurde ein wirtschaftspolitischer Richtungswechsel eingeleitet.

Anfang der 1980er begann man in der alten Bundesrepublik, die in den USA der 1970er Jahre stattgefundenen Strukturumbrüche nachzuholen. Das betraf insbesondere die breite Einführung der Mikroelektronik, der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien. 1983 gründeten Großindustrielle ihren Europäischen Runden Tisch. Seit der Einheitlichen Akte und spätestens seit dem Maastrichter Vertrag wurde in EG bzw. EU Wirtschaftspolitik an globaler Konkurrenzfähigkeit ausgerichtet, wurde auf ihnen dienende Finanzmärkte, freie Kapitalflüsse, auf Finanzmarktintegration gesetzt. Es setzte eine neue Phase der Landnahme ein. Die Sicherheitspolitik nach innen und außen wurde an diese Ziele angepasst.

Seit Ende der 1960er Jahre unterwerfen sich die Institutionen der Europäischen Union dem Rating der drei großen US-amerikanischen Agenturen («Big 3»). Den Anfang machte 1967 die Europäische Investitionsbank. Die Eigentümer an den «Big 3» sind «an allen Investmentbanken und an allen US-Unternehmen beteiligt, die zum Index der 500 wichtigsten Unternehmen gehören, der von S&P erstellt wird und eine Grundlage für die spekulativen Transaktionen der Eigentümer bildet» (Rügener 2012, 62). Das sind vor allem Unternehmen in den schon genannten Kernbereichen Energie, Transport, Agrobusiness, «Sicherheit», Hightech und Finanzen.

Die Ratingagenturen erweisen sich als «der verlängerte Arm ihrer Eigentümer» (ebd.: 10). Diese sind wiederum «Miteigentümer der anderen Miteigentümer» (ebd.: 61). Die Agenturen, ihre Eigentümer und die an diesen beteiligten Unternehmen sind zugleich Kunden der Big 4³ unter den Wirtschaftsprüfern, der großen Wirt-

3 «Big 4» meint die vier Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, die die überwiegende Mehrheit der börsennotierten Kapitalgesellschaften weltweit prüfen und beraten: Deloitte Touche Tohmatsu, PricewaterhouseCoopers (PwC), Ernst & Young und KPMG. Vgl. auch http://de.wikipedia.org/wiki/Big_Four_Prozent28Wirtschaftspr_ProzentC3_ProzentBCfungsgesellschaften_Prozent29

schaftskanzleien und Unternehmensberater. Sie haben ihren rechtlichen Sitz in Finanzoasen (ebd.: 61 f.). Dafür ist eine Regierungs- und Staatsnähe eine entscheidende Voraussetzung, wie Rügemer schreibt. «Es handelt sich um eine privat bestimmte Regulationsform, die staatlichen Schutz genießt» (ebd.: 64). Allerdings sieht er Ratingagenturen eher losgelöst von der Entwicklung von Wirtschafts- und Sozialstrukturen, von Akteurs- und Interessenkonstellationen, von mit ihnen verbundenen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Dabei zeigen seine Analysen zu den Eigentumsverhältnissen der Big 3 deutliche Verquickungen mit den erneut zu nennenden «4+2» (den Kernbereichen der Kapitaloligarchie: Energie, Transport, Agrobusiness, Sicherheit sowie Hightech und Finanzen) (Dellheim 2012b: 8) – die die sozial und ökologisch zerstörerischen, ressourcenverknappenden Produktions- und Konsumtionsstrukturen prägen (Dellheim u. a. 2012: 105 ff.). Es sind jene Bereiche, die die höchsten Dividenden aufweisen. 24 der 30 DAX-Unternehmen können diesen Bereichen eindeutig zugeordnet werden (finanzen.net o. J.), weitere vermittelt.

Mit den in den Finanzinstitutionen bzw. bei Finanzmarktakteuren deponierten Geldmitteln wird die Dynamik der durch die Kapitaloligarchien organisierten und kontrollierten Kapitalakkumulation neu angepeitscht: investiert wird, wo hohe Renditen zu erwarten sind: von 2004 bis 2012 wuchsen die Dividendenzahlungen der DAX-Unternehmen auf gut das 2,6fache, von 10,70 Milliarden Euro auf 27,82 Milliarden Euro (statista 2013).

Mit der Entwicklung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, der Rationalisierung im Transport und anderen Veränderungen der Produktivkräfte, dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems, den politischen Veränderungen in den 1970er Jahren und insbesondere der Liberalisierungspolitik wuchsen die Spielräume für das Finanzkapital. Transnationale Konzerne (TNC) organisierten sich und nahmen zunehmend mehr Geldmittel von den Finanzmärkten als von den Kreditbanken. Heute finanzieren sie sich überwiegend über die Märkte. Zugleich nutzten und entwickelten sie neue Finanzinnovationen, Securisation, um fiktives Kapital zu mehrern und beschleunigt zu zirkulieren. (Hier sei an Marx erinnert: «Mit der Entwicklung des zinstragenden Kapitals und des Kreditsystems scheint sich alles Kapital zu verdoppeln und stellenweis zu verdreifachen durch die verschiedene Weise, worin dasselbe Kapital oder auch nur dieselbe Schuldforderung in verschiedenen Händen unter verschiedenen Formen erscheint. Der größte Teil dieses «Geldkapitals» ist rein fiktiv» [Marx 1973: 488].) Wenn die Bank eine Kreditausfallversicherung abschließt, bleibt vergebener Kredit in der Bilanz. Wenn Kredite gebündelt, aus der Bilanz genommen und weiterverkauft werden, entstehen neue Wertpapiere, mit denen gehandelt werden kann. Diese diversifizieren Bankrisiken und mindern Kapitalbindungsprobleme. Dient der Credit Default Swap dem Handel mit Kreditrisiken, dient die Verbriefung der Kredite dem Handel mit Krediten. So expandierten die Derivatemärkte. Banken und andere Finanzinstitutionen schufen für Das-aus-der-Bilanz-Nehmen TNC als Special Purpose Entities – besondere Zweckgemeinschaften, die auf den Finanzmärk-

ten als neue Vermittler agieren. Es sind Finanzgruppen, Eigentums- und Lizenzgesellschaften, Rechnungsgesellschaften, die über die Staatsgrenzen hinweg Finanzmittel, fiktives Kapital, Formen von globalisiertem Finanzkapital bündeln und zirkulieren. Es sind Mitglieder von Kapitaloligarchien, die fiktives Kapital zur Akkumulation von stark veränderten, globalisierten Finanzkapital organisieren und zirkulieren und darüber weltweit wirtschaftliche Prozesse kontrollieren.

Im Bankensektor der Bundesrepublik und ihrer europäischen Partner wächst seit Anfang der 1970er Jahre das Gewicht des Investmentbanking. Banken partizipieren an den globalen Wertpapiermärkten, wo wiederum die institutionellen Investoren an Gewicht gewannen. Seit Ende der 1990er Jahre haben die deutschen Banken und Sparkassen ihre Anteile an der Deutschen Börse verkauft, die seit 2004 zu mehr als 90 Prozent im Besitz von verschiedenen ausländischen Finanzmarktinstitutionen ist. Diese halten zwar nur geringe Anteile an den deutschen Aktiengesellschaften, aber die führenden DAX-Unternehmen werden überwiegend von ausländischen Fonds kontrolliert. Deutsche Fondsgesellschaften halten etwa ein Fünftel dieser Unternehmen (Windolf 2008: 521).

Wer über globale Finanzmärkte wirtschaftliche und gesellschaftliche Prozesse beeinflussen/steuern und an ihnen profitieren will, muss an vier Faktoren interessiert sein: dass (1) weltweit die Vermögensbestände in Wertpapieren ausgedrückt werden, (2) die auf Kernkompetenzen konzentrierten Unternehmen und ihre Wirtschaftsprozesse transparent werden, (3) Risiken diversifiziert werden, (4) es eine globale Profitrate gibt, über die man Profite planen und wirtschaftliche Prozesse bewerten kann. Wer dieser Logik folgt, will wachsende liquide Geldmittel, Vermögen, Eigentum, Ressourcen zu seinen Gunsten verwerten und umverteilen. Man muss dann also die Rentabilität seiner Investitionen maximieren und das eigene Risiko minimieren, auf andere verlagern. Man verspricht also den Inhabern von Geld bzw. Aktien, diese für sie professionell einzusetzen.

Dies ist kein Gedankenspiel, sondern eine «Philosophie» der Finanzmarktinstitutionen. Diese besitzen zwei Drittel des Aktienkapitals in den USA. «Die 20 größten Fonds besitzen im Durchschnitt 40 Prozent des Aktienkapitals der 1000 größten US-Aktiengesellschaften. Sie bilden eine «kleine Gruppe», die ihr Verhalten koordinieren kann. Als Kollektiv kontrollieren die Fonds die Hauptversammlungen der US-Aktiengesellschaften, und sie können Vetorechte bei der Besetzung von Führungspositionen ausüben» (ebd.: 518). Damit wachsen jedoch auch Volatilitäten und Risiken.

Dennoch richten sich die Manager der produzierenden Unternehmen zunehmend und sehr freiwillig am Shareholder Value aus. «Die Chemie- und Pharmaindustrie ist [...] diejenige der industriellen Kernbranchen des deutschen Modells, in der Shareholder-Value-Management und Finanzialisierung die einschneidendsten Strukturveränderungen hervorgerufen haben» (Kädtler 2012: 582).

Die Eigentümer, Banken und Manager der «Großen Drei» BASF, Bayer und Höchst gehörten bereits zu den alten Kapitaloligarchien und partizipierten an herrschender

Politik, nicht zuletzt an Landnahmen, am deutschen Faschismus. Ihre Erben haben «das ökonomische und soziale Paradigma der deutschen Großindustrie» (ebd.: 597) aufgegeben, weil sie sich über einen Paradigmenwechsel eine bessere Verwertung ihres Kapitals, eine ihren Interessen besser entsprechende wirtschaftliche Entwicklung versprochen.

Im Ergebnis von drei Jahrzehnten Finanzmarktderegulierung und Finanzinnovationen ist ein riesiges undurchschaubares Geflecht von verschiedenen Bank- und Nichtbank-Finanzinstitutionen gewachsen. Der Rat für Finanzstabilität definiert das Schattenbanksystem als «System der Kreditvermittlung, an dem Unternehmen und Tätigkeiten außerhalb des regulären Bankensystems beteiligt sind.» Er bezifferte das Volumen dieses «falschen» Bankensystems 2011 auf 51 Billionen Euro, 2010 auf 46 Billionen Euro. Für 2001 schätzte er noch 21 Billionen. Die Werte 2010/11 entsprechen 25 bis 30 Prozent des gesamten Weltfinanzsystems und der Hälfte der Bank-einlagen. In den USA werden schätzungsweise 35 bis 40 Prozent des Finanzsystems über Schattenbanken bewegt (European Commission 2012). Die «Porösität» (Serfati) zwischen Bankensektor und übrigen Finanzsektor hat das fiktive Kapital vervielfacht. In den USA sind im Zeitraum von 1990 bis 2009 die Finanzeinlagen der Banken im Jahresdurchschnitt um 5,8 Prozent gestiegen, die der Nichtbanken um durchschnittlich 9,8 Prozent (Serfati 2009: 13 f., 16). Die Besitzer des gewandelten globalisierten fiktiven Kapitals, die institutionalisierten Finanzmarktakteure üben über die eher bzw. noch traditionellen Banken die Kontrolle aus. Tendenziell sind sie nur mit jenen Mächtigen in der Industrie identisch, die in den TNC-Zentralen der Energie, des Transports, des Agrobusiness, des militärisch-industriellen Komplexes und der Hochtechnologien agieren.

Zur Krise 2009: Diese trat ein, nachdem die USA – im widersprüchlichen Bündnis mit der EU und ihren Mitgliedsstaaten – den Kampf gegen den «Terrorismus» führten bzw. führen. Vor den Kriegen waren Erfolge einer globalisierungskritischen Bewegung und emanzipativer sozialer Bewegungen in Lateinamerika zu konstatieren. Der Krise war in westlichen Gesellschaften und global eine dramatische Entwicklung von Armut, sozialer Ausgrenzung und sozialen Spaltungen, globaler Erwärmung und Diversitätsschwund, Ressourcenverknappung und verschiedenster Gewalt gegen Menschen (Diskriminierung, Ausgrenzung, Überwachung, religiöse und politische Extremismen, Verfolgung, Militarisierung, «militärische Einsätze» und Krieg) vorausgegangen. Die Konkurrenzverhältnisse expandierten (Institut für Gesellschaftsanalyse 2009).

Als die 2007 in den USA ausgebrochene Banken- bzw. Finanzkrise die Europäische Union und Deutschland erreichte, hatten sich dort schon seit etwa zweieinhalb Jahrzehnten die wichtigsten vier miteinander verwobenen Krisenursachen herausgebildet bzw. gravierend verstärkt (Huffs Schmid 2009):

– die Liberalisierung der expandierten und expandierenden Finanzmärkte (Steinborn 2009) seit 1999 wird in der EU der Aktionsplan für Finanzdienstleistungen verfolgt

- dramatisch gewachsene und wachsende Ungleichheiten in der Verteilung der Einkommen und Vermögen (Netzwerk-Info Gewerkschaftslinker 2012); das liquide Geldkapital wuchs mit
- die Privatisierung des Öffentlichen, insbesondere der sozialen Sicherungssysteme, womit Finanzmarktakteure an Ressourcen und Zinsen gewannen
- die gewachsenen globalen Ungleichgewichte in den Handels- und Zahlungsbilanzen, die ebenfalls fiktives Kapital mehrten.

Die Herrschenden vermochten ihre Interessen zu realisieren, weil sie einen breiten gesellschaftlichen Konsens organisieren konnten – insbesondere über in den Zentren der kapitalistischen Produktionsweise mögliche Lebensstile, die mit den Produktions- und Konsumtionsstrukturen verknüpft sind. Der Druck auf die Arbeitskosten wächst bei zunehmender Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, Vereinzelung und bei Vereinnahmung der Arbeitenden durch «das Unternehmen». Zugleich wächst der Druck auf «das Unternehmen» und seine unterschiedlichen Partner, liquide Geldmittel zu mobilisieren. Die werden gebraucht, um schnelle Erträge aus kurzfristigen Finanzanlagen zu machen. Dank des Profitwachstums und der Steuergesetze sind die kurzfristig verfügbaren Mittel bei den Konzernzentralen drastisch angewachsen. Dies geschieht nicht einfach, weil die Leitenden kreditieren oder spekulieren wollen oder die Beschäftigten Wohnen, Bildung und soziale Absicherung finanzieren müssen, sondern auch um betriebliche Abläufe zu garantieren: «was man hat, das hat man», zumindest im Moment. Die Finanzkrise, die Erschütterungen des Interbankenmarkts haben derartige Kalkulationen bestärkt und die Banken an den liquiden Finanzmitteln von Konzernen interessiert (Serfati 2012: 542 f.). «Von den Leitsätzen orthodoxer Finanz ist sicherlich keiner antisozialer als der Fetisch der Liquidität, die Doktrin, dass es eine positive Tugend der Investitionseinrichtungen ist, ihre Geldmittel auf den Besitz «liquider» Wertpapiere zu konzentrieren» (Keynes 1983: 131).

Wer dauerhaft an den Finanzmärkten erfolgreich sein will, muss Gemeinschaften gründen, pflegen, reorganisieren. Das gilt auch für die institutionellen Investoren, für die Fonds. Das gilt aber auch und gegebenenfalls für jene, die keine institutionellen Investoren sind und deshalb erst recht die Kooperation mit diesen brauchen. «Diese Finanzgemeinschaft, die mit institutionellen Investoren [...] zusammenarbeitet, bildet einen sozialen Block, dessen Macht in den letzten Jahrzehnten zugenommen hat. Hier laufen verschiedenste Interessen zusammen, insbesondere wenn es darum geht, den Finanzsektor bestmöglich zu fördern und zu verhindern, dass sein Einfluss [...] beschnitten würde» (Serfati 2012: 538).

Die von Claude Serfati analysierte «Finanzgemeinschaft», zu der insbesondere die Zweckgesellschaft gehört, ist ein «sozialer Block» (Serfati) der Kapitaloligarchie. Wenn im Weiteren hier von «Finanzgemeinschaft» die Rede ist, werden die Akteure der offiziellen Banken, die mit Schattenbanken-Agenten identisch sein können oder mehr oder weniger gezielt und direkt kooperieren, mitgemeint. Ihre Hauptakteure wissen, dass sie sich letztendlich auf die Realisierung von Ergebnissen der Produktion

stützen müssen. Sie haben ein Interesse daran, die bestehenden sozial und ökologisch zerstörerischen Produktions- und Konsumtionsstrukturen fortzusetzen. Das bedeutet in mehrfachem Sinne Landnahme. Die Mitglieder der Finanzgesellschaften behandeln aber produzierende Betriebe auch als einfache Handelsobjekte. Sie beeinflussen die Geschäftsstrategien jener Firmen, die Eigentumsrechte in Form von Wertpapieren auf den Finanzmarkt gebracht haben. Ein Management, das das Unternehmen über Partizipation an den Finanzmärkten erfolgreich entwickeln will, muss sich von der «Finanzgemeinschaft» evaluieren, orientieren und vielfach auch diktieren lassen. Zum anderen muss es sich immer wieder neu an Kernkompetenzen, Vermarktung und Kundennähe orientieren. Das hat Konsequenzen für den Einsatz des Humankapitals. Die Finanzgemeinschaften haben unter anderem durchgesetzt, dass die internationalen Standards in der Buchhaltung und Statistik immer mehr von «Börsen-Informationsbedürfnissen» geprägt werden (ebd.: 539).

Daten der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zufolge hat sich der durchschnittliche Tagesumsatz an den Devisenmärkten (Kassa- und Derivatehandel) der 53 wichtigsten Länder zwischen 2007 und 2010 um etwa 20 Prozent auf 4.000 Milliarden US-Dollar erhöht (Bech 2012: 33). Anders als 2001, zur Zeit der Dotcom-Krise, sanken die Devisengeschäfte im Verhältnis zur gesamtwirtschaftlichen Leistung nicht. Allerdings sanken die Umsätze mit Kundinnen und Kunden außerhalb des Finanzsektors. Offenbar schwanden ihre Geldmittel und ihr Vertrauen in Finanzfonds.

Seit 2000 hat sich der ausstehende Nominalwert der OTC-Derivate, also der außerhalb der Börsen gehandelten Derivate, versiebenfacht. Der Derivatehandel an den Börsen hat sich zwischen 1990 und 2007 verachtzehnfacht. Das Handelsvolumen ist seit 2011 wieder gewachsen. Der Derivatehandel verlangt einen wesentlich geringeren Kapitaleinsatz als die Geschäfte am Kassamerkt und hat eine hohe Hebelwirkung (Schäfer 2012: 3 f.). Das Karussell dreht sich weiter ...

Die staatliche Bankenrettung hat öffentliche Gelder, Steuerzahlungen von Krisenopfern, aggressiven Finanzmarktakteuren zugeführt. Der «Euro-Rettungsschirm» bringt den Banken und mit diesen den Schattenbanken Sicherheiten und Gewinne, den Big 3 der Ratingagenturen eine profitbringende Betätigung. Wachstum in den bestehenden Produktionsstrukturen soll «aus den öffentlichen Schulden helfen», während Zeit und Ressourcen für den sozialökologischen Umbau verloren gehen. Zugleich werden mit Blick auf Ressourcen und «Sicherheit» Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, Freihandelsabkommen mit armen, mit ökonomisch schwächeren und schwach entwickelten Ländern abgeschlossen. Sie bedeuten Neokolonialismus und Landnahmen im sehr wörtlichen Sinne. Ressourcen werden in Kategorien der Finanzmärkte bewertet, Eigentumsrechte auf sie werden an den Finanzmärkten gehandelt. Mit den Eigentumstiteln wird spekuliert, die Aneignung der Ressourcen erfolgt brutal real.

Landnahme als verschärfte Ausbeutung der Arbeitskräfte, Senkung der öffentlichen Sozialausgaben, Steuergesetze zugunsten der Reichen und Konzerne, als Privatisie-

zung des Öffentlichen und Demokratieabbau, als Erschließung neuer Märkte und Naturressourcen bei Ruin und Vertreibung von Menschen, als finanzmarktgestützte Umverteilung von Einkommen, Vermögen und Eigentum, als Enteignung von Menschen, Kollektiven, Unternehmen und Staaten – jeder einzelne Akt der Landnahme befördert neue, insbesondere über neue Eigentumstitel, Geldmittel, fiktives Kapital, die auf die Finanzmärkte «geschmissen» werden.

Die TNC sind Hauptakteure der Globalisierung, Finanzialisierung, Landnahme. Nicht «nur» weil sie weltweit Geldmittel und fiktives Kapital mobilisieren, konzentrieren und zirkulieren, umverteilen, enteignen und zentralisieren, sondern weil sie zugleich über geistiges Eigentum verfügen, die WTO und andere internationale Organisationen bei der Regelung des Welthandels und des Investitionsschutzes beeinflussen bzw. instrumentalisieren. Dabei und dafür bilden und reproduzieren sie informelle Netzwerke der global Mächtigsten.

«Wir haben aufgezeigt, dass 737 Firmen rund 80 Prozent des Marktes kontrollieren. Eine hoch vernetzte Kerngruppe von 147 Firmen kontrolliert allein sogar fast 40 Prozent. Das kleine Netzwerk besteht fast nur aus britischen und amerikanischen Banken und Finanzfirmen» (Hesse/Strehle 2011). Zu ähnlichen Ergebnissen kommt die Studie «The Network of Global Corporate Control» (Vitali/Glatfelder/Battiston 2012). Sie basiert auf einer Datenbank aus dem Jahr 2007, in der mehr als 37 Millionen internationale Unternehmen und Investoren erfasst sind. Ausgemacht wurde eine Gruppe von insgesamt 43.000 Unternehmen, von denen 1.318 Konzerne an durchschnittlich 20 anderen Unternehmen beteiligt waren. 147 von diesen 1318 Firmen bilden ein weitgehend geschlossenes Netzwerk, eine «super-entity» (Vitali/Glatfelder/Battiston 2011: 6) mit gegenseitiger Kontrolle (ebd.: 13 ff.). Werden von diesen wiederum die «Top 50 control-holders» aufgelistet, entfallen 22 auf die USA, acht auf Großbritannien und insgesamt 18 auf die EU, davon zwei auf Deutschland – die Deutsche Bank AG und die Allianz SE. Die Top 50 sind fast ausschließlich Finanzinstitutionen (ebd.: 33). Die einen kontrollieren die anderen, und man hängt wieder mit Eigentümern der «Big 3» zusammen. «Die Daten zeigen [...], wo Finanzakteure potentiell Einfluss nehmen könnten. [...] Einige wenige Finanzinstitute könnten, wenn sie wollten, starke Kontrolle ausüben. Unsere Studie zeigt aber auch: Diese Firmen sind eng miteinander vernetzt. Wenn der einen Firma etwas zustößt, kann das andere anstecken» (Battiston, zit. nach: Hesse/Strehle 2011). Die jüngste Finanzkrise hat das überzeugend belegt.

Die von den Forschern der Eidgenössische Technische Hochschule Zürich aufgezeigte Kontrolle erfolgt nicht nur über Beteiligungen, sondern auch über Kredite, Kreditausfallversicherungen, spekulative Finanzinnovationen – vielfach von hohem Risiko – und über informelle Kontakte. Entscheidend ist die Verortung des TNC im TNC-Geflecht. Die potenzielle Einflussnahme ist identisch mit den bereits thematisierten «Gelegenheitsstrukturen», die für TransformationsforscherInnen von besonderem Interesse bei der Arbeit an Szenarien sind. Potenzielle Einflussnahme

hat selbstverständlich viel mit der Vertretung in Gremien und mit Taktiken, relative Mehrheiten am Aktienkapital zu erlangen, zu tun.

Das TNC-Agieren wird vom Interesse an eigener Stabilität, Souveränität, an Profiten, Positionsgewinnen in der Weltwirtschaft bestimmt. Ein Prinzip ist die Suche nach Handlungsgewinnen dank unterschiedlicher nationaler Gesetzgebungen. Dabei können Einflussnahmen auf Regierungshandeln thematisiert werden (Vitali/Glatfelder/Battiston 2011: 31). Die «Tatsache, dass der Kern [die 147 bzw. die 50 TNC; J. D.] so dicht untereinander verbunden ist, [...] könnte als eine Verallgemeinerung des ›Reichen-Club-Phänomens‹ auf eine hochgradige Kontrollrolle angesehen werden» (ebd.: 8 u. 33).

Wird dann gesehen, dass Wirtschaftsprozesse, individueller und gesellschaftlicher Alltag relevant, zunehmend und/oder wesentlich finanzmarktvermittelt realisiert werden, ist selbstredend, dass sich die Beteiligten erforderliche liquide Geldmittel organisieren müssen. Dann ist auch normal, dass «sich alles rechnen» muss. So muss sich zum Beispiel auch Umweltschutz rechnen, selbst wenn damit Umwelt weiter zerstört wird – Stichwort: Emissionshandel, beschlossen mit dem Kyoto-Protokoll 1997, in der EU 2005 als unternehmensgestützter Handel eingeführt. Das Kyoto-Protokoll erlaubt ausgehend von den Ländern zugeteilten Verschmutzungsrechten in Form von Zertifikaten zwischenstaatlichen Handel: Stärker industrialisierte Länder mit hoher Luftverschmutzung können von schwächer entwickelten Staaten Verschmutzungsrechte, Zertifikate kaufen; zum Beispiel Japan aus Osteuropa, wo mit den politischen Umbrüchen Industrie zusammenbrach. Das Kyoto-Protokoll beinhaltet zum Zweiten den Clean Development Mechanism (CDM), wo ebenfalls mit Zertifikaten gehandelt wird. Deren Menge ist allerdings nicht festgesetzt. Tatsächliche Emissionen eines CDM-Projektes werden mit angenommenen verglichen: Um wie viel wäre die Emission höher, wäre das Projekt nicht geschaffen? Die hypothetische Antwort wird in Zertifikate übersetzt, mit denen ebenfalls gehandelt werden kann (Santarius/Sterk 2012). Es gibt Beispiele dafür, dass CDM-Projekte sogar sozial und ökologisch zerstörerisch sein können (Dellheim 2009). Die britische Umweltschutzorganisation »Sandbag Climate Campaign« hat die größten Profiteure des Emissionshandelssystems in Deutschland entlarvt: ThyssenKrupp, die Salzgitter-AG, der Zementhersteller Lhoist, BASF und andere große Unternehmen der Stahl-, Zement-, und Chemieindustrie (Sandbag, Climate Campaign 2011).

Die Diskussion, über Finanzialisierung natürliche Lebensbedingungen zu erhalten, wurde insbesondere im Vorfeld von Rio+20 forciert (Brand/Thimmel 2013). Der Ausgangsgedanke ist: Wenn sich alles rechnen muss, dann muss die Natur als Dienstleisterin gesehen und müssen ihre Naturdienstleistungen in Preisen bewertet werden. Eine Konsequenz ist die weitere Kommerzialisierung und Privatisierung von Naturressourcen, «damit mit ihnen sorgsam umgegangen werden kann». Im Weißbuch der britischen Regierung heißt es: «Geschützte Naturflächen können Gewinne einbringen, die ein Vielfaches über den Kosten für ihren Schutz liegen. [...] Wir werden eine

grüne Ökonomie schaffen, in der Wirtschaftswachstum und die Gesundheit unserer Naturressourcen einander stützen und die Märkte, die Wirtschaft und die Regierung besser den Wert der Natur reflektieren» (Secretary of State for Environment, Food and Rural Affairs. Government of the U.K: 2011: 4).

Die Interessenlage und die Rolle der EU-Institutionen sind widersprüchlich: Sie sehen die globalen Probleme, wollen Winner in der globalen Konkurrenz werden, müssen innerhalb der EU vielfältige widerstrebende Interessen «harmonisieren» und ihnen Rechnung tragen. Der Interessenstreit wird besonders deutlich, wenn es um die Rolle der «Big 3» geht: US-amerikanische Kapitaloligarchien bestimmen mittels der Ratingagenturen über Bankkredite an Regierungen von EU-Mitgliedsländern. Ihr Interesse am Fortbestand der EU und der Eurozone ist wiederum sehr widersprüchlich: Die Anhänger von mehr politischer und wirtschaftlicher Stabilität und Berechenbarkeit wollen eine stabile EU, einen stabilen Euro.

Während die in Deutschland Herrschenden und gesellschaftlichen Konsens Organisierenden zu großen Teilen auf global konkurrenzfähige Produktion und reguliertere Finanzmärkte setzen, sind die in Großbritannien Herrschenden stärker an Gewinnen an den globalen Finanzmärkten interessiert. In beiden Ländern ist der Anteil der Schattenbanken an den Finanzgeschäften sehr verschieden: mindestens 13 Prozent in Großbritannien, 5 Prozent in Deutschland (European Commission 2012), acht Konzerne gegenüber zwei Konzernen unter den Top 50 *control-holder*.

Die Interessen der Wirtschaftsakteure haben wesentlich damit zu tun, an welchen Märkten sie partizipieren «und spielen». Seit der Einheitlichen Europäischen Akte von 1986 lässt sich eine widersprüchlich zunehmende Orientierung von EU-Politik auf Integration der Märkte zwecks globaler Konkurrenzfähigkeit sowohl von Unternehmen und Regionen als auch der EU aufzeigen. Der Akte folgten der Maastrichter Vertrag 1992; der Amsterdamer Vertrag 1997; der Aktionsplan für Finanzdienstleistungen 1999, der die Integration der Finanzmärkte vorsieht; die Lissabon-Strategie 2000; der Vertrag von Nizza 2001; der Lissabonner Vertrag 2007; die Strategie EU 2020; die in Auseinandersetzung mit der Finanz- und Wirtschaftskrise eingeführte «Neue wirtschaftspolitische Steuerung» mit ihren «drei Grundpfeilern»: (1) straffere Wirtschaftsagenda mit strengerer Überwachung durch die EU, (2) Maßnahmen zur Stabilität bzw. Stabilisierung der Eurozone und (3) den Maßnahmen zur Sanierung des Finanzsektors. Die Finanzialisierung wurde und wird mit diesen Vereinbarungen nicht einfach hingenommen, sondern gezielt begünstigt bzw. seit 1999 in neuer Qualität forciert. Damit ist aber auch die EU eine grundsätzlich andere geworden, sie hat sich transformiert von einem wirtschaftlichen Zusammenschluss zu einem globalen Akteur, der Globalisierungsgewinne anstrebt und deshalb sowohl finanzialisieren, Finanzmärkte integrieren, an globalen Finanzmärkten partizipieren/konkurrieren will als auch eine global konkurrenzfähige Produktion, Stabilität, Ressourcensicherheit braucht. Diese EU braucht ferner eine entsprechende Außen- und Sicherheitspolitik mit starkem mili-

tärischem Arm. Dafür ist selbst die größte Volkswirtschaft in der EU zu klein. Die mächtigsten Kapitalgruppen und Kapitaloligarchien in West- und Mitteleuropa brauchen unterschiedlich und widersprüchlich die EU und insbesondere den Euro, um global erfolgreich agieren zu können.

Die in Deutschland Regierenden wollen die EU so gestalten, dass sie besser den Bedürfnissen des Exportmeisters entspricht: Deutsche Regelungen sollen so tendenziell verallgemeinert und die Institutionen zunächst der Eurozone, dann der EU in Richtung des Wirtschafts- und Sicherheitsstaates erweitert und qualifiziert werden. Dem sind ökologische Standards sehr untergeordnet.

Die verschiedenen «Euro-Pakete» und der Fiskalpakt befördern einen neuen Schub von Finanzialisierung: Sie haben mit dem Sozialabbau, der monetaristischen Kontrolle und entsprechend geprägten Sanktionen die Begünstigung neuer Überakkumulation und die Schaffung von «Liquidität» für das Agieren an den globalen Finanzmärkten zum Gesetz erhoben. Auch wenn sie widersprüchlich und halbherzig Maßnahmen zur Kontrolle und Regulierung von Finanzmärkten vereinbart und teilweise auch umgesetzt haben, haben sie sich letztendlich an den Interessen der 18 europäischen TNC unter den «Top-50 control-holders» orientiert und die Spielregeln der TNC nicht nur nicht angetastet, sondern neue «Spielmasse» organisiert, neue Landnahmen begünstigt und dazu ermutigt.

Damit wird Finanzkapitalakkumulation neu forciert. Es verstärkt sich die Tendenz wachsender Verfügungsgewalt der Finanzgemeinschaft/en über das fiktive Kapital, die darüber produzierende Konzerne mit Ressourcen versorgen, die Mehrheit der Unternehmen in Abhängigkeit halten, Gesellschaften beherrschen bzw. beherrschen wollen. Die Allianz bzw. Identität von Angehörigen der Finanzgemeinschaft, von Eigentümern an wirtschaftlichen Schlüsselunternehmen – letztendlich an produzierenden Konzernen in den Bereichen Energie, Transport, Agrobusiness, «Sicherheit» und Hightech –, von Managern dieser Konzerne und von Spitzenorganisatoren der erforderlichen Hegemonie bzw. gesellschaftlichen Rahmenbedingungen («Staat», «Recht», «Kultur und Geistesleben», «Medien») für die (bestmögliche) Verwertung des modernen Finanzkapitals – das ist die moderne Kapitaloligarchie.

Einige Schlussfolgerungen und Herausforderungen

Die Krisen um 1873, 1929, 1973 und 2008 signalisieren

- konkrete Etappen in der Entwicklung von Finanzkapital, Kapitalverhältnissen und Kapitaloligarchien; führten die Krisen 1873 und insbesondere 1929 zu gesellschaftlichen Entwicklungen, da das Finanzkapital staatliche Kontrolle keynesianischer Prägung erfuhr, ist die Krise 1973 Beginn und Ergebnis seiner «Befreiung» von dieser Kontrolle; mit der Entwicklung des Finanzkapitals werden einerseits Kapital und kapitalistische Ausbeutung vergesellschaftet, zum anderen aber wird zunehmend Gesellschaft – über die produktiv Mehrwert schaffende und die arbeitenden Klassen hinaus – ausgebeutet;

- das permanente Streben der deutschen Kapitaloligarchien und ihrer Verbündeten nach Hegemonie in Europa, nach Weltmacht bzw. nach Machtpositionen in der inter- und transnationalen Arena;
- einen Bedeutungsverlust europäischer Mächte, Europas und der Europäischen Union, aber auch der USA in der Welt; dieser Bedeutungsverlust wird nicht zuletzt mit aggressiven staatlichen bzw. suprastaatlichen Strategien zur «Sicherung» von Ressourcenflüssen und Interessengebieten beantwortet, wobei Finanzialisierung forciert wird;
- trotz wachsender sozialer, ökologischer und globaler Probleme und unentrinnbaren Kippunkten wachsende Defizite im Lernvermögen der in Deutschland, in Europa und global Herrschenden – bei struktureller Unterlegenheit und mangelnder Lernfähigkeit der demokratischen Gegenkräfte, insbesondere der Linken, der Sozialistinnen und Sozialisten.

Die Herrschenden wollen die Krisen- und insbesondere die Verschuldungsproblematik nutzen, um ihre wirtschaftliche und politische Macht in der Gesellschaft auszubauen. Das geschieht zum einen insbesondere über sechs Wege:

- Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen,
- Restriktive Haushaltspolitik,
- Privatisierung der öffentlichen Leistungen und Strukturen, wozu zunehmend Public Private Partnership-Projekte und die Privatisierung des Privatisierten gehören,
- Freihandelsabkommen,
- Regelungen und Abkommen über geistige Eigentumsrechte,
- Green Economy mit Kommodifizierung von Natur und Böden wie der Rechte zu ihrer Übernutzung und Verschmutzung (Stichwort: Karbonmärkte).

Zum anderen sind diese Wege mit Finanzialisierung bzw. mit Landnahme verbunden. Damit wird neue Überakkumulation organisiert. Die Krisenverursacher und Krisenursachen werden nicht angetastet.

Tabelle 2: Aktiva und ausgewählte Unterpositionen von Nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften, Finanziellen Kapitalgesellschaften, privaten Haushalten und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck im Verhältnis zu den «Aktiva der Gesamten Volkswirtschaft (=100) in Prozent»

Besondere Aktiva bezogen auf die Aktiva der gesamten Volkswirtschaft = in Prozent	1991	2001	2011
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften davon:	41,90	43,57	33,80
– Geldvermögen Bargeld + Einlagen	13,38	21,76	14,15
– Sonstige Beteiligungen+ Investmentzertifikate	2,89 7,85	2,74 14,65	2,73 8,35
Finanzielle Kapitalgesellschaften, davon:	47,77	68,07	61,8
– Geldvermögen Bargeld + Einlagen	45,73	66,37	60,58
– Sonstige Beteiligungen+ Investmentzertifikate	6,08 11,45	9,05 25,56	22,17 26,87
Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck, davon:	72,11	70,14	64,57
– Geldvermögen, – Bargeld+Einlagen	29,04	31,86	27,94
– Sonstige Beteiligungen+ Investmentzertifikate	13,96 7,04	11,50 10,80	11,42 6,32

Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten der Bundesbank und des Bundesamtes für Statistik (Statistisches Bundesamt und Bundesbank 2012)

Tabelle 2 illustriert eine Tendenz zunehmender Finanzialisierung in Deutschland: Der Anteil der Aktiva der finanziellen Kapitalgesellschaften an den volkswirtschaftlichen Aktiva insgesamt ist gravierend gewachsen. Vor allem ist der Anteil des Bargelds und der Einlagen einschließlich Wertpapiere dieser Kapitalgesellschaften an den volkswirtschaftlichen Aktiva gestiegen. Das zweithöchste Wachstumstempo weist die Relation der sonstigen Beteiligungen und Investmentzertifikate in den Aktiva der finanziellen Kapitalgesellschaften zu den volkswirtschaftlichen Aktiva insgesamt auf. Dabei sind, in absoluten Zahlen ausgedrückt, alle Positionen gewachsen, womit die Finanzsphäre insgesamt aufgebläht, die «Spielmasse» gesteigert wird.

Die Europäische Union hat sich als Katalysator der Finanzialisierung erwiesen. Die Schlussfolgerungen, Landnahmen zu stoppen, neue Landnahmen zu verhindern, künftig Land wieder zurückzuerobern, möhgenlapidar und defensiv anmuten. Es ist aber keineswegs lapidar,
– sich mit jenen zu solidarisieren, die gegen die Spekulation mit Lebensmitteln, Böden, Naturressourcen und Schulden mobilisieren, für das Menschenrecht auf Wasser, für Lebensmittel- und Energiesouveränität, für Selbst- und Mitbestimmung

in den Angelegenheiten, die das eigene und das gesellschaftliche Leben betreffen; die unter den Motti «Unsere Welt ist keine Ware», «Education is not for sale», «Gesundheit ist keine Ware», «Let the oil in the soil» usw. gegen Privatisierung mobilisieren und sich selbst insbesondere gegen die Privatisierung und Kommerzialisierung der sozialen Sicherungssysteme, der öffentlichen Infrastruktur und der Naturressourcen engagieren;

- im Kampf gegen die Ratifizierung des Fiskalpaktes zugleich auf die Artikel 66, 107, 108 und 122 des Lissabonner Vertrages auf «außerordentliche Umstände» verweisen und die Aussetzung der Festlegungen zum Stabilitäts- und Wachstumspakt für Griechenland fordern wie Moratorien über Zins- und Schuldentrückzahlungen, über Privatisierung, Freihandelsabkommen und Verhandlungen zu den geistigen Eigentumsrechten sowie über konkrete Megaprojekte; die Moratorien zu nutzen, um die Kräfte für Kämpfe um demokratische, soziale und ökologische Mindeststandards zu mehren und zu organisieren;
- in Widersprüchen, insbesondere in Interessenwidersprüchen unter den Kapital-eliten Handlungsmöglichkeiten aufspüren; das betrifft nicht zuletzt die «Qualität des Humankapitals», den Stellenwert von Natur, Sicherheit und globalen Problemen, Auffassungen von Gerechtigkeit, Widersprüche zwischen Reichen und Superreichen, zwischen «Funktionseliten» und «Müßigen», zwischen Eigentümern und Eliten in den verschiedenen Branchen und Wirtschaftsbereichen.

Wissenschaftlich und politisch besteht eine strategische Herausforderung darin, zu erklären, dass und warum

- die Unterlegenheit der Linken strukturell ist und dass ausgehend hiervon politische Handlungsmöglichkeiten gesucht, erschlossen und genutzt werden müssen und können;
- unter den gegenwärtigen Zuständen Sozialabbau und die Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme die Finanzialisierung forcieren und den Einstieg in einen sozialökologischen Umbau weiter verstellen;
- der Kampf gegen Armut, für – an den dringlichsten Problemen und ein Leben in Würde orientierten – demokratischen, sozialen und ökologischen Mindeststandards zentral ist, was keineswegs in ein staats- oder gesetzefixiertes politisches Herangehen münden darf;
- die Initiativen zu Buen Vivir und Commons und in Deutschland insbesondere zu «Umfairteilen» (Bündnis UmFAIRteilen 2013) und zu einem «Bündnis für menschenwürdiges Mindesteinkommen» (Bündnis für ein menschenwürdiges Mindesteinkommen 2013) transformatorisches Potenzial in sich bergen;
- der Konsens großer Teile der Bevölkerung mit den Kapitaloligarchien über durch diese ermöglichte Lebensstile gestiftet und reproduziert wird;
- für die Auseinandersetzung mit der Finanzialisierung die EU-Ebene von herausragendem Stellenwert ist, was für die politischen Strategien der Linken in ihrer strukturellen Unterlegenheit eine weitere Verkomplizierung bedeutet;

– Wirtschaftswissenschaft so betrieben werden muss und kann, dass mit dem Erkenntnisgewinn neue politische Bündnisse entstehen; dass dafür die Analyse von Interessen und Akteurshandeln mit der Analyse von Entwicklungen zu verbinden und politische Ökonomie als historische Wissenschaft zu erneuern wäre; warum Transformationsforschung in ihrer Arbeit an und mit Szenarien insbesondere Handlungsmöglichkeiten von Kapitaloligarchie-Akteuren und Kapitaloligarchien untersuchen muss.

Zugleich wäre selbstverständlich zu organisieren, dass diesen Herausforderungen auch entsprochen werden kann und wird, dass linke, sozialistische Akteure tatsächlich erstarken, ihre Politikwirksamkeit erhöhen.

Sowohl vom wissenschaftlichen, diskursiven als auch vom politisch-praktischen Standpunkt aus erweist sich Rosa Luxemburgs Landnahme-Konzept – trotz oder auch mit seiner Provokation zur Theoriekritik – als eine tragfähige Arbeitsgrundlage. Das betrifft ebenfalls die Kritik von Landnahme-Reflexionen (Arendt, Arrighi, Dörre, Harvey, Lutz u. a.). So wäre eine Herausforderung darin zu sehen, Luxemburgs Konzept zu kritisieren und als Auseinandersetzung mit dem Finanzkapital, mit der Finanzialisierung fortzuschreiben. Das kann nur gelingen, wenn auch und insbesondere Gramscis Erbe produktiv genutzt wird und sowohl Hilferdings Finanzkapitalanalyse als auch dessen Reflexionen kritisch gewürdigt werden. Dabei wären die Kategorien «Elite», «Klasse/Kapitalistenklasse/herrschende Klasse», «Kapitaloligarchie» und ihre Zusammenhänge zu diskutieren und zu klären.

Literatur

- Arrighi, Giovanni (1994): *The Long Twentieth Century. Money, Power, and the Origins of Our Times*, London/New York.
- Arrighi, Giovanni (2009): *Die verschlungenen Pfade des Kapitals*, Hamburg.
- Bech, Morten L. (2012): *FX Volume During the Financial Crisis and Now*, in: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich Währungs- und Wirtschaftsabteilung: *BIS quarterly review/international banking and financial market developments* 22657320, S. 33–43.
- Brand, Ulrich/Thimmel, Stefan (2013): *Schöne Grüne Welt. Über die Mythen der Green Economy*, unter: http://rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Argumente/lux_argu_GreenEconomy_dt_3.pdf.
- Bündnis für ein menschenwürdiges Mindesteinkommen (2013), unter: www.menschenwuerdiges-existenzminimum.org/.
- Bündnis UmFAIRteilen (2013): *umFAIRteilen – Reichtum besteuern*, unter: <http://umfairteilen.de/> (Stand 27.6.2013).
- Burhop, Carsten (2011): *Historiography of the 1931 Crisis in Germany*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 2, 9–28.
- Dellheim, Judith (2009): *Emissionshandel und CDM helfen, Menschen zu vertreiben*, in: Mehring1, unter: <http://ifg.rosalux.de/2009/11/06/emissionshandel-und-cdm-helfen-menschen-zu-vertreiben/> (Stand 27.6.2013).
- Dellheim, Judith, 2012a: *Auf der Suche nach Handlungsmöglichkeiten*, in: Brie, Michael Brie/Candeias, Mario (Hrsg.): *Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus. Beiträge zur Ersten Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung*, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Papers, Berlin, S. 83–93.
- Dellheim, Judith (2012b): *Opening and Closing*, in: «Debt», «land grabbing» and «property», unter: <http://debt-issues.blog.rosalux.de/2012/12/21/judith-dellheim-opening-and-closing/> (Stand 26.6.2013).
- Dellheim, Judith/Brangsch, Lutz/Wolf, Frieder-Otto/Spangenberg, Joachim (2012): *Den Krisen entkommen. Sozialökologische Transformation*, Berlin.

- Dörre, Klaus (2011): Landnahme und die Grenzen kapitalistischer Dynamik. Eine Ideenskizze, in: Berliner Debatte Initial, 1, S. 56–72.
- Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut (2009): Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte, Frankfurt a. M.
- European Commission (2012): Green Paper on Shadow Banking – Frequently asked questions, MEMO/12/191, 19/03/2012.
- finanzen.net (o.J.): Dividenden und Hauptversammlungs-Termine der DAX Aktien | finanzen.net, unter: www.finanzen.net/index/DAX/Dividenden (Stand 26.6.2013).
- Firenze (2012): Firenze 10+10 call for action and road-map, unter: www.firenze1010.eu/index.php/alliances/interconnection-and-common-action.
- Grabas, Margrit (2009): Die Gründerkrise von 1873/79 als historische Lernkapazität zur Bewältigung der aktuellen Finanz- und Weltmarktrezession, unter: www.sprece-athen-ev.de/downloads/vortrag-von-prof.-dr.-margrit-grabas.pdf (Stand 26.6.2013).
- Gramsci, Antonio (1992 ff.): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, hrsg. von Wolfgang Fritz Haug und Klaus Bochmann,
- Harvey, David (2005): Der neue Imperialismus, Hamburg.
- Harvey, David (2007): Räume der Neoliberalisierung. Zur Theorie der ungleichen Entwicklung, Hamburg.
- Harvey, David: Was tun und wer zum Teufel tut es?, in: LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 2009, S. 100–109.
- Hesse, David/Strehle, Res (2011): Der Bund, www.derbund.ch/wissen/natur/Too-connected-to-fail/story/21929302?track (Stand 10.1.2013).
- Hilferding, Rudolf (1947): Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus, Berlin.
- Huffschmid, Jörg (2009): Die Krise der Finanzmärkte und die Antwort der Regierungen, in: Denknetz: Jahrbuch 8, S. 10–21.
- Institut für Gesellschaftsanalyse (2009): Die Krise des Finanzmarktkapitalismus – Herausforderungen für die Linke, Berlin.
- Kädtler, Jürgen (2012): Industrieller Kapitalismus und Finanzmarktrationalität, in: Prokla 169, S. 579–599.
- Keynes, John Maynard (1983): Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 6. Aufl., Berlin.
- Lutz, Burkart (1989): Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts, Frankfurt a. M.
- Marx, Karl (1973): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band, Berlin.
- Netzwerk-Info Gewerkschaftslinker (2012): Tarifrunde 2012, unter: www.archiv.labournet.de/GewLinke/disk/info/tarifrunden2012.pdf.
- Plumpe, Werner (2009): Lehren aus dem Gründerkrach, in: Der Spiegel, 4/2009, S. 86–90.
- Reich, Robert B. (2008): Superkapitalismus. Wie die Wirtschaft unsere Demokratie untergräbt, Frankfurt a. M.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung (2012): Die Schuldenfrage und die neue Stufe der neoliberalen Transformation der Europäischen Union. Konsequenzen und Alternativen für die Linke. Videodokumentation der ExpertInnenbeiträge auf dem englischsprachigen Workshop des Instituts für Gesellschaftsanalyse in der Rosa-Luxemburg-Stiftung, unter: www.rosalux.de/documentation/47403/die-schuldenfrage-und-die-neue-stufe-der-neoliberalen-transformation-der-europaischen-union.html (Stand 24.6.2013).
- Rügener, Werner (2012): Rating-Agenturen. Einblicke in die Kapitalmacht der Gegenwart, Bielefeld.
- Sandbag. Climate Campaign (2011): Der Klimagoldesel. Wer sind die Gewinner des EU-Emissionshandels?, unter: www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/klima_und_energie/20111105_sandbag_klima_goldesel.pdf.
- Santarius, Tilman/Sterk, Wolfgang (2012): Der Deal mit dem Dreck, unter: www.boell.de/oeekologie/marktwirtschaft/oeekologische-marktwirtschaft-emissionshandel-umweltpolitik-15098.html (Stand 27.6.2013).
- Schäfer, Dorothea (2012): Finanztransaktionssteuer. Kurzfristigen Handel verteuern, Finanzmärkte stabilisieren, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: DIW-Wochenbericht: Wirtschaft, Politik, Wissenschaft 79, S. 3–12.
- Secretary of State for Environment, Food and Rural Affairs. Government of the U.K (2011): The Natural Choice. Securing the Value of Nature. Presented to Parliament by the Secretary of State for Environment, Food and Rural Affairs by Command of Her Majesty, unter: www.google.de/url?sa=t&rt=rcj&q=&ecsrc=s&source=web&ccd=1&caid=rja&ved=0CDQQFjAA&url=http%3A%2F%2Fwww.official-documents.gov.uk%2Fdocument%2Fcm80%2F8082%2F8082.pdf&ei=P6_LUcvsOIimtAban4CIDw&usq=AFQjCNHWwZfzGtEqb0JBHHTU9StG6gEZ4w&sig2=_vt6hCjKgfubzEjpx8MaLg&bvm=bv.48340889,d.Yms.
- Serfaty, Claude (2009): The Current Financial Meltdown. A Crisis of Finance Capital-driven Globalization, in: Re-

- search on Money and Finance, unter: www.researchonmoneyandfinance.org/media/conference-07-09/Serfati.pdf (Stand 26.6.2013).
- Serfati, Claude (2012): Die finanz- und rentengetriebene Logik der multinationalen Unternehmen, in: *Prokla* 169, S. 531–556.
- statista (2013): Dividendenzahlungen der DAX-Unternehmen bis 2013, unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/4761/umfrage/dividendenzahlungen-der-dax-unternehmen/> (Stand 26.6.2013).
- Steinborn, Susanne (2009): Regulierung der Finanzmärkte in Deutschland unter Berücksichtigung der Rahmensezung durch die EU, unter: <http://ifg.rosalux.de/wp-content//Regulierung-der-Finanzm%C3%A4rkte-in-Deutschland3.pdf>.
- TransformWissen (2012): Veranstaltungsdokumentation «Schafft Wissenschaft die große Transformation» online, unter: <http://nachhaltigewissenschaft.blog.de/2012/12/20/veranstaltungsdokumentation-schafft-wissenschaft-grosse-transformation-online-15338820/> (Stand 26.6.2013).
- Vitali, Stefania/Glattfelder, James B./Battiston, Stefano (2011): The Network of Global Corporate Control, Zürich.
- Vitali, Stefania/Glattfelder, James B./Battiston, Stefano (2012): The network of Global Corporate Control, in: *Inventi impact: international trade*, ZDB-ID 26813361, S. 59–64.
- Windolf, Paul (2003): Unternehmensverflechtung 1896–1938. Deutschland, USA und Frankreich im Vergleich, unter: www.uni-trier.de/index.php?id=3881 (Stand 26.6.2013).
- Windolf, Paul (2006): Unternehmensverflechtung im organisierten Kapitalismus. Deutschland und USA im Vergleich 1896–1938, in: *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte* 51, S. 191–222.
- Windolf, Paul (2008): Eigentümer ohne Risiko. Die Dienstklasse des Finanzmarkt-Kapitalismus, in: *Zeitschrift für Soziologie* 37, S. 516–535.
- Wixforth, Harald (2011): Bankenkrise und Bankenrettung. Die Reichs-Kredit-Gesellschaft in der Banken- und Finanzkrise des Jahres 1931, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* ZDB-ID 2205610, S. 75–94.
- Ziegler, Dieter (2011): After the Crisis. Nationalisation and Re-privatization of the German Great Banks 1931–1937, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* ZDB-ID 2205610, S. 55–73.

Joachim Bischoff und Christoph Lieber

DIE ZUKUNFT DER BÜRGERLICHEN GESELLSCHAFT IM 21. JAHRHUNDERT

VON DER «GREAT TRANSFORMATION» ZUM ENDE DES LAISSER-FAIRE UND MARKTKONFORMER DEMOKRATIE

Von Mitte der 1970er Jahre an verschärfte sich in den kapitalistischen Hauptländern der Widerspruch zwischen den Imperativen einer Wettbewerbsordnung und den sozialstaatlichen Regulierungsansprüchen. Erneut rückte in den kapitalistischen Hauptländern die Politik des Laisser-faire in das Zentrum. Schrittweise gewinnt das Leitbild eines sich selbst regulierenden Marktes die kulturell-politische Hegemonie in den gesellschaftlichen Institutionen.

«In den 1970er Jahren hat noch jeder geglaubt, der Kapitalismus sei nach dem Krieg domestiziert worden, durch die Beteiligung von Gewerkschaften und Sozialdemokraten; dass er zu einem «modernen Kapitalismus» oder einer «Mixed Economy» geworden sei. Die 1970er Jahre waren dann charakterisiert durch einen «profit squeeze» in der gesamten entwickelten kapitalistischen Welt. In dieser Zeit hat sich die Geduld des kapitalistischen «Raubtieres» mit seinem sozialdemokratischen «Käfig» erschöpft. Von da an spätestens wollte es da raus und daran arbeitet es seit 30 Jahren. Das geht zunächst graduell, aber dabei werden immer mehr der Nachkriegsversprechungen und Garantien widerrufen, mit denen man der damals mächtigen Arbeiterklasse den Kapitalismus als eine automatisierte Wohlstandsproduktionsmaschine verkauft hat» (Streeck 2012b: 21).

Diese neoliberale Politik der radikalen Stärkung des Privateigentums und der Entfesselung der Märkte als Antwort auf Wachstums- und Strukturprobleme der modernen kapitalistischen Staaten ist zunehmend gescheitert. Statt einer neuen Dynamik in der Realakkumulation hat dies nur zu einer beschleunigten Aufhäufung von Schulden, also einer Akkumulation von Eigentumstiteln auf künftig zu produzierenden Reichtum, geführt.

Zudem werden die nächsten Jahrzehnte eine weitere Neuordnung der globalen Hierarchie bringen. Zu Zeiten des Kalten Krieges vereinigten die Ökonomien der westlichen Verbündeten mehr als zwei Drittel der weltweiten Produktion auf sich.

Inzwischen ist es ungefähr die Hälfte – bald wird es wesentlich weniger sein. Die tektonischen Verschiebungen in der globalen Machtverteilung haben einen sozioökonomischen Hintergrund, sie sind aber auch das Ergebnis von wachsenden Schwierigkeiten gesellschaftlicher Willensbildung und politischer Gestaltung. Deregulierung und unkontrollierbarer wirtschaftlicher Strukturwandel, globaler Handel und fiskalische Ungleichgewichte, Kapitalschwemme und Kredit- und Kapitalmarktblasen – diese Konsequenzen der Globalisierung konfrontieren die Wählerinnen und Wähler in den westlichen Demokratien mit Widersprüchen, die sie seit Generationen nicht erlebt haben. Während der letzten Jahrzehnte sind die Einkommen der Mittelschicht in den kapitalistischen Hauptländern stagniert, und die ökonomische Ungleichheit hat rasant zugenommen (Bertelsmann Stiftung 2012). Auch die Krise des politischen Feldes in Nordamerika, Japan und Europa ist nicht mehr zu leugnen.

In der gegenwärtigen politischen Ökonomie überwiegt die Auffassung, dass in der schweren Wirtschafts- und Finanzkrise eine Systemgrenze sichtbar geworden sei und der Übergang zu postdemokratischen Strukturen eine sozialökonomische Erneuerung unmöglich mache. Exemplarisch sei auf den Wirtschaftsausblick der OECD vom November 2012 verweisen: «Nach fünf Jahren Krise schwächt sich die Weltwirtschaft abermals ab. [...] Das Risiko einer erneuten starken Kontraktion kann gegenwärtig nicht ausgeschlossen werden. Der Euroraum befindet sich in einer Rezession. Die US-Wirtschaft expandiert zwar, jedoch weniger stark als im früheren Jahresverlauf erwartet. In vielen aufstrebenden Volkswirtschaften ist eine Konjunkturverlangsamung festzustellen. [...] Entschlossene Politikmaßnahmen zur Bewältigung der unmittelbaren Herausforderungen sind eine notwendige Vorbedingung, um den Handlungshorizont der Politik auszudehnen. Über den Projektionszeitraum dieses *Wirtschaftsausblicks* hinaus besteht die Herausforderung für die Politik darin, die Weltwirtschaft auf einen neuen langfristigen Pfad zu lenken. Voraussetzung dafür ist eine Abkehr vom ‚Weitermachen wie bisher‘ der Vorkrisenzeit. Die Politik muss nicht nur das Finanzsystem wieder in Ordnung bringen, sondern auch Wege finden, um die ökologische Nachhaltigkeit zu sichern und den wachsenden Ungleichheiten zu begegnen. Neue Wachstumsquellen, z. B. grünes Wachstum und Innovationen im Bereich der immateriellen Wirtschaftsgüter, werden eine zunehmend wichtige Rolle spielen müssen» (OECD 2012).

Allerdings hält sich die Hoffnung, im Bereich der Umwälzung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses in Richtung einer ökologisch nachhaltigen Ausrichtung liege eine Chance der Rückkehr zur beschleunigten Kapitalakkumulation. Grundsätzlich sei – eine Initialförderung durch die Regierungen unterstellt – eine Fortsetzung entweder in Richtung einer Ökologisierung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses («Green New Deal») oder eine Erschließung der noch vorhandenen nichtkapitalistischen Milieus im Weltmarkt vorstellbar.

Allerdings ist der Vergleich der aktuellen großen Krise mit jener im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts unseres Erachtens fragwürdig. Die Überwindung der großen

Krise der 1930er Jahre erfolgte in einem Bündnis von Teilen der Bourgeoisie und erstarkter Arbeiterbewegung vor und nach dem Weltkrieg: Roosevelts New Deal, der Beveridge-Plan in Großbritannien, Planification in Frankreich, soziale Marktwirtschaft in Deutschland, gerahmt durch das Weltwährungssystem von Bretton Woods, sind politische Projekte, die sich im Fordismus verdichteten. Angesichts der Krisenkaskaden seit 2008 ff. und eines noch nicht absehbaren Endes dieser großen Krise verweist der ehemalige US-Arbeitsminister unter Bill Clinton, Robert Reich, auf den krisenübergreifenden geschichtlichen Entwicklungszusammenhang in seinem Land: «Grob gesagt war die erste Phase des modernen amerikanischen Kapitalismus (1870 bis 1929) von der zunehmenden Konzentration der Einkommen und Vermögen gekennzeichnet, die zweite Phase (1947 bis 1975) von einer gleichmäßigeren Wohlstandsverteilung und die dritte Phase (1980 bis 2010) erneut von zunehmender Konzentration. Für die Zukunft Amerikas ist es von vitaler Bedeutung, dass es in eine vierte Phase tritt, in der die gleichmäßigere Verteilung des Wohlstandes wieder die Norm ist» (Reich 2010: 14). Kommt es für diese Wegscheide zu keinem neuen «New Deal», prognostiziert Reich einen weiteren Absturz der Mittelschicht und «ein Erstarken reaktionärer Politik in Amerika».

In den massiven Krisen des Regimes der finanzmarktgetriebenen Akkumulation sehen wir derzeit noch keine neue Formation des Kapitalismus; es zeichnet sich keine Herausbildung einer neuen gesellschaftlichen Betriebsweise ab (Neustrukturierung des Kapitalstocks, Kompression der Einkommen und Vermögenstitel, neue wohlfahrtsstaatliche Arrangements). Das macht die Überwindung struktureller Überakkumulation und der aufgelaufenen realwirtschaftlichen Ungleichgewichte in Europa zu einem so schwer lösbaren Problem; dazu wäre ein gewaltiger politischer Kraftakt der Formierung eines radikalreformerischen historischen Blocks zur erneuten Mobilisierung des Kredits – bei gleichzeitiger rigoroser Vermögensbesteuerung, der Redimensionierung und Regulierung der Finanzmärkte – für umfangreiche öffentliche Investitionen in einem erweiterten öffentlichen Sektor und damit der Übergang zu einer neuen Produktionsweise erforderlich. In diese Transformationsperspektive ordnet sich auch die Debatte über neue Ansätze der Wirtschaftssteuerung und einer Wirtschaftsdemokratie von unten ein.

1 Dimensionen der aktuellen Krise im historischen Vergleich

Bezogen auf Zeitdiagnose und Krisenanalyse kann eine Verdichtung der Diskurse aufseiten der politischen Linken konstatiert werden, wobei versucht wird, insbesondere zwei politisch-strategische Topoi zusammenzuführen: organische Krise und Transformation. Nachdem sich im Krisenverlauf 2008 ff. das Zeitfenster für eine gesellschaftsgeschichtliche Alternative mit der kurzzeitigen konjunkturellen Erholung 2010/11 schon wieder geschlossen hatte und sich die Einsicht in einen langwierigen Krisenprozess immer mehr durchsetzte, wollte man innerhalb der Linken nicht noch einmal die Fehler einer ökonomistischen und deterministischen Kriseninterpretation wieder-

holen und hielt sich für einen differenzierteren Krisenbegriff an Gramscis zeitdiagnostische Überlegungen anlässlich der großen Krise von 1929 ff.: «Ausgeschlossen kann werden, dass die unmittelbaren Wirtschaftskrisen von sich aus fundamentale Ereignisse hervorbringen» (Gramsci 1996: 1563). Solche fundamentalen Verschiebungen müssten vielmehr als eine «organische Krise» gefasst werden, «die sich manchmal über Jahrzehnte hinzieht. Diese außergewöhnliche Dauer bedeutet, dass sich in der Struktur unheilbare Widersprüche offenbart haben (herangereift sind)» (ebd.: 1556 f.). Ein solches an Gramscis «historischer Methodologie» angelehnte Herangehen unterlegt auch das Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin (IfG) in seinen Krisenanalysen und sieht damit ein adäquates Erfassen des gegenwärtigen Krisenverlaufs fünf Jahre nach ihrem Ausbruch gewährleistet (vgl. Institut für Gesellschaftsanalyse 2011).¹ Die Überlagerungen verschiedener Krisenprozesse – Immobilienkrise, Bankenkrise, Staatsschuldenkrise –, die sich seit 2008 in einer Abfolge von Krisenkaskaden Bahn brechen und in den einzelnen kapitalistischen Metropolen mit national unterschiedlich ausgeprägten gesellschaftlichen Reproduktionskrisen, sozialen Protesten oder auch politischer Passivität einhergehen, interpretiert das IfG als «die molekulare Anhäufung von Elementen, die dazu bestimmt sind, eine ‚Explosion‘ hervorzurufen» (Gramsci 1999, 2063).

Der Zusammenhang von molekularen Veränderungsprozessen im gesellschaftlichen Reproduktionsgefüge und organischer Krise ist aber bei Gramsci in einen historisch spezifischen Kontext eingeordnet, der sich nicht allein auf die Krise 1929 ff. fokussieren lässt. Dahinter steht vielmehr ein größerer geschichtlich-kultureller Umbruch in den fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften Westeuropas. Seit dem Versagen ihrer politisch-wirtschaftlichen Eliten in der «Urkatastrophe» des Ersten Weltkriegs waren diese Gesellschaften herausgefordert, ihre aus dem 19. Jahrhundert überkommene Produktionsorganisation und gesellschaftliche Betriebsweise zu modernisieren und auf ein höheres gesellschaftsgeschichtliches Niveau von Rationalität, Produktivität und Effektivität zu heben, wie es sich zur gleichen Zeit im amerikanischen Kapitalismus eines Henry Ford und Frederick Taylor abzeichnete. «Das Problem ist folgendes: ob Amerika mit dem unerbittlichen Gewicht seiner wirtschaftlichen Produktion [...] Europa zu einer Umwälzung seiner allzu veralteten sozio-ökonomischen Formation zwingen wird [...], ob es also zu einer Umgestaltung der materiellen Grundlagen der europäischen Zivilisation kommt, was auf lange Sicht [...] zu einer Umwälzung der bestehenden Zivilisationsform und zur erzwungenen Geburt einer neuen Zivilisation führen wird» (ebd.: 2098 f.). Eine solche war mit dem Fordismus in den USA gegeben und setzte sich nach dem Zivilisationsbruch von Faschismus, Judenvernichtung und Weltkrieg zeitversetzt auch in Europa durch und begründete das «Golden Age» des Nachkriegskapitalismus. Angesichts der Geburtswehen einer neuen gesellschaft-

1 Vgl. auch die Beiträge in diesem Band, insbesondere den Eröffnungsbeitrag von Mario Candeias.

lichen Betriebsweise des Kapitals macht es also Sinn, von molekularen Prozessen und organischer Krise zu reden, wie Gramsci das als Zeitzeuge dieses sich anbahnenden Umbruchs in den «Gefängnisheften» tat. Zugleich forderte er zur Abkürzung dieser Geburtswehen einen spezifischen, progressiven Staatsinterventionismus: «Der Staat wird [...] notwendig zum Eingreifen gebracht, um zu kontrollieren, ob die durch seine Vermittlung zustande gekommenen Investitionen gut verwaltet werden. [...] Doch die bloße Kontrolle genügt nicht. Es geht in der Tat nicht nur darum, den Produktionsapparat so zu bewahren, wie er in einem gegebenen Moment beschaffen ist; es geht darum, ihn zu reorganisieren, um ihn parallel zum Wachstum [...] der Gemeinschaftsbedürfnisse zu entwickeln»(ebd.: 2096).

Wenn also der Vergleich der großen Wirtschaftskrise bemüht werden soll, um die Dimensionen der aktuellen Krisenkonstellation aufzuhellen, dann sind unseres Erachtens drei Aspekte wesentlich:

1. Der Amerikanismus oder Fordismus ist als rationellere Form der Produktion und der Kapitalverwertung bereits in Erscheinung getreten; die entwickeltere gesellschaftliche Betriebsweise konnte sich in Nordamerika durchsetzen, während es in Italien oder Europa nur den «Anfang eines fordistischen Fanfarenstoßes gegeben» hat; anders als in Amerika stößt die Verallgemeinerung der neuen gesellschaftlichen Betriebsweise in Italien und Europa auf viele intellektuelle und moralische Widerstände, die die Ersetzung der plutokratischen Führungsschicht durch eine neue Akkumulationsweise zu einer massiven gesellschaftlichen Krise werden lassen. Die strategische Schlüsselfrage lautet daher für Gramsci: «Ob Amerika mit dem unerbittlichen Gewicht seiner wirtschaftlichen Produktion (und das heißt indirekt) Europa zu einer Umwälzung seiner allzu veralteten sozio-ökonomischen Formation zwingen wird oder bereits im Begriff ist es zu zwingen» (ebd.: 2098), und welche Konsequenzen sich aus diesem Globalisierungsdruck für die europäische Zivilisation ergeben.

2. Einfach ausgedrückt besteht der Konflikt darin, dass Europa «alle Vorteile» realisieren will, «die der Fordismus hinsichtlich der Konkurrenzfähigkeit hervorbringt, bei Aufrechterhaltung seines Heeres von Parasiten, die ungeheure Massen an Mehrwert verschlingen, die Eingangskosten belasten und die Konkurrenzfähigkeit auf dem internationalen Markt niederdrücken» (ebd.: 2064). Es geht also nicht darum, die brutalen Formen der Durchsetzung der fordistisch-tayloristischen Ökonomie zu beschönigen. Die Durchsetzung des Amerikanismus in Europa ist mit einer beschleunigten Umwälzung von Klassenverhältnissen verbunden: «Das Verschwinden des halbfeudalen Typus des Rentiers ist in Italien eine der Hauptbedingungen der industriellen Umwälzung (und zum Teil die Umwälzung selbst), nicht einer Folge. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik des Staates ist das Instrument dieses Verschwindens» (ebd.: 2079).

3. Keine Frage also: Der «moderne Staat» schafft die Rahmenbedingungen, in denen die freie Initiative der Kapitaleigentümer zum Tragen kommen kann und sich der ökonomische Individualismus mit dem indirekten Zwang der Märkte eine ent-

sprechende Struktur und Kultur der Zivilgesellschaft schafft. Diese Weiterentwicklung des Wirtschaftsapparates ist selbst an einen produktiv-industriellen Blick von Klassenkräften gebunden, zu denen eben auch der Großteil der Arbeiterbewegung gehört.

Aber diese Dimensionen markieren zugleich die gravierende Differenz zur gesellschaftsgeschichtlichen Konstellation heute. Nach einer kurzen Phase keynesianischer Staatsintervention 2008/09 dominiert seitdem zunehmend europaweit ein fiskalpolitisches Austeritätsregime von Schuldenbremse und daher begrenzten Infrastrukturinventionen. Wir haben deshalb erhebliche Zweifel, ob in der Krisenanalyse heute Gramscis «organische Krise» im Kontext seiner Amerikanismus- und Fordismusstudien einen angemessenen Referenzpunkt abgeben kann. Wir würden mit Joan Robinson die Weiterentwicklung dieses Managerkapitalismus in das neue kapitalistische Wirtschaftssystem folgendermaßen umreißen: Der Nettoertrag der entwickelten spätkapitalistischen Gesellschaft fällt den Aktionären und Finanzinvestoren aller Art zu. «Was technischer Fortschritt, Kapitalakkumulation, Arbeit und Geschäftstüchtigkeit schaffen, fällt den Rentiers in den Schoß. [...] Die alte Rechtfertigung für die Existenz einer reichen Klasse – dass sie nämlich notwendig ist, um für die erforderlichen Ersparnisse zu sorgen – hat sich schon stark abgenützt» (Robinson 1968: 73). Es geht nicht darum, einer noch effizienteren Kapitalverwertung zum Durchbruch zu verhelfen. Heute resultiert die Krise aus dem konzeptionslosen Umgang mit dem funktionslosen Reichtum; die Wirtschaften der entwickelten kapitalistischen Nationen leiden nicht an zu schwachen Akkumulationsraten, sondern am Mangel an Einfallsreichtum, wie das gesellschaftliche Surplus einzusammeln und zu nutzen ist. Die große Krise am Anfang des 21. Jahrhunderts ergibt sich aus der Notwendigkeit, die Organisation der Gesellschaft jener fantastischen Leistungsfähigkeit in der Herstellung und Verteilung des materiellen Reichtums anzupassen, welche die Anwendung der Wissenschaft und gesellschaftlichen Wissens auf die Produktion ermöglicht hat. Entscheidend für die Überwindung der aktuellen Krise ist, eine andere Form der Organisation des Anlagemarktes für die Ersparnisse einer Nation umzusetzen. Die Verteilung des überschüssigen und neu anzulegenden Reichtums kann nicht mehr dem privaten Gewinn und dem Spiel der Märkte überlassen werden.

Seit der Krise des Fordismus Ende der 1970er Jahre haben sich in den führenden kapitalistischen Metropolen keine Bausteine einer neuen und entwicklungsfähigen gesellschaftlichen Betriebsweise herausgebildet. Was sich in den 1980er Jahren mit den Neuen Produktionskonzepten und Lean Production ankündigte, wurde durch neoliberale Globalisierung und Finanzialisierung überformt. Das Potenzial an Neuem kam nicht wirklich zum Zuge, und bis heute überwiegen die gesellschaftszerstörenden Seiten von Flexibilisierung und Prekarisierung. Diese sind für den heutigen Krisenverlauf prägend, und sie gilt es zu berücksichtigen. Gramscis «organische Krise» macht Sinn vor dem Hintergrund des im Amerikanismus/Ford-

dismus entstehenden Neuen. Der Krisenprozess seit 2008 trägt in weiten Zügen zerstörerischen Charakter. Dieser muss in einem adäquaten Krisenbegriff erfasst werden. Zu fragen ist also im Weiteren, ob der Transformationsbegriff das leistet und auf einen Selbsterstörungsprozess der bürgerlichen Gesellschaft angewendet werden kann.

«Zweite Große Transformation» lautet der zweite Topos, dem – politische Positionen fast übergreifend – analytische Tiefenschärfe und strategische Strahlkraft attestiert wird. Aber was ist mit Transformation genau gemeint? Geht es in erster Linie um eine Strategiekonzeption der politischen Linken als Ausweg aus der finanzmarktkapitalistischen Krisenkonstellation, in der dann die emanzipatorischen Kräfte von den Gewerkschaften über die sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen bis zu den politischen Parteien die Akteure sind – also Transformation als Akteurskonstellation und -perspektive?

Oder muss Transformation nicht zunächst als ein Grundprozess in der Entwicklung des Kapitalismus selbst gefasst werden, der zyklenübergreifende Tendenzen und Knotenpunkte in der Kapitalakkumulation charakterisiert, in die die gesellschaftlichen Klassen und sozialen Akteure zumeist mehr oder weniger passiv eingebunden sind. Denn die Reproduktion kapitalistischer Verhältnisse läuft in weiten Teilen unbewusst, und Veränderungen vollziehen sich oft in Formen «passiver Revolutionen» (Gramsci). Auch «molekulare Prozesse» finden sich im Krisenbegriff der Kritik der politischen Ökonomie berücksichtigt. Gesellschaftliche Transformationsprozesse sind dem Kapitalismus an sich nicht fremd, im Gegenteil. Er zeichnet sich als eine «progressive Epoche der ökonomischen Gesellschaftsformation» (Marx) gerade dadurch aus, dass er vielerlei Transformationen auf technologischer, sozialer, politischer, kulturell-künstlerischer und auch ökologischer Ebene inkorporieren kann, ohne dass der allgemeine Charakter der Produktion selbst gesprengt und transformiert würde. Die moderne bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft ist nach Maßgabe der Kritik der politischen Ökonomie also keineswegs ein fester Kristall, sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus. Marx konstatierte daher mit Blick auf den Zusammenhang von gesellschaftlicher Reproduktion und politischer Herrschaft: «Die Gleichmäßigkeit oder Gleichheit der Reproduktion – die Wiederholung der Produktion unter denselben Bedingungen – findet nicht statt. Die Produktivität ändert sich und ändert die Bedingungen. Die Bedingungen ihrerseits ändern die Produktivität. Aber die Abweichungen zeigen sich teils in oberflächlichen Oszillationen, die sich ausgleichen in kurzer Frist, teils in einer allmählichen Häufung von Abweichungen (*divergences*), die entweder zu einer Krise führen, zu einer gewaltsamen, scheinbaren Reduktion auf die alten Verhältnisse, oder doch erst allmählich als Änderung der Bedingungen anerkannt werden und sich durchsetzen» (Marx 1968: 507). Erst in Ansehung solcher transformatorischer »Umwälzungen der gesellschaftlichen Betriebsweise« (Marx) kann das Mischungsverhältnis von passiven und aktiven Tendenzen in den jeweiligen geschichtlichen Akteurskonstellationen ausgelotet

werden.² In der marxschen Kritik der politischen Ökonomie sind dabei diejenigen Transformationsprozesse von politischer Bedeutung, die von der Lohnarbeit ausgehen und letztlich über den Staat das Kapital immer wieder zu asymmetrischen Klassenkompromissen zwingen und so letztlich zu einer Zivilisierung des Kapitalismus beitragen. Die Gegenbewegung einer Selbstzerstörung der bürgerlichen Gesellschaft bleibt demgegenüber unterbelichtet und findet sich bei Marx nicht breiter theoretisch ausformuliert. In diese gesellschaftsstrategische «Leerstelle» ordnen sich für uns die zeithistorischen Studien von Karl Polanyi (1886–1964) über den selbstregulierenden Markt und die fiktiven Waren: Arbeit, Boden und Geld, sowie über die Geburt des liberalen Credo und den Zusammenhang von Marktwirtschaft und Demokratie ein, die sich krisenanalytisch reaktualisieren lassen.

Erschwerend kommt hinzu, dass Irritationen in der Zeitdiagnose bezüglich der Verortung des Neoliberalismus nach seinem Scheitern mit Ausbruch der großen Krise 2007 ff. bestehen. Schon einmal, Ende der 1990er Jahre, wurde er vorübergehend von Teilen der politischen Linken, so auch von Eric Hobsbawm und anderen in einer Debatte in *Marxism Today* (Hobsbawm/Hall 1998), aufgrund einer Fehleinschätzung der modernisierten Sozialdemokratie von Blair und Schröder und ihrer Politik der Neuen Mitte für tot erklärt. Und auch nach der New-Economy-Krise 2001 blieb der Neoliberalismus die dominante Ideologie des nach wie vor herrschenden Finanzmarktkapitalismus. Mit dem Ausbruch der Krise 2008 ff. ist die bis dahin herrschende Konstellation von Neoliberalismus und Finanzmarktkapitalismus dann selbst brüchig geworden, was nach drei Jahren Krise der britische Politikwissenschaftler und Soziologe Colin Crouch (2011) in die schillernde und umstrittene Zeitdiagnose eines «befremdlichen Überlebens des Neoliberalismus» fasst (vgl. Bischoff/Detje 2012). Für die Gesellschaftskritik besteht mithin die Aufgabe einer Einordnung der Ideologie des Neoliberalismus in die jüngere Geschichte des Kapitalismus und in den Zusammenhang von Finanzmarktkapitalismus, Großer Krise und Postdemokratie. Auch hierbei spielt der Topos der Transformation eine Rolle. So betont Wolfgang Streeck in seinen jüngsten Analysen, dass die aktuelle Krise nur verstanden werden könne, wenn sie als Transformation der Gesellschaftsformation «demokratischer Kapitalismus» (Streeck 2011) betrachtet werde. «Was derzeit geschieht, nimmt sich aus, als stamme es aus einem Polanyischen Bilderbuch» (Streeck 2012a: 67).

2 Auch in den Thesen von Rolf Reißig changiert der Transformationsbegriff zwischen Struktur- und Handlungsperspektive: «Ob freilich aus diesen heutigen «kleinen Transformationen» morgen einmal die «Große Transformation» erwächst, kann nicht vorhergesagt werden. Das hängt z. B. auch davon ab, ob das eine oder andere Projekt in einem gesellschaftlichen Schwebezustand zum «Kippunkt» der Transformation wird und zum «Durchbruch führt» (Reißig 2012: 22).

2 Transformation nach Polanyi

Zur Erklärung der Wirkmächtigkeit des Neoliberalismus und der zugrunde liegenden Transformationsprozesse des Verhältnisses von Ökonomie und Politik vornehmlich im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts wird schon seit Längerem immer wieder auf die Studie von Karl Polanyi zurückgegriffen, die «The Great Transformation» im Titel führt. Bezeichnenderweise trug sich der Autor selbst 1944 mit dem Gedanken, sein Werk unter dem Titel «Liberal Utopia» zu veröffentlichen (vgl. Thomasberger 2012: 187). Darin klingt die zentrale Intention seiner Untersuchung an, «dass der Kern der großen Transformation das Versagen der Marktutopie war» (Polanyi 1944: 292), was wiederum auf eine komplexe Wechselwirkung von ökonomischen Strukturen und politischen Vorstellungen ihrer Ausgestaltung in der Geschichte des Kapitalismus verweist. Seine Analyse von 1944 verortete Polanyi selbst an einem geschichtlichen Knotenpunkt: «Im Rückblick wird unsere Zeit als jene gelten, die das Ende des selbstregulierten Marktes erlebt hat. In den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts hatte das Prestige des Wirtschaftsliberalismus seinen Höhepunkt erreicht» (ebd.: 196). Hiermit ist auch – im Unterschied zu einer Lesart, die Polanyis Transformationsbegriff in den Neoliberalismus- und Transformationsdebatten oft nur als «black box» benutzt – der Zeitkern und eigentliche Gehalt der Großen Transformation klar umrissen: «Die Ursprünge der Katastrophe lagen in dem utopischen Bemühen des Wirtschaftsliberalismus zur Errichtung eines selbstregulierenden Marktsystems. [...] Aus einer solchen gefährlichen Sackgasse entstand im 20. Jahrhundert die faschistische Krise» (ebd.: 54 u. 187). In der Großen Weltwirtschaftskrise und den begleitenden politisch-militärischen Katastrophen ging die Zivilisation des 19. Jahrhunderts unter. Polanyi sieht die Lebenskraft der Gesellschaften nicht in erster Linie durch Kriegseinwirkungen oder gewaltsame Klassenkonflikte blockiert. Die Zivilisation «scheitert nicht am Ergebnis irgendwelcher angeblicher ökonomischer Gesetze. [...] Sie fiel als Folge einer ganz andern Reihe von Ursachen: den Maßnahmen, die die Gesellschaft traf, um nicht ihrerseits durch die Auswirkungen des selbstregulierenden Marktes vernichtet zu werden» (ebd. 329).

Die Schlussfolgerungen nach dem Zusammenbruch der traditionellen Ordnung – dem katastrophale Ende des Versuchs, einen sich selbst regulierenden Markt und damit eine Marktgesellschaft oder marktkonforme Demokratie zu schaffen – schlugen sich in einem Konsens nieder: «Arbeit, Boden und Geld aus [...] dem Markt herauszunehmen und durch deren Regulierungen den Vorrang der Gesellschaft vor den Märkten zu sichern» (Krugman 2008).

Nach Polanyi ist die Gesellschaftsgeschichte des modernen Kapitalismus seit dem 19. Jahrhundert «das Ergebnis einer Doppelbewegung. Während sich die Marktorganisation in bezug auf echte Waren ausweitete [...], wurde andererseits ein ganzes Geflecht von Maßnahmen und Verordnungen in mächtigen Institutionen zu dem Zweck zusammengefasst, den Marktmechanismus in bezug auf Arbeit, Boden und Geld einzuschränken. [...] Die Gesellschaft schützte sich selbst gegen die einem selbstregulie-

renden Marktsystem innewohnenden Gefahren – dies war das bedeutsamste Merkmal der Geschichte dieses Zeitalters» (Polanyi 1944: 112). In der Zwischenkriegszeit des 20. Jahrhunderts versagte diese Doppelbewegung zum Selbstschutz der Gesellschaft, und in diesem Sinne besteht letztendlich in den gesellschaftszerstörenden Folgewirkungen der «Entbettung» kapitalistischer Marktprozesse gegen erste sozialstaatliche Ansätze in der Zwischenkriegszeit der Kern der «Great Transformation» im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts.

Nach der faschistischen Katastrophe wagte Polanyi 1944 die Prognose für den weiteren Verlauf des Jahrhunderts der Extreme: «Der Zusammenbruch der traditionellen Ordnung bedeutet nicht, dass wir uns in einem Vakuum befinden. [...] Innerhalb einiger Staaten zeigt sich eine Entwicklung, in deren Rahmen das Wirtschaftssystem nicht länger der Gesellschaft das Gesetz vorschreibt und in dem der Vorrang der Gesellschaft vor diesem System gesichert ist. Dies mag auf sehr verschiedene Art und Weise geschehen, auf demokratische oder aristokratische, auf konstitutionelle oder autoritäre, oder vielleicht auf eine völlig unvorhersehbare Weise. Die Zukunft mancher Länder mag vielleicht schon in einer anderen Gegenwart sein, während andere vielleicht immer noch die Vergangenheit der übrigen verkörpern. *Das Ergebnis aber wird für alle gleich sein: Das Marktsystem wird nicht mehr selbstregulierend sein, nicht einmal im Prinzip, da es Arbeit, Boden und Geld nicht mehr umfassen wird*» (ebd.: 331; Herv. J. B./Ch. L.).

In der Tat kam es nach dem Zweiten Weltkrieg in den kapitalistischen Hauptländern zeitversetzt und in national unterschiedlichen Ausprägungen zu «gemischten Wirtschaftsordnungen» mit weitreichenden Dekommodifizierungen auf den Arbeitsmärkten, sozialem und gemeinwirtschaftlichem Wohnungsbau sowie (inter-)national regulierter Geld- und Währungspolitik, kodifiziert im Bretton-Woods-System vom Juli 1944. Für das «Golden Age» trifft Polanyis Deutung der eingehegten Marktdynamiken im fordistischen Nachkriegskapitalismus also zu. Zugleich lässt sich aber im Umkehrschluss die Periode seit Ende der 1970er Jahre als *erneute «Great Transformation»* deuten, in der es dann in einem längeren geschichtlichen Prozess wieder zu einer zeitlich und national differenzierten «Entbettung» kapitalistischer Marktdynamiken mit all ihren Folgewirkungen bis zur großen Krise von 2008 ff. gekommen ist.

Dieser Mitte der 1970er Jahre einsetzende gegenläufige Prozess des Abbaus von Regulierungen, der Privatisierung von öffentlich-gemeinnützigen Strukturen und der Rückkehr der sozialen Risiken ist gleichfalls kein strategisch angeleitetes Rollback. Die fordistische Entwicklungsetappe wird mithin durch eine «passive Revolution» beendet, durch eine restaurative Bewegung von den bisherigen unzureichenden Formen der Kontrolle und keynesianischen Steuerung des gesellschaftlichen Wertschöpfungsprozesses in Richtung auf eine Ökonomie, die sich der Kapital- und Marktsteuerung wieder vollständig unterwirft. Diese passive Revolution legt einer politischen Mehrheit den Ausweg zur Krisenüberwindung in Richtung einer Markt- und Kapitalsteuerung nahe; umgekehrt hatte der bis in die 1970er Jahre agierende historische Block

sozialer Kräfte der Krisenhaftigkeit der gesamtgesellschaftlichen Steuerung und der anhaltenden Erosion der sozialen Basis des Bündnisses keine überzeugende Konzeption einer entwickelteren Form gesellschaftlicher Programmierung entgegenzusetzen. Diese passive Revolution verläuft in den verschiedenen kapitalistischen Ländern zwar je nach den nationalkulturellen und historischen Besonderheiten, aber für alle gilt die Absetzung von der bis dahin praktizierten Globalsteuerung und der Übergang zur Politik der Deregulierung mit dem Ziel, den Kapitalwettbewerb als Entdeckungsverfahren gegenüber allen sozialstaatlichen Beschränkungen wieder voll zum Tragen zu bringen.

Die politisch-ideologische Utopie des Neoliberalismus lebte dabei von der Illusion, die immer wieder auftretenden Spannungen und Widersprüche von gesellschaftlicher wie individueller Unsicherheit und sozialverpflichteter Eigenverantwortung politisch managen zu können. Zugleich war der Neoliberalismus aber kein konsistentes und entwicklungsfähiges Gesellschaftsprojekt, sondern beinhaltete beständig ein Nebeneinander von noch taylorisierten Arbeitsprozessen, Akkumulationskrise, ökonomischer Stagnation und finanzkapitalistischen Hybridstrukturen, was die seit den 1980er Jahren schwelende Krise der fordistischen Betriebsweise bis heute nicht wirklich überwinden konnte. Die ökonomischen Grundstrukturen des neoliberalen «Finanzmarktkapitalismus» bargen zu viele Instabilitäten und Widersprüche, um die propagierten Glücksversprechen von Globalisierung, Autonomie, Effektivität und Vermögen einlösen zu können. Die politische Linke hat rückblickend die «Great Transformation» des Neoliberalismus seit Beginn der 1980er Jahre unzulänglich eingeschätzt. Mit dem Ausbruch der großen Krise 2008 ff. ist jetzt ein neuer geschichtlicher Knotenpunkt erreicht.

Auch die bürgerliche Klasse und ihre politische Elite, die bis 2008 dem neoliberalen Mainstream selbst folgten, besitzen derzeit kein klares gesellschaftliches und ökonomisches Projekt im Umgang mit dem lädierten Finanzmarktkapitalismus und den gescheiterten neoliberalen Konzepten. Ihre Aktivitäten konzentrieren sich vorerst auf das politische Feld und sie versuchen, über eine «ordnungspolitische Erneuerung» der Sozialen Marktwirtschaft aus ihrer Hegemonieschwäche – zwar zu herrschen, aber nicht zu führen (Gramsci) – herauszukommen. Das ist gegenwärtig hierzulande der harte Kern des «Systems Merkel» (vgl. Bischoff/Müller 2012).

3 Politisches Feld: Zwischen Intervention und Marktmechanismus

In die polanyische «Doppelbewegung» ist zugleich eine spezifische Konstitution des politischen Feldes in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft eingeschlossen. Denn die politische Ökonomie des 18. und der Liberalismus des 19. Jahrhunderts markieren den Epochenwechsel «eines Zeitalters, das mit den Schöpfern des *Staa-tes*, Thomas More, Machiavelli, Luther und Calvin begonnen hatte, [...] zu jenem 19. Jahrhundert, in dem Ricardo und Hegel, aus verschiedenen Richtungen kom- mend, die Existenz einer *Gesellschaft* entdeckten, die nicht den Gesetzen des Staates unterworfen war, sondern im Gegenteil, den Staat ihren eigenen Gesetzen unterwarf» (Polanyi 1944: 157). Die wahren Entdecker dieser «Gesetze» sind die Vertreter der klassischen politischen Ökonomie. Die klassische politische Ökonomie ist diejenige Wissensform, in der der Übergang der modernen bürgerlichen Gesellschaft in das «Zeitalter der Politik» ausgesprochen wird. Hier wird das ganze «Problem der kriti- schen gouvernementalen Vernunft» (Michel Foucault) als liberale Regierungskunst begründet. Die Gegenbewegung zur liberalen Entbettung des Marktes und für staatli- che Intervention und Marktregulierung wird so geschichtlich zum politischen und in- tellektuellen Fokus der europäischen Sozialdemokratie. Letztere schafft im Übergang zum 20. Jahrhundert den «politischen Kapitalismus» (Gabriel Kolko) und befördert, radikalisiert durch die Spaltung der Arbeiterbewegung nach dem Ersten Weltkrieg, zugleich den «Eintritt der Massen in die Politik» (Pietro Ingrao). Denn «die Arbei- terklasse kann sich gegen die verhängnisvollen Auswirkungen des industriellen Wan- dels auf ihr persönliches Leben nur durch die bewusste politische Einflussnahme auf die automatischen Gesetze, die den kapitalistischen Markt, die Währungssysteme, die Zins- und Lohnsätze steuern, verteidigen. Sie werden zu dieser Einmischung als Reaktion auf die versteckte kapitalistische Einflussnahme herausgefordert, die die na- türlichen Funktionen der politischen Demokratie zu pervertieren versucht. Sie wer- den geradewegs dazu eingeladen, wenn während akuter ökonomischer Krisen das Big Business selbst die politische Demokratie zur Hilfe ruft, um ihre Schwierigkeiten zu überwinden» (Polanyi 2005b: 235).

Aber die Doppelbewegung von kapitalistischer Einflussnahme und der Einmi- schung vonseiten der Lohnabhängigen ist nicht einfach auf ein gleichgewichtiges Wechselverhältnis von Markt und Staat reduzierbar, sondern durchläuft im 20. Jahr- hundert komplexe gesellschaftspolitische Konstellationen, die durch unterschied- liche Kräfteverhältnisse, Funktionsfähigkeit politischer wie zivilgesellschaftlicher In- stitutionen und illusionäres Bewusstsein der sozialen Akteure geprägt sind. In der ersten Großen Transformation des 20. Jahrhunderts kommen alle diese Faktoren zusammen und münden in einer Zerstörung der Demokratie. Das grundlegende Ungleichgewicht innerhalb der polanyischen Doppelbewegung – Einheitlichkeit des Wirtschaftsliberalismus in der Laissez-faire-Politik und disparate, unabgestimmte und unkoordinierte Interventionen auf Seiten der Marktregulierung – wirkt tendenziell krisenverschärfend, provoziert seinerseits marktradikale Schutzmaßnahmen im Na-

men ökonomischer Kontinuitätssicherung und unterminiert so die demokratischen Strukturen, wie zum Ende der Zwischenkriegszeit geschehen: «Hypothetisch hätten die negativen ökonomischen Effekte der isolierten Interventionen durch umfassende Interventionen vermieden werden können, d. h. durch eine *überlegte und geplante Regulation des Marktes* (Herv. J. B./Ch. L.). Allerdings wäre eine solche Entwicklung, wenn unter der Kontrolle der Arbeiterklasse erreicht, eine außerordentliche Gefahr für die Privilegien der Eigentümer gewesen. Die Eigentümer hätten sich in einer Situation wiedergefunden, in der sie auch nur des Anscheins ihrer gesellschaftlichen Nützlichkeit beraubt und dafür reif gewesen wären, abgeschafft zu werden. An diesem Punkt diene der Marktmechanismus als Schutz für die Eigentümer. Isolierte Interventionen, obwohl lebensnotwendig für das Überleben der Gesellschaft, tendierten dazu, den Marktmechanismus zu schwächen. Nun geriet der Markt schon beim kleinsten Anzeichen einer umfassenderen oder geplanten Intervention in Panik und es entstand die unmittelbare Gefahr des vollständigen Zusammenbruchs des produktiven Apparats. Es kam zu einer «Vertrauenskrise» und die politische Kraft, die für diese verantwortlich gemacht wurde, musste unverzüglich von der Bühne verschwinden» (Polanyi 2005a: 280).

Die Große Transformation der 1920er Jahre ist von einer folgenschweren Blockade der politischen Kräfte innerhalb der Doppelbewegung von Marktutopie und Intervention/Regulierung gekennzeichnet. Die Vertrauenskrise geht mit demokratischer Repräsentationskrise, gleichzeitiger politischer Apathie und populistischer Radikalisierung sowie einem Versagen der Eliten einher; zugleich drifteten die europäischen Metropolen bei Auseinanderbrechen des überkommenen Goldstandards und eines noch unabgeschlossenen Rollenwechsels des Weltmarktdemiurgen von Großbritannien zu den USA auseinander: «Zwischen Wirtschaft und Politik ist eine Kluft aufgerissen. Das ist in dürren Worten die Diagnose der Zeit. Wirtschaft und Politik, diese beiden Lebensäußerungen der Gesellschaft, haben sich selbständig gemacht und führen miteinander dauernd Krieg; sie sind zu Losungen geworden, unter denen politische Parteien, wirtschaftliche Klassen ihre gegensätzliche Interessen austragen. Es ist soweit gekommen, dass die Rechte und die Linke im Namen von Wirtschaft und Demokratie einander befehden, als könnten die zwei Grundfunktionen der Gesellschaft in zwei verschiedenen Parteien im Staate verkörpert sein! Hinter den Parolen steckt aber grausame Wirklichkeit. Die Linke *ist* in der Demokratie verankert, die Rechte *ist* es in der Wirtschaft. Und gerade dadurch wird die zwischen Wirtschaft und Politik vorhandene Funktionsstörung zu einer katastrophalen Polarität gespannt. Aus dem Bereich der politischen Demokratie entspringen die Kräfte, die in die Wirtschaft eingreifen, sie stören und unterbinden. Die Wirtschaft antwortet mit einem Generalsturm gegen die Demokratie als die Verkörperung unverantwortlicher, unsachlicher Wirtschaftsfeindlichkeit. [...] Eine Gesellschaft, deren politisches und wirtschaftliches System einander widerstritten, wäre unfehlbar dem Untergang oder dem Umsturz geweiht» (Polanyi 2002b: 149).

Es ist bedrückend, wie aktuell Polanyis Zeitdiagnose der Großen Transformation von 1932 zwischen dem Sturz des britischen Pfunds, der überkommenen Weltmacht, und dem Aufstieg des deutschen Faschismus sich von heute aus liest.³ Enthält sie brauchbare Hinweise für die Analyse der zweiten Great Transformation, die in die Krise 2007 ff. mündete? In der Tat. Nicht «lange Wellen» oder «Landnahmen» strukturieren die Kapitalakkumulation und Entwicklungsphasen der kapitalistischen Gesellschaftsformation, wie in vielen aktuellen Zeit- und Krisendiagnosen zu lesen ist (z. B. David Harvey, Klaus Dörre), sondern die gesellschaftlichen Konflikte um eine Steuerung und Kontrolle von Produktivitätsentwicklung und Verwendung des gesellschaftlichen Reichtums. Nicht das Wachstum von Gütern und Dienstleistungen markiert unser Schlüsselproblem, sondern die in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsgeschichte immer wieder politisch wirkmächtige Vorstellung eines selbstregulierenden Marktes, mit der eine Marktgesellschaft oder eine marktkonforme Demokratie geschaffen werden soll. Mit Polanyi lässt sich daher jenseits von ökonomistischem Reduktionismus und jenseits einer Auflösung des Bedingungs Zusammenhangs der Produktionsweise des materiellen Lebens mit dem sozialen, politischen und geistigen Lebensprozess ein differenzierterer Blick auf die Gesamtheit *gesellschaftspolitischer* Dimensionen und Wirkfaktoren in der Krise gewinnen.⁴ Zu dieser Gesamtheit gehören auch das Alltagsbewusstsein der Lohnabhängigen in seiner ganzen Komplexität, Ambivalenz und Widersprüchlichkeit und hier neben der ökonomisch geprägten Krisenwahrnehmung insbesondere die Dimensionen des Gesellschaftsbewusstseins. Hier entscheidet sich, ob die aus der neoliberalen Transformation immer noch virulenten Marktimperative durch alternative gesellschaftspolitische Vorstellungen von sozialer Regulierung und wirtschaftsdemokratischer Gestaltung überwunden werden können.

Da es beim Ausgang der gegenwärtigen «Zweiten Großen Transformation» also entscheidend auf die Bewusstheit der Akteure ankommt, sollten Fehleinschätzungen des Zusammenhangs von ökonomischer Krise und Alltagsbewusstsein vermieden werden. Hier wird das politische Feld bedeutsam und gilt es, einen kritischen Hinweis von Bourdieu zu beachten. Die ökonomische Krise verändert das Alltagshandeln nicht direkt und unvermittelt. «Die externen Determinanten, die die Marxisten herange-

- 3 Dazu gehören auch Polanyis implizite Hinweise auf die demokratiegefährdende Virulenz ökonomischer Mystifikationen über den Zusammenhang von Geld und Währung insbesondere in Krisenzeiten sowie die Notwendigkeit «ökonomischer Alphabetisierung»: «Eine moderne Demokratie kann nur auf Grund einer zur Volksüberzeugung gewordenen nationalökonomischen Lehre Bestand haben. Eine die Masse ergreifende Meinungsverschiedenheit über die die Währung beherrschenden Grundgesetze wäre in einem Lande, in welchem die Währung so zentrale Bedeutung besitzt [damals England, heute Deutschland; j. B./Ch. L.], an sich schon eine gefährliche Störung der politischen Sphäre» (Polanyi 2002a: 127).
- 4 Polanyi stand in der Zwischenkriegszeit auf der Linken, aber zwischen den sich blockierenden Strömungen der Arbeiterbewegung, und bewies in seinen zeitgenössischen Kommentierungen und Kurzanalysen eine hohe Sensibilität für die Gemengelage und die tektonischen Verschiebungen innerhalb der politischen Mentalitäten. Daher rührt seine zeitdiagnostische Brauchbarkeit für vergleichbare Umbruchsituationen, an die man analytisch anknüpfen kann. Andere Teile seines Gesamtwerks bleiben tief kulturanthropologisch bis -pessimistisch geprägt und sind für eine Kritik der politischen Ökonomie nicht anschlussfähig.

zogen haben – zum Beispiel die Wirkung von ökonomischen Krisen, technischem Wandel oder politischen Revolutionen – können nur vermittelt über den aus ihnen resultierenden Strukturwandel des Feldes eine Wirkung entfalten» (Bourdieu 1998: 62), also jenes relativ autonomen Mikrokosmos innerhalb der großen sozialen Welt, in dem sich die Subjekte je nach ihrer Stellung im sozialen Raum und ihrer «Kapitalausstattung» befinden. Da das Leben in den verschiedenen gesellschaftlichen Feldern keine einfache Übertragung der Regeln des ökonomischen Feldes verkörpert, sondern die Felder verschiedene Formen der Autonomie aufweisen, ist es für das Verständnis des Funktionierens des jeweiligen Feldes und die Überzeugungskraft von politischen Alternativen wichtig, den «Brechungskoeffizienten, d. h. seinen Grad der Autonomie» (ebd.) zu analysieren.

Die Frage steht also, wie den gesellschaftspolitischen Konstellationen in der zweiten Großen Transformation Ansatzpunkte für eine emanzipatorische Politik abgerungen werden können. Hier ordnet sich auch die Lesart von Polanyi durch Nancy Fraser ein. Aber sie kritisiert bestimmte Verkürzungen an Polanyis Doppelbewegung: Das Schlüsselkonzept der Entbettung der Märkte trage die Gefahr des Ökonomismus und Funktionalismus in sich, und die Gegenbewegung sozialer Schutz- und Fürsorgemaßnahmen laufe Gefahr, in eine Romantisierung der Gesellschaft als eines sicheren Schutzraums umzukippen. In beiden Fassungen bleibe damit das emanzipatorische Potenzial auf der Strecke. Polanyis Konzeptionalisierung einer Doppelbewegung muss daher nach Fraser zu einer post-polanyischen Perspektive der Dreifachbewegung erweitert werden, die dann bezogen auf die Entbettung der Emanzipation von *hierarchisierenden* Schutzmaßnahmen durch Vermarktlichung und bezogen auf die Dekommodifizierung von Arbeit der Emanzipation von *falschen* Schutzmaßnahmen, wie sie «national denkende Sozialdemokraten und Gewerkschaften bis hin zu immigrationsfeindlichen populistischen Bewegungen» propagieren, durch das Postulat »negativer Freiheit« Rechnung trägt (Fraser 2011: 107). Mit ihren post-polanyischen Reflexionen dämpft Fraser aber zugleich den Optimismus, das krisenhafte Ende der neoliberalen finanzmarktkapitalistischen Great Transformation der letzten Jahrzehnte vorschnell in eine Transformation mit umgekehrtem Vorzeichen umzudeuten, die sie selbst noch vor kurzem erwartete: «Eines würde ich heute allerdings anders schreiben. 2008/2009 war ich zu optimistisch, was die politischen Auswirkungen der Finanzkrise angeht. Da das Finanzsystem um Haaresbreite an seinem Zusammenbruch vorbeigeschrammt war, hoffte ich, dass wir an der Schwelle zu einer weiteren «großen Transformation» stünden, in der wir feministische Ideen für radikale Ziele wiedergewinnen könnten» (Fraser 2012: 69).

4 Der «kurze Traum» sozialer Marktwirtschaft

Polanyi erzählt die Geschichte vom Aufstieg und Niedergang der entfesselten Marktwirtschaft. Seine Analyse zielt darauf, den Kapitalismus vor dem Kapitalismus zu retten – nach seinem Niedergang oder der Zerstörung. Erst wenn die Wirtschaft wieder in das gesellschaftliche und politische Leben eingebettet werde, könne die Entfremdung der Moderne geheilt werden, behauptet Polanyi. Die praktische Einbettung in der Nachkriegsordnung hatte viele Seiten, die hier nicht alle ausgebreitet werden sollen.

Die in der Nachkriegszeit durchgesetzten Regulierungen von Lohnarbeit, Boden und Geld (Finanzen) bündeln sich in erster Instanz in einem spezifisch abgestuften Reproduktionszusammenhang von Wertschöpfung, Primärverteilung und sozialstaatlichem Transfersystem. Werden nun aber die Einkommensunterschiede in einer Gesellschaft wieder zu groß, kann sich eine Reihe von sozialen und ökonomischen Problemen entwickeln. Wie historische Erfahrungen lehren (siehe Polanyi), besteht die Gefahr von zunehmenden sozialen Spannungen, die letztlich eine Gesellschaft in ihrem Zusammenhalt bedrohen können.

Der zweite Zentralaspekt besteht in der Steuerung der Akkumulation. Für Deutschland plädierte auch der damalige Wirtschaftsminister Erhard dafür, «das alte und bisher für unumstößlich gehaltene *Gesetz von dem konjunkturzyklischen Ablauf des wirtschaftlichen Geschehens zu überwinden*. Man glaubte bekanntlich, dass sich die Wirtschaft in rhythmischen Wellen fortentwickle. Sieben Jahre sollten dabei etwa den Zeitabschnitt darstellen, in dem sich Aufschwung, Hochkonjunktur, Niedergang und Krise vollenden, bis sich aus ihr wieder die heilenden Kräfte zum positiven Ansatz für den nächsten Zyklus entzünden. In den nun fast neun Jahren aber, in denen ich die Verantwortung für die deutsche Wirtschaftspolitik trage, ist es immerhin gelungen, diesen *starren Rhythmus zu sprengen* und über einen kontinuierlichen Aufstieg der Wirtschaft die Koppelung von voller Beschäftigung und Mengenkonzunktur zu erreichen.»

Neben der Steuerung der Akkumulation ging es um Verteilung. Der «Wohlstand für alle» (1957) sollte durch Produktivitätssteigerungen und eine massive Ausweitung des gesellschaftlichen Produkts erfolgen. Erhards Wirtschaftspolitik zielte darauf, *die hergebrachten Vorstellungen der früheren Einkommensgliederung zu überwinden*. Er wollte in Übereinstimmung mit der Mehrheit der CDU «eine Wirtschaftsverfassung, die immer weitere und *breitere Schichten* unseres Volkes zu Wohlstand zu führen *vermag*.» Auf dem Weg über den Wettbewerb sollte *eine Sozialisierung des Fortschritts und des Gewinns bewirkt* und dazu noch das persönliche Leistungsstreben wachgehalten werden.

Die Logik der «sozialen Marktwirtschaft» lehre, «wie ungleich sinnvoller es ist, alle einer Volkswirtschaft zur Verfügung stehenden *Energien auf die Mehrung des Ertrages der Volkswirtschaft* zu richten, als sich *in Kämpfen um die Distribution des Ertrages zu zermürben* und sich dadurch von dem allein fruchtbaren Weg der Steigerung des So-

zialproduktes abdrängen zu lassen. Es ist sehr viel leichter, jedem einzelnen aus einem immer größer werdenden Kuchen ein größeres Stück zu gewähren, als einen Gewinn aus einer Auseinandersetzung um die Verteilung eines kleinen Kuchens ziehen zu wollen, weil auf solche Weise jeder Vorteil mit einem Nachteil bezahlt werden muss.»

Erhard musste aber letztlich das Scheitern dieser Konzeption der Einbettung kapitalistischer Akkumulations- und Marktdynamik erleben. Dies betraf die Rückkehr der Konjunkturzyklen und der Verteilungskonflikte. Der durch Erweiterung des gesellschaftlichen Kuchens geförderte Massenkonsum stieß in den 1960er Jahren an Grenzen. Erhard beklagte in seiner Regierungserklärung 1965, dass die Gesellschaft in organisierte Gruppen zerfalle, die um möglichst hohe Anteile am Sozialprodukt und um Einfluss auf die politischen Entscheidungen des Staates stritten. Diese Überforderung von Wohlstand und Wirtschaftspotenzial wollte er durch eine «formierte Gesellschaft» überwinden. Im Prinzip begann damals die langwierige Transformation der «sozialen Marktwirtschaft». Was wir seither erleben, ist eine neue, neoliberale Entbettung des Kapitalismus, die sich in molekularen Veränderungen und mentalen Verschiebungen vom *shopfloor* bis in zivilgesellschaftliche Stockwerke ausbreitet. Die politischen, sozialen und kulturellen Umbrüche der letzten Jahrzehnte des 20. und des beginnenden 21. Jahrhunderts bringen eine epochale Transformation des Kapitalismus zum Ausdruck. Die finanzmarktgetriebene Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse setzt die sozialstaatlichen Regulationen zunehmend außer Kraft. Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen geraten in der Logik der neuen Akkumulationsweise massiv unter Druck und erlauben keine breite Beteiligung am erarbeiteten gesellschaftlichen Reichtum mehr.

Mit Deregulierung und Privatisierung wird die Tendenz zur Stärkung der leistungslosen Einkommen verstärkt. Die Abwärtsspirale der Ökonomie dreht sich schneller, wohingegen eine Demokratisierung der Wirtschaft zu einem entschiedenen Politikwechsel führen würde. Es gilt, die Demokratisierung – aber ausgehend vom Unternehmen – auf die Verteilungsverhältnisse und die Kontrolle der Finanzmärkte zu erstrecken. Die kapitalistische Gesellschaft kann einer demokratischen Kontrolle und Steuerung unterworfen werden. Es geht also um ein komplexes Reformprogramm in kritischer Anknüpfung an die Vorzüge und Schwächen der untergehenden Lohnarbeitsgesellschaft.

Die theoretischen Ansätze unter Rückgriff auf die Grundstruktur von langen Wellen der Kapitalakkumulation (Schumpeter u. a.) oder auf das «Landnahme-Theorem» sind wenig überzeugend, da sie das Kapital lediglich als «automatisches Subjekt» von immer gesteigerter Inwertsetzung, Kommodifizierung und Landnahmen reformulieren, dem sozialen Charakter der immanenten Gegenbewegung auf die Ausweitung des Marktsystems aber nicht wirklich Rechnung tragen. Insbesondere das Ausmaß des Warencharakters der lebendigen Arbeit bleibt im Kapitalismus strukturell immer umkämpft, und die Proportionierung von Lohn, Profit und Fixkapital muss ein reproduktionsfähiges und letztlich für die lebendige Arbeit selbst entwicklungsfähiges

Ganzes ergeben. Die «social forces» (Marx) von Lohnarbeit, Staat und Kapital bilden ein Feld relationaler Kräftekonstellationen mit historischen Blöcken und asymmetrischen Klassenkompromissen, die das zivilisatorische Potenzial der kapitalistischen Produktionsweise in einer gesellschaftlich regulierten Betriebsweise befördern oder in diesem Bestreben durch die Aktivierung von «Marktutopien» wieder zurückgeworfen werden können.

Tragfähiger ist daher der Hinweis, die Phasen der Großen Transformation von Kapitalakkumulation und Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsformation im Kontext der Auseinandersetzung um die Selbststeuerung der Gesellschaft zu sehen. Der erneute historische Versuch seit den 1970er Jahren, über die radikale Verwirklichung des Laissez-faire eine selbstregulierende Marktgesellschaft zu etablieren, führt erneut zu einer massiven sozialen Spaltung, der wachsenden Fehlsteuerung von Produktivitätsentwicklung und einer irrationalen Verwendung des gesellschaftlichen Surplus, die über Vermögens- und Besitztitel immer nur wieder neue Verwertungsansprüche generiert und so als «accumulated claims upon production» (Marx) die Wertschöpfung der produktiven Lohnarbeit zusätzlich belastet.

5 Gesellschaftlicher Kapitalstock und politische Regulierung

Die Leistungsfähigkeit der Ökonomie hängt ab von der gesellschaftlichen Infrastruktur und dem Kapitalstock der Gesellschaft, was beides im Zusammenhang mit der Qualifikation des gesellschaftlichen Arbeitskörpers und dem Fundes des gesellschaftlichen Wissens gesehen werden muss. Die Entwicklung dieser Grundkonstellation erfolgt in der Generationenfolge, wobei je entwickelter die Produktivität der Arbeit und das erwirtschaftete gesellschaftliche Surplus ist, die Erneuerung von Kapitalstock, Infrastruktur und Qualifikation mit weniger Aufwand erfolgt. Ausdruck einer hohen Leistungsfähigkeit sind gesellschaftlichen Ersparnisse, die sich in einer breiten Kultur von Eigentumstiteln auffächern und zugleich mit sinkenden Zinssätzen am gesellschaftlichen Reichtum partizipieren. Während die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der jährlichen Produktion gesteigert wird, werden zugleich Infrastrukturen, Kapitalstock und Qualifikation des Arbeitskörpers weiterentwickelt.

Unterentwickelte Gesellschaften mit hohem Bevölkerungswachstum und damit auch kräftiger Zunahme der Zahl der Arbeitskräfte müssen mehr Ressourcen in den Aufbau des Kapitalstocks stecken, um bei gleicher Produktionsweise ihre gesamtwirtschaftliche Produktion und damit ihren Lebensstandard aufrechtzuerhalten. Für entwickelte, reife Ökonomien stellt sich die Aufgabe des Strukturwandels zu einer dienstleistungsintensiveren Gesellschaft, sodass der Umbau des Kapitalstocks weniger Einsatz erfordert und – unter der Voraussetzung sozialgerechterer Einkommensverhältnisse – eine Expansion öffentlicher Dienstleistungen und eine massive Verringerung der Arbeitszeit möglich werden. Die aktuelle Krisenkonstellation zeigt ein wachsendes Angebot von anlagesuchendem Kapital, das auf die Ersparnisbildung der Gesellschaft zurückgeht.

Die sehr niedrigen Anleiherenditen in den meisten kapitalistischen Hauptländern – eine zehnjährige deutsche Bundesanleihe wirft neuerdings nicht einmal die Preissteigerungsrate ab – sind das Ergebnis eines massiven Geldkapitalangebots, verstärkt durch die expansive Geldpolitik und eine sich daran anschließende Aufblähung der Bank- und Kapitalmarktgeschäfte. Die niedrigen Renditen in den kapitalistischen Metropolen sind also realwirtschaftlich verursacht. Die Renditen sind in den Industrienationen extrem niedrig, weil dem Ersparnisangebot keine ausreichende private Nachfrage für Sachinvestitionen gegenübersteht: Der größte Teil des Sachkapitals besteht aus Immobilien, aber gerade dort besteht keine sehr starke Nachfrage – in Ländern wie Spanien, Irland, den USA etc. gibt es sogar ein Überangebot an Immobilien.

Die globale Ersparnisschwemme – Überangebot an anlagensuchendem Kapital – ist eine Hintergrundbedingung für die Niedrigzinspolitik zunächst in Japan, dann in den USA und schließlich in Europa; dies verursacht eine Krise in den Vermögenswerten, vor allem auf dem amerikanischen Häusermarkt und dann auf den Finanzmärkten allgemein. Die Machtverschiebung auf den Weltmärkten erschwert den westlichen Zentralbanken die Geldpolitik. Dass die amerikanische Zentralbank bei ihrer Geldpolitik nur die Folgen für Amerika und nicht für die Weltwirtschaft bedenkt, destabilisiert die Weltwirtschaft zusätzlich.

Der Wert des Kapitalstocks in einem Land wie Deutschland beträgt mehr als das Fünffache des Bruttosozialprodukts pro Kopf. Der gesellschaftliche Reproduktionsprozess stützt sich wesentlich auf dieses akkumulierte Fixkapital, und die zentrale Aufgabe besteht darin, mithilfe des jährlichen Wertverbrauchs (Abschreibungen) eine Modernisierung und einen Strukturwandel zu organisieren. Auf diese Weise wird der Kapitalstock erhalten bzw. werden sein Umbau und seine Fortentwicklung finanziert. Der Aufbau und die Weiterentwicklung kann nur in einer geeigneten Co-Evolution mit dem Potenzial der Mitarbeiter, einer adäquaten Infrastruktur, dem Zugriff auf Ressourcen, leistungsfähigen Innovationsstrukturen und einer Einbindung in internationale Netze geleistet werden. Brüche der Kapitalstock aus irgendeinem Grund zusammen, etwa bei Naturkatastrophen oder durch Kriegseinwirkung, begänne ein langer harter Weg, wie ihn zum Beispiel Deutschland und Japan nach dem Zweiten Weltkrieg gehen mussten.

Der Kapitalstock der deutschen Wirtschaft hat einen Wert von rund sieben Billionen Euro. Dies entspricht gut dem Dreifachen des deutschen Sozialprodukts. Ein großer Teil dieses Kapitalstocks wird im Laufe der nächsten zehn bis fünfzehn Jahre erneuert werden müssen. Alle entwickelten kapitalistischen Länder haben einen massiven Investitions- und Modernisierungsrückstau in der Infrastruktur und eine Tendenz zur Überalterung des Kapitalstocks. Bei entsprechenden Rahmenbedingungen wäre ein ökologischer Modernisierungsprozess ohne größere Probleme realisierbar. Dies bedeutet, dass der Kapitalstock in Zukunft mit deutlich weniger und emissionsärmerer Energie gewinnbringend genutzt werden kann; hierbei sind die langfristigen Vorteile der erneuerbaren Quellen besonders zu beachten. Die verminderte Nutzung

nicht erneuerbarer Ressourcen setzt zusätzliche Investitionen und neue Technologien voraus. Allerdings würde durch einen solchen ökologischen Umbau weder das Problem des Geldkapitalüberschusses noch das Problem der überholten Organisation des Anlagemarktes für die gesellschaftlichen Ersparnisse behoben.

Der Kapitalismus tendiert dazu, aufgrund der steigenden Einkommenskonzentration eine chronische Schwäche in der effektiven Nachfrage zu erzeugen, was zu einem Überangebot an Geldkapital führte, da die sehr Reichen viel sparten. Durch diese Entwicklung wurden die Leistungsbilanzunterschiede verstärkt, da die Länder versuchten, mehr Nachfrage im Ausland zu generieren.

Die große Einkommenskonzentration in den USA hat zu politischen Entscheidungen geführt, die eine nicht nachhaltige Kreditaufnahme der niedrigen und mittleren Einkommensgruppen befördert haben durch Subventionen und Darlehensbürgschaften im Immobiliensektor und durch eine lockere Geldpolitik. Es gab auch eine Explosion von Kreditkartenschulden. Diese Gruppen stützten das Wachstum beim Konsum, an den sie sich gewöhnt hatten, indem sie sich höher verschuldeten. Indirekt haben die sehr Reichen, einige von ihnen außerhalb der USA, den anderen Einkommensgruppen Geld geliehen, wobei der Finanzsektor auf sehr aggressive Weise als Mittler tätig war. Dieser unhaltbare Prozess fand 2008 ein spektakuläres Ende.

Makroökonomische Politik kann versuchen, mit Neuverschuldung und sehr niedrigen Zinssätzen Nachfragemangel zu kompensieren. Oder ein unterbewerteter Wechselkurs kann dazu beitragen, die fehlende Binnennachfrage zu exportieren. Aber wenn der Anteil der höchsten Einkommensgruppen weiter steigt, bleibt das Problem chronisch. Und wenn die Staatsverschuldung zu einem bestimmten Zeitpunkt für eine weitere kontinuierliche Neuverschuldung zu groß wird oder wenn die Zinssätze nahe null liegen, hat das System keine Lösungen mehr.

Wenn also die Dynamik, die die Einkommenskonzentration anheizt, nicht umgekehrt werden kann, die Superreichen einen großen Teil ihres Einkommens sparen, Luxusgüter die Nachfrage nicht in ausreichendem Maße ankurbeln, die niedrigen Einkommensgruppen nicht länger leihen können, die Fiskal- und Geldpolitik an ihre Grenzen kommt und die Arbeitslosigkeit nicht exportiert werden kann, dann steckt die Wirtschaft fest. Schon Keynes bemerkte weise: «Wenn die Nationen lernen könnten, durch ihre Innenpolitik Vollbeschäftigung herbeizuführen, [...] gäbe es keinen dringlichen Grund mehr, warum ein Land einem anderen Waren aufzwingen oder die Angebote seines Nachbarn zurückweisen müsste.» Der zwischenstaatliche Handel «wäre nicht mehr das, was er derzeit ist, nämlich ein verzweifertes Hilfsmittel, um die Beschäftigung im Inland aufrechtzuerhalten, indem ausländischen Märkten der Kauf von Waren aufgezwungen und die eigenen Käufe eingeschränkt werden.» Stattdessen führte er zu «einem freiwilligen und ungehinderten Austausch von Waren und Dienstleistungen, unter beiderseitig vorteilhaften Bedingungen». Mit anderen Worten: Der heutige Aufruhr über Währungen und Handel ist ein direktes Resultat unseres Versagens, unsere Beschäftigungsprobleme zu lösen.

John Maynard Keynes gehört zu den wenigen Ökonomen des 20. Jahrhunderts, die von Beginn an ein Bewusstsein von den langfristigen Entwicklungstendenzen dieser Kapitalakkumulation und damit von der historischen Dimension der kapitalistischen Gesellschaftsformation hatten. Es geht uns hier um die zentrale Aussage von Keynes: «In der Tat ermöglichte gerade die Ungleichheit in der Verteilung des Reichtums jene ungeheure Anhäufung festen Vermögens und kapitalistischer Anlagen, die jenes Zeitalter von allen anderen unterschieden. Hierin lag in der Tat die hauptsächliche Rechtfertigung des kapitalistischen Systems» (Keynes 2006: 51).

Von der Seite der Alltagsmoral heißt dies: Zunächst stand geschichtlich lange Zeit die Produktion des gesellschaftlichen Kuchens im Zentrum. «Um die Nichtverzehrung des Kuchens wuchsen alle Instinkte des Puritanertums, das in anderen Zeitaltern sich von der Welt zurückgezogen und die Künste der Produktion nicht minder wie die des Genusses vernachlässigt hatte» (ebd.: 52). Die Gesellschaft arbeitete «nicht für die kleinen Freuden der Gegenwart, sondern für die künftige Sicherheit und Hebung der Rasse – in der Tat für den «Fortschritt». Wenn nun der Kuchen nicht aufgeschnitten wurde, sondern in dem geometrischen Verhältnis wachsen durfte, das Malthus der Bevölkerung vorausgesagt hatte, [...] kam vielleicht ein Tag, da es am Ende für alle langen würde, und da die Nachwelt zum Genusse unserer Arbeit kommen könnte. Dann würden Überarbeitung, Übervölkerung und Unterernährung ein Ende haben und die Menschen, sicher der Bequemlichkeiten und Notwendigkeiten des Leibes, zur Übung ihrer edleren Fähigkeiten fortschreiten» (ebd.: 53). Keynes prognostizierte also früh eine Überwindung des Zustands der Kapitalknappheit.

Die politische Ökonomie des Kapitalmangels erforderte zunächst die Überbetonung des Sparens, damit eine beschleunigte Kapitalakkumulation ermöglicht wurde und in Gang kam. Mit anderen Worten: Die Ungleichheit der Einkommensverteilung war eine zentrale Bedingung für die beschleunigte Kapitalakkumulation. Solange die Arbeitsproduktivität und folglich die Differenz zwischen Produktionsergebnis und Lohn je Beschäftigtem noch gering ist, der Bedarf an Realkapital im Verhältnis hierzu jedoch sehr hoch, ist die Kapitalknappheit die Schranke für die Entwicklung des Gesamtsystems von Wertschöpfung und Konsum. Diese Kapitalrestriktion kennzeichnet den Kapitalismus des 19. Jahrhunderts. Wenn als Ergebnis einer säkularen Akkumulation die Arbeitsproduktivität ein sehr hohes Niveau hat, die gesellschaftlichen Verhältnisse aber eine Steigerung des Massenkonsums verhindern, dann wird der Umgang mit den Produktivitätsfortschritten zu dem zentralen Problem.

Dies war im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts der Fall. «Der dekadente internationale, aber individualistische Kapitalismus, in dem wir uns nach dem Kriege befanden, hat zu keinem Erfolg geführt. Er ist nicht klug, nicht schön, nicht gerecht und nicht sittlich – und er liefert nur unzulängliche Güter. Kurz, wir missbilligen ihn und beginnen ihn zu verachten» (Keynes 1985b: 156). Die Vertreter der «Selbstregulierungsschule» (Keynes 2008: 143) brachten keine Lösung und machten alles eher noch schlimmer. Keynes wollte daher an die stagnativen Entwicklungstendenzen im

privatkapitalistischen Sektor anknüpfen, indem er mit einem Dogma der orthodoxen Selbstregulierer brach: «dass jede Staatseinmischung sowohl ‹ganz zwecklos› als ‹ganz schädlich› sei», und die »Entwicklung und Anerkennung halb-autonomer Körperschaften im Rahmen des Staates« (Keynes 1985a: 111) als zentrale Träger des Investitionsprozesses vorsah – also den Ausbau zivilgesellschaftlicher Strukturen. In diese weitreichende Konzeption ordnete sich auch Keynes' Vorschlag für eine Politik wachsender nationaler Selbstgenügsamkeit ein, die «nicht als ein Ideal an sich betrachtet werden muss, sondern als ein Mittel zur Schaffung einer Atmosphäre, in der andere Ideale sicher und bequem verfolgt werden können» (Keynes 1985b: 157).

Politisch weitsichtig plädiert Keynes hier für eine erhebliche Variabilität der Zusammenarbeit zwischen staatlichen bzw. öffentlichen Institutionen und privaten Akteuren (vgl. Krüger 2012: 377 ff.). In ökonomischen Einzelfragen können private Unternehmungen unterstützt werden, aber mit wachsendem materiellen Wohlstand wird die Festschreibung privatkapitalistischer Strukturen mehr und mehr unvereinbar und rückt für Keynes die «Umformung der Gesellschaft» in den Blick, die für ihn zugleich eine Reduktion der Zinsrate erforderlich macht. «Die Euthanasie des Rentiers wurde von Keynes in seiner Vision einer Welt entwickelt, in der die Investitionen alle Möglichkeiten einer produktiven Verwendung erschöpft haben und die Profitrate auf ein niedriges Niveau gesunken ist» (Robinson 1968: 77). Damit schließt Keynes in der Sache an ein Entwicklungsergebnis der Kritik der politischen Ökonomie an, dass durch die vollständige Trennung des Kapitaleigentums von der Rolle des fungierenden Kapitals gerade die Organisationsform der Aktiengesellschaft zu einer transitorischen Form werden und so «die Übergangsform zu einer neuen Produktionsweise bilden» (Marx 1973: 457) kann.

Keynes' Vorschlag, halb-autonome Körperschaften als Träger des gesellschaftlichen Wertschöpfungsprozesses einzusetzen, ist vor diesem Hintergrund der Entwicklung der Kapitalgesellschaften zu sehen. Keynes ging wie die Mehrheit der Ökonomen davon aus, dass Aktiengesellschaften sich zunehmend vom Charakter des Privatunternehmens entfernen und sich dem Status einer öffentlichen Körperschaft annähern. Die Partizipation der Aktionäre am Unternehmenserfolg würde damit zum sekundären Vorgang. «Sobald dieser Punkt erreicht ist, legt die Verwaltung größeren Wert auf die allgemeine Stabilität und das Ansehen der Institution als auf die höchstmöglichen Gewinne für die Aktionäre» (Keynes 1985a: 112).

Aus der spezifischen Machtstruktur in den Kapitalgesellschaften leitet Keynes folgende Grundüberlegungen ab:

1. Der Einfluss der Aktionäre, der über die Entgegennahme angemessener Dividenden hinausgeht, ist gleich Null.
2. Der Kampf gegen den unbeschränkten Privatprofit ist nur mehr im Einzelfall sinnvoll.
3. In bestimmten Wirtschaftsbereichen ist die Verteilung des Ertrags kein brennendes Problem mehr. Über die politische Willensbildung in der Gesellschaft könnte

eine gesellschaftliche Steuerung erreicht werden, ohne dass private Initiative und privater Unternehmungsgeist angetastet würden.

4. Schließlich könnte überhaupt die Verwendung der Ersparnisse und die Kapitalanlagen einer gesellschaftlichen Steuerung unterworfen werden.

Es geht nicht darum, an der Nationalstaatlichkeit und einem einfachen Zuschnitt für ein keynesianisches Regulationssystem des organisierten Kapitalismus festzuhalten. Es geht um die Unterordnung der hoch entwickelten Produktivkräfte gesellschaftlicher Arbeit unter ein entwickeltes Regime gesellschaftlicher Kontrolle und Steuerung. Diese Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit haben heute gegenüber dem Keynes Mitte des 20. Jahrhunderts bekannten Stand eine weitaus entwickeltere Qualität. Weil – so Keynes – der Kapitalstock mit einer Geschwindigkeit gewachsen ist, die über dem Hundertfachen dessen liegt, was jedes frühere Zeitalter gekannt hat, können und müssen wir uns von einer Ökonomie des Mangels befreien.

Faktisch dominiert aber gegenwärtig eine harte Austeritätspolitik, das heißt, es wird einem Ratschlag gefolgt, der im Zeitalter der Kapitalknappheit, nicht aber in einer Krise des Überflusses angemessen wäre. Dadurch perpetuieren die herrschenden wirtschaftlichen und politischen Eliten ideologisch die Ökonomie des Mangels. Oder wie Keynes diese tief sitzende ökonomische Alltagsreligion treffend destruiert: Die Weltwirtschaftskrise ist keine Armutskrise, sondern eine Krise des Überflusses. «Die Stimmen, die uns in einer solchen Situation sagen, dass der Ausweg in strengem Haushalten zu finden sei und dass man, wann immer möglich, darauf verzichten solle, die potenzielle Produktion der Welt zu nutzen, sind Stimmen von Dummköpfen und Verrückten» (zit. nach: Skidelsky 2010: 127). In einer gesellschaftlich gesteuerten Ökonomie geht es um die Umstrukturierung der Reichtumsproduktion und -verwendung, nicht um die Organisation weiteren Wachstums. Nach Keynes' Überzeugung stehen wir mit dieser Alternative «an einer dieser ungewöhnlichen Weggabelungen in den Angelegenheiten der Menschheit» (Keynes 2008: 149), die auch schon Marx in den Schlussfolgerungen seiner Darstellung und Kritik der ökonomischen Bewegungsgesetze der modernen Gesellschaft antizipierte, dass nämlich die «Akкумуляtion daher keine neue Arbeit unmittelbar in Bewegung zu setzen, sondern nur der alten andre Richtung zu geben braucht» (Marx 1968: 434).

Diese ökonomische Entwicklungstendenz könnte auch vonseiten des politisch-ideologischen Überbaus Unterstützung erfahren. Soweit die Herausbildung und Entwicklung neoliberaler Marktutopien im Kontext der Entfaltung des gesellschaftlichen Reichtums, in erster Linie des Kapitalstocks, eingeordnet wird, kann die Erosion oder Zerstörung einer Bewusstseinsform und eines wirkmächtigen Diskurses wie dem von Laisser-faire oder marktkonformer Demokratie eine umfassende Umwälzung einer gesellschaftlichen Epoche bewirken. «Alle bisherigen Gesellschaftsformen gingen unter an der Entwicklung des Reichtums. [...] Ideell betrachtet reichte die Auflösung einer bestimmten Bewusstseinsform hin, um eine ganze Epoche zu töten» (Marx 1983: 446). Befinden sich die kapitalistischen Metropolen mit der Krise des

Neoliberalismus, der sich zu einer ökonomischen «Zivilreligion» allseitiger «In-Wert-Setzung» aufschwung und sich dann immer mehr als bloß ideologischer Überbau eines «Pump- und Schuldenkapitalismus» erwies, der soziale Reichtumsentwicklung letztlich blockiert, an einem solchen Punkt? Bei dem heutzutage erreichten Grad an Produktivität und überschüssigem Kapital steht der Kapitalismus an der Schwelle zu einer möglichen Gesellschaft des Überflusses. Sie wird zivilisiert, ökologisch, kulturreich und ästhetisch nur lebbar sein bei einer qualitativ veränderten Ökonomie der toten Arbeit. Diese ist nur mehr ein «von der Arbeit sich selbst geschaffenes Piedestal» (Marx 1968: 271) zur Freisetzung der darin inkorporierten Wissenschaft, Anlagen und Fähigkeiten der lebendigen Arbeit, der «transmission of skill», des «Subjektiven im Subjekt», der «increase und extension of knowledge».

Ein qualitativ anderer Umgang mit dem Kapitalstock wäre möglich, wenn es zugleich gelingt, im öffentlichen Krisendiskurs diese als eine Krise des Reichtums zu deuten und das im Alltagsbewusstsein immer noch tief sitzende Deutungsmuster einer »Knappheitsideologie« zurückzudrängen und zu überwinden. Denn «der *Diebstahl an fremder Arbeitszeit, worauf der jetzige Reichtum beruht*, erscheint miserable Grundlage gegen diese neuentwickelte, durch die große Industrie selbst geschaffne» (Marx). Welche Herausforderungen politischer Aufklärungsarbeit mit einem solchen ideologischen «Stellungskrieg» und seinen Widerständen heute verbunden sind, dazu können auch Polanyis Erfahrungen mit der Wirkmächtigkeit des «ökonomischen Aberglaubens» in der «Great Transformation» der Zwischenkriegszeit immer noch wichtige Hinweise geben: «dass nicht das Materielle, sondern die *Vorstellung* von diesem Materiellen die Treibkraft ist und wäre diese Vorstellung noch so falsch und noch so irrig» (Polanyi, zit. nach: Thomasberger 2012: 55). Dass die erste Große Transformation in einem Zivilisationsbruch endete, war nicht ökonomischen Gesetzmäßigkeiten geschuldet, sondern den unzulänglichen Maßnahmen der gesellschaftlichen Gegenbewegung gegen marktliberale Selbstzerstörungstendenzen. Auch daraus ist für heute zu lernen. In einer ökonomischen Krisenanalyse der zweiten Großen Transformation müssen zugleich in Formen «dichter Beschreibung» der ideologische Kitt, Ambivalenzen, Widersprüche und Bruchstellen im gegenwärtigen Alltagsbewusstsein erkundet und neue Perspektiven von Sozialität und frei assoziierten Individuen ausgelotet werden, die die Produktion, Verteilung und Verwendung des gesellschaftlichen Überschusses in bewusste Regulierung übernehmen und in wirtschaftsdemokratischen Formen von unten ausgestalten können.

So könnte auch eine Krisenlösung und Rezivilisierung auf europäischer und internationaler Ebene befördert werden – jenseits eines postdemokratischen Austeritätsregimes in Europa und/oder eines Rückfalls in bornierte Renationalisierung von Politik: «Aus den Ruinen der alten Welt erheben sich bereits die Ecksteine einer neuen: die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Regierungen *und* die Freiheit, das nationale Leben nach Gutdünken zu gestalten» (Polanyi 1944: 335).

Literatur

- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2012): Transformationsindex BTI 2012, Gütersloh, S. 140.
- Bischoff, Joachim/Dejje, Richard (2012): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus, in: Sozialismus, Heft 2, S. 24–31.
- Bischoff, Joachim/Müller, Bernhard (2012): Die Politik der kleinen Schritte, unter: www.sozialismus.de/suche/ (Stand 7.6.2013).
- Bourdieu, Pierre (1998): Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns, Frankfurt a. M.
- Crouch, Colin (2011): Das lange Leben des Neoliberalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 11, S. 49–62.
- Fraser, Nancy (2011): Post-Polanyianische Reflektionen über die Krise des Kapitalismus, in: Etgers, Andreas (Hrsg.): American Dream? Eine Weltmacht in der Krise, Frankfurt a. M., S. 89–110.
- Fraser, Nancy (2012): Feminismus ohne Strategie, in: LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, Heft 4, S. 64–67.
- Gramsci, Antonio (1996): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, Bd. 7, hrsg. von Klaus Bochmann, Wolfgang Fritz Haug und Peter Jehle, Hamburg.
- Gramsci, Antonio (1999): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, Bd. 9, hrsg. von Klaus Bochmann, Wolfgang Fritz Haug und Peter Jehle, Hamburg.
- Hobsbawm, Eric J./Hall, Stuart (1998): «Marxism Today» (Sonderheft), London.
- Institut für Gesellschaftsanalyse (2011): Organische Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus. Szenarien, Konflikte, konkurrierende Projekte, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_Organische_Krise_web.pdf
- Keynes, John Maynard (1985a): Das Ende des Laissez-Faire [1926], in: Mattfeld, Harald (Hrsg.): Keynes. Kommentierte Werkauswahl, Hamburg, S. 96–116.
- Keynes, John Maynard (1985b): Nationale Selbstgenügsamkeit [1933], in: Mattfeld, Harald (Hrsg.): Keynes. Kommentierte Werkauswahl, Hamburg, S. 152–161.
- Keynes, John Maynard (2006): Krieg und Frieden. Die wirtschaftlichen Folgen des Vertrags von Versailles [1920], Berlin.
- Keynes, John Maynard (2008): Armut im Überfluss: Zur Selbsterneuerungsfähigkeit des Marktes [1934], in: Hein, Michael (Hrsg.): On air. Der Weltökonom am Mikrophon der BBC, Hamburg, S. 139–149.
- Krüger, Stephan (2012): Keynes und Marx, Hamburg.
- Krugman, Paul (2008): Feiern als wäre es 1929, unter: www.nachdenkseiten.de/?p=3095 (Stand 7.6.2013).
- Marx, Karl (1968): Theorien über den Mehrwert. Dritter Teil, Berlin.
- Marx, Karl (1973): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band, Berlin.
- Marx, Karl (1983): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin.
- OECD (2012): OECD-Wirtschaftsausblick, Paris.
- Polanyi, Karl (1944): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Berlin.
- Polanyi, Karl (2002a): Demokratie und Währung in England [1931], in: Ders.: Chronik der großen Transformation. Bd. 1, Marburg, S. 120–128.
- Polanyi, Karl (2002b): Wirtschaft und Demokratie [1932], in: Ders.: Chronik der großen Transformation, Bd. 1, Marburg, S. 149–154.
- Polanyi, Karl (2005a): Der faschistische Virus [1941], in: Ders.: Chronik der großen Transformation, Bd. 3, Marburg, S. 278–295
- Polanyi, Karl (2005b): Faschismus und Marxistische Terminologie [1934], in: Chronik der großen Transformation, Bd. 3, Marburg, S. 233–244.
- Reich, Robert B. (2010): Nachbarbeben: Amerika am Wendepunkt, Frankfurt a. M.
- Reifßig, Rolf (2012): Die neue «Große Transformation». Eine Erklärung und Deutung, in: Brie, Michael Brie/Candeias, Mario (Hrsg.): Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus. Beiträge zur Ersten Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Papers, Berlin, S. 11–24.
- Robinson, Joan (1968): Die fatale politische Ökonomie, Frankfurt a. M.
- Skidelsky, Robert (2010): Die Rückkehr des Meisters. Keynes für das 21. Jahrhundert, München.

- Streeck, Wolfgang (2011): Die Krisen des demokratischen Kapitalismus, in: *Lette International* 95, S. 7–17.
- Streeck, Wolfgang (2012a): Auf den Ruinen der Alten Welt. Von der Demokratie zur Marktgesellschaft, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 57, S. 61–72.
- Streeck, Wolfgang (2012b): Die Gesellschaft wird sich das nicht gefallen lassen, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Heft*, Heft 4, S. 21–26.
- Thomasberger, Claus (2012): *Das neoliberale Credo. Ursprünge, Entwicklung, Kritik*, Marburg.

Veronika Duma, Martin Konecny und Hanna Lichtenberger

AUTORITÄRER ETATISMUS UND AUSNAHMESTAAT

KRISENBEARBEITUNG IM HISTORISCHEN VERGLEICH: ÖSTERREICH UND GRIECHENLAND

1 Einleitung

Eine Finanzkrise, die sich zu einer Weltwirtschaftskrise ausweitet, eine Weltwirtschaftskrise, die in eine Staatsschuldenkrise umgewandelt wird, eine Regierung, die die Kosten der Krise auf die Bevölkerung abwälzt, usw. – diese nur allzu bekannten Entwicklungen kennzeichnen nicht nur den bisherigen Verlauf der Krise in Europa 2007 ff., sondern beschreiben auch Teile des historischen Geschehens im Jahre 1929 ff.

Der folgende Beitrag nimmt sich der Aufgabe an, einen historisch-analytischen Vergleich zweier großer organischer Krisen durchzuführen: Die Strategien zur Bearbeitung der Krise sollen anhand der Länderbeispiele – Österreich (in der Weltwirtschaftskrise der Zwischenkriegszeit) und Griechenland (in der aktuellen Krise) – in einem gemeinsamen, an Poulantzas' Theorie zu Staat und Krise anknüpfenden Analyserahmen untersucht werden.

Obwohl die (geo-)politische Ausgangssituation und die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse unterschiedlich sind, haben diese Länder gemeinsam, dass sie als «schwache Kettenglieder» bezeichnet werden können, wenn «schwächstes Kettenglied» nicht unbedingt das ökonomisch schwächste Land bezeichnet, sondern die «Schwäche» sich aus der Ansammlung von ökonomischen, politischen und ideologischen Widersprüchen ergibt (Poulantzas 1973: 22 ff.).

In beiden Ländern setzte im Zuge der Weltwirtschaftskrise eine Phase der tiefen ökonomischen Krise ein, die jeweils mit einer politischen Krise sowie mit einer Staatskrise zusammentraf. Dies ist insofern hervorzuheben, als eine ökonomische Krise sich nicht notwendig oder auf einheitliche Weise in eine politische Krise übersetzt, aber soweit dies der Fall ist, mit Poulantzas von strukturellen Krisen und mit Gramsci von Hegemoniekrisen oder organischen Krisen gesprochen werden kann (vgl. Sablowski 2006). Die Analyse von politischen Krisen in ihrem historisch-konkreten Auftreten

ist insofern relevant, als es sich um relativ offene Situationen handelt, in denen verschiedene Lösungen möglich sind – ohne dass jede politische Krise automatisch mit einer revolutionären Situation oder mit einem Faschisierungsprozess identisch wäre (Poulantzas 1973: 8 ff.).

Von diesen Überlegungen ausgehend, wollen wir anhand der genannten Fallbeispiele nach den Auswirkungen und Bearbeitungsformen der Krise fragen. Im Zentrum der Analyse steht dabei die vertikale Achse der Klassenauseinandersetzungen, also die autoritäre Krisenbearbeitung von oben einerseits sowie die Antworten von linken Kräften andererseits. Bevor wir uns den empirischen Teilen nähern, werden wir einen Blick auf die theoretischen Arbeiten von Poulantzas zu Krise, autoritärem Etatismus und Faschisierungsprozess werfen, mit denen wir die unterschiedlichen Bearbeitungsformen der Krisen fassen. Während die historische Krise in Österreich in einen Faschisierungsprozess und schließlich im Nationalsozialismus mündete, analysieren wir die aktuell stattfindende Transformation in Griechenland mit dem Konzept des autoritären (Krisen-)Etatismus. Im Gegensatz zu der Entwicklung im Österreich der Zwischenkriegszeit, die wir rückblickend betrachten können, ist die Entwicklung in Griechenland und Europa, inmitten derer wir uns gerade befinden, noch offen. Immer mehr Stimmen werden laut, die – mit Blick auf die katastrophale soziale Lage, den Aufstieg der faschistischen Partei *Goldene Morgenröte* sowie die in den Straßen umherziehenden faschistischen Schlägertrupps – die Entwicklung in Griechenland heute mit jener der Weimarer Republik vergleichen, zumindest aber vor dem Erstarken des Faschismus warnen (vgl. Internationales Komitee der Vierten Internationale 2012; Marchetos 2012; Monroy 2012; Howden 2012; Savaricas 2013). Wie unsere Analyse zeigen wird, sind Parallelen in Bezug auf die autoritären Bearbeitungsformen der Krise zu erkennen. Die Entwicklung in Richtung Aufwertung der Stellung der Exekutive, die Untergrabung der parlamentarischen Demokratie und der verstärkte Einsatz von Elementen des Zwangs beschreiben nicht nur die aktuelle Herrschaftsstrategie zur Krisenbearbeitung in Griechenland, sondern sind auch im Vorfeld der Faschisierungsphase in Österreich zu verzeichnen. Nichtsdestotrotz: Die aktuelle Situation in Griechenland wird unserer Meinung nach am besten durch den autoritären Krisenetatismus beschrieben. Die zukünftige Entwicklung ist jedoch nach wie vor offen und abhängig von den Klassenkämpfen.

Die historisch-konkrete Analyse werden wir mit einem Überblick über Krisenentstehung und -verlauf beginnen. Anschließend werden wir, und zwar mit Blick auf die nationale und internationale Ebene, die autoritären Antworten auf die Krise darstellen. Schwerpunkt dabei bilden die Austeritätspolitiken ebenso wie die sogenannten «Sanierungsmaßnahmen» und also Umstrukturierungen, die an die Erlangung internationaler Kredite geknüpft sind. Es folgt die Analyse der politischen Krise und Hegemoniekrise in Österreich und Griechenland. Ebenso fragen wir nach den damaligen und heutigen Entwicklungen sowie nach den jeweiligen Strategien und Kämpfen der Linken in den Krisen.

1.1 Hegemoniekrise, Faschisierung und autoritärer Etatismus

Nicos Poulantzas charakterisiert, anknüpfend an Antonio Gramsci, eine «Hegemoniekrise» bzw. eine «strukturelle Krise» als eine Situation, die das ganze Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse umfasst, die sowohl eine ökonomische als auch eine politische Krise beinhaltet (vgl. Poulantzas 2008: 294–322, bes. 299).

Grundsätzlich lässt sich mit Poulantzas die Krise als eine Verdichtung von Widersprüchen und «generischen Elementen» der Krise verstehen, die im Kapitalismus immer innerhalb der Reproduktion wirken. In einem solchen Verständnis sind Krisen keine Dysfunktionalitäten der kapitalistischen Produktionsweise, sondern notwendig, um die Reproduktion des Kapitalismus zu gewährleisten, indem überschüssiges Kapital vernichtet und das Politische reorganisiert wird (vgl. ebd.: 295 f.). Entsprechend muss auch ein Verständnis der Krise abgelehnt werden, dass in teleologischer Weise von einem finalen Zusammenbruch des Kapitalismus ausgeht: «the end of capitalism does not depend on any crisis whatsoever but on the issue of the class struggles that manifest themselves there in» (vgl. ebd.: 296).

Während eine ökonomische Krise sich mit Poulantzas recht allgemein als eine Situation verstehen lässt, in der die Kapitalakkumulation ins Stocken gerät (vgl. Sablowski 2006: 296), kann eine politische Krise als eine Situation verstanden werden, in der sich bestimmte Widersprüche in der politischen Sphäre verdichten und der bestehende Modus politischer Herrschaft infrage gestellt wird. Das impliziert, dass in der politischen Krise das Verhältnis von Führenden und Geführten in doppelter Hinsicht in die Krise gerät. Zum einen kann die hegemoniale Klasse oder Klassenfraktion des Blocks an der Macht diese Hegemonie nicht mehr gegenüber den anderen Klassen(-fraktionen) des Blocks ausüben, zum anderen wird auch die Hegemonie des gesamten Blocks an der Macht gegenüber den Beherrschten brüchig. Dadurch entsteht insgesamt eine offene Situation, die verschiedene Lösungen ermöglicht. Die politische Krise ist dabei nicht in erster Linie eine Krise des Gleichgewichts der institutionellen Kräfte, noch ist sie primär eine Krise der «Werte» oder der «Legitimation». Obwohl das alles Elemente der Krise sind, muss sie im Zusammenhang mit dem Klassenkampf und der Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verstanden werden (vgl. Poulantzas 2008: 297).

Die Staatskrise bezeichnet dabei die Auswirkung der politischen Krise innerhalb der Staatsapparate und ihrer Beziehungen zueinander, die in dieser Situation brüchig werden. Insofern Ideologie mit Poulantzas unmittelbarer Bestandteil der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ist und eine wichtige Rolle in der (Neu-)Formierung sozialer Kräfte und Klassenfraktionen einnimmt, kommt es zu einer ideologischen Krise, wenn die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in der politischen Krise massiv modifiziert werden. Das hat wiederum Auswirkungen innerhalb der Staatsapparate, da der herrschenden Ideologie die Rolle eines Bindemittels der unterschiedlichen Staatsapparate und ihres Personals zukommt (vgl. ebd.: 302 ff.). Diese Wirkung besteht oftmals gerade darin, dass die einzelnen Staatsapparate und ihr Personal politisiert

werden und in Widerspruch zueinander geraten. Zugleich brechen auch Konflikte innerhalb der Apparate auf und können zu einem offenen Klassenkonflikt zwischen den dem Kleinbürgertum zugeordneten Teilen des Staatspersonals und dem Block an der Macht führen. Der Block an der Macht verliert somit einen wichtigen Teil seiner «organischen Intellektuellen» (vgl. ebd.: 313f.). Schließlich kommen wir nochmals auf die Verbindung von ökonomischer und politischer Krise zurück. Mit Poulantzas ist davon auszugehen, dass eine Übersetzung von einer ökonomischen Krise in eine politische (und vice versa) keine Gleichzeitigkeit impliziert, da das Politische und das Ökonomische relativ getrennt sind und daher auch ihre eigene Zeitlichkeit besitzen (vgl. ebd.: 298). Poulantzas liefert aber keine genaue Erklärung dafür, welche Mechanismen bei der Übersetzung einer ökonomischen Krise in eine politische Krise (oder auch umgekehrt) wirksam sind. Unserem Verständnis nach kann er eine solche Erklärung auch gar nicht liefern, da das Ökonomische und das Politische keine natürlich abgeschlossenen Räume sind, sondern «zuallererst durch ihre Beziehung und Verknüpfung konstituiert» (Poulantzas 2002: 46) werden. Entsprechend können die Mechanismen immer nur konkret bestimmt werden, und zwar insofern die Rolle des Staates in der Ökonomie und in der Bearbeitung der ökonomischen Krise einer sorgfältigen Analyse unterzogen wird. Im Falle Griechenlands gehen wir der Frage der Verknüpfung von ökonomischer und politischer Krise sowie den Antworten darauf mit dem Konzept des autoritären Krisenetatismus nach.

Zu Poulantzas' Konzeption des autoritären Etatismus

Das Konzept des autoritären Etatismus entwickelt Poulantzas im Zuge der Krise des Fordismus und des Übergangs zu einer postfordistischen Regulationsweise. Diese neue Staatsform – die auf die strukturellen Veränderungen in den Produktionsverhältnissen, auf die Transformation gesellschaftlicher Klassen und politischer Kämpfe verweist – verstärkt den Ausschluss der Massen aus den Zentren der politischen Entscheidung.

Der autoritäre Etatismus kann durch verschiedene Aspekte charakterisiert werden: Verschiebung von der Legislative hinzu der Exekutive, verstärkte Kontrolle durch den repressiven Staatsapparat und die Zunahme der Bedeutung von staatlich kontrollierten Bereichen wie Bildung, Sicherheit oder Gesundheit (Nowak 2009: 106). Bob Jessop hebt hervor, dass «authoritarian statism must be seen as normal form of the capitalist state (and thus as still essentially democratic in character) rather than as an exceptional form» (Jessop 1982: 170). Jessop identifiziert vier zentrale Charaktermerkmale des autoritären Etatismus:

1. Eine Machtverschiebung zu exekutiven Staatsapparaten und eine Konzentration der Macht bei der Exekutive.
2. Die Grenzen der Legislative, Exekutive und Judikative verschmelzen zunehmend, wobei Gesetze grundsätzlich weniger bedeutsam werden.
3. Die Relevanz von Parteien in der Herstellung von Hegemonie und Konsens rückt in den Hintergrund, die einstigen «Volksparteien», die aus gesellschaftlichen

Bewegungen entstanden, werden zu Wahlvereinen und deren FunktionärInnen zu VermittlerInnen zwischen Staatsapparaten und WählerInnen.

4. Das vierte Charakteristikum beschreibt John Kannankulam besonders treffend: «eine zunehmende Verlagerung dieser Vermittlung hin zu parallel operierenden Machtnetzen, welche die offiziellen und formalen Wege und Kanäle umgehen und sich zusehends ausweiten» (Kannankulam 2008: 20). Diesen Entwicklungen liegt eine spezifische Beziehung des Staates zur Ökonomie zugrunde, die Poulantzas wie folgt charakterisiert: «Der Staat kann heute weder vor noch zurück, er kann sich vom zentralen Kern der Ökonomie nicht fernhalten, er kann ihn aber auch nicht kontrollieren» (Poulantzas 2002: 176). Der Staat reagiert und stabilisiert somit nur mehr die Voraussetzungen der Kapitalverwertung, es gelingt dem Block an der Macht aber nicht mehr, ein umfassendes Projekt zu formulieren und durchzusetzen. Poulantzas' Konzept des autoritären Etatismus bleibt dabei aber stets mit einer gewissen Ambivalenz behaftet. Grundsätzlich betont er, dass es sich beim autoritären Etatismus nicht um eine konjunkturelle Erscheinung handelt, sondern vielmehr um eine allgemeine Tendenz, die sich langsam durchsetzt und einer ganzen Phase des Kapitalismus entspricht (vgl. Poulantzas 2002: 231). Zugleich erklärt er aber auch: «Der autoritäre Etatismus ist mit der politischen Krise und der Krise des Staates artikuliert. Er ist zugleich eine Antwort auf Elemente dieser Krise, einschließlich seiner eigenen Krise. Deshalb ist der Etatismus keine eindeutige Verstärkung des Staates. Er resultiert vielmehr aus einer Tendenz, deren Pole sich ungleichmäßig auf eine Stärkung und Schwächung des Staates hin entwickeln. So bleibt der gegenwärtige Staat, obwohl sein autoritärer Etatismus erschreckend real ist, ein Koloss auf tönernen Füßen» (ebd.: 233 f.).

Es bleibt letztlich unklar, welche Elemente des autoritären Etatismus spezifische Phänomene der Krise sind und bei welchen es sich um langfristige Tendenzen handelt. Dies führt auch dazu, dass das Konzept des autoritären Etatismus in den kritischen Sozialwissenschaften zur Erklärung höchst unterschiedlicher Entwicklungen herangezogen wird. Während John Kannankulam sich beispielsweise mit dem autoritären Etatismus als langfristigen Phänomen in verschiedenen Ländern Westeuropas beschäftigt (vgl. Kannankulam 2008), zieht Lukas Oberndorfer das Konzept heran, um die aktuelle Transformation von Staatlichkeit in Europa mittels der Economic Governance zu analysieren (vgl. Oberndorfer 2012a: 50–72).

Die Ambivalenz dieses Konzepts liegt unserem Verständnis nach auch gerade darin begründet, dass Poulantzas es eben in jener Krise des Übergangs entwickelt, die die 1970er Jahre bestimmt. Es muss daher letztlich unklar bleiben, bei welchen Elementen es sich um konjunkturelle Phänomene handelt und bei welchen es sich um Wirkungen einer langfristigen Tendenz handelt. Im Folgenden wollen wir jene Elemente des autoritären Etatismus betonen, die mit der Krise artikuliert sind, gerade indem die Transformation der Staatlichkeit der Versuch ist, der Krise zu begegnen. Wir werden daher diese spezifische Form als «autoritären Krisenetatismus» bezeichnen. Auto-

ritärer Krisenetatismus in der konkreten Konstellation bedeutet, dass im Rahmen der Legalität der europäischen Institutionalität ein Modus gefunden wird, durch den eine nicht-konsensuale Bearbeitung der Krise möglich wird, ohne den legalen Rahmen der europäischen Institutionen und der nationalen parlamentarischen Demokratie zu sprengen.

Faschisierung

Eine nicht-konsensuale Bearbeitung der Krise – jedoch durchaus im Rahmen der Gesetze bzw. der parlamentarischen Demokratie – stand auch am Anfang der Entwicklung zur Faschisierung in Österreich. Allerdings radikalisierte sich die Situation kontinuierlich, bis sich die Kräfteverhältnisse so weit verschoben hatten, dass eine Ausschaltung des Parlaments möglich wurde. In Österreich 1929f. führte die politische Krise zu einer Phase der Faschisierung, die schließlich im Nationalsozialismus gipfelte. Als ein wesentliches Element des Faschisierungsprozesses versteht Poulantzas eine «Situation, in der die inneren Widersprüche innerhalb der herrschenden Klassen bzw. der einzelnen Klassenfraktionen der herrschen Klasse eine Vertiefung und Zuspitzung entscheidenden Grades erfahren» (Poulantzas 1973: 70). Die Konjunktur der Faschismen und die Faschisierung kommen einer Krise der Parteienvertretung gleich (ein Bruch zwischen den Klassenfraktionen und ihren politischen Parteien), der Block an der Macht ist orientierungslos, und es gelingt der faschistischen Partei so durch die Unterstützung von monopolistischen Kapitalfraktionen «nach und nach den leeren Platz einzunehmen» (ebd.: 74). Eine zentrale Stelle für unsere Forschungsfrage findet sich in der Formulierung Poulantzas': «In der Tat entsprechen die Anfänge des Faschisierungsprozesses einer Radikalisierung der bürgerlichen Parteien in Richtung auf bestimmte Formen des AusnahmeStaats. Dennoch war die Lösung, die diese Parteien in verschiedener Art und Weise anstrebten, lediglich die einer Versteifung des Staates in seiner bestehenden Form» (ebd.). Tatsächlich sind die größten Parallelen nicht im Faschismus erkennbar, sondern im Prozess der Faschisierung. Zugleich spielt die defensive Situation der Arbeiterbewegung eine wesentliche Rolle. Poulantzas unterteilt die Faschisierung in vier Phasen. Besonders relevant für das Verständnis der Entwicklung der politischen Krise und ihrer Bearbeitung in Österreich ist die erste Phase, die der Anfänge der Faschisierung, die in drei Etappen skizziert wird (ebd.: 79–83):

1. In der ersten Etappe, wird die Arbeiterklasse nach langwierigen Kämpfen schwer geschlagen.
2. Die zweite Etappe stellt jene der relativen Stabilisierung der Kräfte dar, in der sich die Herrschenden nach der Phase der Kämpfe konsolidieren.
3. Die Anfänge der Faschisierung im eigentlichen Sinne.

Auf Basis dieser theoretischen Annahmen und Erörterungen wenden wir uns nun der Analyse der Länderbeispiele zu.

2 Österreich

2.1 Krisenentstehung und -verlauf

Was sich heute in Griechenland unter dem Diktat der Troika abspielt, ist in der Geschichte keineswegs beispiellos. Nicht nur die Anpassungsprogramme des IWF in den 1980er und 1990er Jahren lassen sich mit der aktuell stattfindenden Politik der autoritären Krisenbearbeitung von oben vergleichen. Infolge des Zusammenbruchs der österreichischen Creditanstalt 1931, der damals für den europäischen Kapitalismus eine – zumindest auf der diskursiven Ebene – ähnliche Zäsur darstellte wie die Pleite von Lehman Brothers 2008, wurde der österreichische Staat durch eine Völkerbundanleihe «gerettet». Doch wie kam es zu diesem Einbruch? Um Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede in der Entwicklung der Länder herauszuarbeiten, startet unser Vergleich mit einem Überblick über Krisenentstehung und -verlauf.

Entwicklung der Krise und Verschiebung globaler Machtverhältnisse

Die gesamte Zwischenkriegszeit war von Momenten der Krise und der Instabilität sowie von großen weltpolitischen Verschiebungen geprägt. Auf globaler Ebene bedeutete dies den Aufstieg der USA zur neuen hegemonialen Macht nach dem Ersten Weltkrieg, während sich zugleich die britische Vorherrschaft dem Ende zuneigte. In den USA setzten massive Produktionssteigerungen ein, die Börsenkurse stiegen, und die Kreditvergabe wurde ausgeweitet. Damit einher ging ein struktureller Handelsbilanzüberschuss gegenüber den europäischen Ökonomien. Während Großbritannien und Europa sich zu Schuldnern entwickelten, stiegen die USA zum weltweit größten Gläubiger auf. Ende der 1920er Jahre wurde dieser Reproduktionsmodus unterbrochen. Im Oktober 1929 platzte die in den vorangegangenen Jahren angewachsene «Spekulationsblase» an den Börsen. Der Zusammenbruch in der Finanzwelt, der als «Schwarzen Donnerstag» bzw. «Freitag» in die Geschichte einging, war der Auslöser, nicht aber die Ursache der anschließenden Weltwirtschaftskrise. Die internationale Verknüpfung des Bankensystems sowie der weltweite Abzug bzw. der fehlende Nachschub von US-amerikanischem Kapital ließ die Krise schnell auch in Europa spürbar werden (vgl. Bieling 2011: 69, 74 ff. u. 80). Länder, deren Wachstum in erster Linie auf der Aufnahme von Schulden basierte, waren besonders betroffen. Die USA hatten zuvor viele Defizitländer mit Krediten versorgt. Auch die österreichischen Banken nahmen hohe Kredite auf und verliehen die – oft nur kurzfristigen Kredite – langfristig an Industrieunternehmen weiter oder kauften deren Aktien (vgl. Ausch 1968: 337).

Zur Lage in Österreich vor 1929

Die wirtschaftliche Lage in Österreich war aber auch bereits vor 1929 eher angespannt, geprägt von den strukturellen Problemen nach dem Ersten Weltkrieg sowie nach dem Zerfall der Monarchie. Zur Schilderung der Situation seien schlaglichtartig einige Punkte angeführt: Das Habsburgerreich war von einem hohen Maß an

Arbeitsteilung geprägt. Die neuen Staatsgrenzen zogen Trennlinien zwischen die verschiedenen Stufen des Produktionsprozesses, schnitten Rohstoffvorkommen von den Verarbeitungsbetrieben ab, der ehemalige Binnenhandel wurde zum Außenhandel (Kernbauer 1983: 46). Zudem «erbte» Österreich die Schulden der Monarchie, darunter auch die mehrere Milliarden hohen Krieganleihen (vgl. Stiefel 1988: 121). Von der Monarchie wurde ebenso der Beamtenapparat übernommen. In Wien, dem ehemaligen Finanz- und Handelszentrum, befanden sich die Zentralstellen der Verwaltung. Die Monarchie war Geschichte, der Beamtenapparat blieb.

1922 weitete sich zudem, wie in Deutschland auch, die kriegsbedingte Inflation zur Hyperinflation aus (vgl. Kernbauer/Weber 1984). Der Währungsverfall kam erst zum Stillstand, als publik wurde, dass der Völkerbund die Garantien für eine Auslandsanleihe übernehmen würde (Kernbauer 1995: 555).

Schon damals entwarf die österreichische Regierung zusammen mit dem Finanzkomitee des Völkerbundes einen Plan zur «Sanierung», die durch Einnahmensteigerungen und Ausgabensenkung vorgenommen werden sollte, was de facto einer Austeritätspolitik gleichkam. Vor dem Hintergrund der heutigen Lage erscheint es fast als Ironie der Geschichte, dass die Maßnahmen des Völkerbundkomitees offensichtlich so einen schlechten Ruf hatten, dass Griechenland, das sich 1927 ebenfalls an den Völkerbund wandte, vor so einer «österreichischen Kontrolle» zurückschreckte (vgl. Stiefel 1988: 138).

Nächste Welle der Weltwirtschaftskrise: Zusammenbruch der Creditanstalt

Nach dem Börsenkrach 1929 wurde die nächste Welle weitreichender Kreditpanik in Wien, ausgelöst, und zwar durch den Zusammenbruch der Creditanstalt (CA) 1931. Die CA fungierte als Finanzdrehscheibe zwischen den Ländern der ehemaligen Monarchie und dem westlichen Europa. So befanden sich zum Beispiel die Bank of England sowie andere englische, holländische, französische und amerikanische Kapitalgruppen unter ihren AktionärInnen. Als größte Bank Mitteleuropas spielte sie eine zentrale Rolle im internationalen Kreditsystem sowie in Bezug auf Industrieinvestitionen. Durch die (Weiter-)Vermittlung von Krediten finanzierte sie Investitionen in Österreich und den Nachfolgestaaten der Monarchie (vgl. Kernbauer/Weber 1984: 2). In den Augen der herrschenden Klassen und Klassenfraktionen (nicht nur in Österreich) war die CA «too big to fail». Nach dem Bekanntwerden der Verluste kamen Vertreter von 102 der insgesamt etwa 130 von der CA-Krise betroffenen Banken in London zusammen. Diese großen und zentralen Banken von Amerika bis Frankreich hatten nicht bloß ein kurzfristiges Interesse an der Rückerhaltung ihrer Kredite, sondern an der Aufrechterhaltung des internationalen Finanzsystems (vgl. Stiefel 1989: 39). Die Bearbeitung der CA-Krise wurde zur internationalen Angelegenheit. Interessenkonvergenzen zeigten sich nicht nur in der engen internationalen Zusammenarbeit, sondern auch ganz konkret, etwa in der Vereinigung mehrerer Funktionen in einer Person. So waren zum Beispiel VertreterInnen der Gläubigerbanken der Credit-

anstalt zugleich in den Organen des Völkerbundes – wie etwa im Finanzkomitee oder im Komitee der Garantiestaaten für die Völkerbundanleihe (vgl. Stiefel 1989) – und/oder der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) sowie in diversen politischen Funktionen der jeweiligen Länder tätig. In Bezug auf die Bankenrettung sowie auf die darauf folgenden Sanierungsmaßnahmen bestand eine relativ enge internationale Kooperation.

Von der Finanz- zur Staatsschuldenkrise

Als die CA im Mai 1931 offenbarte, dass rund 85 Prozent des Eigenkapitals verloren waren, wurde von der christlichsozialen Regierung, der Nationalbank und der CA ein «Rettungsplan» ausgearbeitet. Die oppositionelle Sozialdemokratie kritisierte dieses Vorhaben als «Geschenk für die Aktionäre». Diesen wurde nämlich ein beträchtlicher Betrag «erlassen», während auf den Staat zwei Drittel der gesamten Summe entfielen (vgl. Ausch 1968: 339 ff.).

Trotz «Rettungspakets» setzten nach bekannt werden der Lage der Bank ein Ansturm auf ihre Kassen, ein massiver Kapitalrückzug sowie Kreditkündigungen ein – sowohl in Österreich als auch in Deutschland. Die Antwort auf diese Entwicklung bestand in der Übernahme einer Bundesgarantie, die Ende Mai 1931 – nicht zuletzt auf Druck der internationalen Gläubiger – im Parlament beschlossen wurde. Die Probleme der Bank wurden somit zu einem Problem der Staatsfinanzen. Die Regierung begründete diesen «Schachzug» damit, die ausländischen Aktionäre nicht verschrecken und dem Ruf der Kreditwürdigkeit Österreichs nicht schaden zu wollen (vgl. ebd.: 71 u. 342). Es ging vor allem um die Sicherung der Vermögensansprüche im In- und Ausland. Währenddessen vertiefte sich die Krise in Österreich, die Produktion brach ein, die Arbeitslosenzahlen stiegen rasant an.

2.2. Autoritäre Bearbeitung der «Schuldenkrise» (Völkerbundanleihe)

Als «autoritären Liberalismus» bezeichnet Lukas Oberndorfer, angelehnt an Hermann Heller, die spätestens unter Heinrich Brüning einsetzende Herrschaftsstrategie zur Bearbeitung der Krise in der Weimarer Republik (Oberndorfer 2012b: 420 ff.). Oberndorfer untersucht die gegenwärtige Hegemoniekrise der EU vor dem Hintergrund der Verhältnisse in der Weimarer Republik, wobei er die aktuellen transnationalen Herrschaftsstrategien als *autoritären Wettbewerbssetatismus* fasst. Auch in Österreich sind autoritäre Momente in der herrschaftlichen Bearbeitung der Krise der Zwischenkriegszeit zu erkennen, die jenen der Weimarer Republik, aber eben auch gegenwärtigen Strategien zur Krisenlösung gleichen. Die parlamentarische Demokratie wurde nach und nach untergraben, Elemente des Zwangs ausgeweitet usw. Allerdings nahm die stete Radikalisierung der Verhältnisse in Österreich *vorerst* einen anderen Lauf als in Deutschland.

Zuerst Reformen, dann das Geld

Im Sommer 1931 wandte sich die christlichsoziale Regierung zum zweiten Mal an den Völkerbund. Bei der Völkerbundanleihe handelte es sich nicht um Kredite, die der Völkerbund aus eigenen Mitteln zur Verfügung stellte. Vielmehr bestand die Rolle der Organisation darin, die wirtschaftliche und staatsfinanzielle Lage des kreditsuchenden Landes zu prüfen, einen Sanierungsplan zu entwerfen und die Umstrukturierungen im jeweiligen Land zur Erlangung der Kredite zu kontrollieren (vgl. Stiefel 1988: 132). Vertreter des Finanzkomitees reisten nach Wien und entwarfen mit der Regierung ein Programm, das (erneut) Sparen und Abbau der Staatsausgaben zu Prämissen erklärten (vgl. Klingenstein 1965: 70). Das Interesse des Finanzkomitees des Völkerbundes an Österreich ist mit dessen zentraler wirtschaftlichen Position in Mitteleuropa sowie mit der Einschätzung verbunden, dass eine Finanz- und Wirtschaftskrise eine Instabilität in weiten Teilen Europas erzeugen würde. So formulierte etwa Rost van Tonningen, der Vertreter des Finanzkomitees in Wien, dass an Österreich ein Exempel statuiert werde, dass auch für andere schwankende Mächte in Europa Wirkung haben könne (vgl. Stiefel 1988: 163).

Sanieren heißt Sparen

Um zu einem späteren Zeitpunkt die Kredite zu erhalten, wurde noch 1931 ein «Sanierungsgesetz» vom Parlament angenommen (vgl. Klingenstein 1965: 50; Ausch 1968: 397). Der Inhalt umfasste: die Kürzung von sozialen Ausgaben, die Einführung neuer Steuern (Pendant zur Mehrwertsteuer), die Beschneidung der Ausgaben für öffentliche Investitionen, Lohnkürzungen, die Senkung der Arbeitslosenbeihilfe, Einsparungen und Personalabbau bei den Bundesbahnen. So konnte ein Programm, das der Regierung ebenso recht war wie zum Beispiel der Industriellenvereinigung (Matl 2005: 204) im Namen «internationaler Verpflichtungen» durchgesetzt werden. Diese Strategie der Krisenbearbeitung führte zur Verschärfung der Krise. Maßnahmen zur Senkung der Produktionskosten wurden als Voraussetzung für einen Wirtschaftsaufschwung angesehen. De facto senkten jedoch die gekürzten Einkommen die Nachfrage, durch die fehlenden Investitionen stieg die Zahl der Arbeitslosen an, es kam zu Produktionseinschränkungen, Entlassungen und zur Stilllegung von Fabriken (vgl. Klingenstein 1965: 53). Gleichzeitig wurden die Freien Gewerkschaften geschwächt.

Unterzeichnung der Lausanner Protokolle

Trotz der Spar- und Umstrukturierungsmaßnahmen fand die Unterzeichnung der Lausanner Anleihe (zur Erlangung der Kredite) erst ein Jahr später statt. Als Vertragspartner fungierten England, Italien, Frankreich und Belgien. Mit der Lausanner Anleihe nahm Österreich neue Schulden auf, um alte internationale Schulden begleichen zu können und verpflichtete sich zu einem weiteren Spar- und Sanierungsprogramm (vgl. Ausch 1968: 304 u. 406 ff.). «Wirtschaftlicher Aufbau» in diesem Sinne

bedeutete, die Kosten der Sanierung auf die Bevölkerung abzuwälzen und sich in erster Linie darauf zu konzentrieren, dass die internationalen Gläubiger ihre Zinsen pünktlich erhielten (vgl. Ausch 1968: 412).

Schlaglichter autoritärer Entwicklungen und das Ende der parlamentarischen Demokratie

Mit Blick auf die Entwicklungen in der Weimarer Republik gab es vonseiten der Christlichsozialen (CS) Versuche, die Maßnahmen zur Krisenbearbeitung, zum Beispiel das Budgetsanierungsgesetz, mit Notverordnungen durchzusetzen. Vorerst ließen die Kräfteverhältnisse die Durchführung dieses Bruchs noch nicht zu.

Doch schon bald folgten weitere Budgetsanierungsgesetze, und Bundeskanzler Schuschnigg (CS) verkündete, dass sich die Parlamente in all jenen von der Krise betroffenen Ländern nicht geeignet hätten, der Krise entgegenzuwirken. Die Regierung sollte erwägen, ob «eine Zusammenarbeit mit dem Parlament» noch Sinn mache (Stiefel 1988: 113f.). Der Streik der Eisenbahner im März 1933, der auf die Ankündigung folgte, dass die Löhne in Raten ausgezahlt werden sollten, hatte eine massive Auseinandersetzung im Parlament sowie die Amtsniederlegung aller drei Nationalratspräsidenten zur Folge: der letzte Vorwand für die sogenannte Selbstauflösung des Parlaments, die Lebenslüge des «Austrofaschismus» (Botz 1973: 37).

Mittels der Notverordnungen nach der Auflösung des Parlaments konnten in kürzester Zeit Kollektivverträge abgeschafft, Löhne gesenkt und sonstige Einsparungen zulasten der Bevölkerung vorgenommen werden (vgl. Ausch 1968: 411f.; Stiefel 1988: 116). Durch die Doppelverdiener-Ordnung waren Frauen noch einmal speziell vom Stellenabbau betroffen. Zudem wurden die Parteien verboten, die Pressefreiheit eingeschränkt (Botz 1973: 32), das Justizsystem umgebaut und ein Erlass zur Streikverbotsordnung herausgegeben (Talos/Manoschek 2005b: 6–25). In der Reichspost war zu lesen, dass die Regierung nun endlich mit Notverordnungen nachholen könne, was ein fast aktionsunfähiges Parlament nicht zu leisten imstande gewesen wäre (vgl. Stiefel 1988: 116). Rost van Tonningen notierte dazu in seinem Tagebuch: «Zusammen mit dem Kanzler und Kienböck [dem Präsident der Nationalbank] haben wir die Ausschaltung des österreichischen Parlaments für notwendig gehalten, da dieses Parlament die Rekonstruktionsarbeit sabotierte.» Die Regierung wurde in diesem Vorgehen nicht nur vom italienischen und ungarischen Faschismus unterstützt, sondern auch durch das «verschwiegene Wirken» der Männer rund um das Genfer Finanzkomitee (vgl. Ausch 1968: 412). Auch der Hauptverband der Industrie stellte sich «entschieden hinter den ›Notverordnungskurs‹ der Regierung» (Matl 2005: 204; vgl. auch Hass 1979: 97–126).

2.3 Von der ökonomischen zur politischen Krise und Hegemoniekrise (Faschisierung)

Die bis hierhin angedeutete Radikalisierung der bürgerlichen Parteien in Richtung einer bestimmten Form des Ausnahmezustats lässt sich mit Poulantzas als Form der ‚Versteifung‘ bezeichnen, die den Anfängen des Faschisierungsprozesses entsprach. Im Folgenden werden wir den Austrofaschismus als Phase der Faschisierung in ihren Anfangsstadien beschreiben. Dies erweitert die Debatten um die Anwendung des Faschismusbegriffs auf das Regime von Dollfuß und Schuschnigg in Österreich zwischen 1933 und 1938 und interveniert zum anderen in das immer noch existente Opferbild eines Österreichs, in das «die Nazis einfach einmarschiert sind». Darüber hinaus bricht die Deutung des Austrofaschismus als spezifischer Faschisierungsprozess auch mit allen Mythen eines «Bruchs» im Jahr 1938, wie sie in Österreich immer noch tradiert werden.

1937 verdeutlichte der Generalsekretär der Vaterländischen Front in einer Rede vor dem Industriellen Klub 1937: «Unser Programm ist gekennzeichnet durch einen gewissen Radikalismus der Mitte» (Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik 514/328/2989/22).

Die Gründung des Heimatblockes und die Kandidatur gegen die Christlich-sozialen bei den Nationalratswahlen 1930 können beispielhaft für die Krise der Parteienvertretung herangezogen werden. Zwischen 1932 und 1933 wurden innerhalb der Christlich-sozialen Partei zahlreiche Auseinandersetzungen um die Frage der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie geführt. Besonders deutlich machen dies die Besprechungen des Klubvorstandes der Christlich-sozialen Partei und die sogenannten Mehrheitsparteienbesprechungen nach Amtsniederlegung aller Präsidenten des Nationalrats. Der Heimatblock-Abgeordnete Neustädter-Stürmer hielt bei einer «Mehrheitsparteienbesprechung» 1933 fest: «Ich teile die Ansicht des Herrn Bundeskanzlers. Ein Erfolg erst dann, wenn es gelingt, das politische Kräftefeld vollkommen zu ändern. [...] Wenn wir als Christlichsoziale, Heimatblock, Landbund [in die Wahl] gehen, werden wir geschlagen. Es muss eine politische Verschmelzung über die Wahlen hinaus eintreten. [...] Wir können den Nationalsozialismus in Österreich schlagen, in dem wir ihn ‚überhitlern‘. [...] Man braucht keine Vorbehalte im Kampf gegen den Marxismus zu machen» (zit. nach: Goldinger 1980: 204 f.).

Dann kommt es, nach Poulantzas, zu einer «Verhärtung der Rolle des Staatsapparats selbst», die in gewisser Weise die Rolle der formellen Regierung übernehmen, und in einer «institutionellen Verdoppelung dieser Parteien durch eine Reihe parallel laufender, in ihrem Funktionsprozess als undurchsichtiger Organisationsnetze, die als reelle Transmissionsriemen der Macht und der Entscheidung fungieren» (Poulantzas 1973: 74). Die Heimwehren, als repressive Apparate, die nicht zum Staat im engeren Sinn gehören, übernahmen Aufgaben der politischen Reorganisation, ihre Rolle verhärtete sich (Talos/Manoschek 2005a). Finanziell getragen und politisch unterstützt wurden die Heimwehren von christlichsozialen Landesregierungen, dem Hauptver-

band der Industrie sowie durch verschiedene Banken und Unternehmen. Trotz dieser Zuwendungen konnte aus den Heimwehren, die Gerhard Botz als «außerparlamentarischen bewaffneten Arm der besitzenden Klasse» bezeichnet, kein einheitliches, politisch kohärentes Projekt werden (vgl. Botz 1973: 108). Bis 1927 nahmen sie keine entscheidende politische Rolle ein, dies änderte sich im Juli 1927, nachdem der Polizeipräsident Johann Schober bei einer Demonstration von Wiener ArbeiterInnen und SozialdemokratInnen gegen den Freispruch der Angeklagten im Schattendorf-Prozess auf die DemonstrantInnen hatte schießen lassen. Die Rolle, die sie als «Kettenhunde der bürgerlichen Parteien» (Holzer 1978: 107) etwa bei der Niederschlagung des darauffolgenden Generalstreiks spielten, ermöglichte ihnen auch eine Ausweitung ihrer sozialen Basis. Im Mai 1930 fand in Korneuburg die Versammlung der Heimwehren statt, bei der jene Erklärung verlesen wurde, die später als der Korneuburger Eid bezeichnet wurde. Die Heimwehren schworen sich dort auf eine nichtdemokratische Lösung der politischen Krise in Österreich ein, sie plädierten für einen autoritären Führerstaat und eine ständestaatliche Organisation der Gesellschaft. Mit der Regierungsumbildung unter Vaugoin am 30. September 1930 wurden die Heimwehren erstmals in die Regierung geholt und so in ihrem Einfluss gestärkt. Poulantzas skizziert die Anfänge der Faschisierung in drei Etappen (Poulantzas 1973: 81–83), die wir zur Analyse für Österreich heranziehen.

1. *In der ersten Etappe, wird die Arbeiterklasse nach langwierigen Kämpfen schwer geschlagen.* Die Niederschlagung der Wiener ArbeiterInnen bei der Demonstration gegen den Freispruch im Schattendorf-Prozess beim Justizpalast 1927, das Verbot der Kommunistischen Partei im Mai 1933, die Kämpfe im Februar 1934, die Zerschlagung der Sozialdemokratie und der Rückbau der sozialpolitischen Errungenschaften des Roten Wien. Die Phase der illegalen Arbeit der SozialistInnen und KommunistInnen unter dem Schlagwort der «kurzen Perspektive» bis Ende 1934 kann als Übergangsphase zwischen der ersten und der zweiten Etappe gewertet werden.

2. *Die zweite Etappe stellt jene der relativen Stabilisierung der Kräfte dar, in der sich die Herrschenden nach der Phase der Kämpfe konsolidieren.* Nach den Kämpfen im Februar 1934 und dem Putsch der illegalen Nationalsozialisten im Juli stellte sich eine Phase der Stabilisierung des Regimes ein. Der sozialistische und kommunistische Widerstand stellte sich um auf die «lange Perspektive».

3. *Die Anfänge der Faschisierung* im eigentlichen Sinne setzen wir um die Unterzeichnung des Juli-Abkommens zwischen Hitler und Schuschnigg an, das zwar formal die Autonomie Österreichs vereinbarte, mit dem aber auch die Phase der Transformation zum Nationalsozialismus eingeläutet wurde. Diese Phase des Beginns der Faschisierung entwickelte sich schließlich zum *point of no return* Ende des Jahres 1937 bis zum März 1938, in dem der sogenannte Anschluss Österreichs an Nazideutschland stattfand.

Auf die Kämpfe der Arbeiterbewegung soll im Folgenden genauer eingegangen werden.

2.4 Strategien von links

Im Gegensatz zu Griechenland lag der Fokus bei Österreich auf der Sozialdemokratie, weil sich der allergrößte Teil der Arbeiterbewegung innerhalb sozialdemokratischer Institutionen organisierte, obwohl es in Österreich sehr früh zur Gründung der Kommunistischen Partei kam. Diese wurde jedoch erst in der Illegalität ab 1933 und nach der Niederschlagung der Arbeiterbewegung 1934 zu einer Massenpartei.

Die «Doppelstrategie» der Sozialdemokratie

Die Sozialdemokratie hat die «Sanierungsmaßnahmen» in Antwort auf die Krise nicht nur geduldet, sondern auch mitgetragen (vgl. Stiefel 1988: 62). Dieses Verhalten war keineswegs überraschend, sondern fügte sich in die widersprüchliche Strategie der Partei, die vor allem in den letzten Monaten ihrer Existenz virulent wurde: dem Streben nach Kompromissen mit den Kräften in der Regierung einerseits sowie nach einem Aufstand andererseits (vgl. Rabinach 1984: 341–366). Zugleich verweist es auf die unterschiedlichen Strömungen und Positionen innerhalb der Partei.

Kräfteverhältnisse/Klassenkämpfe

Die Sozialdemokratie kritisierte, dass der tatsächliche Plan der Regierung darin bestehe, die österreichische Arbeiterklasse mithilfe des «Diktats des ausländischen Finanzkapitals» niederzuwerfen, was der Bourgeoisie im Land aus eigener Kraft nicht gelungen wäre.

Tatsächlich war die Zeit der ersten Republik durch ein hohes Maß an militanten Klassenkämpfen gekennzeichnet, die nach einer Phase der relativen Stärke der Arbeiterbewegung (nach dem Ersten Weltkrieg) bald in einen zunehmenden Angriff von oben übergingen. Die Arbeiterbewegung hatte grundlegende Verbesserungen erkämpft (Paradebeispiel Rotes Wien), die nicht ohne massiven Widerstand rückgängig gemacht werden konnten. Erst die Krise sowie der «Umweg über den Völkerbund» eröffneten dem Block an der Macht die Möglichkeit, bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen durchzusetzen (Kernbauer/Weber 1984, 9).

Sparen muss sein

Die SDAP – zumindest die in der Regierung verhandelnden Flügel – teilte die Überzeugung, dass ein ausgeglichenes Budget eine Notwendigkeit darstellt. Die von den herrschenden Klassen vertretene Ideologie des Sparens war zur *conditio sine qua non*, geworden, die Herstellung bzw. Erhaltung der Geldwertstabilität wurde ebenso zur Prämisse erhoben wie die Sparmaßnahmen. Die Krisenbearbeitungspolitik in Österreich war von der Idee deflationistischer Wirtschaftspolitik dominiert. Dabei handelt es sich um eine Antwort auf die Krise, die vor allem durch die in Deutschland von der Regierung Brüning praktizierte Politik Bekanntheit erlangte. Die SDAP trug die drastische Senkung der Staatsausgaben mit. Nicht das Ob des Sparens stand also zur Debatte, sondern das Wie.

Die Sozialdemokratie schlug als Gegenprogramm zur Regierung Einsparungen bei den höheren Beamten, in den Ministerien oder bei den repressiven Staatsapparaten vor, eine Erhöhung der Einkommensteuer, eine Vermögenssteuer auf große Vermögen oder eine schärfere Erfassung des Luxuskonsums bei der Warenumsatzsteuer (Stiefel 1988: 45 u. 62). Allerdings konnten sie sich mit kaum einer Forderung durchsetzen, die Partei, aber auch die gesamte Arbeiterbewegung, befand sich in einer defensiven Position.

Kompromissbereitschaft der Sozialdemokratie

Die Sozialdemokratie stimmte dann auch dem in so vielen Bereichen gegen ihre Forderungen gerichtete Sanierungspaket im September 1931 zu (Stiefel 1988: 111 f.). Otto Bauer erläuterte die Zustimmung kurze Zeit später in einer Rede vor VertreterInnen der Postgewerkschaft. Ausführlich beschrieb er den «Kampf im Parlament», als es zur Abstimmung des Sanierungsgesetzes kam. Um Mitternacht sah es so aus, als wäre die Sache gescheitert und die Regierung würde zurücktreten. Die Situation verweist auf eine Krise der Regierung, in der die regierenden Klassenfraktionen nicht einmal mehr innerhalb ihrer eigenen Parteien Zustimmung herstellen konnten. Dann schilderte Bauer folgendes Szenario: «Während dieser Stunden kamen die [...] Nachrichten von den ausländischen Börsen, an denen unser Schilling gestrichen wurde. [...] Nun kamen die Vertreter der Sparkassen ins Parlament, die sich natürlich bedroht fühlen [...]. Sie warnten und [sprachen] zu den Abgeordneten aller Parteien [...]. Die Lage war so: Wenn [...] das Parlament an der Aufgabe, das Gleichgewicht im Bundeshaushalt herzustellen, einfach gescheitert wäre und die Welt erfahren hätte, daß das österreichische Parlament nicht imstande ist, das Gleichgewicht herzustellen, dann sage ich Ihnen, dann wäre die Katastrophe des Schillings unweigerlich [...] eingetroffen. Das war unmöglich, und deswegen haben wir gehandelt» (Bauer 1931).

Die Rechtfertigung der Zustimmung folgte dem Muster der Sachzwanglogik. Diese Argumentation fügte sich in jene Haltung der rechten Teile der Sozialdemokratie, die an der Vorstellung festhielten, dass verstärktes Entgegenkommen mehr Chancen auf Mitbestimmung eröffnen würde. Schließlich stellte Otto Bauer resignierend fest, dass den Parlamenten überall unter dem Druck der Krise die Hände gebunden seien bzw. diese «nicht ein noch aus wüsten».

Einheitsfront

Einige Zeit später stellte sich diese Frage nicht mehr, die parlamentarische Demokratie in Österreich existierte nicht mehr. Noch 1933 wurde von der sozialdemokratischen Parteispitze ein von der KPÖ forciertes Generalstreik abgelehnt, und ein offener Brief der KPÖ im Jahr 1933 mit dem Vorschlag zur Bildung einer antifaschistischen proletarischen Einheitsfront blieb ohne Reaktion (Pelinka 1981: 20 f.). Nach dem Verbot der SDAPÖ bildeten sich einige Zeit später die Revolutionären Sozialisten (RS) – die SozialdemokratInnen, die im Untergrund agierten. Sie ge-

hörten zu dem linken Flügel und/oder waren durch die Kämpfe 1934 radikalisiert worden. Beide Organisationen, die RS ebenso wie die KPÖ, hielten – wenn sie auch unterschiedliche Vorstellungen diesbezüglich hatten – in der Illegalität die Vereinigung der Arbeiterschaft in einer Partei im Kampf gegen den Faschismus für notwendig. VertreterInnen beider Seiten bemühten sich einerseits um Verhandlungen, andererseits kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen: wegen der politischen Strategie, der Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Internationalen, aber auch wegen der Rolle der SDAPÖ bzw. der KP. Beide Organisationen beschworen die Einheit, zugleich aber herrschte eine Konkurrenz um Mitglieder sowie eine Unstimmigkeit bezüglich der Form der zukünftigen Einheitspartei. Letztendlich kam es nicht zur Ausbildung der Einheitsfront.

3 Griechenland

3.1 Krisenentstehung und -verlauf

Die Krise in Griechenland ist nur im Zusammenhang mit der politischen Ökonomie der Eurozone zu verstehen. War die erste Phase der Krise als von den USA ausgehende Finanzkrise interpretiert worden und die zweite Phase als Krise der Realwirtschaft, so markiert der Ausbruch der Staatsschuldenkrise in Griechenland den Übergang zu einer Krise der öffentlichen Haushalte sowie der Verlagerung des Zentrums der Krise von den USA nach Europa. Ebenso steht die griechische Staatsschuldenkrise für einen Schwenk in der Krisenbearbeitung, weg von der Rettung der Banken und der Stützung der Konjunktur durch staatliche Ausgaben hin zur Politik der Austerität.

Politische Ökonomie der Eurozone

Mit der Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) wurde ein intensiver Wettbewerbsdruck auf die unterschiedlichen europäischen Kapitalismusmodelle forciert. Zwar führte die WWU vermittelt über den «neuen Konstitutionalismus» (vgl. Bohle 2006: 202 f.) zur Übernahme des darin strukturell eingeschriebenen «disziplinierenden Neoliberalismus» (Gill 1998: 47), jedoch nicht zu einer Angleichung der unterschiedlichen Ökonomien im Sinne der vorhandenen Akkumulationsmodelle.

Die politische Ökonomie der Eurozone hat die ungleiche Entwicklung der verschiedenen Ökonomien befördert. Eine besondere Rolle nimmt dabei die deutsche Wirtschaft ein, die ihre Vorherrschaft durch Exportüberschüsse bestreitet. Neben Deutschland gibt es noch eine Reihe anderer Länder, wie Österreich und Holland, die Exportüberschüsse erwirtschaften, deren Akkumulationsregime aber selbst eng an das Deutsche geknüpft ist (vgl. Bellofiore/Garibaldi/Halevi 2011: 120–145 u. 136). Die erwirtschafteten Leistungsbilanzüberschüsse verdankt Deutschland vor allem dem Export in andere Staaten der EU. Durch das Wegfallen variabler Wechselkurse und die Einengung der Budgetpolitik wurden Produktivität und Lohnhöhe zu den entscheidenden Größen, die über die «Wettbewerbsfähigkeit» der einzelnen Volks-

wirtschaften entscheiden. Deutschlands ökonomische Vorherrschaft gründet daher zum einen in «the dominance of its capital goods and technology sector» (vgl. Bellofiore/Garibaldo/Halevi 2011: 131) und zum anderen im niedrigen Wachstum der Löhne. In den letzten zwei Dekaden sind Löhne in keinem anderen Land der Eurozone so langsam gewachsen wie in Deutschland (vgl. Lapavistas u. a. 2010: 10). Die Exportüberschüsse Deutschlands sind dabei gleichzeitig die Handelsbilanzdefizite der peripheren EU-Staaten. Während Deutschlands Leistungsbilanz seit der Einführung des Euros einen immer höheren Überschuss aufweist, wurden die Defizite von Griechenland, Irland, Portugal und Spanien sukzessive größer. Deutschland verdankt dabei seinen Exportboom zu einem guten Teil der Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in seinem Inneren zugunsten des (exportorientierten) Kapitals. Für diese Verschiebung der Kräfteverhältnisse stehen insbesondere die Arbeitsmarktreformen der Regierung Schröder (vgl. ebd.: 22), die nicht nur ein Angriff auf die Lebensbedingungen der Arbeitslosen waren, sondern durch die Schaffung eines neuen Niedriglohnsegments auch die Löhne der Kernbelegschaften in der Industrie unter Druck setzten. Als weiterer Faktor kommt hinzu, dass die deutschen Gewerkschaften sich korporatistisch in die deutsche Exportstrategie einbinden ließen und zwecks Sicherung der Standorte Lohnzurückhaltung betrieben (vgl. Bellofiore/Garibaldo/Halevi 2011: 136). Das deutsche «Erfolgsmodell» wird in diesem Zusammenhang treffend so beschrieben: «Monetary union is a «beggar-thy-neighbour» policy for Germany, on the condition that it beggars its own workers» (Lapavistas u. a. 2010). Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss hängt auch mit der Art und Weise zusammen, wie die peripheren Eurostaaten Portugal, Spanien und Griechenland in die Währungsunion integriert wurden.

«Obwohl die WWU nur indirekt den Prozess der Finanzmarktintegration adressierte, ist nicht zu bestreiten, dass sie diesen entscheidend vorangetrieben hat [...]. So wurden mit der WWU die Märkte für staatliche Schuldverschreibungen weiter geöffnet und angeglichen, und für die Finanz- und Industrieunternehmen wurden relativ transparente Bedingungen geschaffen, um die eigenen Geld- und Wertpapieranlagen, Kredite und Investitionen verstärkt [...] im europäischen Kontext zu organisieren» (Bieling 2010: 161).

Da das durch die Leistungsbilanzüberschüsse erwirtschaftete Kapital nicht (in größerem Ausmaß) profitabel im Inneren von Deutschland angelegt werden konnte, wurde es in der Form von ausländischen Direktinvestitionen und Krediten insbesondere in der Eurozone «recycled» und finanzierte somit die Leistungsbilanzdefizite der peripheren Staaten (vgl. Lapavistas u. a. 2010: 29). In Griechenland waren es vor allem der private Konsum sowie ein Investitionsboom im Zuge der Ausrichtung der Olympischen Spiele, die diese Entwicklung ermöglichten (vgl. ebd.: 13 u. 20). Der Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands, der auf der Stärke seines produktiven Kapitals (und der Schwäche der organisierten Arbeiterklasse) beruhte, verband sich auf diese Weise mit der Expansion seines Finanzkapitals. Diese Expansion gründete auf

der Finanzialisierung bzw. «finanziellen Enteignung» der Arbeiterklasse in den peripheren Staaten, entweder durch Immobilien oder Konsum (vgl. Lapavistas 2010: 22). Hierin liegt die spezifisch europäische Dimension der sogenannten Schuldenkrise der peripheren Eurostaaten.

Interne Ursachen der griechischen Krise

Die griechische Ökonomie war vor der Krise auf wenige Wirtschaftssektoren ausgerichtet. Die beiden bedeutendsten Sektoren waren und sind die Schifffahrt und der Tourismus. Die Schifffahrtsindustrie ist auf den Welthandel ausgerichtet und stellt mit 38 Prozent den größten Teil der Handelsflotte der EU (Müller/Schmidt 2010). Das Reederei-Kapital nimmt innerhalb des griechischen Staates eine privilegierte Position ein, da ihm von der Verfassung Steuerfreiheit garantiert wird (taz, 11.7.2012).

Abgesehen von der Schifffahrt ist die griechische Industrie sehr klein strukturiert. So haben nur 0,2 Prozent der Industriebetriebe mehr als 250 Beschäftigte, und 35 Prozent der Beschäftigten arbeiten in Betrieben mit weniger als 20 MitarbeiterInnen. Das sind die niedrigsten Werte in der OECD (OECD 2009: 47). Ein weiteres Problem stellt das niedrige Steueraufkommen des griechischen Staates dar. Insbesondere die überdurchschnittlich vielen Freiberufler und großen Unternehmer hinterziehen Steuern im großen Stil (vgl. Müller/Schmidt 2010). Schließlich stimmt die internationale Berichterstattung insofern, als die Lohnstückkosten in Griechenland in den Jahren vor der Krise stärker als die Produktivität und im Verhältnis zur EU überdurchschnittlich stark gestiegen sind (OECD 2009: 47). Wie oben beschrieben, muss das aber im Zusammenhang mit der politischen Ökonomie der Eurozone und der schwachen Industrie als Problem gesehen werden, durch die das Steigen der Löhne sich in einem massiv steigenden Leistungsbilanzdefizit ausdrückte.

Mit der ökonomischen Krise brachen die Frachtraten der griechischen Reederein ein, und zugleich wurde der griechische Tourismus von der negativen wirtschaftlichen Entwicklung in Europa getroffen. Zudem hatte das griechische Kapital, insbesondere Banken und Telekommunikationsunternehmen, sich in Bulgarien und Rumänien stark engagiert und wurde daher von den dortigen Krisen hart getroffen (vgl. Müller/Schmidt 2010). Die eigentlich ökonomische Krise blieb dennoch im Vergleich zu anderen Staaten zunächst begrenzt. Erst als mit dem Antritt der Regierung Papandreou im Herbst 2009 bekannt wurde, dass die konservative Vorgängerregierung falsche Zahlen über den Staatshaushalt an Brüssel übermittelt hatte, kam das Land auf den Finanzmärkten unter Druck (vgl. ebd.). Schließlich waren es jedoch die Austeritätsmaßnahmen, die Griechenland in die tiefe Rezession führten, in der es sich bis heute befindet.

3.2 Autoritäre Bearbeitung der «Schuldenkrise» (Troika)

Im Folgenden werden wir die Austeritätspolitik in Griechenland hinsichtlich ihrer Mechanismen, Inhalte und Ziele analysieren. Theoretisch lässt sich diese Politik in Bezug auf Nicos Poulantzas als «autoritärer Krisenetatismus» begreifen (vgl. Poulantzas 2002: 192 ff.).

Die Austeritätspolitik in Griechenland als autoritärer Krisenetatismus

Die derzeitige Konstellation der Krisenbearbeitung steht im direkten Zusammenhang mit dem steigenden Druck der Finanzmärkte und der Position Griechenlands innerhalb der EU.

Nachdem die Zinsen für griechische Staatsschulden Ende 2009, Anfang 2010 rapide stiegen und sich die Finanzmarktakteure auch von der ersten Ankündigung eines massiven Sparpakets durch die PASOK-Regierung nicht beeindruckt ließen (European Commission, Directorate for Economic and Financial Affairs 2010: 10), wurde zunehmend klar, dass der griechische Staat seine Schulden nicht mehr aus eigener Kraft bedienen konnte. Insbesondere die deutsche Bundesregierung zögerte, dem griechischen Staat finanzielle Hilfen zu gewähren, und stärkte damit die eigene Position. Am 11. April 2012 wurde schließlich ein Kredit der Mitgliedsstaaten der Eurozone in der Höhe von 30 Milliarden Euro gewährt, dessen Volumen nur wenig später auf 110 Milliarden Euro aufgestockt wurde (Müller/Schmidt 2010). Die sogenannten Hilfskredite waren von Anfang an an strikte Auflagen gebunden. Institutionell wurden sie so ausgestaltet, dass die Überwachung ihrer Einhaltung – die auch die Bedingung für die weitere Auszahlung der einzelnen Kredittranchen ist – von der als Troika bezeichneten Gruppe, aus Europäischer Kommission, IWF und EZB übernommen wurde. Es sind also drei Staatsapparate, die eng mit der Durchsetzung neoliberaler Politik in Europa und der Welt verbunden sind und die kaum über demokratische Legitimierung verfügen, die zu Kontrolleuren der griechischen Budgetpolitik wurden. Durch die Beteiligung des IWF wurde auch sichergestellt, dass nicht nur europäische Interessen in die Bearbeitung der Schuldenkrise involviert sind, sondern auch amerikanische. Der IWF kann von den drei beteiligten Institutionen innerhalb der EU nicht zur Verantwortung gezogen werden.

Das kurzfristige Ziel der im Memorandum of Understanding festgelegten Maßnahmen ist die nachhaltige Sanierung des Staatshaushalts. Es zeigt sich aber nicht nur in den konkret vereinbarten Maßnahmen, dass das Programm eine mehr oder weniger offene Klassenpolitik verfolgt: «*The medium-term programme objective is to improve competitiveness and alter the economy's structure towards a more investment- and export-led growth model. [...] Reforms are, in particular, needed to modernize the public sector, to render product and labour markets more efficient and flexible, and create a more open and accessible business environment for domestic and foreign investors, including a reduction of the state's direct participation in domestic industries*» (European Commission, Directorate for Economic and Financial Affairs 2010: 10).

Diese Politik zielt also explizit darauf ab, durch die Absenkung des Lebensstandards der breiten Bevölkerungsmehrheit, der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und Unternehmen sowie der Liberalisierung und Deregulierung von Arbeitsmarkt und einzelnen Branchen die griechische Ökonomie innerhalb der internationalen politischen Ökonomie der Eurozone wieder «wettbewerbsfähig» zu machen.

Das Memorandum enthielt 70 Punkte, die die griechische Regierung bis 2011 umzusetzen hatte und ebenso die Termine, bis zu denen diese Maßnahmen beschlossen werden mussten. Die politischen Vorgaben werden in penibler Weise von den internationalen bzw. europäischen Apparaten der Troika gemacht. Der griechischen Regierung kommt dabei lediglich die Aufgabe zu, diese innerhalb der griechischen Staatsapparate durchzusetzen. Die Maßgaben des Memorandums enthielten im Kern folgende Punkte:

- Erhöhung von Massensteuern,
- Sondersteuer auf Unternehmensgewinne,
- Auflösung der bisherigen Tarifvertragsregelungen,
- Kürzungen der Gehälter im öffentlichen Dienst,
- Kürzungen der Pensionen,
- Erhöhung des Pensionsantrittsalters,
- Einfrieren des Mindestlohns,
- Auflösung lokaler Verwaltungen,
- Aufnahmestopp im öffentlichen Dienst,
- Privatisierung diverser öffentlicher Unternehmen,
- Öffnung diverser Branchen (z. B. Spediteure).

Das zweite Memorandum aus dem März 2012 setzte diese Politik in vielen Punkten verschärft fort. Zu den neuen Bedingungen gehörten unter anderem die Aufkündigung der Tarifverträge, die Verlängerung der Wochenarbeitszeit, die Senkung des Mindestlohns, die Kündigung von 15.000 öffentlich Bediensteten, die Senkung des Budgets zum Ankauf von Medikamenten in öffentlichen Krankenhäusern, die Beschleunigung des Privatisierungsprogramms und weitere Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst (vgl. European Commission. Directorate for Economic and Financial Affairs 2012). Insgesamt haben die Sparprogramme über die letzten drei Jahre zu einer massiven Rezession geführt, die Arbeitslosigkeit auf über 25 Prozent steigen lassen und die Verarmung breiter Teile der Gesellschaft bewirkt.

Neben diesen sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen bedeuten die Sparprogramme und die Art und Weise, wie sie durchgesetzt werden, eine massive Autorisierung des griechischen Staats, in einem spezifischen Zusammenspiel mit den beteiligten europäischen Institutionen. Die Politik der griechischen Regierung ist in dieser Situation zunehmend nicht mehr in der Lage, die Hegemonie wiederherzustellen. Für die 1970er Jahre konstatierte Nicos Poulantzas, dass dem Staat die Politik durch die Rhythmen der Akkumulation aufgezwungen werde: «Damit wird es für den Staat zunehmend schwieriger, sich in seiner ökonomischen Strategie nach seiner allgemei-

nen Politik zur Organisierung der Hegemonie zu richten. Er muss weiterhin die für die Kapitalreproduktion notwendigen Dispositionen treffen, auch wenn dies für die Hegemonie große Probleme schafft» (Poulantzas 2002: 196).

Heute können wir davon sprechen, dass dem griechischen Staat innerhalb der politischen Ökonomie der Eurozone eine bestimmte Politik aufgezwungen wird. Dabei ist ein Teil dieses Zwangs zwar unmittelbar über die politischen Akteure vermittelt. Aber auch die Rhythmen der Finanzmärkte und die Struktur der Eurozone zwingen Griechenland diese Politik auf. Zugleich wird die Politik einseitig auf bestimmte ökonomisch-korporative Interessen ausgerichtet – aktuell auf die Interessen der GläubigerInnen – wodurch ebenso eine Politik im Sinne der Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung der Hegemonie unmöglich wird. Das vergrößert zugleich Risse im Block an der Macht (vgl. ebd.: 240). Die zunehmende Tendenz zum autoritären Krisenetatismus lässt sich nicht nur in den Memoranden, sondern auch an einigen anderen Entwicklungen erkennen. Mit der Einrichtung der «Task Force for Greece» im Oktober 2011 wurde der Einfluss der Troika innerhalb der griechischen Staatsapparate entschieden erhöht. Beschränkte sich die Troika zuvor auf vierteljährliche Kontrollmissionen, gibt es jetzt einen permanenten Austausch zwischen den VertreterInnen der Task Force und den Spitzen der griechischen Staatsbürokratie (European Commission. Directorate for Economic and Financial Affairs 2012). Darin kommt einerseits die von Poulantzas beschriebene Tendenz des autoritären Etatismus zum Ausdruck, dass die Bürokratie zum zentralen Ort der Ausarbeitung der Politik wird (vgl. Poulantzas 2002: 254), und zugleich wird dadurch die Internationalisierung des griechischen Staatsapparats im autoritären Krisenetatismus verstärkt.

Die traditionellen griechischen Parteien – PASOK und Nea Dimokratia – verloren in der Krise ihre politische Eigenständigkeit und die Fähigkeit, die Politik auszuarbeiten. Das zeigte sich zum einen darin, dass die Regierung Papandreou quasi auf europäischer Ebene abgesetzt und durch eine Expertenregierung mit Unterstützung von PASOK und Nea Dimokratia ersetzt wurde. Das Ende der Regierung Papandreou wurde just in dem Moment eingeleitet, als sie mit dem Vorschlag eines Referendums über die Fortführung der Memorandumspolitik wieder an politischer Autonomie gewinnen wollte. Der rapide Bedeutungsverlust der griechischen Parteien kommt auch darin zum Ausdruck, dass Papandreou und Samaras im Namen ihrer traditionell gegeneinander gerichteten Parteien einen Brief an die Troika unterzeichnen mussten, in dem sie sich verpflichteten, die Politik des Memorandums auch nach den Wahlen 2012 fortzuführen. Darin manifestiert sich die Entstehung einer «Staatspartei par excellence», die nur noch die in der Exekutive ausgearbeitete Politik vollzieht. Mit der Verschärfung der politischen Krise nahm der Widerstand in den niederen Rängen des Staatsapparats zu, gerade auch weil diese von den Kürzungen besonders betroffen sind. Zugleich wurde die Kontrolle über die unteren Ränge zu verschärft. In diesem Zusammenhang ist auch die jüngste Forderung der Troika zu verstehen, die Entlassung der Staatsbediensteten gemäß dem Memorandum mit Namenslisten zu belegen

(Christidis 2012). Insgesamt ergibt sich so das Bild eines autoritären Krisenetatismus, der sich mit jeder weiteren Verschärfung der ökonomischen Krise auch politisch verschärft. Gleichzeitig bringt aber ebendiese Politik erst die ökonomische Krise in ihrer spezifischen Form hervor.

3.3 Von der ökonomischen zur politischen Krise und Hegemoniekrise (Autoritärer Etatismus)

Die Krise in Griechenland lässt sich nicht in rein ökonomischen Begriffen verstehen, sie umfasst auch Elemente des Politischen und Ideologischen. Im Folgenden wollen wir untersuchen, inwiefern die Situation in Griechenland heute mit dem Begriff der «Hegemoniekrise» gefasst werden kann.

Mechanismen der Krise in Griechenland

Die Elemente der politischen Krise sind in Griechenland schon wesentlich länger präsent als die ökonomische Krise.

2003 wurde die PASOK nach über einem Jahrzehnt an der Regierung von der Konservativen Nea Dimokratia abgelöst. Die neoliberale Politik der sozialen Verarmung stieß einerseits auf zunehmenden Widerspruch, andererseits diskreditierten sich wichtige staatliche Apparate in einem Filz aus Korruption. Von Letzterem waren nicht nur die politischen Parteien, insbesondere die Nea Dimokratia, betroffen, sondern beispielsweise auch die Orthodoxe Kirche. Die Legitimationskrise wichtiger ideologischer Staatsapparate wurde durch eine Umfrage der Tageszeitung *Kathimerini* von 2009 verdeutlicht. Die Liste der 48 vertrauenswürdigsten Institutionen des Staates wurde vom staatlichen Wetterdienst und der Feuerwehr angeführt, während die letzten beiden Plätze von der Regierung und den politischen Parteien belegt wurden (Kadritzke 2009). Von einer Verdichtung der Widersprüche im Sinne einer politischen Krise kann seit Ende 2008 gesprochen werden. Nachdem eine Polizeistreife einen 15-Jährigen in Athen erschoss, tobten wochenlang Straßenschlachten. Im Gegensatz zu früheren Auseinandersetzungen war es nicht ausschließlich das autonome Spektrum, das sich nicht mehr an die gesellschaftlichen Normen gebunden fühlte, sondern SchülerInnen, StudentInnen und MigrantInnen, deren Wut über das politische System und die schon damals prekären Aussichten sich auf der Straße entlud.

Bereits zu diesem Zeitpunkt bestanden die grundsätzlichen ökonomischen Widersprüche, die sich schließlich 2010 in der Staatsschuldenkrise ihren Weg bahnten. Im Zusammenhang mit den geschilderten Elementen der politischen Krise lässt sich auch die Massivität des Widerstands gegen die Sparpolitik erklären. So stellte die *Le Monde Diplomatique* im Hinblick auf die Perspektiven einer PASOK-Regierung weitsichtig fest: «Doch die Alternative einer strengeren Sanierungspolitik würde den Widerstand fast der gesamten Gesellschaft provozieren. Dann wäre der Staat auf Dauer so unregierbar wie das Athener Zentrum im letzten Dezember» (ebd.).

Während Elemente der politischen Krise also bereits früher vorhanden waren, kann von einer manifesten politischen Krise erst im Zuge der ökonomischen Krise gesprochen werden. Indem die Zahlungsfähigkeit des griechischen Staates auf den Finanzmärkten bzw. von den Finanzmarktakteuren zunehmend infrage gestellt wurde, begann die ökonomische Krise selbst innerhalb des Staates, was ihre Übersetzung in eine politische Krise stark begünstigte. Hinzu kommt, dass gerade die politische Bearbeitung der Krise die ökonomische und soziale Krise in ihrer spezifischen Form hervorbrachte.

Im Folgenden sollen die unterschiedlichen Elemente der politischen Krise bestimmt werden, die sich im Zusammenhang mit der tiefen ökonomischen Krise als Hegemoniekrise verstehen lässt.

Das Aufbrechen des Konsenses

Ein wesentlicher Aspekt der politischen Krise besteht darin, dass der Konsens der Beherrschten zur Herrschaft aufbricht, während die Fähigkeit des Blocks an Macht schwindet, diesen zu organisieren. Eine solche Entwicklung lässt sich in Griechenland in vielfältigen Formen beobachten. Neben den unzähligen Generalstreiks von teilweise 48 Stunden ist eine ganze Reihe weiterer Widerstandsbewegungen- und -praxen entstanden, die das Aufbrechen des Konsenses illustrieren. Bemerkenswert sind die wochenlangen Platzbesetzungen im Sommer 2011 (vgl. Mitralis 2011) ebenso wie wachsende Bewegung derer, die nicht mehr bereit sind, für öffentliche Dienstleistungen, wie Autobahnen oder öffentlichen Verkehr, zu bezahlen. Eine weiteres Ereignis in diesem Zusammenhang waren die Paraden anlässlich des Nationalfeiertags im Oktober 2011. Damals stürmten nicht nur DemonstrantInnen die Paraden und erzwangen teilweise deren Abbruch, auch die SchülerInnen und StudentInnen, die diese traditionell abhalten, verwandelten diese Praxen der staatlichen Ideologie spontan in Protestkundgebungen gegen die Sparpolitik (Hope 2011b). Es sind nicht nur ArbeiterInnen, SchülerInnen und StudentInnen die den Protest führen, auch große Teile des Kleinbürgertums befinden sich im offenen Konflikt mit der Politik von Regierung und Troika. So streikten in den letzten Jahren Lkw-FahrerInnen, TaxifahrerInnen und KiosbetreiberInnen (vgl. no border network 2010). Neben diesen vielfachen Formen des Widerstands, deren Liste sich noch erweitern ließe, zeigt eine weitere Entwicklung den Bruch zwischen Herrschenden und Beherrschten an: Zunehmend entwickeln sich Formen der Selbstorganisation, die staatliche Aufgaben ersetzen (vgl. Wainwright 2012). Insgesamt ergibt sich das Bild einer Bevölkerung die zunehmend unregierbar geworden ist. Dabei ist zu bemerken, dass es zwar eine starke Tendenz zur Linkspolisierung der Bevölkerung gibt, mit der «Goldenen Morgenröte» aber auch eine Kraft entstanden ist, die eine ernstzunehmende faschistische Gefahr darstellt. Die beschriebenen Entwicklungen werden dadurch verschärft, dass der Block an der Macht nicht mehr fähig ist, Konsens durch materielle Zugeständnisse zu organisieren. Da die staatliche Politik nicht mehr in den traditionellen Zentren der Macht, sondern

in Absprache und unter dem Diktat der Troika ausgearbeitet wird, gibt es keinerlei Spielraum für solche Zugeständnisse.

Ideologische Krise und Staatskrise

Poulantzas setzte Legitimationskrise und die Krise des Konsenses in der Phase der Etablierung des autoritären Etatismus folgendermaßen in Beziehung: «Die Krise des Konsenses bei den Volksmassen im Hinblick auf den Staatsapparat wirkt sich im Inneren der Verwaltung als induzierte Legitimationskrise aus» (Poulantzas 2002: 275).

Dies lässt sich auch in der heutigen Situation beobachten. Die ideologischen Staatsapparate verlieren zunehmend ihre Fähigkeit, die herrschende Ideologie auszuarbeiten und glaubhaft zu verbreiten. Das gilt insbesondere für die politischen Parteien. Zugleich gibt es auch permanente Spaltungstendenzen. Immer wieder werden Abgeordnete ausgeschlossen, weil sie die Sparpolitik der Regierung nicht länger mittragen, gehen selbst, laufen zu anderen Fraktionen über oder gründen neue Parteien (vgl. Der Standard, 11.5.2011 u. 8.11.2012). Die beiden ehemaligen Großparteien PASOK und Nea Dimokratia verkörpern kaum noch unterschiedliche Tendenzen in der Gesellschaft. Sie sind gemeinsam zu einem fast nicht mehr unterscheidbaren Block derer geworden, die das Memorandum unterstützen. Die Haltung zum Memorandum wird dabei zunehmend zur zentralen ideologischen und politischen Trennlinie der Parteien. Zugleich sind die Spielräume, um die Legitimation wiederherzustellen, eng bemessen. Als Papandreou 2011 das Referendum über das Memorandum ankündigte, musste er dieses wenig später auf internationalen Druck absagen und einer «Expertregierung» Platz machen. Nach dem zweiten Wahlgang im Juni 2012 konnten die beiden Parteien, die offen für die Fortführung der Politik des Memorandums warben und dies als einzige Möglichkeit zum Verbleib im Euro darstellten, gerade noch 42 Prozent der Stimmen – bei einer Wahlbeteiligung von 62 Prozent – auf sich vereinen (Ministry of the Interior 2012).

Zugleich wirkt sich die ideologische Krise im Inneren der Staatsapparate aus, indem die Ideologie ihre Rolle als Kitt der Staatsapparate und des Staatspersonals zunehmend nicht mehr ausüben kann. Es kommt zur Staatskrise. Diese hängt eng mit den materiellen Auswirkungen des Klassenkampfes von oben zusammen. Da gerade auch die staatlichen Apparate zu Zielen der Sparpolitik wurden, tendieren große Teile des Staatspersonals zur Seite der Subalternen. Ähnlich wie Poulantzas dies für die späten 1970er Jahre analysiert hat, kommt es zu einer Linkspolitisierung der unteren Ränge des Staatspersonals, sowohl durch die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen als auch durch die Auswirkungen der Kämpfe innerhalb der Apparate (vgl. Poulantzas 2002: 273 f.). Diese Linkspolitisierung lässt sich nicht nur daran ablesen, dass SYRIZA bei den Wahlen 2012 zur stärksten Kraft unter den öffentlichen Bediensteten wurde (Greek Left Review 2012), sondern vor allem an den sozialen Kämpfen der öffentlichen Beschäftigten und deren zunehmender Radikalität. So besetzten im Herbst 2011 Staatsbedienstete mehrere Ministerien, um die Verhandlungen mit der

Troika zu verhindern (Hope 2011a), und als die Abstimmung zum jüngsten Sparpaket auf der Tagesordnung stand, traten selbst die MitarbeiterInnen des Parlaments in den Streik, um diese zu verhindern (vgl. keptalkinggreece 2012).

Zugleich lässt sich aber auch keine eindeutige Linkstendenz des Staatspersonals feststellen. Während große Teile nach links tendieren, gibt es insbesondere in der griechischen Polizei starke faschistische Tendenzen, die so weit gehen, dass Polizei und Faschisten der «Goldenen Morgenröte» gemeinsam gegen linke DemonstrantInnen oder MigrantInnen vorgehen.

Aber auch innerhalb des Blocks an der Macht verschärfen sich die Widersprüche. Diese Entwicklungen sind allerdings am schwierigsten zu durchschauen, da die großen Parteien, durch die sich diese Widersprüche in einer normalen Situation ausdrücken könnten, innerhalb des europäischen Krisenregimes auf die gleiche Politik verpflichtet sind. Auch wenn diese Berichte nicht bestätigt sind, meldeten griechische Medien, dass die überraschende Abberufung der Führung der Streitkräfte im November 2011 durch die Regierung Papandreou eine Maßnahme war, um einem nationalistischen Militärputsch zuvorzukommen (Handelsblatt 2012).

Insgesamt ergibt sich in Griechenland das Bild einer Gesellschaft in einer tiefen Hegemoniekrise. Der Block an der Macht ist nicht mehr in der Lage, eine allgemeine Politik in seinem Interesse zu formulieren, sondern darauf beschränkt, im Rahmen der Vorgaben der Troika eine Politik im Interesse der internationalen Finanzmarktakteure repressiv durchzusetzen, während die Bevölkerungsmehrheit offen Widerstand leistet.

3.4 Strategien von Links

Die Situation in Griechenland heute ist eine grundlegend andere, als wir sie im Österreich der 1930er Jahre dargestellt haben. Die aktuellen Organisationen und Strömungen der griechischen Linken haben ihre Wurzeln im Kampf gegen die Militärdiktatur und der Phase der Demokratisierung ab 1974. Die griechische Linke ist für europäische Verhältnisse mit unterschiedlichen Strömungen relativ stark in der Gesellschaft verankert. Grob kann zwischen einer sozialdemokratischen Linken (PASOK und Neue Linke), einer stalinistischen Linken (KKE), einer neuen radikalen Linken (SYRIZA) und einer außerparlamentarischen Linken (AnarchistInnen und das linke Bündnis ANTARSYA) unterschieden werden. Nach einer kurzen Skizze zur sozialdemokratischen PASOK wollen wir uns auf SYRIZA konzentrieren, die in wenigen Jahren von einer Kleinpartei zur bestimmenden linken Oppositionspartei anwuchs.

PASOK

Die lange Zeit dominierende Kraft der griechischen Linken war die sozialdemokratische PASOK (Panhellenische Sozialistische Bewegung). Sie entstand kurz nach dem Ende der Junta 1974 aus dem Zusammenschluss von linken und linksliberalen Gruppen in Griechenland sowie des Exils und unter Beteiligung eines Teils des studentischen Widerstands, der eine zentrale Rolle bei der Beendigung des Regimes der

Obristen gespielt hatte. Anfangs verfolgte die Partei einen linken Kurs, der auch die Forderung nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel sowie den Austritt aus der Nato beinhaltete und sich darin grundlegend von anderen sozialdemokratischen Programmatiken der Zeit unterschied (vgl. Eberhard 2005). Nachdem die PASOK 1981 und Mitte der 1990er Jahre erneut an die Regierung kam, hatte sie sich hinsichtlich ihrer Politik an die anderen europäischen Sozialdemokratien angeglichen. Unter dem Eindruck der Maastricht-Kriterien und der Perspektive auf einen Euro-Beitritt setzte sie nun eine neoliberale Wirtschaftspolitik um (vgl. ebd.: 513 f.). Nachdem die PASOK für mehrere Jahre aus der Regierung verdrängt worden war, fiel die neuerliche Übernahme der Regierungsverantwortung 2009 unmittelbar mit dem Ausbruch der Staatsschuldenkrise zusammen. Die Politik der Regierung war wesentlich durch die Vorgaben der Troika bestimmt. Sie führte zu schweren Rissen innerhalb der Partei und zu kleineren Abspaltung (vgl. Der Standard, 11.5.2012). In den Wahlauseinandersetzungen 2012 zeigte sich, dass die PASOK weite Teile ihrer Basis, sowohl im öffentlichen Dienst als auch unter den Lohnabhängigen des privaten Sektors, verloren hat. Die desaströse Politik der sozialdemokratischen PASOK öffnete erst den Raum für eine stark verankerte Kraft links der Sozialdemokratie.

SYRIZA

SYRIZA (Koalition der radikalen Linken) entstand 2004 als Wahlbündnis und formiert sich derzeit als Partei. Ihre Geschichte lässt sich nur im Zusammenhang mit den sozialen Kämpfen und Bewegungen verstehen, die Griechenland seit Anfang des Jahrhunderts erlebt hat. Als Bündnis umfasst SYRIZA als größten Bestandteil die Partei SYNAPISMOS sowie mehrere trotzkistische, maoistische, ökosozialistische und feministische Organisationen und Parteien. SYNAPISMOS (Koalition der Linken, der Bewegungen und der Ökologie) als mehrheitlich bestimmende Kraft des Bündnisses war in den 1990er Jahren eine kleine eurokommunistische Partei, die sich einem zunehmenden elektoralen Bedeutungsverlust gegenüber sah. Das Entstehen der globalisierungskritischen Bewegung und der Sozialforen erlaubte erst die Transformation der heutigen Linken Griechenland. In der Mobilisierung zu den Protesten nach Genua 2001 und gegen den Irakkrieg 2003 kamen sowohl AktivistInnen von SYNAPISMOS als auch von kleineren linken Gruppen in der Praxis zusammen, und eine organisationsübergreifende Debatte begann. Diese mündete schließlich in der Etablierung des Wahlbündnisses SYRIZA, das gemeinsam knapp den Einzug in das Parlament schaffte (vgl. Mason 2012). Unter dem Eindruck der Bewegung und des gemeinsamen Erfolgs verschoben sich innerhalb von SYNAPISMOS die Kräfteverhältnisse nach links. Während die alte Führung SYRIZA als reines Wahlbündnis ansah und bei den Europawahlen wenige Monate später wieder allein antrat, konnte sich am darauffolgenden Parteikongress der linke Flügel um Alekos Alavanos durchsetzen und der gemeinsamen Plattform einen dauerhaften Charakter verleihen (vgl. Petrou 2012). Sowohl bei den erfolgreichen Studierendenprotesten 2006/07 als auch

bei den Jugendrevolten 2008 konnte sich das Bündnis in den sozialen Bewegungen beweisen. Während alle anderen Parteien, einschließlich der KKE, die Proteste und Ausschreitungen der Jugendlichen verurteilten, war SYRIZA trotz enormen Drucks nicht bereit, der Bewegung ihre politische Unterstützung zu entziehen. Nach den Unruhen klebte SYRIZA ein Plakat mit dem Slogan «Keinen Schritt zurück!» (vgl. Mason 2012). Das Bündnis bewahrte in dieser Situation ihre langfristige strategische Linie einer Orientierung auf Bewegungen und opferte sie nicht in wahltaktischer und opportunistischer Manier dem Druck der «öffentlichen Meinung». Der rechte Flügel zog in der Folge die Konsequenzen und gründete 2010 die «Demokratische Linke», die bis Sommer 2013 die Regierung von Samaras im Parlament unterstützte. Unserem Verständnis nach war es das kontinuierliche Beibehalten dieser strategischen Linie, die es SYRIZA schließlich erlaubte, während den Protesten gegen die Troika und die Regierung zur führenden Kraft der Linken und zu einem wesentlichen politischen Ausdruck der sozialen Bewegungen zu werden. Gerade der pluralistische Charakter von SYRIZA machte es dabei notwendig, die strategische Linie immer wieder auszu diskutieren und zu präzisieren.

Der politische Rahmen, in dem SYRIZA arbeitet, änderte sich mit dem Ausbruch der Schuldenkrise radikal und stellte das Bündnis vor neue strategische Herausforderungen. SYRIZA ist dieser Situation bislang auf mehreren strategischen Linien begegnet (vgl. Wainwright 2012; Triandafilidou 2011):

- grundsätzliche Ablehnung der Troika und des Memorandum of Understanding;
- Forderung nach einem Schuldenaudit: Damit ist gemeint, dass die Staatsschulden in einem demokratischen Prozess auf ihre Legitimität geprüft und anschließend die illegitimen Schulden nicht mehr gezahlt werden.
- Beibehaltung des Euro und Kampf für eine Änderung des Charakters der europäischen Integration (diese Position ist innerhalb von SYRIZA nicht unumstritten; im Gegensatz zu SYRIZA treten sowohl die KKE als auch das Bündnis ANTARSYA für einen Euroaustritt ein);
- Wiederaufbau und Ausbau des Sozialstaates sowie Rücknahme von Privatisierungen;
- Keine Zugeständnisse an die rassistischen Diskurse von Regierung und der neonazistischen «Goldenen Morgenröte»;
- Arbeit in den Bewegungen und im Aufbau alternativer sozialer Netze.

Im Zentrum steht dabei die Frage nach der Beibehaltung des Euro. Einerseits wird diese Position mit einer internationalistischen bzw. europäischen Perspektive verbunden und der Euro selbst zum Einsatz im Fall einer Regierungsübernahme gemacht. Der Vorsitzende von SYNAPISMOS, Alexis Tsipras, verglich die Situation daher treffend mit dem Kalten Krieg, in dem jede Seite «Massenvernichtungswaffen» besitze, Griechenland die Einstellung der Schuldzahlungen und die EU den Rauswurf aus der Eurozone (vgl. Tsipras 2012). Im Falle einer Regierungsübernahme kann es sich somit als kluge Taktik erweisen, die Konfrontation zu suchen anstatt sie mit der An-

kündigung des Austritts bereits vorwegzunehmen und damit durchaus auch im Interesse mancher Teile der europäischen Bourgeoisie zu handeln. Auf der anderen Seite scheint es fraglich, ob die Beibehaltung des Euro im Falle einer Linksregierung, die nicht gleich wieder in zentralen Fragen nachgeben will, eine realistische Möglichkeit ist. Damit ist die Frage verbunden, ob SYRIZA eine glaubhafte Alternative entwickeln kann, die die Menschen mobilisiert. Es bleibt müßig, darüber zu spekulieren, ob SYRIZA mit einem anderen Zugang zum Euro erfolgreicher bei den beiden Wahlgängen abgeschnitten hätte. Jedenfalls ist es dem sich inzwischen zur Partei formierenden Bündnis gelungen, auf dieser Grundlage zur bestimmenden Kraft der Linken zu werden und die Perspektive auf eine Linksregierung zu eröffnen. SYRIZA ist es bei den Wahlen gelungen, sowohl unter den Lohnabhängigen der Privatwirtschaft als auch im öffentlichen Dienst zur stärksten Kraft zu werden. Ebenso kann sie sich auf die Mehrheit der Studierenden, der Erwerbslosen und selbst der kleinen Selbstständigen stützen (vgl. Greek Left Review 2012).

Der Aufstieg von einem Fünf-Prozent-Bündnis der radikalen Linken zur einzigen ernsthaften Regierungsalternative ist dabei durchaus mit neuen Gefahren verbunden. Eine Gefahr besteht in dem Anspruch, die «Verantwortung» zu übernehmen, die mit der neuen Rolle einhergeht. Zudem ist der Handlungsspielraum begrenzt. Tsipras, im Wahlkampf von den europäischen Medien noch als der «gefährlichste Mann Europas» (vgl. Staudinger 2012) titulierte, wird inzwischen von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* als «akkurat gekämmten» junger Mann beschrieben, der nichts von einem «Aufwiegler» oder «Klassenkämpfer» habe und sogar von EP-Präsident Martin Schulz empfangen (vgl. Busse 2012). Die Versuche der Einbindung werden mit Sicherheit weiter zunehmen, und mit dem Erfolg wächst auch die Gefahr, dass die neue Partei zum Spielplatz für KarrieristInnen wird.

Dennoch sind sich viele innerhalb von SYRIZA genau dieser Gefahren bewusst, und mit einzelnen Maßnahmen wird auch versucht, solchen Integrationstendenzen entgegenzuwirken. So werden beispielsweise zwei von fünf parlamentarischen MitarbeiterInnen, die jedem/r Abgeordneten zustehen, zukünftig für Arbeit in den Bewegungen und Nachbarschaftskomitees abgestellt (vgl. Wainwright 2012).

Resümee

Von der Ökonomischen zur Politischen Krise und Hegemoniekrise

In jedem der beiden Beispielländer wird eine Finanz- und Wirtschaftskrise in eine Staatsschuldenkrise umgewandelt. In beiden Fällen artikuliert sich die ökonomische Krise zusammen mit einer politischen Krise und einer Hegemoniekrise. Die herrschaftlichen Strategien zur Krisenbearbeitung führten sowohl in Österreich in der Zwischenkriegszeit als auch in Griechenland heute zur Verschärfung der Krise und ihrer Auswirkungen. Die Kosten der Krise werden auf die Bevölkerung abgewälzt. In beiden Ländern bedeutet die Bearbeitung der Krise einen massiven Klassenkampf von oben sowie eine Phase der Defensive der Arbeiterbewegung. Zugleich verschärfen sich

die Widersprüche innerhalb der herrschenden Klassen und Klassenfraktionen in der Krise. In Österreich führten die autoritären Antworten auf die Krise zu Faschisierung und Ausnahmenstaatlichkeit und mündeten schließlich im Nationalsozialismus. In Griechenland haben wir die aktuelle Form der herrschaftlichen Krisenbearbeitung mit dem Modell des autoritären Krisenetatismus beschrieben. Die Situation in Griechenland ist nach wie vor offen und die weitere Entwicklung abhängig von den Klassenkämpfen – in Griechenland, aber auch über Griechenland hinaus.

Zur autoritären Bearbeitung der «Schuldenkrise»

Eine Parallele in Bezug auf die autoritäre Bearbeitung der «Schuldenkrise» zeigte sich hinsichtlich der diskursiven Legitimationsstrategien: Die Art und Weise, *wie* und mit *welchen* argumentativen Strategien die Bearbeitung von oben vorangetrieben wurde, gleicht sich in ihrer Struktur entscheidend. Im Vordergrund stehen dabei Sachzwangargumente und technokratische Erklärungen sowie Verweise auf vermeintlich objektive Notwendigkeiten zur «Rettung der Wirtschaft in einer Notsituation». Klassen- und Interessengegensätze werden verdeckt, die Durchsetzung bestimmter Politiken in der Krise nicht als Ergebnis des Klassenkampfes gesehen, sondern als objektive Lösung im Interesse der Allgemeinheit darzubieten versucht. Ergänzt werden diese Argumente durch die Beschwörung eines Expertentums, deren VertreterInnen aber tatsächlich als organische Intellektuelle des Kapitals fungieren. Die vermeintliche Effizienz der ExpertInnen wird «langwierigen» parlamentarischen Diskussionen gegenübergestellt. In Österreich handelte es sich dabei unter anderem um die eingesetzten Männer des Finanzkomitees oder Berater der christlichsozialen Regierung, in Griechenland zum Beispiel um die sogenannte Expertenregierung, die zur Lösung der Krise – ungewählt – antreten sollte. Ebenso bekannt und in beiden Länderbeispielen zu finden ist die Konstruktion supranationaler Sachzwänge, die als Rechtfertigung für eine Politik des Sozialabbaus ebenso wie zur Delegitimierung der Forderungen der Arbeiterbewegung und sozialen Bewegungen herangezogen werden, welche nicht die stabilitätsorientierten Interessen der Regierungen zum obersten Ziel hatten und haben, sondern bessere und gerechtere Lebensverhältnisse (vgl. Institut für Gesellschaftsanalyse 2011). Die wirtschaftlichen und politischen Krisen dienen als Vorwand und/oder Gelegenheit, um bestimmte politischen Vorstellungen durchzusetzen. In Österreich wurde schließlich das nach dem Ersten Weltkrieg mit Missgunst zur Kenntnis genommene «Experiment der parlamentarischen Demokratie» für beendet erklärt. In Griechenland führte die Krise nicht etwa zu einer Abkehr der bisherigen Politik, sondern zur verschärften Fortführung der neoliberalen Politiken und Umstrukturierungen.

Internationale Dimensionen

Da die hier angestellte Analyse einen Vergleich des Völkerbundes mit der EU nahelegt, muss betont werden, dass es sich um zwei sehr verschiedene politische Projekte handelt. Abgesehen von der ideologischen und ökonomischen Dimension, deren

unterschiedliche Problematik auf die verschiedenen historisch-politischen Kontexte verweist, fällt vor allem die veränderte Rolle einzelner Nationalstaaten auf. Während Frankreich und England jeweils eine starke Position in dem geopolitischen Gefüge innehaben und -hatten, variiert vor allem die Position Deutschlands (vgl. Crome 2012). Deutschland tritt sehr spät in den Völkerbund ein und bleibt nur kurz Mitglied. Wie Österreich war auch Deutschland stark von der Weltwirtschaftskrise getroffen und zudem politisch von seiner Rolle als Verursacher des Ersten Weltkriegs geprägt. Erst mit der enormen Aufrüstung im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges setzte die Phase wirtschaftlichen Wachstums ein. War Deutschland in der Zwischenkriegszeit als «schwächstes Kettenglied» (Poulantzas), zu bezeichnen, so gilt dies, mit Blick auf die Verknüpfung von Widersprüchen und das Niveau der Klassenkämpfe, heute nicht. Im Gegenteil ist die deutsche Regierung in der gegenwärtigen Krise an erster Stelle wenn es darum geht, an Griechenland ein Exempel zu statuieren, um die Wirtschaftsordnung aufrechtzuerhalten.

Ein weiterer Unterschied besteht in der Tatsache, dass die Intensität der Einmischung im Namen der Gläubiger durch den Völkerbund wesentlich geringer war als durch die Troika heute. Auch das zentrale Argument des Wettbewerbs spielte vor dem Hintergrund des damaligen allgemeinen Trends der bedeutsamen Volkswirtschaften in Richtung Abschottung vom Weltmarkt eine geringere Rolle.

Interessant erscheint jedoch, dass das offizielle Hauptprojekt des Völkerbundes, den Frieden zu sichern, gescheitert ist, während die (internationale) Vernetzung der herrschenden Klassen und Klassenfraktionen, etwa im Finanzbereich, relativ gut funktioniert hat. Ein Beispiel dafür ist die erstaunliche Kontinuität entscheidender Funktionsträger (die sowohl politische Positionen in den jeweiligen Regierungen innehatten als auch in diversen Komitees und Gremien vertreten waren – und zwar vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg, z. B. in der BIZ).

Den Blick zurück auf die EU gerichtet, beantwortet eine Studie die Frage Henry Kissingers, «Welche Telefonnummer hat Europa eigentlich?» – der ultimative Ansprechpartner amerikanischer Politiker ist der (jeweilige) Präsident der EZB. «Immer dann, wenn sich die Europäer daran machen, sich selbst zu retten, klingelt beim Präsidenten der Europäischen Zentralbank das Telefon.» Andere europäische Institutionen, wie die Europäische Kommission oder der Europäische Rat – also die politischen Institutionen – fungieren hingegen kaum als AnsprechpartnerInnen (Gammelin 2012).

Strategien von Links

Im Gegensatz zu Griechenland heute spielte in Österreich die Sozialdemokratie eine zentrale Rolle, wobei sich die österreichische Partei gerade dadurch auszeichnete, dass sie ein weites Spektrum an Positionen – von linksradikal bis reformistisch – vereinte. Aufgrund der Doppelstrategie sowie des defensiven Verhaltens in mehreren Situationen angesichts der Angriffe der herrschenden Klassen und Klassen-

fraktionen, geriet die Partei in eine Krise. Intern machte sich viel Unmut breit. Die Sozialdemokratie wurde 1934 verboten, bevor sich radikalisierte Kräfte hätten durchsetzen können.

In Griechenland hat die Sozialdemokratie hingegen kaum mehr Verankerung in der Bevölkerung. Stattdessen finden mehrere Strömungen der Linken Rückhalt, wobei es in erster Linie SYRIZA schafft, die kollektive Unzufriedenheit zu organisieren. Der räumliche Rahmen linker Politik hat sich ebenfalls verändert. Der Bezug auf den Internationalismus ist und war in der Linken heute und damals präsent und muss es auch in Zukunft sein. Aber während in der Zwischenkriegszeit in Österreich der praktische Fokus vorerst auf Widerstand im nationalen Rahmen lag, bezieht sich die Strategie der Linken in Griechenland heute neben dem nationalen Rahmen auch auf den der Europäischen Union.

Literatur

- Ausch, Karl (1968): Als die Banken fielen. Zur Soziologie der politischen Korruption, Wien.
- Bauer, Otto (1931): Das Budgetsanierungsgesetz. Vortrag, gehalten am 9. Oktober 1931 vor den Vertrauensmännern der Postgewerkschaft, Wien.
- Bellofiore, Ricardo/Garibaldi, Francesco/Halevi, Joseph (2011): The Global Crisis and the Crisis of European Neomercantilism, in: Panitch, Leo/Chibber, Vivek/Albo, Greg (Hrsg.): The Crisis this Time. Socialist Register 2011, London, S. 120–146.
- Bieling, Hans-Jürgen (2010): Die Globalisierungs- und Weltordnungspolitik der Europäischen Union 2010, Wiesbaden.
- Bieling, Hans-Jürgen (2011): Internationale Politische Ökonomie. Eine Einführung, Wiesbaden.
- Bohle, Dorothee (2006): Neogramscianismus, in: Lerch, Marika/Bieling, Hans-Jürgen (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration, Heidelberg/Berlin, S. 197–221.
- Botz, Gerhard (1973): Die Ausschaltung des Nationalrates und die Anfänge der Diktatur Dollfuß' im Urteil der Geschichtsschreibung von 1933 bis 1973, in: Karl-Renner-Institut (Hrsg.): Der 4. März 1933 im Urteil von Zeitgenossen und Historikern, Wien, S. 31–59.
- Busse, Nikolaus (2012): Alexis Tsipras in Brüssel. Freibier vom Fass ohne Boden, unter: www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/alexis-tsipras-in-bruessel-freibier-vom-fass-ohne-boden-11906083.html (Stand 9.5.2013).
- Christidis, Georgios (2012): Griechische Bürgermeister verweigern Regierung Entlassungslisten, unter: www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/griechische-buergermeister-verweigern-regierung-entlassungslisten-a-866968.html (Stand 8.5.2013).
- Crome, Erhard (2012): Deutschland in Europa. Eine neue Hegemoniedebatte, in: WeltTrends. Zeitschrift für internationale Politik 86, S. 59–69.
- Eberhard, Erik (2005): Revolution und Konterrevolution in Griechenland, Wien.
- European Commission. Directorate for Economic and Financial Affairs (2010): The Economic Adjustment Programme for Greece, Brussels.
- European Commission. Directorate for Economic and Financial Affairs (2012): The Second Economic Adjustment Programme for Greece, abrufbar unter: http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/occasional_paper/2012/op94_en.htm.
- Gammelin, Cerstin (2012): Terminkalender des US-Finanzministers analysiert: Europas große Nummer, unter: www.sueddeutsche.de/politik/terminkalender-des-us-finanzministers-analysiert-europas-grosse-nummer-1.1514884 (Stand 9.5.2013).
- Gill, Stephen (1998): European Governance and New Constitutionalism. Economic and Monetary Union and Alternatives to Disciplinary Neoliberalism in Europe, in: New Political Economy 3,1, S. 5–26.
- Goldinger, Walter (Hrsg.) (1980): Wortmeldung Odo Neustädter-Stürmer, 25. März 1933, in: Protokolle des Klubvorstandes der Christlich-sozialen Partei 1932–1934, Wien.
- Greek Left Review (2012): Greek Election Results: Qualitative Analysis, unter: greekleftreview.wordpress.com/2012/06/21/greek-election-results-qualitative-analysis/ (Stand 8.5.2013).

- Handelsblatt (2012=: Putschpläne. Griffen griechische Generäle nach der Macht?, unter: www.handelsblatt.com/politik/international/putschplaene-griffen-griechische-generale-nach-der-macht/7199508.html
- Hass, Karl (1979): Industrielle Interessenpolitik in Österreich zur Zeit der Wirtschaftskrise, in: *Jahrbuch für Zeitgeschichte* Wien, Wien.
- Hope, Kerin (2011a): Greek Protesters Occupy Government Buildings, unter: www.ft.com/intl/cms/s/0/21355e40-ea84-11e0-adbf-00144feab49a.html#axzz2CUAqVXUL
- Hope, Kerin (2011b): Greek Protests Scupper Military Parade, unter: www.ft.com/intl/cms/s/0/246efa00-0152-11e1-b177-00144feabdc0.html#axzz2CUAqVXUL
- Howden, Daniel (2012): Fascism Rises from the Depths of Greece's Despair, unter: www.independent.co.uk/news/world/europe/fascism-rises-from-the-depths-of-greeces-despair-7712276.html
- Institut für Gesellschaftsanalyse (2011): Organische Krise des Finanzmarktkapitalismus. Thesen, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.
- Internationales Komitee der Vierten Internationale (Hrsg.) (2012): Die Gefahr des Faschismus in Griechenland, abrufbar unter: <http://www.wsws.org/de/articles/2012/10/grie-o23.html>.
- Jessop, Bob (1982): *The Capitalist State. Marxist Theories and Methods*, New York.
- Kadritzke, Niels (2009): Der kranke Mann Europas, unter: www.monde-diplomatique.de/pm/2009/01/16/a0030.text.name.ask4nxbgd.n,4 (Stand 8.5.2013).
- Kannankulam, John (2008): Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus. Zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas, unter: www.vsa-verlag.de/nc/detail/artikel/autoritaerer-etatismus-im-neoliberalismus/ (Stand 16.4.2013).
- keeptalkinggreece (2012): FinMin Withdraws Provisions After Parliament Staff Went on Strike, while Greek MPs Debate Austerity Package, unter: www.keeptalkinggreece.com/2012/11/07/parliament-employees-go-on-strike-while-greek-mps-debate-austerity-package/
- Kernbauer, Hans (1983): Finanzierungsprobleme des österreichischen Eisenbahnbaus, in: *Bankhistorisches Archiv* 9, Wien.
- Kernbauer, Hans (1995): Österreichische Währungs-, Bank- und Budgetpolitik in der Zwischenkriegszeit, in: Dachs, Herbert/Talos, Emmerich/Hanisch, Ernst/Staudinger, Anton (Hrsg.): *Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933*, Wien, S. 552–569.
- Kernbauer, Hans/Weber, Fritz (1984): Von der Inflation zur Depression. Österreichs Wirtschaft 1918–1934, in: Talos, Emmerich/Neugebauer, Wolfgang (Hrsg.): *Austrofascismus. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934–1938*, Graz, S. 1–30.
- Klingenstein, Grete (1965): Die Anleihe von Lausanne. Ein Beitrag zur Geschichte der Ersten Republik in den Jahren 1931–1934, Wien/Graz.
- Lapavistas, Costas (2010): *Financialisation and Capital Accumulation. Structural Accounts of the Crisis 2007–2009*, unter: www.researchonmoneyandfinance.org/media/papers/RMF-16-Lapavistas.pdf.
- Lapavistas, C. u. a. (2010): *Research on Money and Finance. Beggar thy Self and Thy Neighbour*, unter: www.researchonmoneyandfinance.org/media/reports/eurocrisis/fullreport.pdf.
- Marchetos, Spyros (2012): Golden Dawn and the Rise of Fascism, unter: www.theguardian.com/commentis-free/2012/jun/19/golden-dawn-fascism-greece (Stand 22.9.2013).
- Mason, Paul (2012): Greece: Trying to Understand SYRIZA, unter: paulmasonnews.tumblr.com (Stand 8.5.2013).
- Mattl, Siegfried (2005): *Die Finanzdiktatur Wirtschaftspolitik in Oesterreich 1933–1938*, Wien.
- Ministry of the Interior (2012): *Parliamentary Elections June 2012*, unter: <http://ekloges.yes.gr/v2012b/public/index.html?lang=en#%7B%22cls%3A%22main%22%2C%22params%3A%7B%7D%7D>
- Mitralis, Yiorgos (2011): *Massive Popular Uprising in Greece*, unter: www.europe-solidaire.org/spip.php?article21923
- Monroy, Matthias (2012): Griechische Faschisten mit Polizisten im „Bürgerkrieg“ gegen Migranten, unter: www.heise.de/tp/blogs/8/153059
- Müller, Klaus/Schmidt, Rudi (2010): Von der griechischen zur europäischen Krise, in: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 159, S. 277–300.
- no border network (2010): unter: ekathimerini.com.
- Nowak, Jörg (2009): *Geschlechterpolitik und Klassenherrschaft. Eine Integration marxistischer und feministischer Staatstheorien*, Münster.
- Oberndorfer, Lukas (2012a): *Hegemoniekrise in Europa. Auf dem Weg zu einem autoritären Wettbewerbssetatismus?*, in: *Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“* (Hrsg.): *Die EU in der Krise*, Münster, S. 50–72.

- Oberndorfer, Lukas (2012b): Hegemoniekrise in Europa. Auf dem Weg zu einem autoritären Wettbewerbsetismus?, in: Forschungsgruppe «Staatsprojekt Europa» (Hrsg.): Die EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling, Münster, abrufbar unter: www.dampfboot-verlag.de/buecher/898-7.html
- OECD (Hrsg.) (2009): Economic Survey of Greece, OECD Publishing.
- Pelinka, Peter (1981): Erbe und Neubeginn. Revolutionäre Sozialisten in Österreich 1934–1938, Wien.
- Petrou, Panos (2012): The Making of SYRIZA, unter: <http://socialistworker.org/2012/06/11/the-making-of-syriza>, (Stand 1.5.2013).
- Poulantzas, Nicos (1973): Faschismus und Diktatur. Die Kommunistische Internationale und der Faschismus, München.
- Poulantzas, Nicos (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus, Hamburg, abrufbar unter: www.vsa-verlag.de/nc/detail/artikel/staatstheorie-1/ (Stand 15.4.2013).
- Poulantzas, Nicos (2008): The Poulantzas Reader: Marxism, Law and the State, hrsg. von James Martin, London/New York.
- Rabinach, Anson (1984): Der Parteitag im Oktober 1933: Die innere Krise der österreichischen Sozialdemokratie und die Ursprünge des Februars 1934, in: Zoidl, Helge/Fröschl, Erich (Hrsg.): Februar 1934: Ursachen, Fakten, Folgen. Wien, S. 341–366.
- Sablowski, Thomas (2006): Krise und Staatlichkeit bei Poulantzas, in: Bretthauer, Lars/Gallas, Alexander/Kannankulam, John/Stützle, Ingo (Hrsg.): Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie, Hamburg, S. 257–273.
- Savaricas, Nathalie (2013): Greece's Neo-fascists Are on the Rise ... and Now They're Going into Schools: How Golden Dawn is Nurturing the Next Generation, unter: www.independent.co.uk/news/world/europe/greeces-neofascists-are-on-the-rise-and-now-theyre-going-into-schools-how-golden-dawn-is-nurturing-the-next-generation-8477997.html (Stand 22.9.2013).
- Staudinger, Martin (2012): Alexis Tsipras: Der gefährlichste Mann Europas, unter: www.profil.at/articles/1220/560/328196/griechenland-alexis-tsipras-der-mann-europas (Stand 9.5.2013).
- Stiefel, Dieter (1988): Die große Krise in einem kleinen Land. Österreichische Finanz- und Wirtschaftspolitik 1929–1938, Wien u. a.
- Stiefel, Dieter (1989): Finanzdiplomatie und Weltwirtschaftskrise. Die Krise der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe 1931, Frankfurt a. M.
- Talos, Emmerich/Manoschek, Walter (2005): Zum Konstitutionsprozess im Austrofaschismus, in: Talos, Emmerich/Neugebauer, Wolfgang (Hrsg.), Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938, Wien, S. 6–25.
- Triandafilidou, Haris (2011): Schulden, Europa und die Krise. Debatten der griechischen Linken über Alternativen zum neoliberalen Katastrophenkurs, unter www.links-netz.de
- Tsipras, Alexis (2012): «Wir befinden uns im Kalten Krieg». Interview, unter: <http://www.stern.de/politik/ausland/linksradikalen-chef-tsipras-im-interview-wir-befinden-uns-im-kalten-krieg-1833637.html>
- Wainwright, Hilary (2012): Greece: SYRIZA Shines a Light, unter: www.redpepper.org.uk/greece-syriza-shines-a-light/

Raul Zelik

SOZIALDEMOKRATIE UNTER RADIKALEN VORZEICHEN?

SÜDAMERIKAS «SOZIALISMUS DES 21. JAHRHUNDERTS»

Der Staatssozialismus des 20. Jahrhunderts hat den Begriff «Alternative» gründlich diskreditiert.¹ In Sachen Demokratie, Umweltschutz und Selbstbestimmung stellte er keinen erkennbaren Fortschritt dar. In Venezuela, Bolivien und Ecuador jedoch reden Linksregierungen heute wieder davon, den Kapitalismus überwinden zu wollen. Der «Sozialismus des 21. Jahrhunderts» soll eine Revolution ermöglichen, die sich in Wahlen demokratisch immer wieder neu legitimiert. Mit «endogener Entwicklung» und dem indigenen Konzept des «guten Lebens» (*sumak kawsay*)² will man sich kapitalistischen Wachstums- und Konsumvorstellungen entziehen. Und auf den Kollaps der zentralstaatlichen Planung antwortet man mit der – sicher nicht neuen, aber auch nicht ganz falschen – Verbindung von staatlicher Intervention, dezentralen Märkten und Genossenschaftswesen.

So weit, so gut. Doch was wird von diesen Versprechen in der Praxis auch tatsächlich eingelöst?

Die Bürgerrevolution in Ecuador

Von den drei genannten Ländern kam Ecuador als letztes, nämlich im Januar 2007, zu seiner Linksregierung. Dem Wahlsieg Rafael Correas, der im Wesentlichen von seiner eigenen, linkspopulistischen Partei ALIANZA PAÍS und der Sozialistischen

1 Dieser Text verdankt der Arbeitsgruppe «Más allá del desarrollo/Jenseits der Entwicklung» wichtige Anregungen. Diese von der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisierte Gruppe führt AktivistInnen und AkademikerInnen aus zehn Ländern zusammen. Besonders hervorheben möchte ich die Aufsätze von Pablo Ospina (Ecuador), Carlos Arze Vargas (Bolivien), Victor Álvarez und Edgardo Lander (beide Venezuela).

2 Der indigene Intellektuelle Floresmilo Simbaña definiert das andine Konzept des «guten Lebens» folgendermaßen: 1) Reziprozität (Sozialbeziehungen, die nicht auf Tausch, aber doch auf ausgleichender Wechselseitigkeit beruhen), 2) Gemein(schafts)eigentum, 3) die Verbindung mit der Natur (im Gegensatz zur Trennung von Mensch und Natur im modernen Denken), 4) soziale Verantwortung, 5) Konsens in den Gemeinschaften.

Partei Ecuadors (PSE), unterstützt wurde, war eine lang anhaltende politische und soziale Krise vorausgegangen. Als Reaktion auf die Spardiktate des Internationalen Währungsfonds hatten sich soziale Bewegungen zwischen 1990 und 2001 fünf Mal gegen die Regierung in Quito erhoben – in den meisten Fällen unter Führung des Indígena-Verbandes CONAIE. Insofern müsste man richtigerweise also davon sprechen, dass die Gesellschaft den Bruch mit dem Neoliberalismus lange vor Correas Amtsantritt vollzog.

Bemerkenswert an der neuen Regierung war jedoch, dass sie unmittelbar nach ihrem Amtsantritt begann, zentrale Forderungen der Bewegungen umzusetzen. Emblematisch für diesen Politikwechsel steht die 2007 einberufene Verfassungsgebende Versammlung. Unter Leitung des ökosozialistischen Intellektuellen Alberto Acosta führte sie Dutzende von Diskussionsforen im ganzen Land durch, auf denen Basisorganisationen und Bürger eigene Verfassungsvorschläge unterbreiten und diskutieren konnten. Diese offene Vorgehensweise wurde explizit als Kritik an der Begrenztheit bürgerlich-repräsentativer Demokratie verstanden.

Aber auch inhaltlich markierte die neue Verfassung einen Bruch: Ecuador wurde als «plurinationaler Staat» definiert und damit indigene Identitäten endlich als Teil der politischen Realität anerkannt. Man stärkte die Interventionsmacht des Staates, entzog öffentliche Dienstleistungen wie die Wasserversorgung den Märkten und schrieb das indigene Konzept des «Guten Lebens» (*sumak kawsay*) als Grundprinzip der Wirtschaftsordnung fest. Nicht «Wohlstand», sondern ein harmonischer Zustand der Gemeinschaft mit sich selbst und der Natur soll Maßstab der ökonomischen Tätigkeit sein. In diesem Sinne ist die ecuadorianische Verfassung zwar sicher nicht sozialistisch, aber eröffnet doch wichtige Perspektiven für eine weiter reichende Transformation.

In den letzten Jahren ist die Kluft zwischen diesen Prinzipien und der Politik der Correa-Regierung allerdings immer sichtbarer geworden. Die im Verfassungsprozess angestoßene Demokratisierung ist beendet, bevor sie richtig angefangen hat. Präsident Correa behandelt jede Kritik an seiner Person als Landesverrat und beschwört die politische Geschlossenheit gegenüber der alten Oligarchie und ihren mächtigen Verbündeten in den USA. Das führt nicht nur zu absurden Prozessen gegen bürgerliche Medien: So wurde 2011 der Meinungskolumnist der Tageszeitung *El Universo* Emilio Palacio zu einer Haftstrafe verurteilt, weil er Correa in einem Kommentar als «Diktator» bezeichnet hatte. Noch weitaus dramatischer ist die Verfolgung der sozialen Bewegungen. Zwischen 2008 und 2010 wurden 17 Anti-Terror-Verfahren gegen Mitglieder von Gewerkschaften, Studierenden- und Indigenen-Organisationen eröffnet (Ospina o. J.: 35). Als «Terrorismus» wurden dabei einfache Protestaktionen wie die Blockade von Straßen bewertet.

Das repressive Vorgehen gegen die Opposition von links lässt sich auch mit den unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Projekten erklären. Zwar propagiert Correas «Bürgerrevolution» die Abkehr von der auf Rohstoffexporten beruhenden Wirtschaftsstruktur, doch faktisch hat die Regierung die Abhängigkeit vom Öl nicht re-

duziert: Der Anteil der Rohstoffe am Gesamtexport nahm zwischen 2003 und 2010 von 88 Prozent auf 90,2 Prozent zu (CEPAL 2012a: 97), allein der Erdölsektor trägt 17 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei. Vor diesem Hintergrund kommt der Politikwissenschaftler Pablo Ospina in einer bilanzierenden Studie zu dem Schluss, dass Erdöl heute in Ecuador die gleiche Bedeutung wie in den Spitzenzeiten 1975 und 1985 besitzt und Schwankungen nicht auf die Regierungspolitik, sondern auf Veränderungen beim Ölpreis zurückzuführen sind (vgl. Ospina o. J.: 3). Anders ausgedrückt: Es hat bislang keine Reformen gegeben, die die ökonomische Struktur des Landes verändern würden.

Damit löst sich Correa jedoch von einem der Grundanliegen der antineoliberalen Protestbewegung. Vor allem die Indígena-Organisation CONAIE hat den Widerstand gegen die IWF-Sparprogramme in der Vergangenheit stets mit umweltpolitischen Forderungen und einer Kritik der weltmarktorientierten Entwicklung verbunden. Vermutlich reagiert Correa deshalb auf die Kritik von links auch besonders dünnhäutig. Dem Dachverband der Indigenen wirft er Umsturzvorstellungen vor, seinen ehemaligen Bergbauminister und Ex-Präsidenten der Verfassungsgebenden Versammlung Alberto Acosta bezeichnet er als «infantilen Linken».³

Andererseits wäre es aber auch falsch zu behaupten, es habe sich unter Correa nichts Wesentliches verändert. Die öffentlichen Ausgaben für Sozialpolitik und Infrastrukturmaßnahmen sind beispielsweise enorm gestiegen. Betragen die Staatsausgaben vor Correas Amtsantritt 23,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, so liegen sie heute bei 48,8 Prozent des BIP. Diese Ausgabenerhöhung ist nicht allein schuldenfinanziert, sondern hat auch mit der Erhöhung von Steuereinnahmen und Öl-Royalties zu tun. Die Regierung Correa hat die Steuereinnahmen seit 2006 auf über 9 Milliarden US-Dollar verdoppeln können und eine Re-Nationalisierung der Erdölpolitik durchgesetzt. So stieg die Förderung staatlicher Firmen von 90 auf 131 Millionen Barrels jährlich, während die der Privatkonzerne von 105 auf 52 Millionen Barrels fiel (Banco Central de Ecuador 2012). Obwohl Ecuador heute etwas weniger Öl fördert als vor sechs Jahren, kommen die Einnahmen dem Land stärker zugute. Das erklärt, warum die Gesundheits- und Erziehungsausgaben wiederum von 3,8 Prozent auf 7,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gewachsen sind (ebd.).

Die Bevölkerungsmehrheit hat von dieser Politik zweifellos profitiert. Doch vom «Bio-Sozialismus», den die staatliche Planungsbehörde SENPLADES propagiert (Gallego 2009), ist das Land so weit entfernt wie eh und je. Man setzt weiterhin bedingungslos auf Rohstoffausbeutung – und damit nicht genug: Auch die struktu-

3 Acosta war maßgeblich an der Ausarbeitung des Yasuní-Projekts beteiligt. Im Rahmen dieses Plans schlug Ecuador der internationalen Gemeinschaft vor, Ölvorkommen im Regenwald nicht auszubeuten, wenn sich die Industriestaaten im Gegenzug verpflichteten, die Hälfte der zu erwartenden Öl-Erlöse in einen Sozial- und Strukturfonds einzuzahlen. Präsident Correa, der zuletzt neue Öllieferverträge mit China abgeschlossen hat, scheint nicht besonders unglücklich darüber, dass dieses Projekt – nicht zuletzt an der Haltung des früheren deutschen Entwicklungshilfeministers Niebel – scheiterte.

relle Ungleichheit wird nicht infrage gestellt. Pablo Ospina zeichnet in seiner Studie nach, dass die progressiven Gewinn- und Einkommenssteuern, die eher die Reichen belasten, nach einem kurzzeitigen Anstieg zuletzt wieder an Bedeutung (gegenüber der regressiv wirkenden Mehrwertsteuer) verloren haben. Und auch die versprochene Landreform ist ausgeblieben. Von den 2,5 Millionen Hektar Land, die die Correa-Regierung verteilen wollte, sind 5.000 Hektar (!) tatsächlich an Kleinbauern übergeben worden – obwohl Ecuador mit einem GINI-Faktor von 0,80 einer der Staaten mit der ungleichsten Landverteilung weltweit ist.

Bolivien: Kommunitärer Sozialismus

Auch auf den Straßen von Boliviens Hauptstadt La Paz merkt man von einer Revolution wenig. Hier und da informiert die Regierung Morales auf Plakatwänden über ihre Programme, doch das Stadtbild wird von ritualisiert verlaufenden Protesten *gegen* den Präsidenten beherrscht. Die bürgerliche Ärztekammer, der trotzkistisch geprägte Gewerkschaftsdachverband COB, kleinere Transportunternehmer und sogar Teile der Indígena-Bewegung haben Evo Morales zuletzt keine Atempause gegönnt.

Wie in Ecuador reicht auch der bolivianische Veränderungsprozess weit hinter den Wahlsieg der Linken zurück. Die Revolten gegen die Wasserprivatisierung in Cochabamba 2000 und den Ausverkauf der Erdgasvorkommen 2003 hatten das Land faktisch unregierbar gemacht. Der uruguayische Journalist Raúl Zibechi hat in einem viel beachteten Buch («Dispersar el poder») darauf hingewiesen, dass diese Bewegungen jenseits der Parteien, Gewerkschaften und linken Organisationen entstanden. Es seien vor allem die kulturellen Netzwerke der vom Land migrierten Aymará-Indígenas gewesen, so Zibechi, die 2000 bis 2005 den Widerstand auf die Straße trugen.

Der Führer der Kokabauergewerkschaft Evo Morales, der eher aus der traditionellen Linken stammt, konnte jedoch insofern die Repräsentation dieser neuen Bewegungen beanspruchen, als seine Partei Movimiento Al Socialismo (MAS) zentrale Forderungen der Proteste aufgriff und nach dem Wahlsieg umzusetzen begann. Ebenso wie in Venezuela und Ecuador berief die neue Regierung eine Verfassungsgebende Versammlung ein, die 2009, nach langen Konflikten mit den rechten Gouverneuren der Tieflandprovinzen, eine neue Konstitution verabschiedete. Ähnlich wie ihr ecuadorianisches Pendant erkennt die neue Verfassung erstmals den plurinationalen Charakter des Landes an, stärkt die Selbstregierung indigener Gemeinschaften und schreibt den gemischten Charakter der Wirtschaft fest.

Eine zweite wichtige Anstrengung der Morales-Regierung bestand – auch hier liegen die Parallelen zu Ecuador und Venezuela auf der Hand – in der Neuausrichtung der Energiepolitik. Dabei handelte es sich jedoch nicht, wie die Regierung für sich in Anspruch nimmt, um eine Nationalisierung der Vorkommen, sondern um eine Neufestsetzung der Erdgas-Royalties. War der bolivianische Staat vor 2006 mit unter 30 Prozent an den Einnahmen aus dem Gas- und Ölgeschäft beteiligt gewesen, so stieg die Quote – je nach Berechnungsart – auf 65 bzw. 73 Prozent an (Vargas 2012:

16). Genutzt wurden die neuen Einnahmen vor allem für Sozialprogramme: Mit dem *Bono Juancito Pinto*, einer jährlichen Zahlung an Schulkinder, wurde ein Anreiz für den Schulbesuch geschaffen, der *Bono Juana Azurduy* wird an Frauen gezahlt, die sich und ihre Kleinkinder medizinischen Vorsorgeuntersuchungen unterziehen, und die *Rente Dignidad* schließlich ist eine Mindestrente für jenen Bevölkerungsteil, der nie in eine Rentenkasse einzahlen konnte. 2010 beliefen sich diese Sozialausgaben auf 2,15 Milliarden Bolivianos (ca. 225 Millionen Euro) (vgl. ebd.: 31). Dazu kommen die mit venezolanischer und kubanischer Hilfe durchgeführten Gesundheits- und Alphabetisierungsprogramme.

Doch auch im Fall Bolivien bleiben die realen Veränderungen weit hinter der sozialistischen Rhetorik zurück. In einem offenen Brief legten mehrere ehemalige Mitglieder der Regierung Morales ihre Kritikpunkte offen (Prada/Almaraz/Guzmán o. J.). Im Widerspruch zur nationalistischen Rhetorik habe die Regierung Morales die ausländischen Öl- und Gasunternehmen großzügig entschädigt und dem halbstaatlichen brasilianischen Unternehmen PETROBRAS sogar besonders günstige Konditionen eingeräumt. Während die staatlichen Devisenreserven zu Niedrigzinsen in Europa und den USA deponiert würden, nehme Bolivien Auslandsschulden zu hohen Zinsen auf. Und gegenüber der Gesellschaft habe die Regierung gar einen «autoritären Kurschwenk» vollzogen.

Bei genauerer Betrachtung stellt sich also auch Bolivien eher als ein staatlich reguliertes, kapitalistisches Entwicklungsprojekt denn als ein «Sozialismus des 21. Jahrhunderts» dar. Die Politik der bolivianischen Regierung, die vor allem vom Vizepräsidenten Álvaro García Linera geprägt wird, zielt auf eine wirtschaftliche Integration mit Brasilien und eine Öffnung des Landes für brasilianische Direktinvestitionen ab. Das ermöglicht zwar eine gewisse Modernisierung, sozialpolitische Verbesserungen und eine größere Autonomie gegenüber den USA. Doch die ökonomische Struktur bleibt unverändert: Boliviens Wachstum beruht auf der Steigerung der Rohstoffexporte. Von den staatlichen Industrialisierungsvorhaben – unter anderem will man das einheimische Lithium im Land zu Batterien verarbeiten – ist bisher keines in Gang gekommen, und das in der Verfassung verankerte «Gute Leben» schließlich spielt in der Praxis gar keine Rolle.

Auch das Verhältnis der Morales-Regierung zu den sozialen Bewegungen ist problematischer, als es auf den ersten Blick scheint. Zwar besitzen Bauern- und Frauenorganisationen in der Regierung großes Gewicht und die Regierungskoalition MAS ist weniger eine Partei als eine Wahlplattform von gesellschaftlichen Organisationen. Doch das führt keineswegs zu einer Demokratisierung von unten. In Bolivien scheint sich eher eine Entwicklung zu wiederholen, wie sie die britische Arbeiterpartei im 20. Jahrhundert durchgemacht hat: Auch Labour war eine «Partei der sozialen Bewegungen», nämlich der Gewerkschaften, die in der Partei über Blockstimmen verfügten. Das jedoch führte eben nicht zu mehr Basisdemokratie, sondern zur bürokratischen Verflechtung von Gewerkschaften und Partei.

Der «bolivarische Prozess» in Venezuela

Verglichen mit Ecuador und Bolivien reicht der Veränderungsprozess in Venezuela ziemlich weit. Das liegt nicht nur daran, dass die Linksregierung hier länger, nämlich seit 13 Jahren im Amt ist, sondern auch daran, dass es Chávez immer wieder verstanden hat, die Unterschicht zu mobilisieren. Die Fixierung auf die messianische Führungsperson Chávez ist paradoxerweise also nicht nur Schwachpunkt, sondern auch Voraussetzung der «bolivarischen Revolution».

Auch im Fall Venezuelas ging dem Regierungswechsel ein Kollaps des politischen Systems voraus. Der Armutsaufstand 1989 und die durchaus populären Putschversuche kritischer Militärs 1992 sorgten für ein politisches Vakuum, in dem sich drei zentrale Forderungen durchsetzten: Stopp der IWF-Sparpolitik, Neugründung des politischen Systems und Umverteilung des Reichtums. Die Regierung Chávez setzte diese Forderungen ab 1999 um: Verfassungsprozess, Re-Nationalisierung der Ölgeschäfte und Sozialprogramme.

Kritiker wenden an dieser Stelle oft ein, dass es ein Leichtes sei, Sozialpolitik mit Ölmilliarden zu finanzieren. Dabei wird jedoch unterschlagen, dass sich die Chávez-Regierung die fiskalpolitischen Spielräume hart erkämpfen musste. Die Anstrengungen Venezuelas zur Stärkung der OPEC (die 1999 für einen deutlich Anstieg der Ölpreise sorgten) und der Umbau des staatlichen Ölunternehmens PDVSA ab 2001 bescherten der Regierung die offene Feindschaft Washingtons und zwei rechte Umsturzversuche im eigenen Land. Erst nach diesem Kurswechsel waren große Bildungs-, Gesundheits- und Wohnungsprogramme bezahlbar. Das Volumen dieser sogenannten Misiones sind beachtlich: Allein 2011 gab der staatliche Ölkonzern PDVSA 39,6 Milliarden US-Dollar für Sozialprogramme aus (PDVSA 2011: 158) – wobei die direkt vom Staat finanzierten Sozialausgaben noch gar nicht mitgezählt sind. Trotz Korruption und bürokratischer Ineffizienz hat sich die soziale Situation dementsprechend deutlich verbessert. Der Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung ist zwischen 2002 und 2010 von 48,6 Prozent auf 27,8 Prozent gefallen, und auch die strukturelle Ungleichheit hat abgenommen. Allen wichtigen Indikatoren zufolge (GINI, Theil und Atkinson) ist Venezuela heute – noch vor Uruguay – das Land Lateinamerika mit der ausgewogensten Einkommensverteilung (CEPAL 2012b: 17 u. 54).

In Sachen Demokratie haben sich ebenfalls wichtige Dinge getan: Zwar pflegte Chávez einen autoritär-selbstverliebten Politikstil, doch muss man berücksichtigen, dass sich für die arme Hälfte der Bevölkerung überhaupt erst unter seiner Präsidentschaft Partizipationsmöglichkeiten eröffnet haben. In den Armenvierteln von Caracas herrscht heute – anders als in den meisten Nachbarländern – eine lebendige, von Versammlungen und Selbstverwaltung geprägte Kultur.

Selbst die Medienlandschaft hat sich teilweise geöffnet. Die kommerziellen Medienkonzerne werden vom Staat gegängelt, die Vielfalt jedoch hat zugenommen. Existierten 1998 neben den 331 privaten elf öffentliche Radiostationen, so sind es heute

449 private, 83 staatliche und 247 selbstverwaltete. Das gilt auch fürs Fernsehen: Vor Chávez' Amtsantritt waren 36 kommerzielle und acht öffentliche Fernsehstationen auf Sendung, heute sind es 67 kommerzielle, 13 staatliche und 38 selbstverwaltete (Álvarez 2011: 34). Zumindest für die einfachen BürgerInnen ist der Zugang zu den Medien heute einfacher als für 15 Jahren.

Jenseits dieser sozialen und politischen Inklusion sind die strukturellen Probleme des Landes jedoch ungelöst. Was für Bolivien und Ecuador stimmt, gilt verschärft auch für Venezuela. Das Land ist völlig abhängig vom Öl, verkauft 50 Prozent seiner Lieferungen in die USA (PDVSA 2011: 131) und muss den Großteil der Konsum- und Bedarfsgüter importieren.

Der Fall Venezuelas zeigt emblematisch, dass Ressourcenreichtum eben durchaus ein Fluch sein kann. Die gewaltigen Ölvorkommen – der Regierung zufolge reichen die nachgewiesenen Reserven für weitere 270 Jahre Förderung auf heutigem Niveau (wobei es sich allerdings überwiegend um superschweres Teeröl handelt (ebd.: 61) – verhindern die Entfaltung einer einheimischen Produktion. Denn der konstante Zufluss von Petro-Dollars wertet die einheimische Währung auf und verteuert damit die inländische Fertigung. Die Regierung könnte dem durch eine Währungsabwertung entgegenwirken. Das jedoch würde die importierten Konsumgüter enorm verteuern und eine Inflationsspirale in Gang setzen. Nicht zuletzt aus Angst vor sozialen Protesten schiebt die Regierung diese seit Jahren anstehende Entscheidung vor sich her.

Die hohen Wachstumsraten Venezuelas können deshalb auch nicht als Erfolgssindikatoren herangezogen werden. Lohnerhöhungen und die Zunahme gesicherter Arbeitsverhältnisse haben die Binnennachfrage steigen lassen, doch davon haben in erster Linie der Handel und die Immobilienbranche profitiert. Die Landwirtschaft hingegen macht trotz staatlicher Förderung nur noch fünf Prozent des BIP aus, der Anteil der verarbeiteten Industrie ist auf 14,4 Prozent gefallen (Álvarez 2011: 15 f.). Paradoxerweise hat also offensichtlich gerade das unproduktive venezolanische Finanz- und Handelskapital von der nachfrageorientierten Politik der Regierung Chávez profitiert.

Der Ölreichtum wirkt sich aber nicht nur auf die Wirtschaft, sondern auch auf das politische System verhängnisvoll aus. Da der Staat die Ressourcen verwaltet, agieren die einheimischen Unternehmen nah am Staatsapparat, um sich Bau- und Handelsaufträge zu sichern. Auf diese Weise ergeben sich enge Verflechtungen mit der Bürokratie, und die Korruption treibt Blüten. Der boliviarisch-revolutionäre Staat ist dem Staat der 1970er Jahre viel ähnlicher, als es Rechten und Linken lieb ist. Doch eine effiziente Korruptionsbekämpfung ist nur schwer denkbar: Sie würde das Regierungslager vor eine Zerreißprobe stellen.

Eine abschließende Bilanz

Wenn man südamerikanischen «Sozialismus des 21. Jahrhunderts» betrachtet, drängen sich zwei Schlussfolgerungen auf. Erstens: Es gibt durchaus Alternativen zu den neoliberalen Krisenstrategien. In den südamerikanischen Ländern hat sich eine im

weiteren Sinne «sozialdemokratische» Politik durchgesetzt. Möglich war das aber nur aufgrund eines breiten gesellschaftlichen Widerstands und im Rahmen eines radikaleren politischen Projekts. Die nach wie vor begrenzte Umverteilungspolitik – der Großgrundbesitz ist in keinem der drei Länder entmachtet worden – musste gegen erbitterten Widerstand durchgesetzt werden. Der bisweilen bizarre, manchmal auch nur abstoßende Antiimperialismus der südamerikanischen Regierungen (besonders gute Beziehungen pflegt man zum Iran und Weißrussland) hat hier durchaus eine Funktion erfüllt. Denn erst die Re-Nationalisierung der Öl- und Gaseinnahmen hat die sozialpolitischen Spielräume eröffnet.

Zweitens: Trotz dieser Fortschritte sind Veränderungen, die über das kapitalistische Entwicklungsmodell oder auch nur das koloniale Erbe Lateinamerikas als Rohstofflieferant hinausweisen, nicht zu erkennen. Von einer Ökonomie des «Guten Lebens» oder einem «republikanischen Bio-Sozialismus» kann keine Rede sein.

Sicherlich hat das auch damit zu tun, dass der Weltmarkt wenig Raum für Alternativen lässt. Doch die Probleme sind auch hausgemacht. Die Linksregierungen halten an einer klassisch-staatszentrierten Perspektive fest. An der Genossenschaftsförderung in Venezuela kann man das Problem illustrieren: 2005 rief die Regierung Chávez zur massenhaften Gründung von Kooperativen auf, um einen gesellschaftlichen Sektor jenseits von Markt und Staat zu schaffen. Von den 181.000 gegründeten Genossenschaften existieren heute trotz umfangreicher Förderung nur noch wenige hundert. Ganz offensichtlich kann der Staat die gesellschaftliche Initiative «von unten» weder ersetzen noch in Gang bringen. Grundlegende Veränderungen gehen einfach aus gesellschaftlicher Mobilisierung hervor – so wie auch die Rückkehr der Sozialpolitik in Lateinamerika von Bewegungen erkämpft werden musste. Regierungen können dazu beitragen, den Politikwechsel zu festigen, aber als zentraler Akteur der Emanzipation taugen sie nicht.

Südamerikas «Sozialismus des 21. Jahrhunderts» mag also nur beschränkt Alternativen aufzeigen, doch er verweist immerhin darauf, dass es durchaus welche gäbe.

Literatur

- Álvarez, Victor (2011): La transición al socialismo de la Revolución Bolivariana, Caracas.
- Banco Central de Ecuador (2012): Información Estadística Mensual, Quito, abrufbar unter: <http://www.bce.fin.ec/contenido.php?CNT=ARB0000368>.
- CEPAL (Hrsg.) (2012a): Anuario estadístico de América Latina y el Caribe 2011, Santiago de Chile.
- CEPAL (2012b): Panorama social de América Latina y el Caribe 2011, Santiago de Chile.
- Gallego, René Ramírez (2009): El socialismo del *sumak kawsay* o el biosocialismo republicano Secretaría Nacional de Planificación y Desarrollo, Quito.
- Ospina, Pablo (o.J.): Transiciones en Ecuador. La revolución ciudadana, los cambios en el modelo de acumulación, la redistribución y la democracia, Ms.
- PDVSA (Hrsg.) (2011): Informe des Gestión anual 2011, unter: www.pdvsa.com/interface.sp/database/fichero/free/7364/1568.PDF
- Prada, Raúl/Almaraz, Alejandro/Guzmán, Gustavo (o.J.): Bolivia Manifiesto. Por la recuperación del proceso de cambio para el pueblo y por el pueblo, unter: www.praxisenamericalatina.org/9-11/boliviamanifesto.html
- Vargas, Carlos Arze (2012): Bolivia: ¿el proceso de cambio nos conduce a vivir bien? Ms.

Adrienne Goehler

WEGE UND UMWEGE VOM SOZIALSTAAT ZUR KULTURGESELLSCHAFT

Das Thema Ihrer Tagung, die Transformation, beschreibe ich als Zeit des *Nicht-Mehr* und *Noch-Nicht*, in der es die Hoffnung auf «mehr, höher, weiter, schneller, besser», *nicht mehr* gibt. Die elementaren Verunsicherungen, die radikalen Umbrüche der Gegenwart, werfen die Frage nach der «a-zentrischen Existenz» des Menschen auf, «die sich ihre Mittelpunkte erst noch schaffen muss» (Engler 2005: 56).

Eine Rückkehr zu Zeiten der Vollbeschäftigung durch existenzsichernde bezahlte, sozialversicherungspflichtige Arbeit, wird es in Deutschland, wie in allen Hochpreisländern, *nicht mehr* geben. Anders als in vorherigen ökonomischen Umwälzungen geht heute der Fortschritt in der Produktivität nicht mit neuen Arbeitsplätzen einher, der Fachbegriff dafür ist «jobless recovery» (WebFinance 2013).

Eine ganze Reihe von Studien geht davon aus, dass ein Fünftel der heutigen Arbeitskraft ausreicht, um den gegenwärtigen Bedarf an Waren und Dienstleistungen zu decken. Gleichzeitig besteht ein enormer Bedarf an gesellschaftlich notwendiger Arbeit, vor allem in Bildung und der Arbeit mit Kindern, Kranken, Alten, der nicht, jedenfalls nicht ausreichend finanziert ist.

Die auf Effizienz und Produktivität ausgerichtete Wirtschaftslogik hat zur unvermeidlichen Konsequenz: «Die vermeintliche Normalität der Erwerbsarbeit – also die vertragliche, betriebliche, tariflich und gesetzlich geschützte, vollzeitliche, lebenslängliche und vor allem monetär entgeltete Arbeit, die dazu noch in einen familiären Kontext des männlichen Alleinverdieners eingebettet ist – wird zunehmend zum unerreichbaren Gut» und, wie der Sozialwissenschaftler Claus Offe unterstreicht, ist zunehmend auch kein «angestrebtes Ideal der individuellen Lebensführung» mehr (Offe 2004: 120–126).

Der patriarchale Sozialstaat bismarckscher Prägung hat sein konstitutives Subjekt verloren, der lebenslang beschäftigte, mithin berechenbare, männliche Alleinernährer der Familie. Den gibt es *nicht mehr*. Der Sozialstaat, wie wir ihn noch kennen, ist längst an seine Grenzen gestoßen und trägt *nicht mehr* über die tiefen Ungewissheiten

der Gegenwart. Aber *noch* sind die Umriss einer kulturell definierten Gesellschaft *nicht* genug ins öffentliche Bewusstsein gedrungen.

Wir werden *nicht mehr* genügend vom Vater, vom Staat versorgt und können *noch nicht* andere – eigene – Wege beschreiten, weil *noch* die Voraussetzungen für soziale Formen fehlen, die Hybride zwischen Fürsorge und Selbstorganisation erzeugen könnten.

Wir leben mitten in einer Phase der «heraufziehenden Spaltungen der Weltbevölkerung in globalisierte Reiche und lokalisierte Arme. Jene überwinden den Raum und haben keine Zeit, diese sind an den Raum gefesselt und müssen ihre Zeit, mit der sie nichts anfangen können, totschiagen» (Bauman 1995).

Nachdem wir verstanden haben, dass wir die SchülerInnen nicht der Schulbürokratie ausliefern, universitäres Forschen nicht Bologna, Arbeit nicht dem Arbeitsmarkt und Umwelt nicht Politik, Industrie und Verbänden überlassen können, machen wir bis zum Überdruß die Erfahrung, dass Geld bei Geldspezialisten nicht gut aufgehoben ist, weil es nur um die Rettung von Währungen und Märkten geht; und zu alledem lässt sich nicht übersehen, dass Teilhabe an Demokratie *nicht mehr* über Delegation an das etablierte Parteienspektrum zu praktizieren ist. Der Glaube an die Spezialisten gilt *nicht mehr*.

Es scheint, dass wir umfassende Post-Bankrupt-Strategien brauchen, weil die Gewissheiten, Identitäten und Identifikationen, mithin auch die Gewohnheiten, auf allen Ebenen bröckeln.

Wir leben in Zwischenzeiten: Dies ist *noch nicht* bei der Regierungspolitik angekommen. Im *Nicht-Mehr* stauen sich politische Lösungen, die hilflos auf den unaufhaltsamen Verlust schwindender Finanzkraft ganzer Länder, dem Schwinden unserer Lebensgrundlagen wie klassischer Erwerbsarbeit reagieren, andererseits ist im *Noch-nicht*-Durchgesetzten eine erhebliche Zunahme von Arbeitsplätzen im kreativen Bereich, im Non-Profit-Sektor und in den Nichtregierungsorganisationen zu erleben, sodass wir gleichzeitig von einer ökonomischen und sozialen Basis einer Gesellschaft sprechen können, die mehr und anderes sucht als die Verwaltung ihres Mangels, einer Gesellschaft, die mehr will als überleben.

Einerseits sind die Menschen *schon* aus herkömmlichen Bindungen freigesetzt, andererseits fehlt ihnen für das Leben in radikal offenen Kontexten *noch* die Erfahrung. So kommt es zu experimentellen Selbstverhältnissen, die kurzatmige, aber kulturell relevante Lebensstrategien hervortreiben (Wulf/Kamper 1988).

Es erfordert individuellen, gesellschaftlichen und politischen Mut, sich diesen Zwischenraum zu vergegenwärtigen und ihn aushalten zu können. Es bedeutet die Auseinandersetzung mit Angst und Abhängigkeit, mit dem Verlust von Erfahrung, aber in noch eher undefinierten Zwischenräumen lässt sich auch dem Vorschein des *Noch-Nicht* nachspüren.

Die Idee der Kulturgesellschaft geht zunächst von der «Freiheit des Anfangens» im Sinne von Hannah Arendt aus, von der menschlichen Fähigkeit, «etwas in die Wirklichkeit zu rufen, das nicht vorgegeben ist» (zit. nach: Thürmer-Rohr 1997).

Das 19. und 20. Jahrhundert lassen sich als die Zeitalter der Institutionalisierung beschreiben, in denen alle gesellschaftlich relevanten Fragen in feste Strukturen gepackt wurden (Facharbeiter-, Frauen-, Ökologiebewegungen), das 21. Jahrhundert ist demgegenüber als Projektzeitalter zu bezeichnen.

Und so erstaunt es nicht, dass künstlerische Praxis für die neue Form der Arbeit zu einer Art Rollenmodell wird: Eine Studie des Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) zum deutschen Arbeitsmarkt kommt zu dem Schluss, dass Arbeitsplätze in Zukunft zunehmend «künstlerisch geprägt» sein werden, und zwar «selbstbestimmter, kompetitiv, wechselhaft in Art und Umfang des Beschäftigungsverhältnisses, in stärkerem Maße projekt- und teamorientiert, zunehmend in Netzwerke und weniger in Betriebe integriert, mit vielfältigen und wechselnden Arbeitsaufgaben, schwankender Entlohnung oder Vergütung und kombiniert mit anderen Einkommensquellen oder unbezahlter Eigenarbeit» (Haak/Schmid 2001).

Daraus folgt, dass wir dringend das brauchen, was, mit den Worten Hannah Arendts, den Menschen auszeichnet: Die Fähigkeit, immer wieder anfangen, experimentieren, ausprobieren, verwerfen zu können. Und dies genau sind die elementaren Arbeits- und Denkweisen, die Künste und Wissenschaften motivieren und deren Ausweitung auf weitere gesellschaftliche Felder jetzt ansteht. Es geht um die Möglichkeiten der Kultur, hier genauer der Künste und der Wissenschaften, auch der Bildung, diese experimentellen Selbstverhältnisse – das Erfinden, Verwerfen, Umwegegehen, Neuzusammensetzen, Vorwegnehmen, der produktive Umgang mit dem Irrtum – für den gesellschaftlichen Gebrauch zu öffnen.

Denn unrettbar verloren ist die unselbstständige Arbeit, nicht aber die selbsttätige Gestaltung, die Arbeit im Sinne von Selbstverwirklichung oder der Schaffung eines Werks. Um mit André Gorz zu sprechen: Die Arbeit im Sinne von *Poiesis* ist die eine relevante zukünftige Form der Arbeit; die andere, die unsere Gesellschaft zusammenhält und dadurch eine gestalterische, kulturelle Tätigkeit ist: die Sorgearbeit, also das «unmittelbare Mit-Sein mit Anderen».

Aber während uns täglich gefälschte «Uns-geht-es-prima»-Arbeitsplatzzahlen über die Medien erreichen, hat sich die Situation der KulturproduzentInnen und -wissenschaftlerInnen seit dem Platzen der Bankenblase 2008 wieder bedrohlich verschlechtert. Mit ihr hat der Hype um die Kreativwirtschaft schlagartig aufgehört, der uns einige Jahre lang eine warme Prise gesteigener Wertschätzung und auch ein wenig Geld beschert hatte. Der Grund ist einfach: Als FreiberuflerInnen und solche, deren Sorgearbeit gar nicht bezahlt wird, verderben wir keine Erwerbslosenstatistik und steigern keine Exportzahlen, Fetische einer jeden Regierung. Wir kriegen auch keine Zuschüsse von der Arbeitsagentur für Kurzarbeit: Wir sind eine «quantité négligeable». Die Kommunen zahlen die Zeche der Bankenrettung, sind ärmer denn je und reichen die Armut direkt an uns weiter: Denn Kultur ist keine Pflichtaufgabe!

Vor allem im kulturellen Feld und in den selbstständigen Berufen drückt sich die postindustrielle Realität am stärksten aus, werden neue Modelle von Leben und Arbeit

gefunden und aus Not erfunden, die eine zunehmende gesellschaftliche Relevanz haben; dort treten aber auch die Fragen danach, wie wir eigentlich leben wollen, offener zutage.

Die Kulturgesellschaft, die sich als gestaltend versteht, kommt also einfach nicht ohne die Künste und Wissenschaften aus, von ihnen ist das Denken in Übergängen, Provisorien, Modellen und Projekten zu lernen.

Kultur verstehe ich dabei als die Gesamtheit der Lebensformen einer Gesellschaft, als Grundlage unserer Identität, die natürlich die Ökonomie in einem Verständnis des Philosophen, Ökonomen und Künstlers Rudolf zur Lippe und seinem Buch «Plurale Ökonomie» (zur Lippe 2012) einschließt und daran erinnert, dass *oikos* im Griechischen Haus bedeutet, und mithin Ökonomie als die Lehre vom *Zusammenleben in einem gemeinsamen Haus* zu lesen wäre. Dieses Verständnis bricht mit der Vorstellung, dass das Kulturelle im Gegensatz zum Ökonomischen stünde.

Es stellt sich die Frage, wie sich Leben, Lernen und Arbeit in diesem gemeinsamen Haus neu organisieren lassen, wie Erfahrungen, Wissen und Vermögen von Menschen einbezogen werden können, die aus unterschiedlichsten Gründen aus der Erwerbsarbeit herausgefallen oder dort erst gar nicht hineingekommen sind.

Wir sind daher aufgefordert, neue Modelle zu finden und zu erfinden, die einen gesellschaftlichen Mehrwert erzeugen, die Verbindungen und Kooperationen zwischen den noch voneinander abgegrenzten gesellschaftlichen Bereichen suchen und Mischformen generieren, die aus unterschiedlichen Denk- und Lebenswelten kommen. Modelle, die im arendtschen Sinne ein freies gemeinsames Entscheiden ermöglichen.

Auch, weil unabweisbar ist, dass wir unser Leben tief greifend verändern müssen, wenn wir nicht weiter verdrängen wollen, dass wir weltweit mehr Energie verbrauchen, als wir zur Verfügung haben, und durch die Erderwärmung verheerende Katastrophen um jetzt errechnete durchschnittlich vier Grad drohen, wie eine Studie der Weltbank gerade festgestellt hat.

Vielleicht lässt sich mit Rifkin eine «dritte industrielle Revolution» vorstellen, die durch «das Zusammentreffen von Internet-Technologie und erneuerbaren Energien [...] zu einer Umstrukturierung der zwischenmenschlichen Beziehungen von vertikal zu lateral» (Rifkin 2011: 13) führen könnte. Zu einer Gesellschaft, in der die Menschen gleichberechtigt leben, auf gegenseitige Hilfe angewiesen, in ständigem Austausch. Beides zusammen, dezentrale Energieerzeugung und dezentrale Kommunikation, würden das zentralistische Öl- und Atomzeitalter beenden, das geprägt ist von riesigen Konzernen, mächtigen Lobbys, Hierarchien und Befehlsketten.

Der Sozialstaat der Zukunft und eine ökologisch überlebensfähige Gesellschaft werden wir nur über eine andere Wahrnehmung und Neudefinition des Arbeitsbegriffs erreichen, dazu gehört auch die Kenntnisnahme der Tatsache, die von der herrschenden Ökonomie hartnäckig unterschlagen wird: nämlich dass die Hälfte aller Güter und Leistungen, die auf der Welt erbracht werden, nicht in Geld bewertet werden.

Es sind all die Arbeiten die sinnstiftend für den Zusammenhalt von Gemeinschaft sind, wie Subsistenzwirtschaft, Gemeingutwirtschaft, Tauschwirtschaft, zivilgesell-

schaftliches Engagement ebenso wie Kindererziehung, Arbeit im Haushalt oder auch künstlerische Tätigkeiten, eben Ausdruck einer *pluralen Ökonomie* (zur Lippe 2012).

Diese Wahrnehmungen könnten in das münden, was ich Kulturgesellschaft nenne. Nicht Wissensgesellschaft, denn die zielt nur auf den Kopf, die Ratio. Wir brauchen aber den ganzen Menschen, den wahrnehmenden, empfindsamen, den ängstlichen und den mutigen, in seinem Sehnen und Hoffen, in seiner Vorstellungskraft, um die Gesellschaft zu verändern.

Kreativität ist der Rohstoff des 21. Jahrhunderts, auf dieser Grundüberzeugung basiert die Kulturgesellschaft.

Der wichtigste Rohstoff in Hochpreisländern ohne Bodenschätze ist die Kreativität. Sie wächst nach und kann sich ohne schädliche Nebenwirkungen ausbreiten, wenn sie förderliche Bedingungen vorfindet, um sich ständig erneuern zu können. Denn sie ist strömungs- und umfeldabhängig, flüchtig, nicht Vorrat.

Es ist deshalb gesellschaftlicher wie ökonomischer Wahnsinn, auf die Talente so vieler gut ausgebildeter Menschen zu verzichten, weil diese in der herrschenden Ökonomie mit ihrem Können nichts anfangen können und unterhalb des Existenzminimums leben, oder auf ihren Marktwert bzw. ihren abgelaufenen Marktwert reduziert werden; wir brauchen dringend die schöpferischen Fähigkeiten der Menschen, um aus dem umfassenden Schlamassel herauszukommen;

Wir brauchen ein Denken und Handeln, das die unterschiedlichen Bereiche von künstlerischer, sozialer, ökologischer und ökonomischer Kreativität miteinander verbindet – über deren Chancen wird bereits im Kindergarten und in der Schule entschieden. *So* verstanden, ist Kreativität die Hefe einer Entwicklung zu einem gesellschaftlich Größeren und auch ökonomisch Potenteren.

Der Mensch ist ein Resonanzwesen. Er will geliebt werden und gestalten, nützlich sein, das kann man bei jedem Kind beobachten. Nach dem eigenen Vermögen, Können und Wollen nicht gefragt zu werden macht krank. «Ik will jebraucht werden, vastehste», heißt es in dem legendären Jugendmusical Linie 1 (Ludwig/Heymann 1986); oder bei Karl Marx ist zu lesen, dass der Menschen «seine eigne Sinnlichkeit erst durch den *andren* Menschen» erfahre, sie erst durch diesen als «menschliche Sinnlichkeit für ihn selbst» werde (Marx 1974: 544). Die Zunahme der Angst- und Stresskrankheiten, die mit dem «Gespenst der Nutzlosigkeit» (Sennett) einhergehen, wirken volkswirtschaftlich und gesellschaftlich wie ein Alb und bescheren der Pharmaindustrie gigantische Gewinne.

Die große Gegenspielerin der Kreativität ist also die chronische Existenzangst.

Existenzangst lässt erstarren, führt zur Vereinsamung und zieht sich seit vielen Jahren beobachtbar durch alle gesellschaftlichen Schichten und Alter. Erlebte oder befürchtete Erwerbslosigkeit, wachsende Armut, Demütigung durch Hartz-IV-Sanktionen, befristete Arbeitsverträge, Zeitarbeit, Minijobs, unbezahlte Praktika – sie

alle behindern das, was Josef Beuys als die einzige revolutionäre Kraft gelten lässt: die Kraft der menschlichen Kreativität. Arbeit würde vor diesem Hintergrund eine vom Menschen in Freiheit und Selbstbestimmung in Angriff genommene Gestaltungsaufgabe. Das meint dann «Soziale Plastik» (Joseph Beuys in Adriani/Konnertz/Thomas 1973: 155).

Das Grundeinkommen ist die überzeugendste Möglichkeit, auf die Veränderung der Lebens- und Arbeitsbedingungen zu reagieren, es ist der naheliegende Wegbereiter der Kulturgesellschaft.

Anders formuliert: Die Kulturgesellschaft stützt sich auf die Kreativität, Vorstellungskraft und Fantasie der Menschen, deren Entfaltung ein Grundeinkommen ermöglichen würde.

Es ist die Wiederaufnahme einer Idee, deren Vorläufer bis 1516 zu Thomas Morus reichen und im 19. Jahrhundert Reformen aus England, Belgien und Frankreich beschäftigte. Als einer der ersten Ökonomen wertete Mitte des 19. Jahrhunderts der englische Liberale John Stuart Mill ein Grundeinkommen als logische Konsequenz des menschlichen Freiheitsstrebens. Diesen wunderbaren Gedanken sucht man bei seinem Zeitgenossen Marx hingegen vergebens, es ist lediglich überliefert, dass er seinen Schwiegersohn Paul Lafargue wegen dessen Proklamation eines «Rechts auf Faulheit» tadelte.

Wir haben mit dem Buch hochgegriffen, schreiben uns «Freiheit. Gleichheit. Grundeinkommen» (Werner/Goehler 2010) auf die Fahne und behaupten, dass die humanistischen Ideale der Aufklärung, die sich in der Französischen Revolution manifestierten, erst durch das bedingungslose Grundeinkommen eingelöst und dann wirklich für alle Menschen – Frauen wie Kinder und Männer – gelten würden. Es entwickelt den Menschheits Traum von freien und gleichen Entfaltungsmöglichkeiten weiter und könnte den dringend notwendigen gesellschaftlichen Schub auslösen, um Leben, Arbeit, Gemeinschaft, Kümern ganz anders zu verstehen.

Denn es wäre das allererste Mal in der Geschichte der Menschheit, dass Frauen und Männer dieselbe ökonomische Voraussetzung bezogen auf ihre Existenzsicherung hätten. Das ist für sich genommen schon eine kleine Revolution. Denn damit geht es um die schon so lange geforderte Umverteilung von Macht und Geld zwischen den Geschlechtern. Wenn Frauen ökonomisch auch allein überleben können, wenn der «Versorgungsaspekt» durch die steuerlich und ideologisch begünstigte Ehe wegfiel, hätte dies mit Sicherheit erhebliche Auswirkungen auf bestehende Lebensgemeinschaften mit und ohne Kinder.

Ein Staat, der allen EinwohnerInnen ein bedingungsloses Grundeinkommen zahlt, sorgt nicht mehr nur für die Bedürftigen, denkt nicht in Kategorien von Transferleistungen, sondern er sorgt für alle – und damit auch dafür, dass alle für sich selbst sorgen können. Aus einer Gesellschaft von Siegern und VerliererInnen könnte so eine Gesellschaft von GestalterInnen werden, die sich in ihrem Wissen, Können und

Empathie verbinden, um Leben so ändern zu können, wie es die verändernde und veränderte globalisierte Realität nötig macht.

Es wird von uns eine enorme Flexibilität verlangt, aber wir haben die Instrumente nicht dazu. Das bedingungslose Grundeinkommen verbunden mit unserer Kreativität sind so etwas wie Amboss und Hammer, mit der 'jede ihres Glückes Schmiedin' werden könnte.

Wir kämen der marxischen Maxime von der «freien Tätigkeit», die die entfremdete Arbeit ersetzen soll, ein gewaltiges Stück näher: «heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe» (Marx/Engels 1969: 33). Denn tatsächlich ermöglicht das Grundeinkommen den Paradigmenwechsel vom Sollen zum Wollen. Aber entschiedener als in Marx' Denken gilt dieses freie Tätigsein für beide Geschlechter!

Das Grundeinkommen ist ein kultureller Impuls, der alle andern gesellschaftlichen und ökonomischen Fragen beeinflussen wird. Es ist die notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für eine Gesellschaft, die auf die Fähigkeiten der Einzelnen setzt, sich zu entfalten und zu entwickeln.

Das bedingungslose existenzsichernde Grundeinkommen, das allen eine Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben zusichert, ist *der* Dreh- und Angelpunkt für eine notwendige gesellschaftliche Weiterentwicklung, der archimedische Punkt, der mit seiner gewaltigen Hebelwirkung des unbefangenen Denkens den sklerotisch-patriarchalen Sozialstaat in eine Kulturgesellschaft transformieren könnte. *Es ist die gesellschaftliche Ermächtigung zur individuellen Selbstermächtigung.*

«Was würde ich arbeiten, wenn für mein Grundauskommen gesorgt wäre?» Diese Frage ist zugleich verunsichernd und lädt zum Tagträumen, zum Verwerfen, zum verschwenderischen Neu-Denken ein, führt zur größeren Frage: «Wie wollen und können wir leben, wenn wir nicht unter den Drohungen von vereinzelter Existenzangst stehen, wenn wir unsere Fähigkeiten uns und der Gesellschaft zur Verfügung stellen könnten?»

Es könnte die Fantasie und die Imagination entfesseln, die wir auf allen Ebenen brauchen, weil die von Menschen gemachten Natur- Finanz- und Technikkatastrophen mit den herkömmlichen Methoden *nicht mehr* zu bewältigen sind. Der Reichtum, den wir in der Gesellschaft an Wissen und Vermögen haben, könnte endlich genutzt werden, wenn die, die fortwährend Ideen produzieren, in den Wissenschaften und Künsten oder den NGOs dies nicht unterhalb des Existenzminimums tun müssten.

Grundeinkommen meint also nicht nur eine Alternative zu den immer geringer werdenden Sozialleistungen, entwickelt nicht nur ein anderes Modell von Fürsorge, sondern es geht auch um Weiterentwicklung demokratische Grundprinzipien. Das Bedingungslose Grundeinkommen stellt sich der existenziellen Angst entgegen, der Ohnmacht, die ein würdeloses Leben unterhalb des Existenzminimums auslöst. Das

würde die gesamte Gesellschaft spüren. Es würde zwar nicht den Unterschied zwischen Arm und Reich aus den Angeln heben. Aber wer nicht um seine eigene Existenz fürchten muss, wer sein Grundauskommen hat, kann in allem großzügiger und gelassener sein, mit sich und den anderen. *Es geht um Würde* und die Möglichkeit sich ins Offene, ins Freie zu wagen.

Handeln heißt anfangen können, sagt Hannah Arendt. «Was den Menschen zu einem politischen Wesen macht, ist seine Fähigkeit zu handeln; sie befähigt ihn, sich mit seinesgleichen zusammenzutun, gemeinsame Sache mit ihnen zu machen, sich Ziele zu setzen und Unternehmungen zuzuwenden, die ihm nie in den Sinn hätten kommen können, wäre ihm nicht diese Gabe zuteil geworden: etwas Neues zu beginnen» (Arendt 1990: 81).

Und dieses Neue, der «Vorschein des Noch-Nicht» (Bloch), ist an vielen Ecken sichtbar. Es zeichnet sich an den Rändern der Macht- und Mehrheitszentren der Gesellschaft ab, dort wo sich mit Foucault die Heterotopien ereignen, als reale Positionen, effektive Verortungen hinsichtlich anderer Vorstellungen von Leben und Arbeit.

International gibt es eine Vielzahl von Initiativen, die, gut vernetzt, am Verschütteten und Unterbliebenen arbeiten, an dem was der unmittelbaren Konsumierbarkeit und Effektivierungsstrategie entzogen ist und in deren Folge Räume der Reflexion und des Austauschs eröffnet werden. (In Berlin beispielsweise: die MieterInnen am Kotti, «haben und brauchen», «Recht auf Stadt», «Bündnis der Freien ProduzentInnen», «Prinzessinnengärten», «Guerilla-Gardening», «Do-it-Yourself-Kulturen, Räume und Netzwerke postindustrieller Produktivität», Kongress Rosa-Luxemburg-Stiftung).

Es ist die Arbeit an *Projekten*, die sich mit anderen Lebenstätigkeiten verbinden lassen und andere Formen von Kontinuitäten (er)findet; andere Mischungsverhältnisse von Kontinuität und Wechsel werden von immer mehr Menschen angestrebt, aber sie haben dazu *noch nicht* die Mittel. «Ein eigenes Projekt zu haben, es zu entwerfen und zu verwirklichen, ist der einzige Weg ein erfülltes Leben zu führen». Und damit meint der Künstler Ilja Kabakow nicht nur die künstlerische Arbeit.

Genau dies würde das Grundeinkommen ermöglichen: ein Nebeneinander existierender Arbeits- und Tätigkeitsformen. Besonders in diesem Punkt liegt der gesellschaftliche Mehrwert: in der Freiheit, zwischen den unterschiedlichen Sphären des Lebens wählen zu können, zwischen bezahlter Arbeit, Beziehungsarbeit, beruflicher Neuorientierung oder Erweiterung – und ja: auch Müßiggang – Sphären des Lebens, die sich gegenseitig unterbrechen, ergänzen, gar bedingen können. Für Frauen und Männer. Es geht also auch um eine ganz andere Währung beim Grundeinkommen: Es geht um Zeit. Das Grundeinkommen erhöht die Möglichkeit, «Nein» zu sagen. Dies ist ein gewaltiger Zugewinn an Freiheit.

Mit dem Grundeinkommen ginge es nicht mehr um das Gute, nicht mehr um Appelle zur Ehrenamtlichkeit, sondern um das Tätige im Menschen, um das Herstellen-Wollen; dann wären wir am Beginn eines Prozesses, der die Menschen umfassend, individuell, gesellschaftlich, ökonomisch, sozial würdigt, indem Selbstverwirklichung

nicht als Freizeitsport ausgegliedert, sondern gesellschaftlich relevant würde und in vielfältigen Formen ökonomisch wirksam werden könnte.

«Wirklich sozial wird eine veränderte und sich verändernde Gesellschaft erst, wenn die Menschen nicht bedarfsbemessen werden, sondern sie selbst die Bedingungen herstellen können, ihren je möglichen, eigenen, aktiven Beitrag darin leisten zu können. Das könnten wir dann Kulturgesellschaft nennen» (Goehler 2006: 238).

In einer Kulturgesellschaft müsste es darum gehen, aus einer sozialen Arbeit, die Ungerechtigkeiten notdürftig ausgleicht, eine solche zu machen, die Gesellschaft gestaltet: mit Selbstverantwortung, Vertrauen, Hingabe, Eigeninitiative, Experimentieren, Ausprobieren, Verwerfen.

Ich schließe mit Beuys der schon 1978 das Grundeinkommen postuliert hat: «Das Einkommen, das die Menschen zur Erhaltung und Entfaltung ihres Lebens benötigen, wäre keine abgeleitete Größe mehr, sondern ein originäres Recht, ein Menschenrecht, das gewährleistet sein muss, damit für sie die Voraussetzungen erfüllt sind, verantwortlich und selbstverpflichtet [...] wirken zu können» (Beuys 1978).

Noch einige Gedankenstriche für die Diskussion:

- «Von Afrika lernen» (Werner/Goehler 2010: 206) Im Dorf Otjivero, Namibia, konnte man sich von den mannigfaltigen positiven Auswirkungen durch zwei Jahre Grundeinkommen überzeugen.
- Das Grundeinkommen, weltweit eingeführt, würde verhindern, dass Menschen wegen Hunger und Hoffnungslosigkeit aus ihrer Heimat fliehen müssen. Wie wäre es, wenn die Grundlage von Entwicklungspolitik Grundeinkommen wäre, statt die Kriegskassen oder die Schweizer Konten von Despoten und Warlords zu füllen?
- Das Grundeinkommen würde erheblich zur Entschleunigung beitragen, und die wiederum ist die unabdingbare Voraussetzung für Nachhaltigkeit!
- Wie könnten Griechenland, Portugal ... unter dem Rettungsschirm eines EU-weiten Grundeinkommens aussehen?

Literatur

- Adriani, Götz/Konnertz, Winfried/Thomas, Karin (1973): Joseph Beuys. Leben und Werk, Köln.
- Arendt, Hannah (1990): Macht und Gewalt, München.
- Bauman, Zygmunt (1995): Ansichten der Postmoderne, Hamburg.
- Beuys, Josef (1978): Aufruf zur Alternative, in: Frankfurter Rundschau, 23.12.1987.
- Engler, Wolfgang (2005): Bürger, ohne Arbeit. Für eine radikale Neugestaltung der Gesellschaft, Berlin.
- Goehler, Adrienne (2006): Verflüssigungen. Wege und Umwege vom Sozialstaat zur Kultugesellschaft, Frankfurt a. M.
- Haak, Carroll/Schmid, Günther (2001): Arbeitsmärkte für Künstler & Publizisten. Modelle der künftigen Arbeitswelt, in: Leviathan, Heft 2, S. 156–178.
- Ludwig, Volker/Heymann, Birger (1986): Linie 1, unter: www.grips-theater.de/reroute?page=repertoire.linie (Stand 18.3.2013).
- Marx, Karl (1974): Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844, in: MEW, Erg.-Bd. 1, Berlin, S. 465–588.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1969): Die deutsche Ideologie [1845–1846], in: MEW 3, Berlin, S. 9–530.
- Offe, Claus (2004): Widersprüche der Modernisierung, in: Gamm, Gerhard (Hrsg.): Die Gesellschaft im 21. Jahrhundert. Perspektiven auf Arbeit, Leben Politik. 13. Darmstädter Gespräch, Frankfurt a. M./New York.
- Rifkin, Jeremy (2011): Die dritte industrielle Revolution. Die Zukunft der Wirtschaft nach dem Atomzeitalter, Frankfurt a. M./New York.
- Thürmer-Rohr, Christina (1997): Die Anstößigkeit der Freiheit des Anfangens. Feministische Kritik – Feminismuskritik, in: Ganzfried, Daniel/Hefit, Sebastian (Hrsg.): Hannah Arendt. Nach dem Totalitarismus, Hamburg, S. 135–146.
- WebFinance (Hrsg.): 2013: Jobless Growth, unter: www.businessdictionary.com/aboutus.php, (Stand 4.1.2013).
- Werner, Götz/Goehler, Adrienne (2010): 1.000 Euro für jeden. Freiheit. Gleichheit. Grundeinkommen, Berlin.
- Wulf, Christoph/Kamper, Dietmar (1988): Tendenzen der Kultugesellschaft. Ein Tagungsbericht, in: Ästhetik und Kommunikation Heft 67/68, S. 31–32.
- zur Lippe, Rudolf (2012): Plurale Ökonomie. Streitschrift für Maß, Reichtum und Fülle, Freiburg.

VERZEICHNIS DER AUTORINNEN UND AUTOREN

Bischoff, Joachim, Dr.

Soziologe, Mitarbeiter der Redaktion der Zeitschrift *Sozialismus*

Candeias, Mario, Dr.

Politikwissenschaftler, Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Dellheim, Judith, Dr.

Wirtschaftswissenschaftlerin, Mitarbeiterin im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitglied der Euro-Memorandum-Gruppe

Duma, Veronika, M. A.

Historikerin und Dissertantin am Institut für Geschichte der Universität Wien

Engelstädter, Heinz, Prof. Dr.

Philosoph

Goehler, Adrienne

Diplompsychologin, Kulturwissenschaftlerin und Publizistin

Konecny, Martin, M. A.

Politikwissenschaftler und Dissertant am Institut für Politikwissenschaften der Universität Wien

Krause, Günter, Dr. sc. oec., Prof.

Mitglieder der Leibniz-Sozietät, Wirtschaftswissenschaftler

Küttler, Wolfgang, Prof. Dr.

Historiker, Mitglied der Leibniz-Sozietät

Lichtenberger, Hanna, B. A.

Studienassistentin am Institut für Politikwissenschaften der Universität Wien

Lieber, Christoph

Mitarbeiter der Redaktion der Zeitschrift *Sozialismus*

Moos, Anja, M. A.

systemischer Coach, Teamerin

Steinitz, Klaus, Prof. Dr.

Wirtschaftswissenschaftler, Mitglied der Memorandum-Gruppe,
Mitglied der Leibniz-Sozietät

Winker, Gabriele, Prof. Dr.

feministische Sozialwissenschaftlerin, Professorin für Arbeitswissenschaft
und Gender Studies an der TU Hamburg-Harburg

Zelik, Raul, Prof. Dr.

Schriftsteller, Journalist, Politikwissenschaftler